

Kreishaushalt 2017/2018

Oberbergischer Kreis

Haushaltssatzung und
Haushaltsplan
Ergebnis- und
Finanzplan 2017 - 2021



© Oberbergischer Kreis

Inhaltsverzeichnis Kreishaushalt 2017/2018 (Doppelhaushalt)

I. Haushaltssatzung	5
II. Vorbericht	11
<i>Hinweis: Die Angaben im Vorbericht basieren teilweise auf Werten des Haushaltsentwurfs 2017/2018, die Seiten in der Entwurfsfassung sind entsprechend gekennzeichnet.</i>	
Erläuterung zum "Neuen Kommunalen Finanzmanagement"	12
Kosten- und Leistungsrechnung	25
Ziele und Kennzahlen im NKf	30
Rückschau auf Vorjahre - einleitende Bemerkungen zum Haushaltsentwurf 2017/2018 (Doppelhaushalt)	33
Gesamtergebnisplan 2017-2018 / Planergebnis je Produktbereich	37
Bildung von Budgets / Bewirtschaftungsregeln	41
Personalaufwendungen	43
Sozialetat	45
Jugendhilfe	52
Abwicklung von Baumaßnahmen / Kreisstraßen	56
Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Oberbergischen Kreis	61
Nahverkehrsplan	62
Entwicklung der Aufwendungen im freiwilligen Aufgabenbereich	63
Schulden	65
Entwicklung Eigenkapital / Rechnungsergebnisse der Vorjahre / Bilanz	69
Umsetzung Programm "Gute Schule 2020"	72
Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 <i>(weist die Änderungen zwischen Entwurf und endgültigem Haushalt aus)</i>	87
Eckdaten zum Haushalt 2017/2018 (mit Übersicht über die Entwicklung der Kreisumlagen)	97
III. Haushaltsplan	101
Hinweise zum Aufbau des Haushaltsplans	103
Produktgruppenübersicht mit Inhaltsverzeichnis der Teilergebnispläne	107
Gesamtergebnisplan	108
Gesamtfinanzplan	110
Allgemeine Planerläuterungen zu allen Teilergebnisplänen	113
Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne	117-617
IV. Anhang	618
Stellenplan 2017/2018	620/630
Übersichten	639
Übersicht über die Bürgschaften	640
Übersicht über den Stand von Sonderabgaben	641
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	642
Übersicht über die Kreditverbindlichkeiten	643
Beteiligungen	644
Übersicht über die Beteiligungen	645
Übersicht über die wirtschaftliche Lage der AGewiS gem. § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO	646
Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen gem. § 40 Abs. 3 KrO	652
Finanzstellen (PSP-I)	655
Produktübersicht	660

I. Haushaltssatzung 2017/2018

Haushaltssatzung

des Oberbergischen Kreises für die Haushaltsjahre 2017 / 2018

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV. NRW, S. 966) und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV. NRW, S. 966) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 08.12.2016 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2017/2018 (Doppelhaushalt), der für die Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im Haushaltsjahr

2017

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf

375.972.985 €

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

380.705.231 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

373.537.775 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

362.830.814 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

7.633.495 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

30.985.145 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

23.351.650 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

4.574.750 €

und im Haushaltsjahr **2018**

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf

387.517.630 €

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

387.555.471 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

384.966.597 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf

368.813.725 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

2.853.949 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf

26.606.433 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

23.752.484 €

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf

4.866.700 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2017 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **23.351.650 €** festgesetzt. Für das Jahr 2018 wird die Summe der Investitionskredite auf **23.752.484 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird für den Doppelhaushalt 2017/2018 auf **33.622.500 €** festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird für das Jahr 2017 auf **4.732.246 €** und für das Jahr 2018 auf **37.841 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2017 und 2018 zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt im Jahr 2017 einheitlich **41,1 %**
und im Jahr 2018 einheitlich **40,9 %**
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.

2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Volkshochschule Oberberg wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Volkshochschule Oberberg** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2017 in Höhe von **0,3452 %**
und für das Jahr 2018 in Höhe von **0,3441 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine Mehrbelastung der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben in Höhe von

	2017	2018
Bergneustadt	2,1579 %	2,1089 %
Engelskirchen	1,7340 %	1,6946 %
Gummersbach	1,8765 %	1,8339 %
Hückeswagen	1,6314 %	1,5943 %
Lindlar	1,8837 %	1,8409 %
Marienneide	2,0773 %	2,0301 %
Morsbach	1,6176 %	1,5808 %
Nümbrecht	2,1154 %	2,0673 %
Radevormwald	1,0541 %	1,0302 %
Reichshof	1,9348 %	1,8909 %
Waldbröl	1,9895 %	1,9443 %
Wiehl	1,7096 %	1,6708 %
Wipperfürth	2,1227 %	2,0745 %

4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung für das Jahr 2017 in Höhe von
und für das Jahr 2018 in Höhe von
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

28,2068 %
27,8641 %

5. Die im Jahr 2017 und 2018 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, den 08.12.2016

gez.
Jochen Hagt
Landrat

gez.
Kreistagsmitglied

gez.
Jeanette Teschke
Schriftführerin

II. Vorbericht zum Haushalt 2017/2018

Erläuterungen zum „Neuen Kommunalen Finanzmanagement – NKF“

1.1 Reform des Kommunalen Haushaltsrechts:

Mit dem Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden/Gemeindeverbände im Land Nordrhein Westfalen (NKFG NRW) vom 16.11.2004 wurden das Haushaltsrecht in NRW umfassend reformiert und die Gemeinden und Kreise verpflichtet, bis zum 01.01.2009 ihr bisheriges kameralistisches Rechnungswesen auf das System der doppelten Buchführung umzustellen.

Mit der Einführung des NKF werden von der Landesregierung folgende Ziele verfolgt:

- Umfassende Abbildung des Ressourcenverbrauchs
- Periodengerechte und vollständige Zuordnung des Werteverzehrs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden einer Kommune
- Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kommune
- Intergenerative Gerechtigkeit
- Verbesserte Steuerungsfähigkeit durch Produktorientierung und Ziel-/Leistungsvorgaben
- Größere Haushalts-Transparenz für Bürgerinnen und Bürger durch produktorientierte Darstellung

1.2 Wesentliche Elemente des NKF:

Der frühere kamerale Haushalt war in den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und die Sammelnachweise unterteilt. Diese Begriffe spielen im NKF keine Rolle mehr. Im NKF-Haushalt erfolgt eine vollständig geänderte Darstellung des Haushaltsplanes. Beim Vergleich der aktuellen Ansätze mit den Ansätzen aus Vorjahren ist zu berücksichtigen, dass einige Ansätze aufgrund der Praxiserfahrungen oder zwischenzeitlich geänderter Vorgaben aus der Kassenstatistik in der Zuordnung verschoben, zusammengefasst oder zur besseren Bewirtschaftung geteilt wurden.

Im kameralen Haushalt wurde das „Geldverbrauchskonzept“ dargestellt, bei dem Einnahmen das Geldvermögen erhöht und Ausgaben das Geldvermögen vermindert haben. Zukünftig wird im Haushaltsplan das "Ressourcenverbrauchskonzept" dargestellt, bei dem Erträge das Eigenkapital erhöhen und Aufwendungen das Eigenkapital mindern (Ergebnisplan). Daneben werden die Zahlungsströme, die Liquidität und Investitionsmaßnahmen abgebildet (Finanzplan).

Wesentliche Komponenten für die Planung, Bewirtschaftung und den Jahresabschluss im neuen Rechnungssystem sind

- der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung
- der Finanzplan und die Finanzrechnung und
- die Bilanz

Das folgende Schaubild verdeutlicht das Zusammenwirken dieser drei Komponenten und wird nachfolgend weiter erläutert:



Der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Sie erfasst periodengerecht die Aufwendungen und Erträge und bildet damit Ressourcenaufkommen und -verbrauch ab. Als Planungsinstrument ist der Ergebnisplan der wichtigste Bestandteil des neuen Haushalts. Das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung wird in die Bilanz übernommen und wirkt sich auf das Eigenkapital der Kommune aus; Überschüsse erhöhen das Eigenkapital, Fehlbeträge verringern das Eigenkapital entsprechend. Veränderungen im Ergebnisplan haben direkte Auswirkungen auf die Höhe der Kreisumlage.

Der Finanzplan und die Finanzrechnung:

Der Finanzplan und die Finanzrechnung beinhalten alle Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie für Investitionen und die Kredittilgung. Im Finanzplan wird der notwendige Kreditbedarf für Investitionen im Planungszeitraum festgelegt. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln der Kommune in der Bilanz ab. Veränderungen im Finanzplan wirken sich nur „periodisiert“ über Abschreibungen auf den Ergebnisplan aus.

1. 3 Produktgliederung des NKF-Haushalts:

Der NKF-Haushalt ist in einen Ergebnisplan, einen Finanzplan sowie in Teilpläne zu gliedern. Die Teilpläne sind produktorientiert unter Beachtung der vom Innenministerium vorgegebenen Mindestgliederung nach folgenden verbindlichen Produktbereichen in der ausgewiesenen Reihenfolge zu gliedern (§§ 53 Abs. 1 und § 79 GO i.V.m. § 4 GemHVO):.

<i>Produktbereiche</i>		
01 Innere Verwaltung	07 Gesundheitsdienste	13 Natur- und Landschafts- Pfleger
02 Sicherheit und Ordnung	08 Sportförderung	14 Umweltschutz
03 Schulträgeraufgaben	09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	15 Wirtschaft und Tourismus
04 Kultur und Wissenschaft	10 Bauen und Wohnen	16 Allgemeine Finanzwirtschaft
05 Soziale Leistungen	11 Ver- und Entsorgung	17 Stiftungen
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	12 Verkehrsflächen und - anlagen, ÖPNV	

Innerhalb der Grenzen dieser Produktbereiche können Teilpläne auch nach Produktgruppen oder nach Produkten aufgestellt werden. Es bleibt daher jeder Gemeinde überlassen, ob sie den Haushalt auf Basis der Mindestgliederung nach Produktbereichen darstellt oder den Haushaltsplan weiter untergliedert und auf Basis der Produktgruppen oder noch tiefer untergliedert und auf Basis der Produkte darstellt.

Der Haushalt des Oberbergischen Kreises ist in 15 Produktbereiche (der Bereich Ver- und Entsorgung fällt beim Oberbergischen Kreis nicht an, daneben verfügt der Oberbergische Kreis über keine eigenen Stiftungen, die Produktbereiche 11 „Ver- und Entsorgung“ und 17 „Stiftungen“ entfallen daher), 65 Produktgruppen und 125 Produkte gegliedert. Der Haushaltsplan ist auf Ebene der Produktgruppen dargestellt. Für jede Produktgruppe sind im Haushaltsplan nach den vorgegebenen Mustern der GemHVO eine Beschreibung der Produktgruppe und der hierunter abgebildeten Produkte, eine Beschreibung der Ziele und Kennzahlen, Angaben zur Zielgruppe und zum eingesetzten Personal sowie das Zahlenwerk mit Angabe der Ertrags- und Aufwandsarten, das Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und das Gesamtergebnis dargestellt. Die für die Darstellung im Haushaltsplan gewählte Ebene der Produktgruppen enthält deutlich mehr Informationen als eine Darstellung auf Ebene der gesetzlichen Mindestvorgaben (= Produktbereiche), ist im Gegensatz zu einer Darstellung auf Ebene der Produkte aber noch überschaubar.

Die Darstellung der Haushaltsdaten im NKF-Haushalt (Zahlenwerk mit Erläuterungen) gliedert sich wie folgt:

- **Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan** mit aggregierter Darstellung aller Produktbereiche
- **15 Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne auf Basis der jeweiligen Produktbereiche** mit aggregierter Darstellung der hierunter zusammengefassten Produktgruppen
 - **65 Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne auf Basis der Produktgruppen** mit aggregierter Darstellung der enthaltenen Produkte
 - Jeder Produktgruppe ist eine Übersicht mit den enthaltenen Produkten vorangestellt
 - Anschließend ist jedes Produkt einzeln unter Angabe von Auftragsgrundlage, Zielen und Zielgruppe beschrieben
 - Es folgt der Teilergebnisplan mit den Erträgen und Aufwendungen je Produktgruppe
 - Danach sind die Planerläuterungen mit Hinweisen zum jeweiligen Teilergebnisplan abgedruckt
 - Abschließend folgt der Teilfinanzplan der jeweiligen Produktgruppe (enthält die Einzahlungen und Auszahlungen je Produktgruppe, sowie die Höhe der Investitionen mit Beschreibung von Investitionsmaßnahmen > 50.000 €)

Graphisch lassen sich der Aufbau und die Gliederung des Zahlenwerks wie folgt darstellen:

Gesamtergebnisplan				
Produktbereich 01 „Innere Verwaltung“			Produktbereiche 02 – 16	
Produktgruppe 01.01 „Politische Gremien“	Produktgruppe 01.02 „Verwaltungsführung“	Produktgruppe 01.03 bis 01.15 z.B. 01.06.„zentrale Dienste“	Produktgruppe 02.01 bis 02.11	Produktgruppe 03.01 bis 03.04
Produkt 01.01 Politische Gremien	Produkt 01.02 Verwaltungs- führung	Produkt 01.06.01 Druckerei	Produkt 02.01.01	
		Produkt 01.06.02 Poststelle	Produkt 02.01.02	
		Produkt 01.06.03 Bürgerservice	Produkt 02.02.03	
		Produkt 01.06.04 Fuhrpark		

1.4 Die Bilanz:

Die Bilanz ist Teil des neuen Jahresabschlusses und weist stichtagsbezogen das kommunale Vermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital nach. Die Bilanz ist nach den Vorgaben des § 41 GemHVO aufzustellen und zu gliedern. Die Gliederung der Bilanz ist nachfolgend aufgeführt.

Bilanzgliederung	
Aktiva	Passiva
<p>1. Anlagevermögen</p> <p>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</p> <p>1.2 Sachanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundstücke/Gebäude - Infrastrukturvermögen - Betriebs- und Geschäftsausstattung <p>1.3 Finanzanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wertpapiere des Anlagevermögens - Beteiligungen <p>2. Umlaufvermögen</p> <p>2.1 Vorräte</p> <p>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</p> <p>2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens</p> <p>2.4 Liquide Mittel</p> <p>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</p>	<p>1. Eigenkapital</p> <p>1.1 Allgemeine Rücklage</p> <p>1.2 Sonderrücklage</p> <p>1.3 Ausgleichsrücklage</p> <p>1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</p> <p>2. Sonderposten</p> <p>3. Rückstellungen</p> <p>3.1 Pensionsrückstellungen</p> <p>4. Verbindlichkeiten</p> <p>5. Passive Rechnungsabgrenzung</p>

Aus den Bilanzpositionen sind die Kontengruppen und Kontenklassen für das Buchungssystem entwickelt worden. Um eine Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse zu gewährleisten, sind die Kontengruppen und Kontenklassen im NKF-Kontenrahmen vom Innenministerium für die Kommunen verbindlich vorgegeben worden. Zur Darstellung örtlicher Besonderheiten kann der Kontenrahmen den örtlichen Verhältnissen angepasst und um weitere Konten erweitert werden. Der Kontenrahmen des Oberbergischen Kreises umfasst zur Zeit rd. 2.200 Konten. Von besonderer Bedeutung sind die Kontenklasse „4“, in der alle Erträge abgebildet sind, und die Kontenklasse „5“ die alle Aufwendungen enthält. Auf der Folgeseite ist der NKF-Kontenrahmen als Übersicht dargestellt. Danach folgen ausführliche Erläuterungen zu der Kontenklasse 4 „Erträge“ und der Kontenklasse 5 „Aufwendungen“.

1.5 Haushaltsrechtlicher NKF – Kontenrahmen

Aktiva		Passiva		Ergebnisrechnung		Finanzrechnung		Abschluss	KLR
Kontenklasse 0	Kontenklasse 1	Kontenklasse 2	Kontenklasse 3	Kontenklasse 4	Kontenklasse 5	Kontenklasse 6	Kontenklasse 7	Kontenklasse 8	Kontenklasse 9
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Finanzanlagen, Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung	Eigenkapital, Sonderposten und Rückstellungen	Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung	Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Abschlusskonten	Kosten- und Leistungsrechnung
00 ...	10 Anteile an verbundenen Unternehmen	20 Eigenkapital	30 Anleihen	40 Steuern und ähnliche Abgaben	50 Personalaufwendungen	60 Steuern und ähnliche Abgaben	70 Personalauszahlungen	80 Eröffnungs-/ Abschlusskonten	90 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) Die Ausgestaltung der KLR ist von jeder Kommune selbst festzulegen.
01 Immaterielle Vermögensgegenstände	11 Beteiligungen	21 Wertberichtigungen (<i>kein Bilanzausweis</i>)	31 ...	41 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51 Versorgungsaufwendungen	61 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71 Versorgungsauszahlungen	81 Korrekturkonten	
02 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	12 Sondervermögen	22 ...	32 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	42 Sonstige Transfererträge	52 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62 Sonstige Transfer-einzahlungen	72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	82 Kurzfristige Erfolgsrechnung	
03 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	13 Ausleihungen	23 Sonderposten	33 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	43 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	53 Transferaufwendungen	63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	73 Transferauszahlungen		
04 Infrastrukturvermögen	14 Wertpapiere	24 ...	34 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	44 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	54 Sonstige ordentliche Aufwendungen	64 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	74 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		
05 Bauten auf fremdem Grund und Boden	15 Vorräte	25 Pensionsrückstellungen	35 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45 Sonstige ordentliche Erträge	55 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	65 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	75 Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		
06 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	16 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	26 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	36 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	46 Finanzerträge	56 ...	66 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	76 ...		
07 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	17 Privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	27 Instandhaltungsrückstellungen	37 Sonstige Verbindlichkeiten	47 Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	57 Bilanzielle Abschreibungen	67 ...	77 ...		
08 Betriebs- und Geschäftsausstattung	18 Liquide Mittel	28 Sonstige Rückstellungen	38 ...	48 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	58 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	68 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	78 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		
09 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	19 Aktive Rechnungsabgrenzung	29 ...	39 Passive Rechnungsabgrenzung	49 Außerordentliche Erträge	59 Außerordentliche Aufwendungen	69 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	79 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit		

1.6 Vorbemerkungen zu den Kontenklassen 4 „Erträge“ und 5 „Aufwand“

Kontenklasse 4 - Erträge

Die Kontenklasse 4 ist in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 40: Steuern und ähnliche Abgaben

KG 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

KG 42: Sonstige Transfererträge

KG 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

KG 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

KG 45: Sonstige ordentliche Erträge

KG 46: Finanzerträge

KG 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

KG 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

KG 49: Außerordentliche Erträge

Zu Kontengruppe 40: Steuern und ähnliche Abgaben

Die KG 40 ist untergliedert in 5 Kontenarten. Da der Kreis seit dem Wegfall der Einnahmen aus der Jagdsteuer über keine eigenen Steuereinnahmen mehr verfügt, verbleibt in der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* nur die Zuweisung aus der Wohngeldentlastung, die aufgrund statistischer Vorgaben des Landes hier zu veranschlagen ist.

Zu Kontengruppe 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

In dieser Kontengruppe weist der OBK Finanzhilfen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen zur Erfüllung seiner Aufgaben aus. Insbesondere werden an dieser Stelle Schlüsselzuweisungen (Kontenart 411) sowie allgemeine Umlagen (Kontenart 418) z.B. in Form der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage erfasst. Darüber hinaus werden über die Kontenarten 412 Bedarfszuweisungen, 413 Sonstige allgemeine Zuweisungen, 414 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und 416 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen abgewickelt. Letzteres kommt beim OBK v. a. im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung zum Tragen, in dem hohe zweckgebundene Zuweisungen vereinnahmt werden. Damit der aus der Zuweisung entstehende Ertrag periodengerecht, d.h. verteilt auf die gesamte Nutzungsdauer der Investition, verbucht werden kann, werden die Sonderposten entsprechend dem Abschreibungsintervall linear aufgelöst.

Zu Kontengruppe 42: Sonstige Transfererträge

Transferleistungen sind Zahlungen, denen keine konkrete Gegenleistung gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Unterschieden werden in diesem Bereich zunächst die Kontenarten 421 und 422 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb bzw. innerhalb von Einrichtungen, welche z.B. für die Verbuchung von Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz, übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige und Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen genutzt werden. Darüber hinaus beinhaltet die KG 42 die Kontenarten 423 Schuldendiensthilfen und 429 andere sonstige Transfererträge.

Zu Kontengruppe 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Unter den Begriff Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte fallen die Kontenarten 431 Verwaltungsgebühren, 432 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte, 436 zweckgebundene Abgaben sowie 437 und 438 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge bzw. für den Gebührenaussgleich.

Zu Kontengruppe 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Diese Kontengruppe beinhaltet insgesamt 5 Kontenarten. Hierzu gehören Erträge aus Mieten und Pachten (Kontenart 441) sowie aus Verkauf (Kontenart 442), beispielsweise von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und Erträge aus sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten wie Eintrittsgeldern zu kulturellen Veranstaltungen. Des Weiteren werden in der KG 44 Erträge aus Kostenerstattungen und (pauschalen) Kostenumlagen (Kontenart 448) verbucht, sofern Güter bzw. Dienstleistungen für andere Stellen wie Bund, Land, Kommunen, private Unternehmen etc. erbracht werden. Auf den Konten der Kontenart 449 Erträge aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen werden ferner Ausgleichsleistungen des Bundes nach dem SGB II vereinnahmt.

Zu Kontengruppe 45: Sonstige ordentliche Erträge

Zu den sonstigen ordentlichen Erträgen gehören 8 Kontenarten. Die Kontenart 451 umfasst Erträge aus Konzessionsabgaben. Bei der Kontenart 452 sind Erträge aus der Erstattung von Steuern erfasst. Kontenart 454 beinhaltet die Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Kontenart 455 die Erträge aus der Verkauf von Finanzanlagen. Die sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 456) erfassen Bußgelder und Säumniszuschläge sowie die Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften. Kontenart 457 erfasst die Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten. Die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge (Kontenart 458) erfassen Erträge aus Zuschreibungen, aus

der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen und sonstige nicht zahlungswirksame Erträge. Die anderen sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 459) erfassen beispielsweise Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse.

Zu Kontengruppe 46: Finanzerträge

Bei der Kontenart 461 handelt es sich um Zinserträge aus Darlehen bzw. Ausleihungen aus Geldanlagen, aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr sowie aus Kaufpreis- u.a. Forderungen. Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden in der Kontenart 465 erfasst. Sonstige Finanzerträge wie Erträge aus Konventionalstrafen, Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz und einbehaltene Disagien werden auf der Kontenart 469 erfasst.

Zu Kontengruppe 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

In der KG 47 werden die aktivierten Eigenleistungen (Kontenart 471) und die Bestandsveränderungen von fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr (Kontenart 472) erfasst.

Zu Kontengruppe 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

Die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 481) erfassen die Erträge, die durch Verrechnung zwischen den produktorientierten Teilplänen entstehen.

Zu Kontengruppe 49: Außerordentliche Erträge

Außerordentlichen Erträge (Kontenart 491) beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Dazu gehören beispielsweise Versicherungsleistungen oder besondere Zuweisungen nach Naturkatastrophen sowie Schenkungen (Spenden) soweit sie von wesentlicher Bedeutung sind und ohne Auflage gewährt werden.

Kontenklasse 5 - Aufwendungen

Die Kontenklasse 5 ist ebenfalls in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 50: Personalaufwendungen

KG 51: Versorgungsaufwendungen

KG 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

KG 53: Transferaufwendungen

KG 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

KG 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

KG 56: frei

KG 57: Bilanzielle Abschreibungen

KG 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

KG 59: Außerordentliche Aufwendungen

Zu Kontengruppe 50: Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen gehören die Dienstaufwendungen für die aktiv Beschäftigten des OBK (Kontenart 501). Diese werden nach den verschiedenen Dienstverhältnissen, Beamte, tariflich Beschäftigte und sonstige Beschäftigte, differenziert. Zusätzlich sind die geldwerten Sachaufwendungen für Sachbezüge gegenüber Beschäftigten, die Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit von Beschäftigten, für nicht genommenen Urlaub und für Überstunden den Dienstaufwendungen zuzurechnen. Bei den Beiträgen zu den Versorgungskassen (Kontenart 502) wird in Beiträge für tariflich und sonstige Beschäftigte unterschieden. Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kontenart 503) gliedern sich in Beiträge für Beamte, tariflich und sonstige Beschäftigte. Die Beihilfen sowie Unterstützungsleistungen für Beschäftigte werden auf der Kontenart 504 gebucht. Die Aufwendungen für Pensionsrückstellungen werden in der Kontenart 505 erfasst.

Zu Kontengruppe 51: Versorgungsaufwendungen

Zur KG 51 gehören die Versorgungsbezüge (Kontenart 511) der Beamten, der tariflich und sonstigen Beschäftigten. Die Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger werden in der Kontenart 512 erfasst. Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung werden in der Kontenart 513 erfasst. Aufwendungen für Beihilfen, Unterstützungsleistungen und Hinterbliebene werden in der Kontenart 514 erfasst.

Zu Kontengruppe 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen handelt es sich um Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen, die mit den Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Aufwendungen (Erhaltungsaufwand) für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 521 verbucht. Die Kontenart 522 umfasst die Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens. Aufwendungen, die eine Stelle für eine andere erbracht hat, werden bei Kostenerstattungen (Kontenart 523) gebucht. Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 524 erfasst. Dazu zählen insbesondere Energie-, Reinigungskosten etc. Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung von Fahrzeugen oder Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens entstehen, sind bei den Aufwendungen für den Unterhalt des beweglichen Vermögens zu buchen (Kontenart 525). Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wie z.B. Lehrmittel werden in der Kontenart 527 erfasst. Bei der Kontenart 529 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen handelt es sich um eine Sammelposition für Aufwendungen die keiner anderen Kontenart zugeordnet werden können.

Zu Kontengruppe 53: Transferaufwendungen

Bei Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (Kontenart 531) handelt es sich um Finanzhilfen zugunsten verschiedener Aufgabenträger des öffentlichen, privaten und sonstigen Bereiches. Die Aufwendungen für Schuldendiensthilfen dienen vorwiegend der Verbilligung der Zinsleistungen (Kontenart 532). Als Sozialtransferaufwendungen (Kontenart 533) werden alle sozialen Leistungen, die natürlichen Personen in Form individueller Hilfe gewährt werden, bezeichnet (z.B. Leistungen der Jugendhilfe). Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände werden in der Kontenart 535 verbucht. Die Kontenart 537 umfasst allgemeine Umlagen an das Land, Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Dazu zählt insbesondere die Landschaftsumlage. Der Kontenart 539 werden die sonstigen Transferaufwendungen ohne Gegenleistungsverpflichtung Dritter zugeordnet.

Zu Kontengruppe 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen (Kontenart 541) handelt es sich um Personalnebenaufwendungen wie Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildung, Reisekosten etc. Zu den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Kontenart 542) gehören die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten, Mieten, Pachten und Leasing, Bankgebühren sowie sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten

und Diensten. Bei den Geschäftsaufwendungen (Kontenart 543) werden insbesondere die Aufwendungen für Büromaterial, Telefon, Bücher, Rechtsschutz, Fachliteratur und Porto erfasst. Die Kontenart 544 umfasst Versicherungsbeiträge und Schadensfälle. Unter aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Kontenart 546) fallen Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung von Arbeitssuchenden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende. Die Kontenarten 547 und 548 umfassen betriebliche Steueraufwendungen. Zu den weiteren sonstigen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kontenart 549) zählen Aufwendungen für Verfügungsmittel des Landrates, Fraktionszuwendungen und übrige Aufwendungen.

Zu Kontengruppe 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Kontenart 551 umfasst Zinsaufwendungen wie Zinsen für aufgenommene Kredite, Darlehen, Hypotheken oder Kontokorrentzinsen. Zu den sonstigen Finanzaufwendungen (Kontenart 559) zählen Kreditbeschaffungskosten wie Disagien und Abschlussgebühren sowie Kreditprovisionen.

Zu Kontengruppe 56:

Im Kontenrahmen z. Zt. nicht belegt.

Zu Kontengruppe 57: Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (Kontenart 571) erfassen den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Als geringwertige Wirtschaftsgüter werden die Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens bezeichnet, die selbstständig genutzt werden können, einer Abnutzung unterliegen und deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 410 € nicht überschreiten. In der Kontenart 572 werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen gebucht. Abschreibungen auf das Umlaufvermögen werden in der Kontenart 573 erfasst.

Zu Kontengruppe 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 581) umfassen alle Aufwendungen, die durch Verrechnungen zwischen den Produktbereichen entstehen.

Zu Kontengruppe 59: Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen (Kontenart 591) fallen außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufs an. Beispiele für außerordentliche Aufwendungen sind Naturkatastrophen oder sonstige durch höhere Gewalt verursachte Ereignisse.

Kosten- und Leistungsrechnung

Die **Kosten- und Leistungsrechnung** (KLR) ist ein Bestandteil des neuen Haushaltsrechts. Sie dient in erster Linie der internen Steuerung. Die *Ergebnis- und Finanzrechnung* im Haushaltsplandruck ist dagegen eine allgemeine Darstellung der Kosten, weil durch sie die sachzielbezogenen Kosten der Fachämter, aber auch die Aufwendungen der Querschnittsämter oder Gemeinkosten, zu Kostenartengruppen (z. B. *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Kosten*) zusammengefasst werden. Der Detaillierungsgrad der Planungskosten geht durch die Vorgaben des Gesetzgebers zur Darstellung der Haushaltsdaten unterteilt nach vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten verloren. Die intern orientierte Kosten- und Leistungsrechnung dagegen liefert Informationen zu speziellen Kostenarten (welche Art von Kosten), zu den Kostenstellen (wo entstehen die Kosten) und zu den Kostenträgern (für welche Produkte entstehen Kosten). Beispiel: Die Gebäudekosten des Kreishauses (Sanierung, Energie, Versicherung, Abschreibungen, usw.) werden zentral über eine Kostenstelle abgewickelt. Diese Querschnittskosten oder Gemeinkosten werden im Rahmen der KLR bzw. im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung auf die Produkte nach bestimmten Schlüsseln verrechnet. Im Haushaltsplandruck erscheinen die Positionen der KLR damit nicht, sie dient, wie oben bereits erwähnt, primär der internen Steuerung.

Jede Gemeinde in NRW soll entsprechend **§ 18 GemHVO NRW** eine **Kosten- und Leistungsrechnung** zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit nach den örtlichen Bedürfnissen führen. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister regelt die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung und legt sie dem Rat zur Kenntnis vor.

Die Kostenrechnung dient damit der Planung, Steuerung und Kontrolle des wirtschaftlichen Geschehens, gleichzeitig sollen alle Planungskosten bzw. später Ist-Kosten *verursachungsgerecht* auf die einzelnen Produktbereiche verteilt werden. Die Regelung gibt den Gemeinden die Befugnis, die Kosten- und Leistungsrechnung nach ihren Bedürfnissen zu führen. Die Gemeinde entscheidet danach eigenverantwortlich über den Umfang und die weitere Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung und hat insoweit einen großen Entscheidungsspielraum. Die konkrete Ausgestaltung ist nach den örtlichen Erfordernissen auszurichten. Die örtlichen Bestimmungen zur Kosten- und Leistungsrechnung werden im Folgenden vorgestellt.

Als Kostenstelle bezeichnet man in der Literatur häufig eine organisatorische Einheit, die den Ort der Kostenentstehung darstellt. Orte der Kostenentstehung sind beispielsweise Organisationseinheiten (Ämterkostenstellen), Immobilien (Gebäudekostenstellen) oder technische Einrichtungen/Geräte bzw. Fahrzeuge (Objektkostenstellen). Hilfskostenstellen hingegen sind reine Kostensammler. Meist handelt es sich dabei um Gemeinkosten (z.B. Haftpflichtversicherung), die in ihrer Entstehung keinem Produkt eindeutig zugeordnet werden können.

Die Differenzierung der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgte unter Berücksichtigung der örtlichen Erfordernisse bzw. die Kostenstellenbildung orientiert sich an den vorhandenen Strukturen. So wurden zunächst drei Kostenstellengruppen für die spätere Gliederung der Kostenstellen eingerichtet:

- Hilfskostenstellen, z. B. für Kosten der Beihilfe, Kosten für Fortbildungen, etc.
- Objektkostenstellen für Gebäude, Fahrzeuge, AfA-Kostenstellen
- Fachkostenstellen, z. B. für Organisationseinheiten

Die Hilfskostenstellen werden in der Regel im Rahmen einer *Verteilung* verrechnet, im Haushaltsplandruck werden diese üblicherweise in den Zeilen 11 bis 16 ausgewiesen. Gemeinkosten (z. B. Gebäudekosten) werden dagegen üblicherweise im Rahmen einer *Umlage* verrechnet, diese Kosten werden in den Zeilen 27 bis 28 im Haushaltsplandruck ausgewiesen.

Um das Thema zu veranschaulichen, werden beispielhaft einige Kostenstellen genannt. Hilfskostenstellen bestehen immer aus einer 4-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 1016 für die Abwicklung der Dienstreisen. Auch alle Arten von Versicherungen (Haftpflicht-, Elektronikversicherung oder die Unfallversicherung für Kreistagsmitglieder, usw.) werden über Hilfskostenstellen abgewickelt. Weitere typische Beispiele für Hilfskostenstellen sind Kosten der Beihilfe, Beiträge zur Sozialversicherung oder zur Versorgungskasse, Kosten der Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen oder Kosten für zeitlich befristete Projekte (z. B. Zensus 2011). Objektkostenstellen wurden insbesondere für die Abwicklung der Gebäudekosten oder die Kosten des Fuhrparks (Kfz-Kostenstellen) eingerichtet, diese bestehen immer aus einer 5-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 12020 für die Abwicklung des Gebäudes Berufskolleg Gummersbach. Auf dieser Gebäudekostenstellen werden unterschiedliche Planungskonten (= Kostenarten) berücksichtigt: z. B. Strom, Fernwärme, Wasser, Sanierungsmaßnahmen, Abfallentsorgung, Gebäudereinigung, Gebäudeversicherung oder die Grundsteuer. Die Fachkostenstellen werden in der Regel für die Abrechnung von Büromaterial, Zeitungen und Fachliteratur oder sonstigen Sach- und Dienstleistungen genutzt. Die Organisationskostenstellen bestehen aus einer 6-stelligen Ziffernfolge, z. B. Kostenstelle 100310 für die Kosten der Polizeibehörde.

Neben der Einrichtung der Kostenstellenstruktur besteht die Hauptaufgabe darin, ein *geeignetes Verrechnungsverfahren* bzw. geeignete Verrechnungsschlüssel auszuwählen. Die Definition von "geeigneten" Bezugsgrößen oder Verrechnungsschlüsseln ist unter Berücksichtigung örtlicher Strukturen und Erfordernisse in das Ermessen der Gemeinde gestellt.

Die Kosten des Gebäudes Kreishaus werden beispielsweise anhand einer statistischen Kennziffer *Belegungsfläche Kreishaus* (Einheit: m²) auf die verschiedenen Organisationskostenstellen verrechnet. In einem zweiten Verrechnungsschritt werden diese Kosten weiter auf die Produkte verteilt. Andere Gebäudekosten können in Summe zu 100 Prozent unmittelbar verrechnet werden. So werden die Gebäudekosten des Berufskollegs Gummersbach direkt auf das Produkt Berufskolleg Gummersbach im Produktbereich Berufsschulen verrechnet. Für Kosten der Beihilfe werden als Bezugsbasis dagegen die Plankosten der Beamtenbesoldung berücksichtigt, d. h. die Beihilfe wird per Dreisatz im Verhältnis der geplanten Beamtenbesoldung verrechnet. Für die spätere Abrechnung der Ist-Kosten müssen selbstverständlich die Ist-Kosten der Beamtenbesoldung als Bezugsbasis berücksichtigt werden. Andere Kosten wie die der Fortbildung werden dagegen nach festen Prozentsätzen nach Erfahrungswerten verteilt. Im Rahmen der Haushaltsplanung können nur Erfahrungswerte berücksichtigt werden, im Rahmen des Jahresabschlusses könnten dagegen die Kosten anhand der tatsächlichen Inanspruchnahme auf die Fachkostenstellen verteilt werden.

Bei der Suche nach einer *verursachungsgerechten* Bezugsgröße oder Verteilungsschlüssel stößt man früher oder später auf folgendes Problem: Gerechte Verteilungsschlüssel können zu ungerechten Ergebnissen führen und umgekehrt.

Organisationseinheiten (bzw. Produktbereiche) die in einem sanierungsbedürftigen Gebäude untergebracht sind, bekommen im Verhältnis relativ mehr Gebäudekosten für Energie und Sanierung zugeordnet als andere Organisationseinheiten. Da die Organisationseinheiten sich in der Regel ihren Arbeitsort nicht aussuchen können, kann diese Art der Verrechnung als *ungerecht* bewertet werden. Dagegen ist es aber rational begründet, die Gebäudekosten möglichst sachgerecht den einzelnen Fachämtern zuzuordnen.

Ein anderes Beispiel ist die Beihilfe. Folgende Frage soll diskutiert werden: Sollen Beihilfekosten personenbezogen verrechnet werden oder pauschal im Wege einer Kopfpauschale? Bei einer personenbezogenen Verrechnung werden die

Organisationseinheiten benachteiligt, deren Altersdurchschnitt über dem Gesamtdurchschnitt liegt (es wird hier angenommen, dass es eine Korrelation zwischen Alter der Beschäftigten und Kosten der Beihilfe gibt). Die Kosten der Beihilfe wären dann aber hochgradig genau zugeordnet. Das könnte aber mit Blick auf das Produkt dazu verleiten, möglichst junge Kollegen bei internen Stellenbesetzungen zu bevorzugen, da diese weniger Beihilfekosten "produzieren" und damit ein Produkt im Vergleich weniger belasten. Dagegen werden bei einer pauschalen Verteilung von Kosten der Beihilfe besonders Abteilungen mit einem jugendlichen Altersdurchschnitt benachteiligt, obwohl dieser Personenkreis unter Umständen gar keine Beihilfekosten verursacht. Die Frage, was ist *verursachungsgerecht*, lässt sich somit nicht immer eindeutig beantworten.

Neben diesen Grundregeln sowie der Unterscheidung in Ist-Kosten- und Plankosten-Rechnung wurden bei der Ausgestaltung insbesondere folgende Grundsätze berücksichtigt:

- Objektivität,
- Rationalität
- Klarheit,
- formelle Ordnungsmäßigkeit sowie
- Wirtschaftlichkeit.

Der Oberbergische Kreis hat rd. 930 Kostenstellen (Stand: September 2016) eingerichtet. Über die kostenartengenaue Planung ergibt sich ein hoher Detaillierungsgrad.

Die im SAP-System im Hintergrund ausgeführte Kostenrechnung erfolgt als iterative Verrechnung. Das bedeutet, dass z.B. die Kosten der ADV-Abteilung auf alle Ämter, somit auch auf die Personalverwaltung umgelegt werden. Die Kosten der Personalverwaltung werden ebenfalls auf alle Bereiche, somit auch auf die ADV-Abteilung verrechnet. Diese Verrechnungsschritte werden im SAP-System so oft wiederholt, bis alle Kostenstellen auf null verrechnet sind. Durch die Vielzahl der Verrechnungsschritte im SAP-System ist die Kostenverrechnung so umfangreich, dass ein Ausdruck der Kostenrechnungsschritte nicht möglich ist.

Da jede Verwaltung ihr Verrechnungsmodell eigenverantwortlich mit dem gegebenem Entscheidungsspielraum aufstellt, ist eine Vergleichbarkeit von Produkten von verschiedenen Verwaltungen prinzipiell nicht möglich. So kann Kommune A die Kosten der Beihilfe zentral im Produkt Personalbetreuung verbucht haben, Kommune B verteilt dagegen die Kosten nach einer Kopfpauschale auf alle Produkte und Kommune C wiederum hinterlegt eine individuelle Bezugsgröße. Die Frage nach einem sachgerechten Verteilungsprozess bzw. einem gerechtem Verteilungsergebnis liegt im Auge des Betrachters und kann rational ganz unterschiedlich begründet werden. Insofern wird es zum Thema KLR immer Widersprüche und andere Meinungen geben. Anders ausgedrückt könnte man auch sagen, dass es *die eine optimale Verrechnungsstrategie* nicht gibt. In einer derartigen Situation wird man vielmehr feststellen, dass nebeneinander gleichwertige Verrechnungsmodelle existieren.

Die Kostenstellenstruktur wird lfd. fortentwickelt und dem zukünftigen Bedarf angepasst. Hierbei muss der Aufwand und Nutzen der Kostenrechnung gewahrt bleiben, da für jede Kostenstelle ein Verrechnungsschlüssel definiert und gepflegt werden muss und auch der Buchungsaufwand für die Buchung der Verrechnungen zu berücksichtigen ist. Je aufwendiger ein Verrechnungsmodell ausgestaltet wird, umso höher sind die Kosten der Informationsbeschaffung sowie der laufenden Pflege und Anpassung.

Ziele und Kennzahlen im NKF (Stand: KT-Beschluss 08.12.2016)

Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft stellt die Entwicklung und Fortschreibung von Zielen und Kennzahlen im NKF-Haushalt dar. Im Dialog zwischen Politik und Verwaltung sind hier zunächst „strategische Ziele unter Berücksichtigung der Ressourcen“ zu entwickeln und vom Kreistag zu beschließen (§ 26 Abs. 1 Buchstabe t Kreisordnung).

In seiner Sitzung am 15.12.2011 hatte der Kreistag einstimmig unter der Überschrift „Lebenswertes Oberbergisches Land“ strategische Ziele beschlossen. Die beschlossenen strategischen Ziele sollen in einem kontinuierlichen Prozess weiterentwickelt und fortgeschrieben werden.

In seiner Sitzung am 30.06.2016 hat der Kreistag die strategischen Ziele neu formuliert und folgende strategische Ziele nach § 26 Abs. 1 Buchst. t) Kreisordnung NRW (KrO) festgelegt:

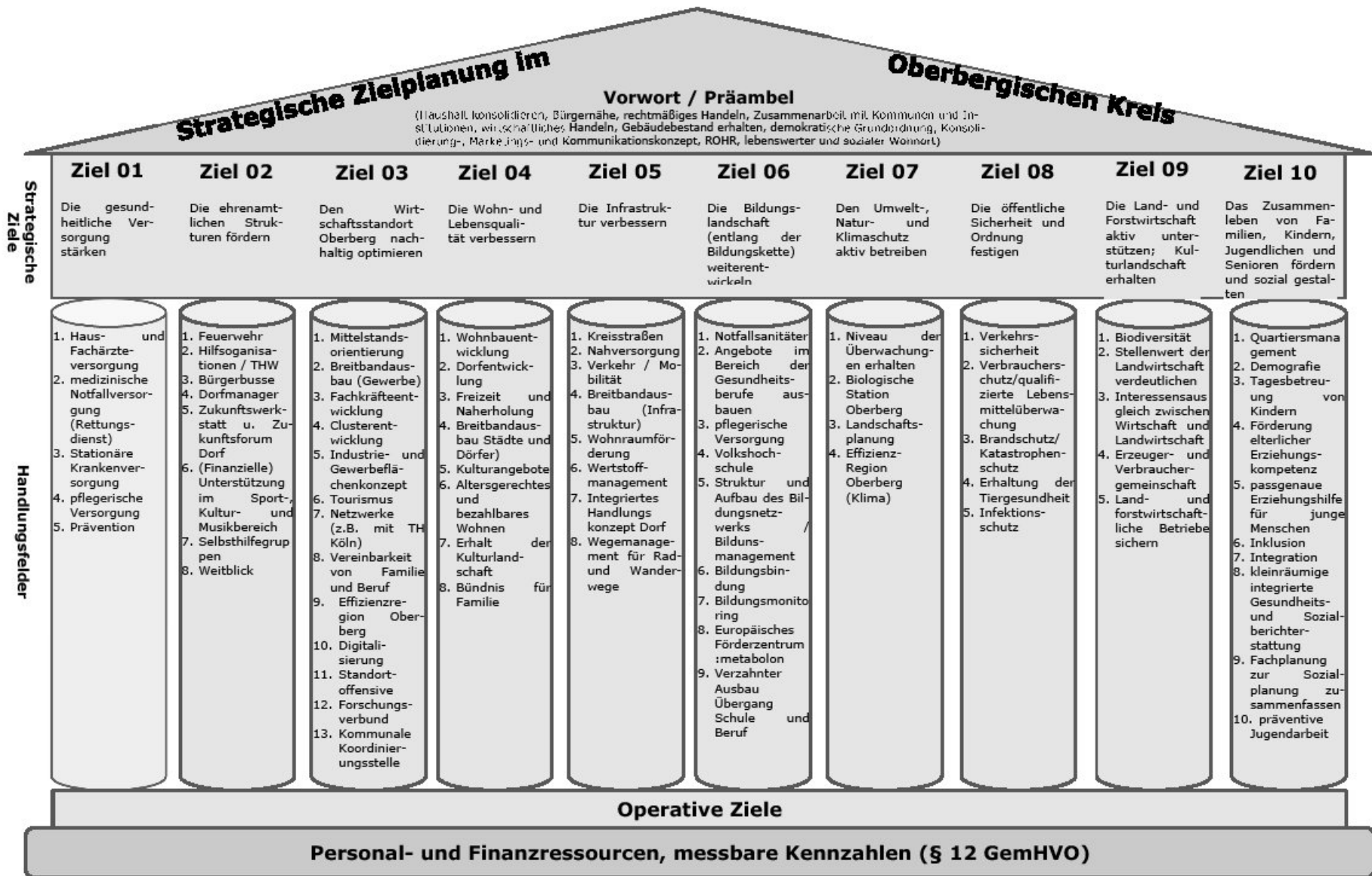
- 1. Die gesundheitliche Versorgung stärken**
- 2. Die ehrenamtlichen Strukturen fördern**
- 3. Den Wirtschaftsstandort Oberberg nachhaltig optimieren**
- 4. Die Wohn- und Lebensqualität verbessern**
- 5. Die Infrastruktur verbessern**
- 6. Die Bildungslandschaft (entlang der Bildungskette) weiterentwickeln**
- 7. Den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz aktiv betreiben**
- 8. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung festigen**
- 9. Die Land- und Forstwirtschaft aktiv unterstützen, Kulturlandschaft erhalten**
- 10. Das Zusammenleben von Familien, Kindern, Jugendlichen und Senioren fördern und sozial gestalten**

Aufgrund der abstrakten Formulierung der strategischen Ziele haben sich die Fraktionen einvernehmlich darauf verständigt, dass die Beschreibung der strategischen Ziele über sog. „Handlungsfelder“ erfolgen soll. Insgesamt bilden die zehn Ziele zusammen mit einer Präambel und den Handlungsfeldern die „Zielplanung für den Oberbergischen Kreis“.

Um eine fundierte fachliche Ausgestaltung der Handlungsfelder sicherstellen zu können, wurde die inhaltliche Beschreibung der Handlungsfelder in den jeweiligen Fachausschüssen beraten und bei Bedarf ergänzt oder verändert. Der Kreistag hat die Handlungsfelder und damit abschließend die gesamte strategische Zielplanung für den Oberbergischen Kreis in seiner Sitzung am 08.12.2016 einstimmig beschlossen. Innerhalb der Handlungsfelder werden durch die Verwaltung konkrete operative Ziele und Maßnahmen zur Zielerreichung entwickelt.

Der aktuelle Stand der Ziele und Handlungsfelder ist in der nachfolgenden Übersicht zusammenfassend dargestellt.

Ziele und Kennzahlen im NKF (Stand: KT-Beschluss 08.12.2016)



Rückschau auf Vorjahre – Haushalts sicherungskonzept 2011 - 2014 Einleitende Bemerkungen zum Doppelhaushalt 2017/2018

Rückschau Haushaltssicherungskonzept 2011 -2014 / Doppelhaushalt 2013-2014:

In den Haushaltsjahren 2009 und 2010 konnte der Haushaltsausgleich nur fiktiv durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage sichergestellt werden. Der Haushalt wurde mit einem Fehlbetrag von rd. 6,15 Mio. € (2009) bzw. rd. 11,4 Mio. € (2010) vom Kreistag beschlossen.

Aufgrund weiterer erheblicher Haushaltsverschlechterungen in verschiedenen Bereichen sowie einem weiteren drastischen Rückgang der Umlagegrundlagen ergab sich in der internen Fortschreibung der Finanzplanung für das Jahr 2011 ein Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage von über 50%. Angesichts dieser Entwicklung hatte die Kreisverwaltung seinerzeit unter Berücksichtigung des Gebots zur Rücksichtnahme auf die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen den damaligen internen Verwaltungsentwurf des Haushalts 2011 revidiert und – wie bereits in früheren Jahren - ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgeschlagen. Dem war der Kreistag gefolgt. Die Aufsichtsbehörde hatte dem Haushaltssicherungskonzept zugestimmt. Das Haushaltssicherungskonzept sah in den Jahren 2011 bis 2013 zur Entlastung der Kommunen einen weiteren Eigenkapitalverzehr vor (2011: rd. 11,2 Mio. €, 2012: rd. 3,8 Mio. €, 2013: rd. 1,8 Mio. €) und in 2014 die Rückkehr zum Haushaltsausgleich. Hierdurch konnte der Anstieg des Kreisumlagehebesatzes in 2011 auf 45,38% begrenzt und im Jahr 2012 auf 44,3% reduziert werden.

Rückschau Doppelhaushalt 2013/2014, Nachtragshaushalt 2014:

Zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung hat die Verwaltung in verschiedenen Bereichen Standards reduziert. Als einen Baustein zur Standardreduzierung hatte der Kreistag für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 die Aufstellung eines Doppelhaushalts beschlossen. Der Hebesatz der allg. Kreisumlage konnte im Doppelhaushalt für 2013 bei 44,3% beibehalten und in 2014 weiter auf 42,8193% gesenkt werden. Der Doppelhaushalt für das Jahr 2014 wurde aufgrund diverser Umstände durch einen „schlanken“ Nachtragshaushalt – mit einer weiteren Senkung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage auf 42,6892% -fortgeschrieben.

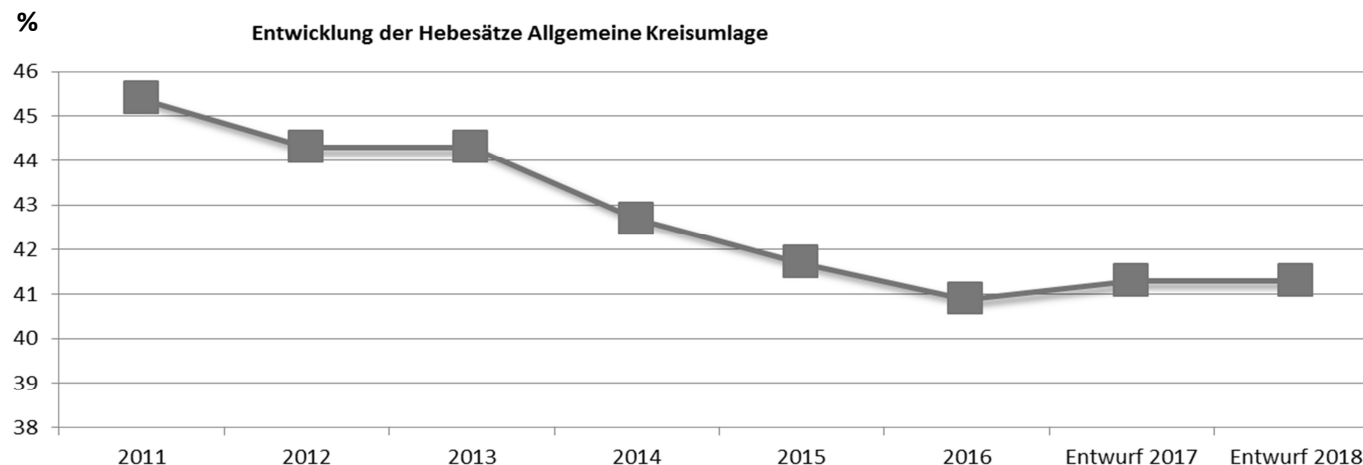
Der Haushaltsausgleich konnte planmäßig in 2014 erreicht werden, so dass das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept mit Abschluss des Jahres 2014 planmäßig verlassen wurde.

Aufgrund des enormen Aufwands der NKF-Systemumstellung (Aufstellung der Eröffnungsbilanz mit vollständiger Erfassung und Bewertung des gesamten Infrastrukturvermögens sowie der Einführung einer neuen Software und der doppelten Buchführung innerhalb der Verwaltung) war der Oberbergische Kreis – wie viele andere Kommunen auch – mit der Aufstellung der Jahresabschlüsse und der Fortschreibung der Bilanz im Rückstand. Durch den Verzicht auf eine vollständige Überplanung des Haushalts 2014 war es der Kämmerei im Jahr 2014 aber möglich, die ausstehenden Jahresabschlüsse der Jahre 2009 bis 2013

rückwirkend aufzustellen. Nach Aufstellung der Jahresabschlüsse 2009 bis 2013 wurde festgestellt, dass der Eigenkapitalverzehr des Oberbergischen Kreises in diesem Zeitraum geringer als ursprünglich geplant ausgefallen war und die Ausgleichsrücklage zum 31.12.2013 entgegen der ursprünglichen Planung noch einen Bestand von rd. 10,8 Mio. € auswies.

Rückschau Doppelhaushalt 2015-2016:

Die Handlungsspielräume aus den Jahresabschlüssen der Vorjahre wurden vom Oberbergischen Kreis sofort dazu genutzt, die kreisangehörigen Kommunen erneut durch den planmäßigen Einsatz von Eigenkapital zu entlasten. So weist der Doppelhaushalt 2015/2016 eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von über 9,0 Mio. € aus, wodurch die Ausgleichsrücklage planmäßig bis auf einen geringen Sockelbetrag nahezu vollständig zu Gunsten der kreisangehörigen Kommunen in Anspruch genommen wird. Hierdurch sowie durch den vollständigen Verzicht auf die Einrichtung von Mehrstellen – trotz zusätzlicher Aufgaben und Fallzahlensteigerungen in vielen Bereichen – konnte der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage weiter gesenkt werden auf 41,7% in 2015 und 40,9% in 2016.



Durch den Verzicht auf die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes 2016 war für die kreisangehörigen Kommunen ein hohes Maß an Planungssicherheit gegeben. Die Kreisverwaltung konnte die hierdurch eingesparten Personalressourcen ab dem Herbst 2015 zur Bewältigung der Flüchtlingskrise einsetzen.

Das Haushaltsjahr 2015 konnte entgegen den Planungen mit einem positiven Rechnungsergebnis abschließen.

Für das Jahr 2016 wird hingegen ein zusätzliches Defizit prognostiziert. Gründe hierfür sind zum einen die Entwicklungen im Sozialetat. Der Sozialetat wird entgegen den Orientierungsdaten des Landes (die eine jährliche Steigerung von 2% vorsehen) auf Basis des prognostizierten Rechnungsergebnisses des Vorjahres unter Berücksichtigung von Verbesserungen oder Verschlechterungen aus konkreten Gesetzesänderungen fortgeschrieben. Der Ansatz für das Jahr 2016 basiert insoweit auf der Prognose des Rechnungsergebnisses 2014. Durch den Verzicht auf einen Nachtragshaushalt 2016 konnten seit dem eingetretene Verschlechterungen nicht berücksichtigt werden und belasten nun das Rechnungsergebnis. Eine weitere Verschlechterung ergibt sich aus Fortschreibung der Orientierungsdaten im Bereich Personalaufwand. Die Orientierungsdaten 2014 sahen für das Jahr 2015 eine Steigerung beim Personalaufwand von 2% und für 2016 von 1% vor. Nach den Tarif- und Besoldungsanpassungen wurde die Steigerungsrate für 2016 im Zuge der Fortschreibung der Orientierungsdaten auf 2% angepasst. Auch diese Anpassung konnte durch den Verzicht auf einen Nachtrag 2016 nicht berücksichtigt werden und führt insbesondere bei den Pensionsrückstellungen für 2016 zu einem Mehrbedarf.

Nach derzeitigem Stand wird prognostiziert, dass die Allgemeine Rücklage zum Ende des Jahres 2016 einen Stand von rd. 7,0 Mio. € ausweisen wird.

Doppelhaushalt 2017-2018:

Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist geprägt von einem Anstieg der Gesamtaufwendungen von 340,0 Mio. € in 2016 nach 374,4 Mio. € in 2017 (Anstieg um rd. 34,4 Mio. €). Von diesem drastischen Anstieg entfallen allein rd. 22,66 Mio. € auf den Bereich Transferaufwendungen, die von 172,4 Mio. € in 2016 auf 199,0 Mio. € in 2017 steigen. Unter Berücksichtigung der Kosten der Unterkunft nach SGB-II, die ebenfalls den Transferaufwendungen zuzurechnen, aufgrund statistischer Vorgaben des Landes aber als „sonstige ordentliche Aufwendungen“ zu verbuchen sind, beträgt allein der Gesamttransferaufwand im Jahr 2017 rd. 227,63 Mio. €, dies entspricht einem Anteil von 60,8% des Gesamthaushaltsvolumens (*Werte gemäß Haushaltsentwurf*).

Dieser Anstieg der Transferaufwendungen, dem teilweise allerdings Erstattungen gegenüber stehen, ergibt sich u.a. aus

- gestiegenen Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen als Folge des U-3/Ü-3 Ausbaus von Kindergartenplätzen in den vergangenen Jahren (überproportionale Tarifsteigerungen im Sozialdienst und Erhöhung der sog. Kindpauschalen um 3% in 2017 und 2018)
- der Betreuung und Versorgung von 112 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UmF) durch das Kreisjugendamt
- stark steigenden Aufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe (6. Kap. SGB XII, vor allem Schulbegleitung/Integrationshelfer im Rahmen schulische Inklusion)
- höheren Pflegesätzen in Pflegeeinrichtungen (Hilfe zur Pflege in Einrichtungen, 7. Kap. SGB XII)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen (Investitionskostenförderung nach APG NRW)
- sowie einem Anstieg der Landschaftsumlage.

Daneben weist der Haushalt 2017/2018 Mehrstellen in verschiedenen Bereichen aus. Der größte Bereich umfasst Stellen für die Bereiche Flüchtlingskrise/Ausländeramt, Integration und Inklusion. Weitere Mehrstellen ergeben sich in den Bereichen Rettungsdienst und Jobcenter, die allerdings vollständig über den Gebührenhaushalt Rettungsdienst bzw. Kostenerstattungen der Bundesagentur refinanziert werden. Daneben gibt es in einigen Verwaltungsbereichen Mehrstellen aufgrund von Aufgabenzuwächsen, die allerdings z.T. durch interne Umschichtungen kompensiert werden können.

Veränderungsnachweis zum Kreishaushalt 2017/2018:

Nach Einbringung des Haushaltsentwurfs haben sich u.a. folgende Veränderungen ergeben, die über den Veränderungsnachweis in den endgültigen Haushalt eingeflossen sind. Der vollständige Veränderungsnachweis ist am Ende des Vorberichts abgedruckt:

- Produktbereich 1.16, Anpassung an 1. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2016
- Produktbereich 1.16: angekündigte Senkung des Hebesatzes der Landschaftsumlage durch den LVR
- Produktbereich 1.05, Sozialetat: Anpassung an voraussichtliches Rechnungsergebnis 2016
- Produktbereich 1.03, Schulen: Umsetzung des Förderprogramms „Gute Schule 2020“
- Produktbereich 1.06 Jugend: Einplanung der angekündigten Gesetzesänderung des Unterhaltsvorschussgesetzes
- sonstige Veränderungen (z.B. Mittel für Aufbau eines Tax compliance Systems)

Als Folge des Veränderungsnachweises konnten die Hebesätze der allgemeinen Kreisumlage, der Jugendamtsumlage und der Berufsschulumlage gegenüber der Entwurfsfassung gesenkt werden (siehe beigefügte Eckdatenübersicht am Ende des Vorberichts).

Die Eckdaten zum Doppelhaushalt 2017/2018 sind in den nachfolgenden Erläuterungen und Tabellenübersichten dargestellt.

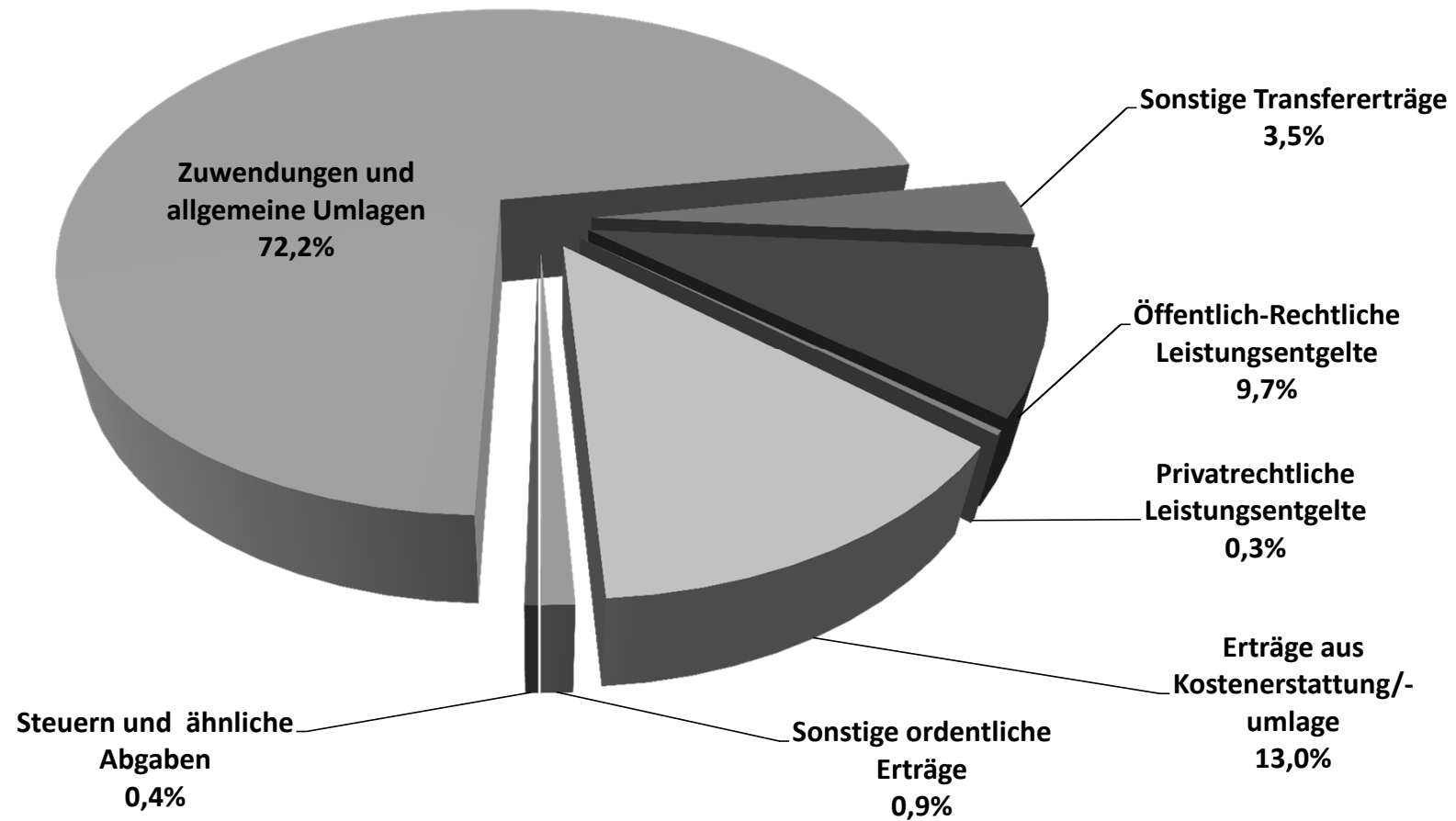
Hinweis:

Die Werte im Vorbericht basieren teilweise auf Werten des Haushaltsentwurfs 2017/2018, die Seiten in der Entwurfsfassung sind entsprechend gekennzeichnet.

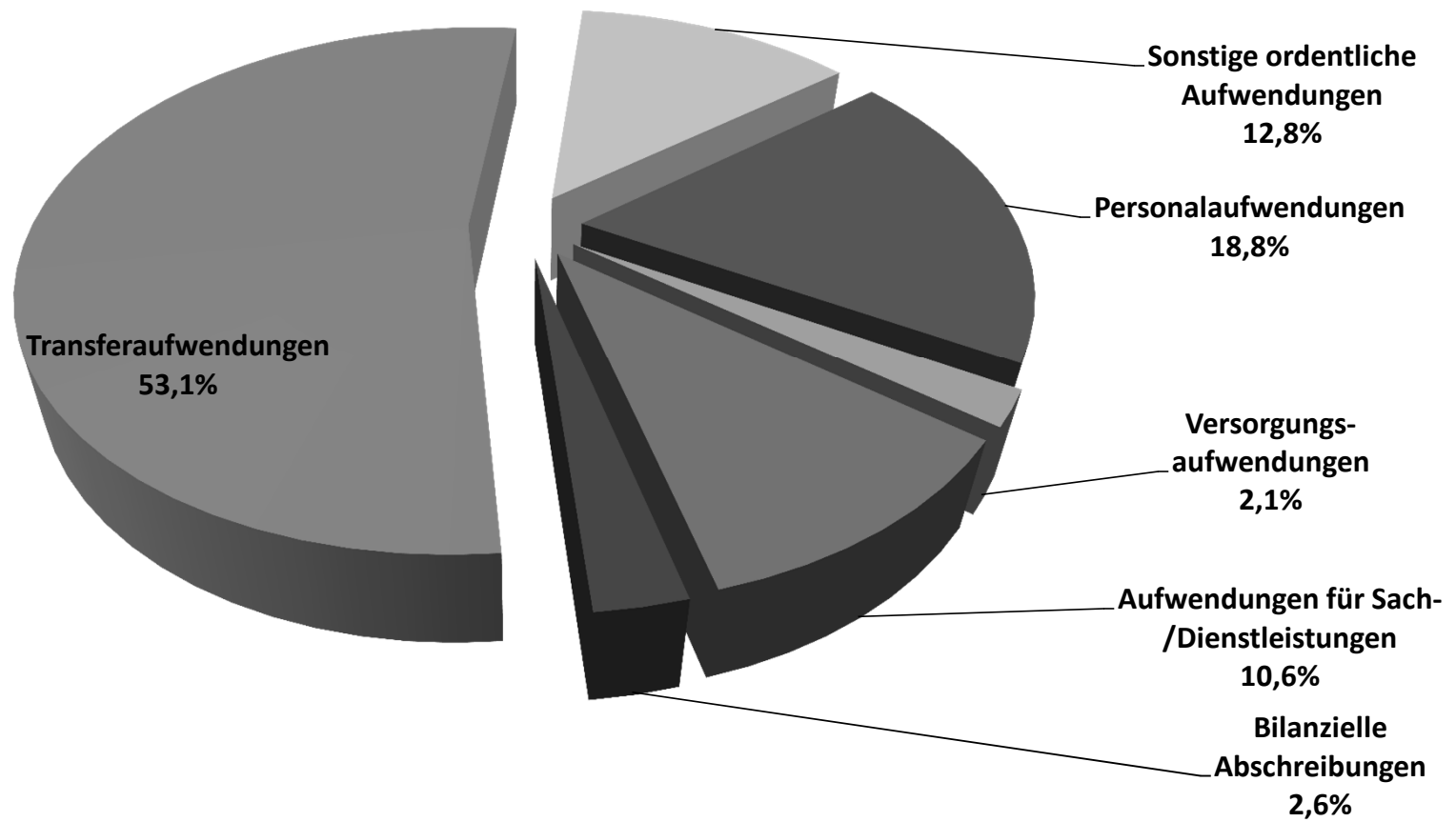
Gesamtergebnisplan 2017/2018 - alle Beträge in Tsd. Euro (Stand: KT-Beschluss 08.12.2016 - D5)

Erträge und Aufwendungen	Finanzplanung						
	RE 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Steuern und ähnliche Abgaben	1.515	1.600	1.375	1.375	1.375	1.375	1.375
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	250.956	254.793	270.082	279.949	285.638	290.776	295.610
Sonstige Transfererträge	6.901	6.077	13.280	12.218	8.415	8.415	8.415
Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte	30.332	31.268	36.466	37.991	37.943	38.129	38.267
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.112	1.046	1.018	1.018	1.023	1.023	1.023
Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	43.334	36.034	48.657	49.399	49.179	48.925	49.226
Sonstige ordentliche Erträge	7.447	3.133	3.380	3.853	3.856	3.857	3.858
Ordentliche Erträge	341.597	333.951	374.259	385.803	387.430	392.500	397.773
Personalaufwendungen	68.580	66.790	71.262	72.496	73.367	74.121	74.840
Versorgungsaufwendungen	6.883	5.391	7.863	8.155	8.300	8.396	8.475
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	36.347	36.692	40.045	39.967	40.707	40.714	41.069
Bilanzielle Abschreibungen	9.628	9.724	9.916	10.657	10.986	11.275	11.442
Transferaufwendungen	169.642	172.356	200.857	205.306	205.057	209.016	213.002
Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.236	45.962	48.309	48.456	48.122	48.124	48.129
Ordentliche Aufwendungen	337.315	336.915	378.252	385.038	386.539	391.646	396.957
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.281	2.964	3.994	-765	-891	-854	-816
Finanzerträge	-2.418	-1.647	-1.714	-1.715	-1.670	-1.641	-1.641
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.572	3.182	2.453	2.517	2.561	2.495	2.457
Finanzergebnis	153	1.535	738	803	891	854	816
Ordentliches Jahresergebnis (Fehlbetrag - Eigenkapitalverzehr)	-4.128	4.500	4.732	38			

Ordentliche Erträge 2017 (Stand: KT-Beschluss vom 08.12.2016 - D5)



Ordentliche Aufwendungen 2017 (Stand: KT-Beschlussv vom 08.12.2016 - D5)



Haushalt 2017 / 2018

Planergebnis je Produktbereich (Stand: KT-Beschluss 08.12.2016, D5)

Produktbereich	Bezeichnung	Haushaltsjahr					
		2016	2017	2018	2019	2020	2021
1.01	Innere Verwaltung*	15,0 Mio. €	16,1 Mio. €	16,5 Mio. €	17,5 Mio. €	17,8 Mio. €	18,0 Mio. €
1.02	Sicherheit und Ordnung	5,5 Mio. €	5,9 Mio. €	5,7 Mio. €	5,8 Mio. €	6,1 Mio. €	6,0 Mio. €
1.03	Schulträgeraufgaben	11,3 Mio. €	12,9 Mio. €	13,0 Mio. €	12,8 Mio. €	13,1 Mio. €	13,3 Mio. €
1.04	Kultur und Wissenschaft	3,3 Mio. €	3,8 Mio. €	3,9 Mio. €	3,6 Mio. €	3,7 Mio. €	3,7 Mio. €
1.05	Soziale Leistungen	52,5 Mio. €	58,2 Mio. €	57,6 Mio. €	58,1 Mio. €	58,4 Mio. €	58,7 Mio. €
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51,3 Mio. €	53,8 Mio. €	55,5 Mio. €	56,1 Mio. €	57,1 Mio. €	58,1 Mio. €
1.07	Gesundheitsdienste	5,4 Mio. €	5,1 Mio. €	5,1 Mio. €	5,2 Mio. €	5,3 Mio. €	5,4 Mio. €
1.08	Sportförderung	0,3 Mio. €	0,3 Mio. €	0,3 Mio. €	0,3 Mio. €	0,3 Mio. €	0,3 Mio. €
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation	6,1 Mio. €	6,4 Mio. €	6,4 Mio. €	6,6 Mio. €	6,6 Mio. €	6,6 Mio. €
1.10	Bauen und Wohnen	2,3 Mio. €	2,2 Mio. €	2,1 Mio. €	2,2 Mio. €	2,2 Mio. €	2,2 Mio. €
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	9,0 Mio. €	9,4 Mio. €	10,0 Mio. €	10,4 Mio. €	10,6 Mio. €	10,8 Mio. €
1.13	Natur- und Landschaftspflege	1,0 Mio. €	1,0 Mio. €	1,0 Mio. €	1,0 Mio. €	1,0 Mio. €	1,0 Mio. €
1.14	Umweltschutz	2,4 Mio. €	2,5 Mio. €	2,5 Mio. €	2,5 Mio. €	2,6 Mio. €	2,6 Mio. €
1.15	Wirtschaft und Tourismus	1,5 Mio. €	1,8 Mio. €	1,7 Mio. €	1,7 Mio. €	1,6 Mio. €	1,7 Mio. €
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft	-162,2 Mio. €	-174,7 Mio. €	-181,5 Mio. €	-183,9 Mio. €	-186,4 Mio. €	-188,4 Mio. €
Gesamtergebnis (Fehlbetrag)		4,5 Mio. €	4,7 Mio. €	0,04 Mio. €	0,0 Mio. €	0,0 Mio. €	0,0 Mio. €

kein Vorzeichen
negatives Vorzeichen

= Aufwand (Nettozuschuss)
= Ertrag (Nettozuschuss)

Abweichungen zum Gesamtergebnisplan ergeben sich aus Rundungsdifferenzen

In der obigen Tabelle ist der jeweilige Zuschussbedarf je Produktbereich ausgewiesen, d.h. die Differenz zwischen Aufwendungen und Erträgen nach Verrechnung (interne Verrechnungen, Umlagen für Gebäude, Kfz, etc.). Im Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft ist insb. die Kreisumlage ausgewiesen, hier ergibt sich typischerweise ein "Überschuss" zur Finanzierung des Gesamthaushaltes.

*Aufwand für diverse Sanierungsmaßnahmen an den Verwaltungsgebäuden wurde bislang ausschließlich dem Produktbereich „Innere Verwaltung“ zugeordnet, da endgültige Entscheidungen erst mit der Beschlussfassung des Kreistages vorliegen werden. Mit der Beschlussfassung des Bauausschusses über die konkreten Maßnahmen werden die Aufwendungen dann auf die einzelnen Produkte verrechnet.

Bildung von Budgets / Bewirtschaftungsregelungen für die Ausführungen des NKF-Haushaltes

1. Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 20 GemHVO NRW)

Soweit nichts anderes bestimmt ist, dienen die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen. Die Einzahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit. Die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für Investitionstätigkeit.

2. Bildung von Budgets (§ 21 GemHVO NRW)

Nach § 21 Abs. 1 GemHVO können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Budgetbildung kann sowohl für Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan als auch für Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan erfolgen. Durch die Verbindlichkeit stellt das Budget die Obergrenze der Ausgabeermächtigung für die Bewirtschaftung dar. Durch die Budgetbildung soll die dezentrale Ressourcenverantwortung gestärkt und eine flexible Haushaltswirtschaft gefördert werden. Solange das jeweilige Budget nicht überschritten wird, liegt keine haushaltsrechtliche Überschreitung vor.

Konkrete Vorgaben für die Budgetbildung sieht die GemHVO nicht vor, so dass jede Kommune individuell entscheiden kann, ob und in welcher Form Budgets gebildet werden. Bei der Budgetbildung besteht die Möglichkeit, die Budgets nach Produkten bzw. Produktbereichen oder organisationsbezogene Budgets zu bilden. Daneben können Budgets für einzelne Ertrags- und Aufwandsarten oder Mischformen der verschiedenen Möglichkeiten gewählt werden.

Beim Oberbergischen Kreis erfolgt die Budgetbildung in einer Mischform in Anlehnung an die Organisationsstruktur. Hierdurch sollen wirtschaftliche Vorteile durch zentrale Beschaffungen und die zentrale Abwicklung/Bewirtschaftung von Querschnittsaufgaben erzielt werden. Daneben soll den Fachämtern eine flexible und verantwortliche Bewirtschaftung der zur Aufgabenerledigung erforderlichen Finanzmittel ermöglicht und die Verantwortlichkeit der Produktverantwortlichen gestärkt werden.

Beim Oberbergischen Kreis werden folgende Budgets gebildet:

1. **Budget Personalaufwand:** Die Personal- und Versorgungsaufwendungen aller Produktgruppen werden zu einem Budget Personalaufwand verbunden. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch die Personalverwaltung (Amt 10/4).
2. **Budget Gebäudeunterhaltung:** Die Aufwendungen zur Unterhaltung der Gebäude (Bauunterhaltung, Instandsetzung, Wartung technischer Anlagen, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudeunterhaltung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das technische Immobilienmanagement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 38).
3. **Budget Gebäudebewirtschaftung:** Die Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Gebäude (Grundbesitzabgaben, Energiekosten, Reinigung, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudebewirtschaftung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das Grundstücks- und Gebäudemanagement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 38).
4. **Budget Zentrale Dienste:** Die Kosten für ADV + Netzwerk, Beschaffung, Büromaterial, Telefon, zentralen Fuhrpark etc. werden von den Zentralen Diensten bewirtschaftet. Die Zentralen Dienste übernehmen für die Abwicklung von Materialbeschaffungen und Bestellungen hierbei die Funktion einer „Servicestelle“, die von den Ämtern zu nutzen ist. Die Abrechnung der Kosten für Büromaterial, Bücher und Zeitschriften, erfolgt über eine Amtskostenstelle, die für jedes Amt eingerichtet wird. Die Amtsleitungen sind hierbei für die Einhaltung des Kostenrahmens verantwortlich, haben jedoch die Möglichkeit einer flexiblen Bewirtschaftung.
5. **Budget Sachaufwand:** Innerhalb der Produktgruppen bzw. Produkte werden die sachlich zusammenhängenden Aufwendungen aus den Zeilen 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und den Zeilen 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zu einem Budget verbunden. Die Budgeteinrichtung erfolgt durch die Kämmerei in Abstimmung mit den Fachämtern. Die Budgetverwaltung erfolgt durch die Produktverantwortlichen in den Fachämtern.

Personalaufwendungen

Haushaltsjahre 2015 und 2016:

Vorgabe für die Dotierung der Haushaltsansätze für die Jahre 2015 und 2016 ist ein Beschluss des Kreistages vom 14.03.2013, der vorsieht, die Höhe der Personalaufwendungen für die Jahre 2015 bis 2019 durch die vom Land NRW vorgegebenen Orientierungsdaten zu begrenzen. Grundlage und Vergleichsbasis hierfür sind die Bruttopersonalaufwendungen abzüglich der Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie abzüglich sämtlicher Erstattungen zu Personalaufwendungen. Die Ansätze sahen daher einen Anstieg der Personalaufwendungen für 2015 von 2 % und für 2016 von 1 % vor. Obwohl das Land NRW die Orientierungsdaten für den Bereich Personal für das Jahr 2016 zwischenzeitlich auf 2 % erhöht hat, wurde der Ansatz im Haushalt für 2016 nicht über einen für diesen Fall erforderlichen Nachtragshaushalt angepasst. Damit fielen die Personalkostensteigerungen im Jahr 2016 im Ergebnis um einen Prozentpunkt niedriger aus, als die Orientierungsdaten des Landes und der o. g. Kreistagsbeschluss dies vorsahen. Die Kreisverwaltung hat damit im Jahr 2016 im Bereich der Personalkosten einen weiteren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

Festzustellen ist zudem, dass es in 2015 auch tatsächlich gelungen ist, den vorgegebenen Haushaltsansatz einzuhalten. Für 2016 ist trotz der nur 1%igen Erhöhung nach derzeitigem Stand (10/2016) ebenfalls zu erwarten, dass auch der Ansatz 2016 nicht überschritten wird. Gelingen konnte dies trotz zusätzlicher, insbesondere zur Bewältigung der Flüchtlingssituation, erforderlicher Mittel nur dadurch, dass die Kreisverwaltung den restriktiven Kurs in der Personalbewirtschaftung ansonsten konsequent fortgesetzt hat.

Haushaltsjahre 2017 und 2018:

Grundlage für die Dotierung der Haushaltsansätze für 2017 und 2018 ist nach wie vor der o. g. Beschluss des Kreistages. Die Orientierungsdaten des Landes NRW sehen für den Bereich Personal für 2017 einen Anstieg von 2 % sowie für 2018 von 1 % vor. Unter Berücksichtigung dieser Orientierungsdaten ergeben sich für den Personaletat zunächst Netto-Personalaufwendungen in Höhe von rd. 47,59 Mio. € für 2017 sowie rd. 48,1 Mio. € für 2018.

Die Rahmenbedingungen, die Grundlage für den Beschluss des Kreistages zur Begrenzung der Personalaufwendungen waren, haben sich allerdings in Folge der Flüchtlingssituation und des sich daraus ergebenden Handlungsbedarfs im Bereich der Ausländerbehörde und zur Integration der betroffenen Personen sowie durch das Thema Inklusion deutlich verändert, so dass es als erforderlich angesehen wird, in diesen Bereichen personelle Verstärkungen vorzunehmen, die eine Erhöhung des Personalkostenansatzes über die Orientierungsdaten hinaus zur Folge haben. Der daraus resultierende Mehraufwand beziffert sich für das Jahr 2017 auf rd. 1,05 Mio. € und für 2018 auf rd. 1,06 Mio. €. Verteilt auf die entsprechenden Aufgabenbereiche der Kreisverwaltung ergibt sich hieraus ein personeller Mehrbedarf für die beiden o. g. Themenfelder von 23,5 Stellen.

Im Haushalt 2017 sind Personalaufwendungen in Höhe von rd. 79,12 Mio. € eingeplant. Abzüglich der Erstattungen zu Personalaufwendungen (insbesondere Rettungsdienst und Jobcenter) sowie der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen ergeben sich Aufwendungen in Höhe von rd. 48,63 Mio. €. Der Haushalt 2018 sieht Personalaufwendungen in Höhe von rd. 80,65 Mio. € vor. Abzüglich der Erstattungen sowie der Pensionsrückstellungen ergeben sich für 2018 Aufwendungen in Höhe von rd. 49,12 Mio. €.

Die Personalaufwendungen basieren auf einem Stellenvolumen von nunmehr 1.092 Stellen. Die beiden Stellenpläne sehen zum einen die o.g. 23,5 zusätzlichen Stellen vor, die zur Aufgabenerledigung in den beiden Schwerpunktthemen „Integration“ und „Inklusion“ als erforderlich angesehen werden. Weiterhin ist vorgesehen, den kommunalen Anteil im Jobcenter Oberberg um 12 Stellen zu erhöhen. Durch die Fusion zum „Bergischen Berufskolleg Wipperfürth und Wermelskirchen“ ergibt sich zudem die Notwendigkeit, das dortige Personal im Umfang von 3,0 Stellen in den Dienst des Oberbergischen Kreises zu übernehmen. Beide Maßnahmen sind personalkostenneutral. Darüber hinaus wird es aufgrund hoher Aufgabendichte bzw. zusätzlicher Aufgaben als erforderlich angesehen, weitere 10,5 Stellen in verschiedenen Bereichen der Kreisverwaltung zusätzlich einzurichten. Demgegenüber können insgesamt 11 Stellen, z. B. im Bereich des Amtes für Geoinformation und Liegenschaftskataster, eine Dezernentenstelle sowie die damit verbundene Sekretariatsstelle, mit dem Stellenplan 2017 abgebaut werden.

Sozialetat (Werte gemäß Haushaltsentwurf 2017/2018)

1. Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Nach der zweigeteilten gesetzlichen Aufgabenträgerschaft tragen die Kreise und kreisfreien Städte die Unterkunfts- und Heizkosten, die Kosten für bestimmte einmalige Leistungen und seit 2011 auch die Kosten für die Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT). Der Bund trägt die Kosten für die sonstigen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung). Den kreisfreien Städten und Kreisen ist darüber hinaus die Aufgabe der Schuldnerberatung, der Suchtberatung, der psychosozialen Betreuung sowie der Kinderbetreuung zugewiesen, soweit diese Leistungen der Eingliederung des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in das Erwerbsleben dienen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger nach dem SGB II hat sich wie folgt entwickelt:

Monat 2015	Bedarfsgemeinschaften (BGs)	Hilfeempfänger (Personen)	Monat 2016	Bedarfsgemeinschaften (BGs)	Hilfeempfänger (Personen)
Januar	7.802	15.241	Januar	7.639	14.885
Februar	7.836	15.336	Februar	7.753	15.061
März	7.847	15.347	März	7.760	15.049
April	7.825	15.289	April	7.736	15.023
Mai	7.736	15.121	Mai	7.684	14.968
Juni	7.708	15.075	<i>Juni</i>	<i>7.682</i>	<i>14.960</i>
Juli	7.629	14.935	<i>Juli</i>	<i>7.655</i>	<i>14.986</i>
August	7.622	14.968	<i>August</i>	<i>7.601</i>	<i>14.842</i>
September	7.579	14.891			
Oktober	7.554	14.793			
November	7.564	14.775			
Dezember	7.574	14.793			

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik

Hinweis: Es handelt es sich bis Mai 2016 um endgültige Zahlen nach einer Wartezeit von drei Monaten und ab Juni 2016 um vorläufige Zahlen.

Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Leistungsempfänger wird es entscheidend auf die Umsetzung der sog. Wohnsitzauflage nach § 12a Aufenthaltsgesetz durch das Land NRW ankommen. Ein erster Entwurf einer Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung – AWoV sieht eine gemeindegrenze Wohnsitzzuweisung vor. Zur Verteilung soll ein „Integrationschlüssel“ zur Anwendung kommen.

Der Bund beteiligt sich an den kommunalen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sowie für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 46 Absätze 5 ff. SGB II. Der Veranschlagung der Bundesbeteiligung ab 2017 liegt der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen zugrunde. Das Land beteiligt sich in Höhe der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben (§§ 7, 7a AG SGB II NRW).

Bund und Land beteiligen sich an den kommunalen Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende wie folgt:

Jahr	Bundesbeteiligung		Landesbeteiligung	Belastung Kreishaushalt
	Beteiligungssatz	Betrag	Betrag	Betrag
2005	29,1 %	9.449.000 €	2.404.000 €	22.316.000 €
2006	29,1 %	10.283.000 €	3.112.000 €	25.302.000 €
2007	31,2 %	10.339.000 €	7.309.000 €	18.803.000 €
2008	28,6 %	8.906.000 €	5.019.000 €	20.170.000 €
2009	25,4 %	8.038.000 €	3.394.000 €	23.266.000 €
2010	23,0 %	7.626.000 €	2.774.000 €	26.071.000 €
2011	35,8 % ¹⁾	11.005.000 €	2.778.000 €	21.523.000 €
2012	35,8 % ¹⁾	10.604.000 €	2.305.000 €	22.551.000 €
2013	33,8 % ²⁾	10.631.000 €	1.641.000 €	24.495.000 €
2014	31,3 % ³⁾	10.167.000 €	1.574.000 €	25.067.000 €
2015	35,3 % ⁴⁾	11.208.000 €	1.514.000 €	22.761.000 €
2016 vorrauss. RE	35,4 % ⁵⁾	11.355.000 €	1.500.000 €	23.081.000 €
2017 geplant	44,0 % ⁶⁾	14.059.000 €	1.500.000 €	20.397.000 €
2018 geplant	41,7 % ⁷⁾	13.346.000 €	1.500.000 €	21.110.000 €
2019 geplant	44,1 % ⁸⁾	14.090.000 €	1.500.000 €	20.366.000 €

- 1) darin: 5,4 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG) und 2,8 %-Punkte für zusätzliche Schulsozialarbeit
 - 2) darin: 3,4 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG) und 2,8 %-Punkte für zusätzliche Schulsozialarbeit
 - 3) darin: 3,7 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG) und 2,8 %-Punkte für zusätzliche Schulsozialarbeit
 - 4) darin: 4,0 %-Punkte für Aufwendungen BuT SGB II, BKGG) und 3,7 %-Punkte Erhöhung aus „halber Übergangsmilliarde“
 - 5) darin: 4,1 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG) und 3,7 %-Punkte Erhöhung aus „halber Übergangsmilliarde“
 - 6) darin: 4,1 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG), 7,4 %-Punkte „Stärkung Kommunalfinanzen“, 4,9 %-Punkte flüchtlingsbedingte Kosten
 - 7) darin: 4,1 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG), 5,1 %-Punkte „Stärkung Kommunalfinanzen“, 4,9 %-Punkte flüchtlingsbedingte Kosten
 - 8) darin: 4,1 %-Punkte für Aufwendungen BuT (SGB II, BKGG), 10,2 %-Punkte „Stärkung Kommunalfinanzen“, 2,2 % Punkte flüchtlingsbedingte Kosten
- Beim Anteil für die BuT-Aufwendungen handelt es sich um die Landesquote. Die landesinterne Verteilung erfolgt auf Grundlage von § 6a AG SGB II NRW)

2. Leistungen in Pflegeeinrichtungen

Die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Leistungen in Einrichtungen stellt sich wie folgt dar:

		Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15
Dauerpflege	Personen insges.:	951	935	935	932	931	948	950	958	953	961	967	967
	Grunds. Kap. 4	204	206	207	213	212	215	210	210	209	209	204	208
	HLU Kap. 3	515	360	361	376	386	397	361	373	346	346	409	398
	Pflegestufe 0	44	42	40	36	33	35	33	30	36	30	35	35
	Pflegestufe 1	262	233	262	266	269	276	276	282	268	274	270	272
	Pflegestufe 2	355	327	355	358	363	366	371	381	388	387	399	401
	Pflegestufe 3	254	251	247	241	237	239	236	241	236	247	230	233
	Härtefall	29	27	30	27	30	31	32	32	30	30	29	28
	Pflegerwohngeld	869	855	848	839	843	855	858	872	861	874	870	868
ausschl. HLU i.E.		5	5	5	4	5	5	5	5	5	5	4	4
Kurzzeitpflege		9	7	6	19	12	18	11	12	12	17	12	15
Tagespflege		2	3	3	3	2	2	3	3	3	2	3	1
PWG-Selbstzahler *		171	212	211	228	236	237	228	237	241	238	241	216

		Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16
Dauerpflege	Personen insges.:	974	976	959	978	962	969	971	981				
	Grunds. Kap. 4	225	224	233	234	231	229	215	214				
	HLU Kap. 3	526	378	395	416	398	387	385	376				
	Pflegestufe 0	37	36	35	33	33	36	34	34				
	Pflegestufe 1	263	271	267	273	272	271	275	285				
	Pflegestufe 2	407	405	395	407	398	393	389	389				
	Pflegestufe 3	240	236	233	236	242	245	250	256				
	Härtefall	27	31	29	31	29	29	29	29				
	Pflegerwohngeld	878	893	874	892	880	882	886	903				
ausschl. HLU i.E.		4	4	4	4	3	3	3	3				
Kurzzeitpflege		11	15	10	15	12	10	9	16				
Tagespflege		2	2	3	2	3	2	2	2				
PWG-Selbstzahler *		207	206	203	206	206	196	202	195				

* Pflegerwohngeld für Nichtsozialhilfeempfänger ist jährlich neu zu beantragen. In den meisten Fällen läuft die Bewilligung zum Jahresende aus. Die Weiterbewilligung kann drei Monate rückwirkend erfolgen. Darin ist der Rückgang der Fallzahlen im Jan. gegenüber dem Dez. des Vorjahres begründet.

Die einzusetzenden Finanzmittel für die Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in Einrichtungen sind erheblich und haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Nettoaufwand	Veränd. zum Vorjahr
2004	12.548.000 €	
2005	13.149.000 €	+ 601.000 €
2006	14.337.000 €	+ 1.188.000 €
2007	15.028.000 €	+ 691.000 €
2008	14.819.000 €	- 209.000 €
2009	15.062.000 €	+ 243.000 €
2010	14.868.000 €	- 194.000 €
2011	15.802.000 €	+ 934.000 €
2012	15.822.000 €	+ 20.000 €
2013	15.694.000 €	- 128.000 €
2014	16.123.000 €	+ 429.000 €
2015	17.301.000 €	+1.178.000 €
2016 vorrauss. RE	18.522.000 €	+1.221.000 €
2017 geplant	18.524.000 €	+2.000 €

Die Mehraufwendungen seit 2014 beruhen nur zu einem Teil auf Fallzahlensteigerungen. Für nahezu alle Pflegeeinrichtungen wurden höhere Heimentgelte verhandelt, vor allem wegen gestiegener Personalkosten auf Grund von Tarifsteigerungen. Steigende Aufwendungen bei der Investitionskostenförderung (Pflegewohngeld) haben ihren Grund in den höheren gesetzlichen Standards in den Einrichtungen und einer gestiegenen Zahl von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen.

Welche Auswirkungen die Umsetzung der am 01.01.2017 in Kraft tretenden Pflegestärkungsgesetze II und III auf die Sozialhilfeaufwendungen haben werden, bleibt abzuwarten.

3. Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII

Personen, die nicht grundsätzlich Leistungen nach dem SGB II erhalten, aber ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht selbst sicherstellen können, haben Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel SGB XII. Die Entwicklung der Anzahl der Personen im Leistungsbezug ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung:

Monat 2016	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kap. SGB XII
Januar	576	2.298
Februar	579	2.296
März	582	2.297
April	579	2.316
Mai	570	2.317
Juni	571	2.297
Juli	562	2.285
August	551	2.267
September		
Oktober		
November		
Dezember		

Bedarfsgemeinschaften, in denen nicht mindestens eine Person erwerbsfähig im Sinne des SGB II ist, haben keinen SGB II-Leistungsanspruch, sondern erhalten Sozialhilfeleistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII. Es handelt sich zumeist um Einzelpersonen, die nicht dauerhaft erwerbsunfähig sind, deren Erwerbsfähigkeit voraussichtlich aber auch nicht innerhalb von sechs Monaten wieder hergestellt werden kann. Mit der vom Kreistag beschlossenen Ausweitung der psychosozialen Betreuung auf diesen Personenkreis zum 01.01.2010 wird durch gezielte Begleitung und Hilfen versucht, die Erwerbsfähigkeit dieser Menschen wieder herzustellen.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend der stetigen Zunahme der leistungsberechtigten Personen auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII hat sich in den letzten Monaten verlangsamt. Die demografische Entwicklung mit der Zunahme älterer Menschen lässt für die Zukunft aber eher einen weiteren Anstieg erwarten. Seit dem Jahr 2014 erstattet der Bund die Nettoausgaben in voller Höhe (§ 46a SGB XII).

Jahr	Aufwand	Bundesbeteiligung	Belastung Kreishaushalt
2003	3.433.000 €	1.225.000 €	2.208.000 €
2004	4.540.000 €	1.109.000 €	3.431.000 €
2005	6.214.000 €	1.149.000 €	5.065.000 €
2006	6.630.000 €	1.116.000 €	5.514.000 €
2007	6.799.000 €	1.079.000 €	5.720.000 €
2008	7.273.000 €	1.005.000 €	6.268.000 €
2009	7.786.000 €	883.000 €	6.903.000 €
2010	8.107.000 €	1.017.000 €	7.090.000 €
2011	8.618.000 €	1.167.000 €	7.451.000 €
2012	9.329.000 €	3.646.000 €	5.683.000 €
2013	10.237.000 €	7.678.000 €	2.559.000 €
2014	11.054.000 €	11.054.000 €	0 €
2015	12.362.000 €	12.362.000 €	0 €
2016 vorrauss. RE	12.489.000 €	12.489.000 €	0 €
2017 geplant	12.489.000 €	12.489.000 €	0 €

Die Aufgaben nach dem 4. Kapitel SGB XII sind als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahrzunehmen.

4. Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem 6. Kapitel SGB XII

Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten Personen, die durch eine Behinderung (§ 2 Abs. 1 Satz 1 SGB IX) wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt sind oder die von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind. Aufgabe der Eingliederungshilfe ist es, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Die Aufwendungen für die nachstehenden Leistungen haben sich wie folgt entwickelt.

Leistungsart	2014	2015	vorauss. RE 2016
Angemessene Schulbildung, vor allem Schulbegleitung	1.175.000 €	1.589.000 €	1.961.000 €
Heilpädagogische Leistungen für Kinder	82.000 €	94.000 €	78.000 €
Einzelbetreuung in Kindertagesstätten (differenzierte Ausweisung erfolgt erst ab 2015)		107.000 €	249.000 €
Andere Leistungen der Eingliederungshilfe	184.000 €	179.000 €	200.000 €
Eingliederungshilfe gesamt	1.441.000 €	1.969.000 €	2.488.000 €

Der Anstieg der Aufwendungen ist ganz überwiegend auf die Umsetzung der Inklusion im Schul- und Kitabereich zurückzuführen. Die Leistungen zur angemessenen Schulbildung sind Pflichtleistungen nach § 54 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 SGB XII. Die Einzelbetreuung beim Kita-Besuch ist eine Pflichtleistung nach § 54 Absatz 1 Satz 1 SGB XII i.V.m. § 55 Absatz 2 SGB IX. Beide Leistungen sind einkommens- und vermögensunabhängig zu gewähren (§ 92 Absatz 2 Nr. 2 bzw. 3 SGB XII).

Die Gesamtveranschlagung im Sozialetat stellt sich abschließend wie folgt dar:

	Ansatz 2016	vorrauss. RE 2016 (Stand: 06.06.16)	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Gesamterträge	-31.307.568,00 €	-32.719.635,00 €	-35.424.170,00 €	-34.711.170,00 €	-35.455.170,00 €	35.455.170,00 €	-35.455.170,00 €
Gesamtaufwendungen	79.488.332,00 €	84.366.875,00 €	85.573.234,00 €	85.957.234,00 €	86.203.234,00 €	86.449.234,00 €	86.695.234,00 €
Gesamtergebnis Entwurf	48.180.764,00 €	51.647.240,00 €	50.149.064,00 €	51.246.064,00 €	50.748.064,00 €	50.994.064,00 €	51.240.064,00 €
Veränderungsnachweis zum Kreishaushalt 2017/2018:							
Gesamtergebnis	48,18 Mio. €	51,74 Mio. €	51,74 Mio. €	51,14 Mio. €	51,51 Mio. €	51,75 Mio. €	52,00 Mio. €

Die Haushaltsansätze im Sozialetat wurden auf der Basis der voraussichtlichen Rechnungsergebnisse 2016 ohne Steigerung lediglich fortgeschrieben. Berücksichtigt wurden die vorgesehenen Verbesserungen aus der Bundesbeteiligung (s.o) sowie jährliche Aufwandssteigerungen bei den Eingliederungshilfeleistungen von 0,3 Mio. € und Mehraufwendungen von 0,68 Mio. € auf Grund Zuständigkeitsveränderungen durch Artikel 3 des Inklusionsstärkungsgesetzes NRW.

Fazit: Die Verbesserungen aus der erhöhten Bundesbeteiligung werden durch Aufwandssteigerungen bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, bei der Hilfe zur Pflege und durch Zuständigkeitsverlagerungen zum großen Teil aufgezehrt.

Bei der Entwicklung des Gesamtzuschussbedarfes ist zu berücksichtigen, dass der Entwurf des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen (u.a. 5 Mrd. Entlastungspaket des Bundes) vorsieht, dass die Entlastungen zum einen anteilig über eine erhöhte Beteiligung an den Kosten der Unterkunft an die Kreise und kreisfreien Städten als kommunale Träger ausgezahlt werden. Daneben werden die kreisfreien wie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer entlastet. Die prozentuale Aufteilung der Entlastung über die Kosten der Unterkunft und die erhöhte Umsatzsteuerbeteiligung variiert in den Jahren 2017 - 2019, woraus sich die Veränderungen im Gesamtzuschussbedarf 2017 bis 2019 erklären.

Jugendhilfe (Werte gemäß Haushaltsentwurf 2017/2018)

Der Oberbergische Kreis nimmt in seinem Zuständigkeitsbereich die Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe für die neun kreisangehörigen Städte und Gemeinden Bergneustadt, Engelskirchen, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof und Waldbröl wahr. Zur Bestreitung der Aufwendungen, die aus der Wahrnehmung der jugendhilferechtlichen Aufgabenstellung erwachsen, wird von den beteiligten Kommunen eine Jugendamtsumlage erhoben. Nachfolgend ist die Entwicklung der zu erwartenden Gesamtaufwendungen der drei Produktgruppen des Jugendamtes dargestellt:

Produktgruppe	vorl. Rechnungsergebnis 2015	Zuschussbedarf Haushalt 2016	Zuschussbedarf Haushalt 2017	Zuschussbedarf Haushalt 2018
Kinder in Tageseinricht./Tagespflege	19.644.003 €	22.029.759 €	23.357.111 €	23.717.598 €
Jugendarbeit und Familienförderung	2.464.209 €	2.861.278 €	3.048.087 €	3.368.690 €
Individuelle Hilfen f. junge Menschen	25.418.396 €	26.256.691 €	27.279.084 €	28.372.201 €
Gesamt	47.526.608 €	51.147.728 €	53.684.282 €	55.458.489 €

Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit liegen sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung der Arbeitsfelder als auch in der finanzwirtschaftlichen Auswirkung in den Bereichen „Hilfen zur Erziehung“ und „Tageseinrichtungen für Kinder“.

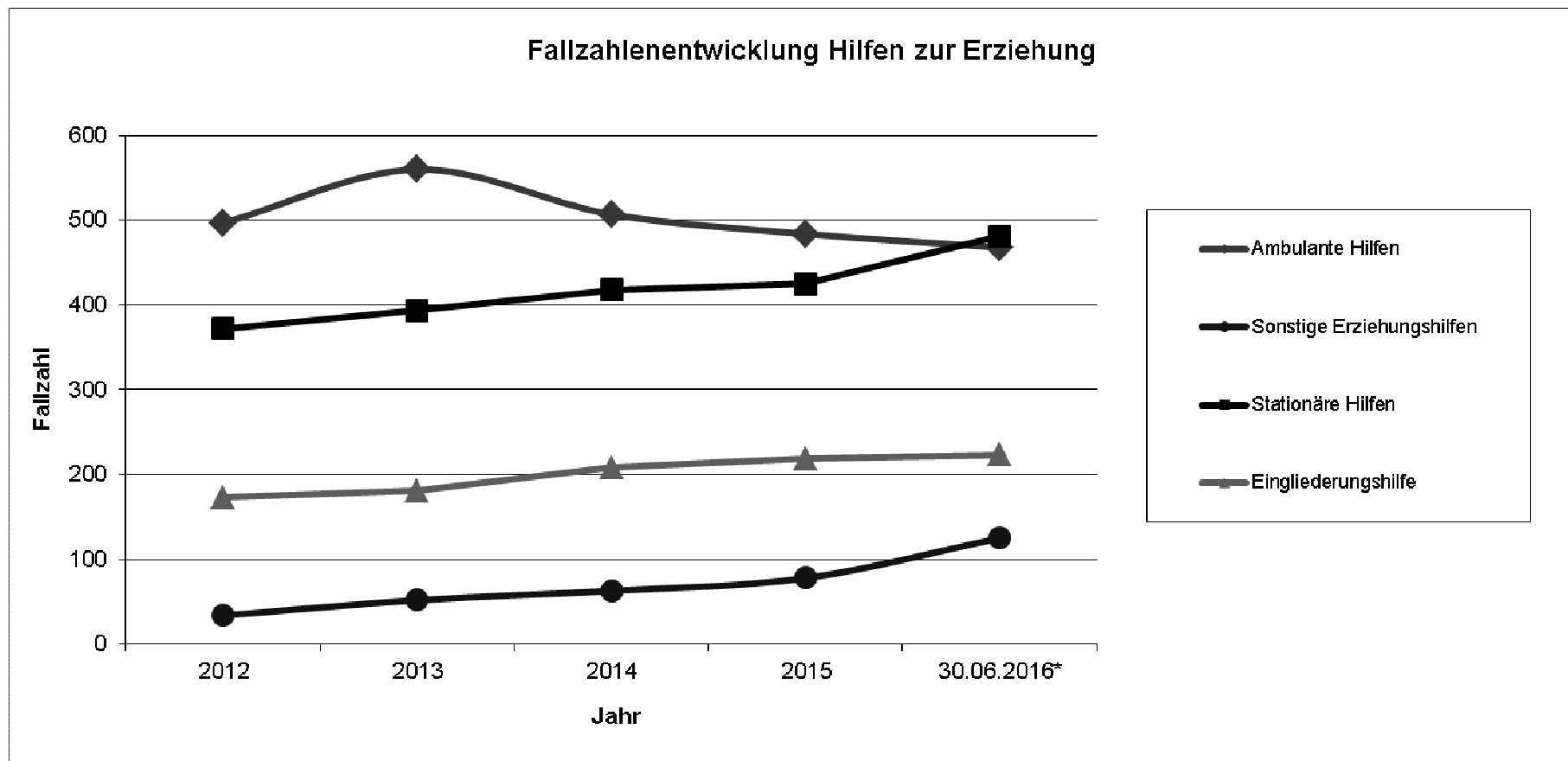
Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung sind als gesetzlicher Rechtsanspruch im SGB VIII verankert. Sie zeichneten sich in den vergangenen Jahren durch einen zum Teil deutlichen Anstieg der Inanspruchnahme und damit einhergehend durch einen entsprechenden Kostenanstieg von teilweise bis zu 10 % aus. Dieser Trend konnte im Jahr 2010 mit einem leichten Rückgang der Fallzahlen erstmals gestoppt werden. In den Folgejahren blieben die Fallzahlen weitgehend konstant. Im Jahr 2013 musste eine 10 %-ige Fallzahlensteigerung verzeichnet werden, die hauptsächlich dem erweiterten Angebot an ambulanten Hilfen zuzurechnen ist. In den Jahren 2014 und 2015 blieben die Fallzahlen auf dem Niveau des Jahres 2013. Tendenziell ist ein Zuwachs bei den stationären Hilfen (hauptsächlich Vollzeitpflegen) und den Eingliederungshilfen zu verzeichnen. Im Jahr 2016 wird es bedingt durch die Betreuung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu einer Fallzahlensteigerung kommen. Bereinigt um diese Fälle werden die Fallzahlen jedoch auch im Jahr 2016 gegenüber den Vorjahren konstant bleiben.

Hilfen zur Erziehung - Fallzahlen	2012	2013	2014	2015	30.06.2016*
Ambulante Hilfen	497	560	507	484	468
Stationäre Hilfen	372	394	418	425	481
Eingliederungshilfe	173	181	208	219	223
Sonstige Erziehungshilfen	34	52	63	78	125
Gesamt	1.076	1.187	1.196	1.206	1.297
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		10,33%	0,76%	0,84%	7,55%

Tabelle: Übersicht der Jahresdurchschnittswerte 2012 bis 2015 und Fallzahlen zum Stichtag 30.06.2016

* In den Fallzahlen zum Stichtag 30.06.2016 sind insgesamt 114 Fälle zur Betreuung und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge enthalten.



Tageseinrichtungen für Kinder

Die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder stellt den zweiten großen Kostenblock im Jugendhilfebereich dar.

Das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) bildet seit dem 1. August 2008 die Grundlage der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen.

Nach der ersten KiBiz-Revision im Jahr 2010 trat die zweite Revisionsstufe zum 1. August 2014 in Kraft. Diese zielt vor allem auf die Verbesserung der Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder ab. Weitere Akzente betreffen die Neuausrichtung der Sprachbildung, die Stärkung des Bildungsauftrags und eine gemeinsame Verständigung über Bildungsziele, mehr Bedarfsgerechtigkeit des Angebots sowie mehr Planungssicherheit für die Träger.

Mit dem Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung, welches am 1. August 2016 in Kraft trat, wurde insbesondere der **jährliche Dynamisierungsfaktor der Kindpauschalen** befristet für die Kindergartenjahre 2016/2017 bis 2018/2019 **von 1,5 auf 3 Prozent angehoben**. Dadurch erhöhen sich die Aufwendungen des Oberbergischen Kreises erheblich. Darüber hinaus werden zusätzliche Zuschläge auf die Kindpauschalen für alle Träger von Tageseinrichtungen geleistet.

Das KiBiz betont die frühe Bildung und Förderung von Kindern und will für Eltern mehr Flexibilität bei der Nutzung des Angebots schaffen. Zu den Kernelementen des Gesetzes gehören nunmehr:

- Der Bildungs- und Erziehungsauftrag im frühen Kindesalter,
- die alltagsintegrierte Sprachbildung aller Kinder von Anfang an als gesetzliche Regelaufgabe,
- die Sicherung einer vielfältigen und bedarfsgerechten Angebotsstruktur,
- die Sicherung der pädagogischen Qualität und der personellen Mindestausstattung in den Kindertageseinrichtungen,
- das auf Pauschalen beruhende Finanzierungssystem,
- die gesetzliche Verankerung der Familienzentren, der Tageseinrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf (Plus-KITAs oder bei Sprachförderung)
- die Sicherung der Kindertagespflege als gleichwertiges Betreuungsangebot.

In den vergangenen Jahren ist es zu einer enormen Umgestaltung der Angebotsstruktur gekommen, die einerseits Gruppenumwandlungen, in vielen Fällen aber auch den Aufbau neuer Angebote erfordert hat. Dieser Prozess hat zum Teil hohe Investitionen in den Ausbau bzw. Neubau von Kindertagesstätten mit sich gebracht und ist insbesondere vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz auch für unter Dreijährige zu sehen. Nahezu alle Einrichtungen waren von Ausbau- und Investitionsmaßnahmen betroffen. Das ehrgeizige Ziel eines U3-Bedarfsdeckungsgrads von durchschnittlich mindestens 35 % bis zum Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 wurde dabei erreicht.

Im Jahr 2016 wurde der Fokus, nicht zuletzt durch den Zuzug vieler Flüchtlingsfamilien, wieder auf den Ü3-Bereich gelegt. Im Rahmen des Ü3-Ausbau Programm des Landes NRW werden bis Herbst 2017 über 80 neue KiTa-Plätze für Kinder über 3 Jahren geschaffen. Im Rahmen der Bedarfsplanung werden außerdem jährlich aktuelle Geburten- und Anmeldezahlen erhoben, um damit auch kurzfristig auf die Bedarfe der Familien zu reagieren.

Im Kindergartenjahr 2016/2017 stehen folgende Betreuungsplätze Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder zur Verfügung:

Anzahl Einrichtungen	Anzahl U3-Plätze	Anzahl Ü3-Plätze	Gesamt
82	1133	3676	4809

Für Kinder unter drei Jahren stehen außerdem 515 Plätze in der Tagespflege als gleichwertiges Betreuungsangebot zur Verfügung.

Veränderungsnachweis zum Kreishaushalt 2017/2018:

Aufgrund der mit extrem kurzem Vorlauf angekündigten Gesetzesänderung im Bereich des Unterhaltsvorschusses zum 01.01.2017 wurden für Unterhaltsvorschussleistungen über den Veränderungsnachweis – ergebnisneutral – Mehraufwendungen von rd. 6,0 Mio. € eingestellt. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass sowohl die zusätzlichen Unterhaltsvorschussleistungen als auch zusätzliche Personal- und Sachaufwendungen in voller Höhe erstattet werden. Sofern zur Umsetzung der angekündigten gesetzlichen Neuregelungen zusätzliches Personal erforderlich ist, muss dieses unterjährig ggf. überplanmäßig bereitgestellt werden.

Abwicklung von Baumaßnahmen

(ohne Erstattungen, ohne Landeszuschüsse, etc.)

Stand: KT-Beschluss 08.12.2016

Finanzpositionen	Ansatz		Finanzplanung		
	2017	2018	2019	2020	2021
Gebäude					
5230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten	3.020.000	5.010.000	5.000.000	5.000.000	0
5230030 Kernsanierung Altbau II-IV	1.300.000	0	0	0	0
5230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	0	650.000	2.250.000	1.600.000	0
5230090 Kernsanierung/Neubau SVA	2.020.000	4.010.000	3.000.000	0	0
5230110 AGEWIS II	30.000	*	*	*	0
5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen	145.000	100.000	0	0	0
5232421 Barrierefreier Aufzug BK Hepel	200.000	0	0	0	0
5232422 Sanierung Sporthalle Reininghausen	0	500.000	0	0	0
5233214 Schloss Homburg Gebäudeleittechnik	80.000	0	0	0	0
5323009 Feuerwehrübungsgelände Brächen	515.000	0	0	0	0
5323070 Rettungswache Nümbrecht	955.000	0	0	0	0
5323080 Rettungswache Wiehl	997.500	0	0	0	0
5323090 Bauwerk RW Lindlar	0	430.000	0	0	0
5323130 Neubau Waschhalle Notfallzentrum	0	170.000	0	0	0
<i>Zwischensumme (Gebäude):</i>	<i>9.262.500</i>	<i>10.870.000</i>	<i>10.250.000</i>	<i>6.600.000</i>	<i>0</i>

* Die Baumaßnahme AGEWIS II soll aus Fördermitteln des Kommunalinvestitionsgesetzes (KInvFG) finanziert werden, siehe auch Erläuterung zum KInvFG im Finanzplan bei Produktgruppe 1.16.01

Hinweis:

Über die Umsetzung der o.g. Maßnahmen und eine daraus resultierende Belastung des Kreishaushaltes in den Folgejahren ist durch den Kreistag durch jeweils separate Planungs- und Baubeschlüsse zu entscheiden.

Die Ansätze werden zudem voraussichtlich für die Jahre der Finanzplanung 2019 ff. auf Basis der konkretisierten Kostenberechnungen fortzuschreiben sein.

Abwicklung von Baumaßnahmen

(ohne Erstattungen, ohne Landeszuschüsse, etc.)

Stand: KT-Beschluss 08.12.2016

Finanzpositionen	Ansatz		Finanzplanung		
	2017	2018	2019	2020	2021
Straßenbau					
5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
5660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
5660006 Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	520.000	520.000	520.000	520.000	520.000
5660007 Neuaufstellung Schutzplanken	70.000	70.000	80.000	80.000	0
5660501 Umbau K5 Bevertalsperre	175.000	3.000	607.000	0	0
5660701 Erneuerung K7 Wönkhausen	0	30.000	80.000	10.000	1.140.000
5661201 Erneuerung K12 Großberghausen	15.000	40.000	10.000	675.000	0
5661601 Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle	10.000	370.000	0	0	0
5661901 Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach	340.000	0	0	0	0
5662304 Bauwerkserneuer. K23 Othetal	0	60.000	500.000	440.000	0
5662402 Verlegung K24 Lindlar-West	25.000	70.000	45.000	1.020.000	0
5662601 Erneuerung K26 Thierseifen-Dickhausen	450.000	0	0	0	0
5662801 Verlängerung K28	100.000	100.000	1.000.000	3.500.000	3.950.000
5662901 Umbau K29/Unterommer	660.000	0	0	0	0
5662902 Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach	220.000	0	0	0	0
5663001 Umbau K 30 Kreuzberg	20.000	730.000	15.000	0	0
5663801 Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn	210.000	0	0	0	0
5663901 Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde	20.000	20.000	465.000	0	0
5664101 Umbau K41 Vollmerhausen	0	15.000	25.000	15.000	785.000
5664801 Erneuerung K48 Mühlhausen	5.000	470.000	0	0	0
5664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl	40.000	10.000	440.000	0	0
5665301 Umbau K53 Wildberg	10.000	760.000	15.000	0	0
<i>Zwischensumme (Straßenbau):</i>	3.192.500	3.570.500	4.104.500	6.562.500	6.697.500
Summe Baumaßnahmen (Gebäude und Straßenbau)	12.455.000	14.440.500	14.354.500	13.162.500	6.697.500

Einen separaten Vermögenshaushalt gibt es im NKF-Haushaltsplan nicht mehr. Die Bauprojekte werden über sog. *PSP-I Elemente (Investitionen)* abgewickelt. Im NKF-Haushaltsplan sind die Projekte in den entsprechenden Bereichen abgebildet, z. B. Straßenbau >> Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen.

Investive Baumaßnahmen

Der Oberbergische Kreis verfügt über einen Gebäudebestand von zur Zeit ca. 80 Gebäuden mit einem Bilanzwert von rd. 120 Mio. €. Aufgabe des Amtes für Immobilienwirtschaft ist, durch geeignete Baumaßnahmen den Wert des vorhandenen Gebäudebestandes zu erhalten und zu optimieren, bzw. neue Bedarfe zu decken.

Die Planung der investiven Maßnahmen an den Verwaltungsgebäuden erfolgt u.a. auf Grundlage des in 2013 beschlossenen Klimaschutzteilkonzeptes für die Liegenschaften des Oberbergischen Kreises. Hier sind die aufgrund des Alters und Bauzustandes dringlichen energetischen Sanierungen am Standort Moltkestr. veranschlagt.

Darüber hinaus ist die Verwaltung mit Überlegungen zu einer Neustrukturierung der Verwaltungseinheiten befasst. Aus wirtschaftlichen Gründen ist eine weitgehende Zentralisierung am Standort Moltkestraße geplant. Die hierfür erforderlichen baulichen Maßnahmen werden in ein Konzept gefasst und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Außerdem ist die Fertigstellung der Baumaßnahmen der energetischen Sanierung des Berufskollegs Dieringhausen mit dem Austausch der Heizkörper im Hauptgebäude und abschließender Sanierung der Sporthalle veranschlagt.

Die Veranschlagung des Neubaus der Rettungswachen in Nümbrecht und Wiehl erfolgt auf Grundlage des in 2010 beschlossenen Rettungsbedarfsplanes. Für den Standort in Lindlar bedarf es eines Planungs- und Baubeschlusses des Kreistages nach Vorbereitung in den politischen Gremien des Kreises.

Das Notfallzentrum in Marienheide Kotthausen soll um eine weitere Containerhalle erweitert werden. Die Halle soll von dem Katastrophenschutz zusätzlich als Dekontaminations- und Waschhalle genutzt werden (z.B. für Infektions- oder Tierseucheneinsätze).

Es ist beabsichtigt auf dem Gelände der kreiseigenen Liegenschaft in Engelskirchen (ehem. Munitionsdepot der Bundeswehr in Brächen) ein Übungsgelände für Feuerwehr, Rettungsdienst und andere Hilfsorganisationen zu schaffen. Hierfür sind entsprechende Mittel veranschlagt.

Aufgrund des steigenden Bedarfs nach Kursen der Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren wird zum Zwecke der Erweiterung u.a. ein Neubau auf dem Steinmüllergelände erwogen, der gleichzeitig die bisher an anderer Stelle untergebrachte Krankenpflegeschule aufnehmen soll. Davon werden Synergieeffekte erwartet.

Kreisstraßen

Vom Oberbergischen Kreis wird ein derzeit 52 Straßenzüge umfassendes Kreisstraßennetz mit einer Gesamtlänge von 208,4 km verwaltet, wovon 35 km aus Ortsdurchfahrten und 173 km aus freien Strecken bestehen. Damit haben die Kreisstraßen einen Anteil von 25% am etwa 820 km langen überörtlichen Straßennetz aus Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb des Kreisgebietes und erfüllen wichtige infrastrukturelle Aufgaben. Ihre dabei durchaus unterschiedlich große Bedeutung ziehen die einzelnen Strecken neben dem Ausbauzustand vornehmlich aus ihrer Lage im Netz. Davon abhängig liegen die Verkehrsbelastungen zwischen 250 und über 8.300 Kraftfahrzeugen am Tag mit einem Durchschnittswert von etwa 2.100 KFZ. Der für die Schadensentwicklung auf der Fahrbahn wesentliche Schwerverkehrsanteil beträgt bis zu 600 LKW am Tag (Werte aus Straßenverkehrszählung 2010).

Aus umfangreichen Erhebungen und Bewertungen auf 413 gebildeten Straßenabschnitten resultierte zum Eröffnungstichtag 01.01.2009 in der Summe bei einem theoretischen Herstellungsneuwert von 196 Mio. Euro und einer akzeptablen Durchschnittsnote von 3,37 ein maßgebender Bilanzwert für das Straßenanlagevermögen in Höhe von 111.682.000 €. Dazu kommen die Straßengrundstücke mit einem Wert von 6.573.000 €, so dass der Oberbergische Kreis in der Eröffnungsbilanz über ein **Kreisstraßenvermögen von 118.255.000 €** verfügte. Die Datenfortschreibung erfolgt im Rahmen der Jahresbilanzen.

Über Wertveränderungen durch Umstufungen hinaus (zuletzt wurden 450 m der K 13 in Wipperfürth zur Bundesstraße aufgestuft) unterliegt das Anlagevermögen allerdings einem erheblichen Werteverzehr, der durch stetige Abnutzung bedingt ist. Bei einer angesetzten Gesamtnutzungsdauer der Straßenkörper von 50 Jahren nach der NKF-Rahmentabelle erreichen die bilanziellen **Abschreibungen** insgesamt eine Höhe von jährlich etwa **3.900.000 €**. Ausgehend von der verbleibenden durchschnittlichen Restnutzungsdauer würde somit das Straßenanlagevermögen innerhalb von 30 Jahren auf Null abschmelzen, sofern dieser Entwicklung nicht durch Investitionen gleicher Größenordnung gegengesteuert wird. Da diese Höhe in den vergangenen Jahren nie erreicht wurde, ist das bilanzielle Anlagevermögen der Kreisstraßen zwischen 2009 und Ende 2015 um rund 18,5 Mio. € **auf noch 99,8 Mio. € gesunken**. Weil über die Investitionen hinaus de facto auch die konsumtiven Instandsetzungen erhaltend wirken, ist der tatsächliche Substanzverlust allerdings nicht ganz so gravierend einzuschätzen. Die visuelle Zustandsbenotung erreicht derzeit einen Wert um 3,5.

Auf der Basis der Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes NRW hat der Oberbergische Kreis deshalb weiterhin die Aufgabe, der wertmindernden Tendenz zu begegnen und seine Straßen den Nutzungsbedürfnissen entsprechend nach seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten und möglichst zu verbessern und dabei auch den besonderen Belangen von Anliegern und örtlichen Versorgungszwecken Rechnung zu tragen. Daraus ergibt sich ein breites Tätigkeitsspektrum mit folgenden Schwerpunkten, die in der Produktgruppe 1.12.01, Öffentliche Verkehrsflächen veranschlagt sind:

Die im Haushaltssinne nicht werterhaltend wirkende **Unterhaltung** der Kreisstraßen – also Winterdienst, Pflege und Kleinreparaturen – ist mangels eigenem Bauhof gegen Zahlung eines längenabhängigen Entgelts an den Landesbetrieb Straßenbau und zum kleinen Teil an die Stadt Gummersbach übertragen und wird vom Kreis nur bezahlt und überwacht. Mit etwa 1,2 Mio. € verzehrt die Straßenun-

terhaltung fast ein Viertel der für Kreisstraßen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dennoch sind dies im Jahr lediglich 5,75 € pro laufendem Meter Straße.

Ebenso wie die Unterhaltung stellen auch die **Instandsetzungen** Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dar und fließen somit in die laufende Verwaltungstätigkeit ein. Mit den Sanierungsleistungen, die vor allem die Erneuerung von Fahrbahnbelägen, aber auch der Randanlagen und Entwässerungseinrichtungen beinhalten, wird das Ziel verfolgt, den Verkehr durch Schadensbehebungen wieder sicher und störungsfrei zu führen und dabei den ursprünglichen Straßenzustand möglichst weitgehend wieder herzustellen. Um den ständigen verkehrs- und witterungsbedingten Substanzverlust zumindest in etwa kompensieren zu können, sind in den nächsten Jahren jeweils 900.000 € Sanierungsmittel veranschlagt (nach nicht auskömmlichen 580.000 € in 2016), aus denen das jeweils in Abstimmung mit dem Bauausschuss festzulegende jährliche Instandsetzungsprogramm abzudecken ist.

Im Gegensatz dazu sind die **Neu-, Um- und Ausbauten sowie die substanzverbessernden Erneuerungen** im Kreisstraßennetz investiv und damit wertbildend. Diese Projekte dienen vor dem Hintergrund wachsender Verkehrsdichte und größer werdender Fahrzeuge der Verbesserung der Sicherheit und Nutzbarkeit der Straßen gleichermaßen für motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer und Anwohner. Dem auf lange Sicht fortbestehenden Verbesserungsbedarf wird mit einer Mittelausstattung entsprochen, die an den Projektgrößen und den Refinanzierungsmöglichkeiten orientiert ist und einschließlich der zugehörigen Planungen und dem Grunderwerb bei 3,1 Mio. € in 2017 und 3,6 Mio. € in 2018 (und damit immer noch unter dem jährlichen Abschreibungsverlust) liegt.

Derzeit leider nur sehr sporadisch unterstützt wird die investive Tätigkeit durch Landeszuwendungen, mit denen die Verbesserungen in wenigen Fällen jährlich mit aktuell meist 60% gefördert werden. Die Zuwendungen, die als Sonderposten jeweils über 50 Jahre hinweg bilanziellen Einfluss haben, sind mit knapp 400.000 € in 2017 und 1 Mio. € in 2018 veranschlagt. Ob entsprechend hohe Finanzierungszusagen des Landes eingehen bleibt abzuwarten. Wichtigste vorgesehene Zuschussprojekte sind in diesen Jahren die Ausbauten und Erneuerungen der K 29 in Unterrommer, der K 30 bei Kreuzberg und der K 53 in Wildberg.

Die eng begrenzte Fördermittelbereitstellung des Landes macht es darüber hinaus aber erforderlich, zur Bedarfsdeckung ergänzend auf Eigenfinanzierungen auszuweichen. Dies betrifft vor allem die zuvor als Zuschussprojekte vorgesehenen Erneuerungen der K 38 Loxsteeg – Fahn in Lindlar und der K 48 bei Mühlhausen, aber auch den dringlichen Umbau der K 5 am Bevertalsperrendamm und Erneuerungen der K 26 bei Thierseifen und der Wiehlbrücke in der K 16 Brüchermühle. Ein zusätzliches mehrjähriges Engagement erfordert die wasserrechtliche Verpflichtung zur Regenwasserbehandlung an etwa 80 bis 100 Einleitungsstellen im gesamten Kreisstraßennetz und der barrierefreie Ausbau der rund 160 Bushaltestellen nach dem Personenbeförderungsgesetz möglichst bis 2022.

Abrundend entstehen für die Kreisstraßen auch Bewirtschaftungskosten im Rahmen des sogenannten **Straßenbetriebes**, mit dem der vorhandene Bestand verwaltet wird. Neben Gebühren und Beiträgen für Gewässerunterhaltung im Straßenbereich sind dies vor allem Ausgaben für Bodenuntersuchungen (2017: 26.000 €) und für Regenwasserableitungen in kommunale Abwasseranlagen (2017: 210.000 €) mit weiter leicht steigender Tendenz durch die inzwischen flächendeckend eingeführte differenzierte Abwassergebühr.

Kommunales Integrationszentrum (KI) im Oberbergischen Kreis

Aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 03.04.2014 hat das Land dem Antrag des Oberbergischen Kreises auf Förderung der Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums (KI) nach Maßgabe des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW sowie der entsprechenden Förderrichtlinien entsprochen. Das KI hat – zunächst befristet bis zum 31.12.2017 – zum 01.09.2014 seine Tätigkeit aufgenommen.

Ziel der Integrationsarbeit ist die gerechte Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund in rechtsstaatlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Der Oberbergische Kreis soll durch die Arbeit des KI die kreisweite und lokale Integrationsarbeit bündeln, ausgleichen, koordinieren und fördern.

Integrationsbemühungen müssen alle Lebens- und Politikbereiche erfassen. Dies bedeutet, den Spracherwerb frühestmöglich und in jedem Alter sowie die Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern, um ihnen als Erwachsene den Zugang zu Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Studium zu ermöglichen. Kulturell bedingte zu beachtende gesundheitliche Aspekte und auch das Älterwerden der Zuwanderer und deren Wohnsituation müssen als Aufgabenbereiche erkannt werden, um Integrationsarbeit gelingen zu lassen

In einem ersten Schritt wurde in 2015 rückwirkend zum Förderantrag ein Integrationskonzept für den Oberbergischen Kreis als Fördergrundlage im partizipativen Prozess (Interviewstudie) erstellt und vom Kreistag am 10.12.2015 beschlossen.

Neben den im vorgenannten Kreistagsbeschluss sowie im beschlossenen Integrationskonzept benannten Arbeitsschwerpunkten im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Fachkräftesicherung nimmt das KI noch folgende zusätzliche Aufgaben wahr:

- eine genaue Bestandserhebung und Bedarfsermittlung für die Entwicklung einer zielorientierten Maßnahmeplanung
- ein Netzwerk für gelingende und abgestimmte Integrationsarbeit und zur Vermeidung von Doppelstrukturen aufbauen
- integrationsrelevante Projekte Dritter mit ihren jeweils eigenen Zuständigkeiten und Aufgaben initiieren und fördern
- Gelegenheiten zur Begegnung der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer zu schaffen und zu fördern.

Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplan (NVP) bildet den Rahmen für die Entwicklung des ÖPNV - Personenbeförderungsgesetz (PBefG). Dafür verantwortlich ist der Oberbergische Kreis als Aufgabenträger.

Der Nahverkehrsplan enthält die Zielvorstellungen, wie sich der ÖPNV in den nächsten Jahren entwickeln soll. Der letzte Nahverkehrsplan des Oberbergischen Kreises stammt aus dem Jahr 2002 / 2003.

Gesetzliche Grundlage zur Aufstellung des Nahverkehrsplans ist zum einen das Personenbeförderungsgesetz (PBefG), in dessen § 8 Abs. 3 festgelegt ist, dass bei Genehmigungen und Konzessionsvergaben ein vom Aufgabenträger beschlossener Nahverkehrsplan zu berücksichtigen ist.

Weiterhin legt das ÖPNV-Gesetz NRW fest, dass die Kreise, kreisfreien Städte und Zweckverbände zur Sicherung und zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) Nahverkehrspläne aufzustellen und bei Bedarf fortzuschreiben haben.

Die Zielsetzungen des neuen Nahverkehrsplans des Oberbergischen Kreises sind multivalent. Zum einen sollen attraktive und finanzierbare Grundstrukturen erhalten bzw. geschaffen werden, mit denen die Menschen (wieder) zur Mobilität zu motivieren sind.

Im Weiteren muss der besonderen Bedeutung der Schülerbeförderung für den ÖPNV entsprochen werden, da die Wechsel- und Folgewirkungen zwischen bzw. aus Schulentwicklungs- und Nahverkehrsplanung in hohem Maße die Handlungsmöglichkeiten und -grenzen bestimmen.

Im Ergebnis sollen eine qualitativ und quantitativ hinreichende Angebotsgrundstruktur sowie für definierte Teilräume konkrete Mobilitätskonzepte bzw. -Angebote (nebst Evaluationskriterien) vorliegen, die schrittweise erprobt, modifiziert und – bei Erfolg – eigenständig in andere Teilräume übertragen werden können.

Diese sind insbesondere notwendig, um in unserem überwiegend ländlich strukturiertem Raum die sogenannte „letzte Meile“ zu überwinden, d.h. die Verbindung aus den dörflichen Strukturen die keine oder nur unzureichende Busanbindung zum Liniennetz zu gewährleisten.

Die angesetzten Summen der Linienverdichtungen resultieren aus den zu erwartenden Anregungen, die im Rahmen der Beteiligung bei der Aufstellung des Nahverkehrsplans bislang vorgebracht wurden.

Die zu erwarteten Ansätze und Erträge der grenzüberschreitenden Verkehre mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Rhein-Sieg-Kreis bilden die Verkehrsbeziehungen der Nachbarkreise mit dem Oberbergischen Kreis ab.

Entwicklung der Aufwendungen im freiwilligen Aufgabenbereich

Gemessen am Gesamtbetrag der Aufwendungen im Kreishaushalt machen die freiwilligen Aufwendungen (Zuschussbedarf) des Kreises in einzelnen Bereichen auch in den Haushaltsjahren 2017/2018 nur einen geringen Anteil von rd. 1,5 % aus und bewegen sich damit noch unter dem Niveau des Vorjahres.

Für die Summe der Aufwendungen im freiwilligen Aufgabenbereich ergeben sich im Vergleich zum Gesamtbetrag aller Aufwendungen im Ergebnisplan folgende Zahlen:

Haushalts- jahr	freiwillige Auf- wendungen (Zuschussbedarf) Mio. €	Gesamtbetrag der Aufwendungen Mio. €	Anteil der freiwilli- gen Aufwendungen in %
2015 (RE)	4,65	337,3	1,38
2016	5,36	336,9	1,59
2017	5,66	378,3	1,50
2018	5,74	385,0	1,49

Die wesentlichen Positionen Schloss Homburg, Kulturförderung (mit Kreis- und Stadtbücherei), Sportförderung (Jugendarbeit), Schulpsychologischer Dienst, Förderung der Land- und Forstwirtschaft sowie Förderung von Wirtschaft und Tourismus machen rd. 75 % (4,2 Mio. €) der gesamten freiwilligen Aufwendungen aus.

Eine Zusammenfassung der freiwilligen Aufgaben im Haushaltsplan 2017/2018 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Im oberen Teil der Tabelle sind Produkte/Produktgruppen aufgeführt, die inhaltlich komplett freiwillig sind. Im unteren Teil finden sich die freiwilligen (Teil-)Aufgaben innerhalb von pflichtigen Produkten/Produktgruppen:

Produkt/Produktgruppe		Ansatz 2016	Ansatz 2017	Veränd. ggü. VJ in %	Ansatz 2018	Veränd. ggü. VJ in %	
Zuschussbedarfe gesamte Produkte/Produktgruppen							
1.02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung	51.860	47.835	-7,76	51.636	7,95	
1.03.04.01	Schulpsychologie	269.660	263.653	-2,23	262.621	-0,39	
1.03.04.02	Medienzentrum	85.265	165.855	94,52	120.317	-27,46	
1.04.01	Kulturförderung (incl. Bücherei)	488.156	553.485	13,38	553.693	0,04	
1.04.03	Museum	1.559.065	1.817.177	16,56	1.890.156	4,02	
1.04.04	Heimatbildarchiv	40.315	41.095	1,94	41.219	0,30	
1.08.01	Sportförderung	344.505	347.650	0,91	343.398	-1,22	
1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	-203.569	-255.164	25,34	-255.931	0,30	
1.15.01	Wirtschaftsförderung	909.633	1.009.273	10,95	1.018.638	0,93	
1.15.02	Tourismus	567.183	743.004	31,00	719.250	-3,20	
Einzelne Teilbereiche aus Produktgruppe/ Produkt...							
1.01.01.01	Kreistag, Ausschüsse, Frakt., sonst. Sitzun.	Inhalt z. B. Repräsentationskosten, Bewirtungskosten KT, Freiwilligen Förderpreis	45.500	63.000	38,46	65.500	3,97
1.01.02.01	Entwicklung von Konzepten und Rahmenregelungen / sonstige Steuerungsunterstützung	z. B. Projekt Weitblick, Bündnis für Familie, Kreismarketing, Kommunales Integrationszentrum	153.999	28.372	-81,58	28.450	0,27
1.01.08.03	Personalbetreuung	Jobticket	55.000	55.000	0,00	55.000	0,00
1.01.12.01	Gebäudemanagement	Jugendzeltplatz	28.515	26.983	-5,37	27.003	0,07
1.01	Innere Verwaltung (sonstiges)	Soziale Belange der Polizei, Europaangelegenheiten	23.361	24.951	6,81	24.951	0,00
1.02.03.01	Tiergesundheit	Förd.d.Viehzucht u.sonst.landwirtschaftliche Belange, Zuschuss Tierschau alle 4 Jahre	23.000	23.000	0,00	23.000	0,00
1.02.10.02	Katastrophenschutz	Zuschüsse an Feuerwehr u. Hilfsorganisationen	12.000	12.000	0,00	12.000	0,00
1.03.01	Förderschulen	Zuschüsse an Fördervereine	7.000	7.000	0,00	7.000	0,00
1.03.04	Sonstige Schulische Aufgaben	Projekt "kom auf Tour"	20.000	0	-100,00	0	#DIV/0!
1.07.03	Gesundheitshilfe	Zuschüsse DRK, Beratungsstellen	190.500	49.500	-74,02	51.000	3,03
1.09.01	Räumliche Planung (ohne Personalkosten)	z. B. Projekte Radregion, Energieregion Oberberg, LEADER, Demografie, Zuschuss Multifunktionshalle Stadt GM, Unsser Dorf hat Zukunft, Breitbandkonzept	517.420	453.895	-12,28	514.900	13,44
1.13.01	Natur und Landschaft u. a.	z. B. Zusschüsse an Naturschutzvereine, Eigenanteil Biologische Station, Werkverträge Vertragsnaturschutz	169.302	180.790	6,79	182.790	1,11
Summe Zuschussbedarfe			5.357.670	5.658.355	5,61	5.736.591	1,38

Schulden (Investitions- und Kassenkredite)

Investitionskredite

Investitionskredite dürfen nur für Investitionen aufgenommen werden (z.B. Neubau/Erweiterung von Schulgebäuden, Kreisstraßen, technische Ausstattung, Fahrzeuge). Entsprechende Kreditaufnahmen und Tilgungen werden ausschließlich im Finanzplan abgebildet. Der Ergebnisplan und damit die Kreisumlage werden hierdurch nicht belastet.

Die Belastung des Ergebnisplans erfolgt periodisiert über die mit der Investitionsmaßnahme verbundene Abschreibung (die Aufwand darstellt) und den Zinsaufwand. Die Tilgungsleistungen sind aus den Abschreibungen zu realisieren.

Trotz der Zusatzbelastung durch Zinsaufwand aus der Kreditfinanzierung ist die Aufnahme von Investitionskrediten in vielen Fällen notwendig und geboten. Zum einen könnten erforderliche Maßnahmen, z.B. die bauliche Erweiterung von Schul- und Verwaltungsgebäuden bzw. Rettungswachen, ohne Kreditfinanzierung i.d.R. nicht realisiert und umgesetzt werden, da der Oberbergische Kreis für die Umsetzung einer entsprechenden Maßnahme über keine ausreichende Liquidität verfügt. Zum anderen entspricht es sowohl betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als auch der Generationengerechtigkeit, wenn langfristig genutzte Investitionsgüter/Infrastruktur über den Zeitraum der Nutzung und damit von den tatsächlichen Nutzern finanziert werden.

Bei der Darstellung in der Haushaltssatzung und in der Finanzplanung ist zu berücksichtigen, dass hier für die Folgejahre die Kreditermächtigung ausgewiesen wird. Hierbei handelt es sich um die rechtliche Höchstgrenze für neue Investitionskreditaufnahmen, basierend auf den Werten der in der Finanzplanung ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen.

Die tatsächliche Kreditaufnahme erfolgt innerhalb dieses Höchstrahmens nach dem tatsächlichen Mittelabfluss und Liquiditätsbedarf. Die im Finanzplan ausgewiesenen Kreditermächtigungen stellen insoweit nicht die Entwicklung der Verschuldung dar.

In der nachfolgenden Übersicht sind die Entwicklung der Investitionskredite des Oberbergischen Kreises und des Schuldendienstes dargestellt:

Schulden (Investitions- und Kassenkredite)

Stand: KT-Beschluss 08.12.2016 - D5

Entwicklung der Investitionskredite/Kreditermächtigungen

Jahr	Anfangsbestand 01.01.	Tilgung	Kredit- ermächtigung	tatsächliche Neuaufnahme	Endbestand 31.12.	Veränderung	Zinsaufwand
2011	53.661.307 €	3.099.240 €	11.170.861 €	5.000.000 €	55.562.067 €	1.900.760 €	2.819.401 €
2012	55.562.067 €	3.347.530 €	13.458.926 €	- €	52.214.537 €	-3.347.530 €	2.698.474 €
2013	52.214.537 €	3.490.450 €	19.769.007 €	5.000.000 €	53.724.087 €	1.509.550 €	2.347.912 €
2014	53.724.087 €	3.918.352 €	9.267.387 €	7.500.000 €	57.305.735 €	3.581.648 €	2.357.288 €
2015	57.305.735 €	4.026.180 €	15.926.837 €	9.000.000 €	62.279.555 €	4.973.820 €	2.225.725 €
2016	62.279.555 €	4.051.654 €	11.350.264 €				2.746.683 €
2017		4.574.750 €	23.351.650 €				2.221.800 €
2018		4.866.700 €	23.752.484 €				2.266.450 €
2019		5.216.800 €	20.291.350 €				2.309.950 €
2020		5.499.400 €	18.234.119 €				2.243.800 €
2021		5.079.800 €	13.457.026 €				2.205.950 €

Planwerte

Kreditermächtigung (Höchstgrenze für neue Kreditaufnahmen)

Hinweis:

Dem Anstieg der Investitionskredite stehen ein entsprechender Anstieg des Anlagevermögens (z.B. Erweiterung Berufskollegs, neue Rettungswachen) sowie eine stetig anwachsende Pensionsrücklage gegenüber.

Schulden (Investitions- und Kassenkredite)

Stand: KT-Beschluss 08.12.2016 – D5

Kassenkredite (Liquiditätskredite)

Kassenkredite dienen ausschließlich der Liquiditätssicherung. Die Kreisumlage als Haupteinnahmequelle des Kreises wird jeweils zum 05. eines Monats fällig. Schlüsselzuweisungen werden vom Land unterjährig an fünf Zahlungsterminen ausgezahlt. Die größten Ausgabeblöcke der Kreisverwaltung (Sozialhilfe, Jugendhilfe, Unterhaltsvorschuss, Gehälter) werden i.d.R. zu Monatsbeginn fällig, die Landschaftsumlage jeweils zum 10. eines Monats.

Durch die unterschiedlichen Fälligkeitstermine entstehen regelmäßig Unterdeckungen auf dem Konto, die über Kassenkredite ausgeglichen werden. Gegenüber dem Meldetermin der Kassenkredite für die amtliche Kassenstatistik jeweils zum 31. eines Monats ist der Kassenkreditbestand im Laufe des Monats regelmäßig deutlich geringer. Sofern Kontenüberschüsse bestehen erfolgt eine Anlage als Tagesgeld.

Die Entwicklung der Kassenkredite – jeweils zum Stichtag der amtlichen Kassenstatistik am 31.12. eines Jahres – ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. :

Entwicklung Kassenkredite		Zinsaufwand Kassenkredite
Stand 31.12.2011	29,18 Mio. €	393.660 €
Stand 31.12.2012	29,26 Mio. €	433.280 €
Stand 31.12.2013	31,20 Mio. €	310.062 €
Stand 31.12.2014	29,34 Mio. €	231.125 €
Stand 31.12.2015	25,48 Mio. €	119.427 €
Stand 31.12.2016		434.485 €
Stand 31.12.2017		230.000 €
Stand 31.12.2018		250.000 €

Die o.g. Kassenkredite enthalten rd. 16,0 Mio. € an Altfehlbeträge aus dem Zeitraum des früheren Haushaltssicherungskonzeptes. Beim Wechsel auf NKF wurden diese als kurzfristige Verbindlichkeit in die Bilanz des Oberbergischen Kreises vorgetragen. Der Abbau der Altfehlbeträge durch die Kommunen des Oberbergischen Kreises war im Zeitraum 2009 – 2012 in jährlichen Raten zu je 4,0 Mio. € vorgesehen. Auf die Erhebung der Raten hat der Kreistag vollständig verzichtet. Ein Abbau der Altfehlbeträge kann nur durch Liquiditätsüberschüsse in der Zukunft erfolgen.

Entwicklung Eigenkapital (Stand: KT-Beschluss 08.12.2016 - D5)

	2015 vorl. Ergebnis T €	2016 Ansatz T €	2017 Ansatz T €	2018 Ansatz T €	2019 Planung T €	2020 Planung T €	2021 Planung T €
Erträge gesamt	344.015	335.598	375.973	387.518	389.100	394.140	399.414
Aufwendungen gesamt	339.887	340.097	380.705	387.555	389.100	394.140	399.414
Jahresergebnis (Ergebnisplan)	4.128	-4.500	-4.732	-38	0	0	0
Ausgleichs- rücklage	Anfangsbestand	10.789	14.917	10.417	5.685	5.647	5.647
	Verringerung (-)	0	-4.500	-4.732	-38	0	0
	Zuführung (+)	4.128	0	0	0	0	0
	Schlussbestand *	14.917	10.417	5.685	5.647	5.647	5.647
Haushaltsausgleich	ja	fiktiv (§ 75 II GO)	fiktiv (§ 75 II GO)	fiktiv (§ 75 II GO)	ja	ja	ja
Allgemeine Rücklage	Anfangsbestand	36.822	36.843	36.843	36.843	36.843	36.843
	Verringerung (-)	0	0	0	0	0	0
	Verringerung in %	0	0	0	0	0	0
	Zuführung (+)	21	0	0	0	0	0
Schlussbestand *	36.843	36.843	36.843	36.843	36.843	36.843	36.843
Genehmigung für Verringerung erforderlich	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
Haushalts- sicherungs- konzept	Verringerung > 25%	9.205	9.211	9.211	9.211	9.211	9.211
	Verringerung 2 x > 5%	1.841	1.842	1.842	1.842	1.842	1.842
	Allg. Rücklage <= 0						
Genehmigung für Verringerung und Haushaltssicherungskonzept	HSK in 2011 aufgestellt und genehmigt, HSK sah planmäßigen HH- Ausgleich in 2014 vor		entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
Eigenkapital gesamt	Anfangsbestand	47.610	51.759	47.260	42.528	42.490	42.490
	Verringerung (-)	0	-4.500	-4.732	-38	0	0
	Zuführung (+)	4.149	0	0	0	0	0
Schlussbestand *	51.759	47.260	42.528	42.490	42.490	42.490	42.490

* Berücksichtigt in 2015 Eigenkapitalkorrekturen gem. § 75 GO, § 43 Abs. 3 GemHVO

**Bilanz zum 31.12.2015
Entwurf**

A K T I V A	31.12.2015	31.12.2014	P A S S I V A	31.12.2015	31.12.2014
1. Anlagevermögen	329.194.788,28 €	321.449.997,38 €	1. Eigenkapital	51.759.442,73 €	47.610.274,29 €
1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände	620.653,40 €	478.257,00 €	1.1 Allgemeine Rücklage	36.842.845,25 €	36.821.753,55 €
1.2. Sachanlagen	255.565.390,31 €	258.341.714,48 €	1.3 Ausgleichsrücklage	10.788.520,74 €	10.569.822,38 €
1.2.1 Unbebaute Grundstücke	17.206.071,97 €	17.197.631,65 €	1.4 Ergebnisvortrag	0,00 €	0,00 €
1.2.1.1 Grünflächen	702.308,38 €	716.208,38 €	Bilanzergebnis - Verlust	0,00 €	0,00 €
1.2.1.2 Ackerland	34.991,00 €	34.991,00 €	Bilanzergebnis - Gewinn	4.128.076,74 €	218.698,36 €
1.2.1.3 Wald, Forsten	16.279.958,00 €	16.257.617,68 €	2. Sonderposten	50.542.714,42 €	51.344.161,59 €
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	188.814,59 €	188.814,59 €	2.1 für Zuwendungen	49.187.415,19 €	50.036.746,44 €
1.2.2 Beb. Grundstücke u. grundstücksgleiche R	119.909.128,16 €	122.718.138,16 €	2.3 für den Gebührenaussgleich	301.446,55 €	273.032,97 €
1.2.2.2 Schulen	62.620.269,00 €	64.559.464,00 €	2.4 Sonstige Sonderposten	1.053.852,68 €	1.034.382,18 €
1.2.2.3 Wohnbauten	560.048,00 €	569.089,00 €	3. Rückstellungen	164.833.012,97 €	157.479.725,17 €
1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Geschäfts- u.a.	56.728.811,16 €	57.589.585,16 €	3.1 Pensionsrückstellungen	158.690.260,00 €	151.628.857,00 €
1.2.3 Infrastrukturvermögen	99.833.922,79 €	101.676.797,26 €	3.2 Rückst. für Deponien u. Altlasten	2.578,55 €	69.227,41 €
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrasturktuvern.	7.089.640,79 €	7.090.816,26 €	3.3 Instandhaltungsrückstellungen	0,00 €	81.914,92 €
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	6.561.052,00 €	6.779.107,00 €	3.4 Sonstige Rückstellungen	6.140.174,42 €	5.699.725,84 €
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und	86.183.230,00 €	87.806.874,00 €	4. Verbindlichkeiten	102.410.188,75 €	104.110.556,24 €
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.985.112,00 €	1.141.519,00 €	4.2 Verbindlichk. aus Krediten f. Investit.	62.279.555,74 €	57.305.735,54 €
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.098.855,95 €	4.077.146,45 €	4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätss	25.750.000,00 €	33.300.000,00 €
1.2.6 Maschinen u. techn. Anlagen, Fahrzeuge	4.358.765,49 €	4.007.561,74 €	4.4 Verbindlichk. aus Vorgängen, die Kreditaufnaf	0,00 €	0,00 €
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.670.391,26 €	5.044.830,97 €	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistun	8.562.730,81 €	8.006.524,05 €
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.503.142,69 €	2.478.089,25 €	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	519.138,66 €	966.950,27 €
1.3. Finanzanlagen	73.008.744,57 €	62.630.025,90 €	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	5.298.763,54 €	4.531.346,38 €
1.3.2 Beteiligungen	27.543.048,44 €	27.041.756,56 €	5. Passive Rechnungsabgrenzung	11.878.051,84 €	9.748.680,29 €
1.3.3 Sondervermögen (AGewiS)	486.910,00 €	486.910,00 €	Summe Passiva	381.423.410,71 €	370.293.397,58 €
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	44.029.201,13 €	35.101.359,34 €	Stand: 30.09.2016 (Entwurf)		
1.3.5 Ausleihungen	949.585,00 €	0,00 €			
2. Umlaufvermögen	29.095.513,82 €	23.698.393,04 €			
2.1 Vorräte	1.764.391,83 €	1.580.957,82 €			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1.764.391,83 €	1.580.957,82 €			
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensge	26.466.137,13 €	17.445.108,45 €			
2.2.1 Öffentl.-rechtliche Ford. und Ford. aus Trans	22.741.748,77 €	14.871.845,69 €			
2.2.1.1 Gebühren	5.606.612,51 €	4.890.843,01 €			
2.2.1.3 Steuern	73,63 €	460,87 €			
2.2.1.4 Transferleistungen	9.747.686,31 €	3.520.762,93 €			
2.2.1.5 Sonstige öff.-recht. Forderungen	7.387.376,32 €	6.459.778,88 €			
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	2.022.214,90 €	2.170.774,37 €			
2.2.2.1 gegen dem privaten Bereich	1.916.451,98 €	2.097.665,56 €			
2.2.2.2 gegen dem öffentlichen Bereich	105.752,42 €	73.019,87 €			
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00 €	88,94 €			
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	10,50 €	0,00 €			
2.2.3 Sonst. Vermögensgegenstände	1.702.173,46 €	402.488,39 €			
2.4 Liquide Mittel	864.984,86 €	4.672.326,77 €			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	23.133.108,61 €	25.145.007,16 €			
Summe Aktiva	381.423.410,71 €	370.293.397,58 €			

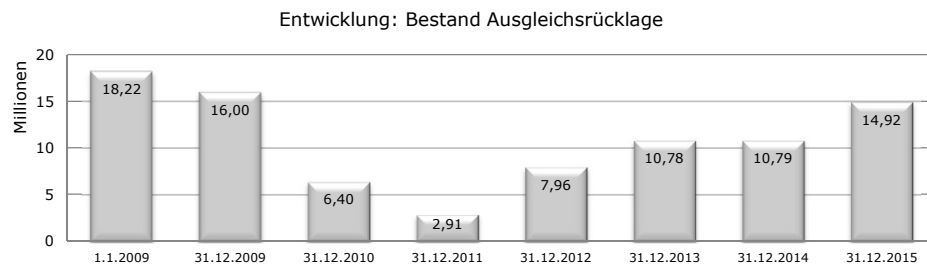
	<i>Jahr 2015</i>	<i>Jahr 2014</i>
Ausgleichsrücklage zum 01.01.	10.788.520,74 €	10.781.901,27 €
Berichtigung	0,00 €	-212.078,89 €
Zwischenergebnis	10.788.520,74 €	10.569.822,38 €
Jahresergebnis	4.128.076,74 €	218.698,36 €
Bestand Ausgleichsrücklage zum 31.12.	14.916.597,48 €	10.788.520,74 €

	testiert	testiert	testiert	testiert	testiert	testiert	testiert	Entwurf
Darstellung Bilanz	01.01.2009	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015
1 Eigenkapital	54.658.667,67	51.716.843,60	42.112.756,58	38.623.479,79	45.140.204,17	47.999.441,60	47.610.274,29	51.759.442,73
2 Allgemeine Rücklage	36.439.111,78	35.717.049,87	35.717.049,87	35.717.049,87	37.180.821,48	37.217.540,33	36.821.753,55	36.842.845,25
3 Ausgleichsrücklage (ohne Verr.)	18.219.555,89	17.858.524,93	17.858.524,93	17.858.524,93	18.790.860,09	17.438.206,09	17.226.127,20	17.226.127,20
4 kum. Fehlbetrag (seit 2009)	0,00	0,00	-1.858.731,20	-11.462.818,22	-14.952.095,01	-10.831.477,40	-6.656.304,82	-6.437.606,46
5 Jahresergebnis (Ist)	0,00	-1.858.731,20	-9.604.087,02	-3.489.276,79	4.120.617,61	4.175.172,58	218.698,36	4.128.076,74
6 Ausgleichsrücklage (nach Verr.)	18.219.555,89	15.999.793,73	6.395.706,71	2.906.429,92	7.959.382,69	10.781.901,27	10.788.520,74	14.916.597,48

Hinweise: Ein Jahresfehlbetrag ist vorrangig mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Dem Kreistag muss die Bilanz ohne vorherige Verwendung des Jahresergebnisses vorgelegt werden, denn er hat über die Verwendung des Überschusses oder des Fehlbetrages zu beschließen. Oben ist die Darstellung der Bilanzzahlen abgebildet ohne Beschlussfassung der Verrechnung, siehe Zeile 3 - 5.
In Zeile 6 (= Summe Zeile 3 - 5) ist der Bestand der Ausgleichsrücklage nach Verrechnung (unabhängig vom Zeitpunkt der Beschlussfassung) abgebildet.

Der Jahresabschluss 2015 ist noch nicht testiert. Es handelt sich bei dem Ergebnis 2015 (Zeile 5) um das Ergebnis vor Prüfung (Sep. 2016)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
7 Eigenkapital 01.01.	54.658.667,67	51.716.843,60	42.112.756,58	38.623.479,79	45.140.204,17	47.999.441,60	47.610.274,29
8 Allgemeine Rücklage 01.01.	36.439.111,78	35.717.049,87	35.717.049,87	35.717.049,87	37.180.821,48	37.217.540,33	36.821.753,55
9 Ausgleichsrücklage 01.01.	18.219.555,89	15.999.793,73	6.395.706,71	2.906.429,92	7.959.382,69	10.781.901,27	10.788.520,74
10 Jahresergebnis (Ist)	-1.858.731,20	-9.604.087,02	-3.489.276,79	4.120.617,61	4.175.172,58	218.698,36	4.128.076,74
11 EK Korrekturen (§ 75 GO), Berichtigung Vj.	-1.083.092,87	0,00	0,00	2.797.005,48	-1.352.654,00	-636.236,67	0,00
12 Korrektur (§ 43 III GemHVO)	0,00	0,00	0,00	-400.898,71	36.718,85	28.371,00	21.091,70
13 Eigenkapital 31.12.	51.716.843,60	42.112.756,58	38.623.479,79	45.140.204,17	47.999.441,60	47.610.274,29	51.759.442,73
14 Allgemeine Rücklage 31.12.	35.717.049,87	35.717.049,87	35.717.049,87	37.180.821,48	37.217.540,33	36.821.753,55	36.842.845,25
15 Ausgleichsrücklage 31.12.	15.999.793,73	6.395.706,71	2.906.429,92	7.959.382,69	10.781.901,27	10.788.520,74	14.916.597,48
16 Plan-Ergebnis	-6.158.881,00	-11.389.776,00	-11.174.657,00	-3.828.896,00	-1.796.172,00	0,00	-4.815.484,00
17 "Verbesserung" (Ist-Plan, ohne Korrektur)	4.300.149,80	1.785.688,98	7.685.380,21	7.949.513,61	5.971.344,58	218.698,36	8.943.560,74



Hinweise: Der tatsächliche Bestand der **Ausgleichsrücklage** ergibt sich aus der Addition der **Zeilen 3 bis 5**, dieser wiederum ist identisch mit **Zeile 15** und der Grafik links.
Im Rahmen der Jahresabschlüsse erfolgten Korrekturen der Eröffnungsbilanzwerte (Zeile 11). Diese Korrekturen (z. B. Bilanzierung SVA Gebäude, Treuhandvermögen) wurden bei der **Allgemeinen Rücklage** (vgl. **Zeile 2, 8 u. 14**) und der Ausgleichsrücklage berücksichtigt. Die Korrekturen sind in den jeweiligen Jahresabschlüssen (Erläuterung zur Bilanz, Abschnitt Eigenkapital) ausreichend dokumentiert. In der Übersicht links wird der faktische Bestand der Ausgleichsrücklage grafisch abgebildet, d. h. unabhängig von noch ausstehenden Kreistagsbeschlüssen.

Ab 2012: Mit Einführung des **NKF-Weiterentwicklungsgesetzes** sind ergebniswirksame Abgänge von Vermögensgegenständen nach § 43 Abs. 3 GemHVO unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen (vgl. **Zeile 12**). In 2012 ist hier z.B. die Abstufung der K44 zu nennen, in den Jahren 2013f. ergeben sich bspw. positive Beträge durch den Verkauf von Kfz (RD) über Buchwert. **Die Korrektur Treuhandvermögen (ca. -634 T€) ist im Eigenkapital 2014 berücksichtigt.**

Stand: 30.09.2016 (Entwurf 2015)

Gesetzes zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen_ (Förderprogramm „Gute Schule 2020“)

Der Landtag NRW hat am 14.12.2016 das Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020) beschlossen.

Mit dem Programm "Gute Schule 2020" stellt das Land im Zusammenwirken mit der NRW.Bank den kommunalen Schulträgern in NRW in den kommenden vier Jahren insgesamt 2 Milliarden Euro für die Modernisierung und Sanierung der Schulinfrastruktur zur Verfügung. Gefördert werden Investitionen in und an Schulen, aber auch Sanierungs- und Modernisierungsaufwand auf kommunalen Schulgeländen (mit den dazugehörigen Sportanlagen). Daneben sind Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen aus den Mitteln des Programms förderfähig.

Das Programm sieht vor, dass die Kommunen von der NRW.Bank in den kommenden Jahren Kredite mit einer vorgesehenen Gesamtlaufzeit von zwanzig Jahren erhalten, wobei sowohl Investitions- als auch Sanierungsmaßnahmen abweichend vom kommunalen Haushaltsrecht über Kredite finanziert werden sollen. Das Land wird für die Kommunen im Folgenden dann alle Tilgungsleistungen und Zinsbelastungen übernehmen, so dass die kommunalen Haushalte im Ergebnis nicht belastet werden. Für den Oberbergischen Kreis ist ein Kreditvolumen in Höhe von insgesamt rd. 6,6 Mio. € vorgesehen. Die Mittel sind jeweils zu einem Viertel auf die Jahre 2017 bis 2020 zu verteilen.

Eine Berücksichtigung des Programms "Gute Schule 2020" im Haushaltsentwurf 2017/2018 war nicht möglich, da bei der Haushaltsaufstellung das Programm noch nicht bekannt war bzw. konkrete Hinweise zur Umsetzung des Programms fehlten. Inzwischen liegen jedoch sowohl das Gesetz als auch ein Erlass mit Umsetzungshinweisen vor. Hiernach ist der Kreistag verpflichtet, ein Konzept zu beschließen, das die aus dem Programm "Gute Schule 2020" zu finanzierenden Maßnahmen im Einzelnen aufzeigt.

In einem ersten Schritt hat der Kreistag – über den Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 – eine Maßnahmenliste für die Jahre 2017 und 2018 beschlossen. Diese Liste enthält neben neuen zusätzlichen Maßnahmen auch bereits eingeplante Sanierungsmaßnahmen, die durch die Fördermittel substituiert werden und zu einer Entlastung des Haushalts 2017/2018 führen.

Die Bestimmungen sehen vor, dass im Vorbericht zum Haushalt über die Umsetzung des Programms informiert wird. Hierzu sind die Beschlussvorlage mit der vom Kreistag für 2017/2018 beschlossenen Maßnahmenliste sowie der Umsetzungserlass des MIK NRW vom 16.12.2016 nachfolgend abgedruckt.

1. Ergänzungs-Vorlage

Bauausschuss

Sitzungsdatum: 10.11.2016

Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Sitzungsdatum: 14.11.2016

Finanzausschuss

Sitzungsdatum: 21.11.2016

Kreisausschuss

Sitzungsdatum: 24.11.2016

Kreistag

Sitzungsdatum: 08.12.2016

Vorlage Nr.: E1-0821/14-20/I

Tagesordnungspunkt	- öffentlich -
Betreff:	
Verwendung von Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule 2020“	
Beschlussvorschlag:	
<p>1.) Der Kreistag beschließt, die im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 und 2018 für die Berufskollegs und Förderschulen vorgesehenen Aufwendungen zur Sanierung und Instandsetzung der Schulen mit einem Wert in Höhe von jeweils rd. 700 Tsd. € aus Einnahmen des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ zu finanzieren. Gleiches gilt für die im Entwurf des Haushalts 2017/2018 vorgesehenen Maßnahmen zum Ausbau der digitalen Infrastruktur, soweit diese über das Programm Gute Schule förderfähig sind. Hierfür notwendige Anpassungen des Haushaltsplanentwurfes werden über den Veränderungsnachweis vorgenommen.</p> <p>2.) Darüber hinaus beschließt der Kreistag, über den Veränderungsnachweis für das Jahr 2017 und 2018 zusätzliche Mittel für Maßnahmen zur Sanierung, Modernisierung und des Ausbaus der baulichen und digitalen kommunalen Infrastruktur an kreiseigenen Schulen konsumtiv in Höhe von 473.000 € in 2017, 200.000 € in 2018 und investiv in Höhe von 358.000 € in 2017 und 500.000 € in 2018 bereitzustellen, die durch weitere Einnahmen aus dem Programm „Gute Schule 2020“ kostenneutral finanziert werden sollen.</p> <p>3.) Die Verwaltung wird beauftragt, sodann ein Konzept zu erarbeiten, das neben den unter Ziffer 1-2 dargestellten Maßnahmen weitere Maßnahmen vorsieht, die im Umsetzungszeitraum bis 2020 an kreiseigenen Schulen durchgeführt werden sollen und den Vorgaben des Programms „Gute Schule 2020“ entsprechen. In die mittelfristige Finanzplanung des Oberbergischen Kreises für die Jahre 2019 und 2020 sind jeweils entsprechende Mittel einzustellen, wobei</p>	

eine größtmögliche Schonung der kreisangehörigen Kommunen anzustreben ist.

4.) Die Mittel aus dem Programm „Gute Schule 2020“ dürfen sowohl konsumtiv als auch investiv verwendet werden. Durch die 100%ige Förderung wird der Kreishaushalt nicht belastet. Aus Verschiebungen zwischen konsumtiver und investiver Mittelverwendung resultierende außer-/überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten deshalb als genehmigt, soweit eine Deckung über das Förderprogramm gewährleistet ist.

5.) Auswirkungen auf Sonderposten und Abschreibungen werden in den jeweiligen Jahresabschlüssen (ergebnisneutral) dargestellt.

Der Sachverhalt ist nachfolgend dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Produktgruppe 1.03	Haushaltsjahr 2017 ff.
Auswirkungen auf	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnis- und Finanzrechnung	<input type="checkbox"/> nur Finanzrechnung
	<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit Pressemitteilung vom 30.09.2016 hat das Land Nordrhein-Westfalen erstmals Eckpunkte eines neuen Förderprogramms für die kommunale Schulinfrastruktur vorgestellt, welches das Land in enger Kooperation mit der NRW-Bank umsetzen möchte. Wesentliche Grundlage des Programms unter der Überschrift „Gute Schule 2020“ ist ein Kreditgesamtvolumen in Höhe von insgesamt 2 Milliarden Euro, das die NRW-Bank in den nächsten vier Jahren an die Kommunen auszahlen wird. Die Kommunen erhalten demnach von der NRW-Bank in den kommenden Jahren Kredite, für die eine Gesamtlaufzeit von zwanzig Jahren vorgesehen ist. Das Land wird für die Kommunen im Folgenden dann jedoch alle Tilgungsleistungen und Zinsbelastungen übernehmen, sodass die kommunalen Haushalte im Ergebnis nicht belastet werden.

Gefördert werden Investitionen in und an Schulen, aber auch Sanierungs- und Modernisierungsaufwand auf kommunalen Schulgeländen (mit den dazugehörigen Sportanlagen). Daneben sind Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Ausstattung von Schulen aus den Mitteln des Programms för-

derfähig.

Für den Oberbergischen Kreis ist laut NRW-Bank ein Kreditvolumen in Höhe von insgesamt rd. 6,6 Mio. € vorgesehen. Die Mittel sind jeweils zu einem Viertel auf die Jahre 2017 bis 2020 zu verteilen, wobei eine Mittelübertragung einmalig möglich sein soll.

Die Berücksichtigung des Programms "Gute Schule 2020" im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung war aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit – und weil konkrete Hinweise zur Umsetzung des Programms fehlten - nicht möglich. Inzwischen liegen jedoch sowohl ein Gesetzesentwurf als auch ein Erlassentwurf vor; beide Entwürfe ermöglichen nunmehr eine Berücksichtigung des Programms im Doppelhaushalt 2017/2018, wobei Einzelheiten jedoch weiterhin abgestimmt bzw. geprüft werden müssen. Sich aus dem Programm ergebende Haushaltsbesserungen können so über eine Reduzierung der Kreisumlagehebesätze an die Kommunen weitergegeben werden.

Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass der Kreistag nach den im Gesetzesentwurf enthaltenen Bestimmungen dazu aufgefordert sein wird, ein Konzept zu beschließen, das die aus dem Programm "Gute Schule 2020" zu finanzierenden Maßnahmen im Einzelnen aufzeigt. Das Konzept kann der NRW-Bank allerdings auch noch nach Mittelabruf, und zwar bis zu 30 Monate nach Abruf der Fördermittel, vorgelegt werden. Für die Auszahlung der Mittel scheint die Vorlage des Programms also nicht zwingend notwendig zu sein (Quelle: Gesetzesentwurf der Landesregierung).

Die Verwaltung schlägt vor diesem Hintergrund vor, ein solches Konzept möglichst im ersten Halbjahr des Jahres 2017 zu erarbeiten und zu beschließen.

Zum Zwecke einer unmittelbaren Entlastung der Kommunen in den Jahren 2017/2018 sollten jedoch schon jetzt - im Vorgriff auf die endgültige Beschlussfassung über das Konzept - bestimmte Maßnahmen als erste verbindliche Bausteine des Konzepts durch den Kreistag im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen werden.

Dabei gilt für **bauliche Maßnahmen**:

1. Maßnahmen, die im Haushaltsentwurf 2017/2018 bzw. im Bauprogramm 2017/2018 zum Zwecke der baulichen Ertüchtigung der kreiseigenen Schulen bzw. zur Verbesserung der IT-Infrastruktur ohnehin vorgesehen waren (sog. "Eh-Da-Maßnahmen"), werden vollständig über das Programm "Gute Schule 2020" finanziert.

2. Darüber hinaus werden die aus der Anlage [wird derzeit erarbeitet und bis zu den Sitzungen des Bau- bzw. Schulausschusses – ggf. als Tischvorlage – nachgereicht] ersichtlichen baulichen Maßnahmen in den Jahren 2017 und 2018 zusätzlich durchgeführt.

Es gilt für Maßnahmen der **IT-Infrastruktur**:

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Vorlage kann noch keine gesicherte Einschätzung dazu erfolgen, ob zur Finanzierung der im Schulbudget der Jahre 2017/2018 geplanten IT-Maßnahmen tatsächlich Mittel des Programms "Gute Schule 2020" zum Einsatz kommen können. Nach bisheriger Kenntnis der Verwaltung können aus dem Landesprogramm "Gute Schule 2020" Aufwendungen für einen Breitbandanschluss, die WLAN-Anbindung und auch halbstationäre Endgeräte wie Smartboard, etc. in Schulen, aber keine mobilen Endgeräte etc. gefördert und finanziert werden. Eine verbindliche Beschreibung, welche Aufwendungen für die IT-Ausstattung von Schulen tatsächlich von der Förderung der digitalen kommunalen Schulinfrastruktur erfasst werden, steht aktuell noch aus und wird erwartet. Bis dahin wird die Verwaltung im IT-Bereich geplante Investitionen jeweils im Einzelfall vorsorglich mit der hierzu zuständigen NRW-Bank auf eine Förderung aus dem Programm "Gute Schule 2020" abgleichen.

Die Verwaltung wird das Jahr 2017 außerdem nutzen, um die Medienentwicklungsplanung für die kreiseigenen Schulen unter Berücksichtigung des Landesprogrammes "Gute Schule 2020" zu überarbeiten und dabei auch die – ebenfalls bisher nur im Entwurf vorliegende – gemeinsame Erklärung der Landesregierung, des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW zur Umsetzung des Programms "Gute Schule 2020" einbeziehen. Es wird erwartet, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Rahmenbedingungen für den vom Bund am 09.10.2016 angekündigten "DigitalPakt#D" zwischen Bund und Ländern zur Förderung der Ausstattung aller Schulen in Deutschland in den nächsten 5 Jahren mit Computern und WLAN aus Bundesmitteln, bekannt sind. Ziel muss es sein, die beiden Förderprogramme "Gute Schule 2020" und "DigitalPakt#D" in den Folgejahren gut aufeinander abgestimmt für die kreiseigenen Schulen zu nutzen und hierzu keine überstürzten Entscheidungen zu treffen.

Insbesondere an den kreiseigenen Berufskollegs kann mit einer guten digitalen Infrastruktur und dem Einsatz moderner digitaler Lern- und Medienformate ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur zukunftsfähigen Qualifizierung von Auszubildenden und Fachkräften geleistet werden. Die Verwaltung wird ihre Medienentwicklungsplanung mit dieser Zielsetzung und unter Berücksichtigung der neuen Förderprogramme fortschreiben und dem Ausschuss für Schule und Weiterbil-

zung nach Fertigstellung näher vorstellen.

Welche weiteren Maßnahmen aus dem Programm "Gute Schule 2020" in den Jahren 2019/2020 insgesamt finanziert werden sollen, bleibt der weiteren Beratung über das noch zu erstellende Gesamtkonzept vorbehalten.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass über das Programm "Gute Schule 2020" auch solche Maßnahmen finanziert werden können, die über die - zweckgebundene - Schulpauschale in Höhe von jährlich rd. 1,8 Mio. € abgewickelt werden dürfen. Es wurde vor diesem Hintergrund seitens der Kreisverwaltung über den Landkreistag bei den zuständigen Stellen im Land NRW angefragt, ob Mittel der Schulpauschale im Umsetzungszeitraum 2017 bis 2020 ggf. angespart werden dürfen. Für den Fall, dass dies nicht der Fall sein sollte, müssen Maßnahmen ggf. vorgezogen oder noch weitere/zusätzliche Maßnahmen überlegt werden.

Details können den beigefügten Anlagen entnommen werden:

- Anlage 1: Verwendung von Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ in 2017
- Anlage 2: Verwendung von Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ in 2018

gez.

Jochen Hagt
-Landrat-

gez.

Klaus Grootens
-Kreisdirektor-

**Verwendung von Mitteln des Förderprogramms "Gute Schule 2020"
in 2017**

Gebäude	Maßnahme	bereits eingeplante Mittel		neu geplante Mittel	
		konsumtiv	investiv	konsumtiv	investiv
Förderschulen					
Helen-Keller-Schule	Schimmelbeseitigung R 209, 224	20.000			
	Holzfenster und Türen erneuern	20.000			
	Erneuerung Konferenzraum Lino Boden	7.000			
	Fensterantriebe und -dichtungen erneuern	3.500			
	Renovierung Klassenräume	5.000			
	Trinkwasserleitungen und Armaturen erneuern			70.000	
	Erneuern von Spielgeräten			30.000	
FÖS Vollmerhausen	Beleuchtung Foyer	15.000			
	Medieninstallation vier Klassen, Erstausrüstung	16.000			
	San. Elektroanl. Musikraum, einschl. Akustik	7.000			
	Aufstellung Materialcontainer	7.000			
	Renovierung Klassenräume	5.000			
	Beschaffung von digitalen Whiteboards				50.000
	Digitale Vernetzung mit BK Dieringhausen				10.000
Anne-Frank-Schule	Erneuerung der Beleuchtung in den Fluren, 1. BA	45.000			
	Renovierung Klassenräume	5.000			
Sprachförderschule Oberwiehl	Ausleuchtung für Internetzugang			3.000	
	Internetzugang zu allen Klassenräumen				10.000
<i>Zwischensumme Förderschulen</i>		<i>155.500</i>		<i>103.000</i>	<i>70.000</i>
Berufskollegs					
kaufmännisches BK GM-Hepel	Brandschutzmaßnahmen	10.000			
	Erneuerung der Beleuchtung in den Klassenräumen	20.000			
	Renovierung Klassenräume	25.000			
	Medienkonzept	10.000			
	Renovierung Werkstätten (Bruchsteinkeller)			80.000	
	Barrierefreier Aufzug				200.000
	Einrichtung eines Netzwerks über Server		40.000		
	Einrichtung von WLAN				17.000
Sporthalle Reininghausen	Überprüfung Instandsetzung Hallenboden	5.000			
kaufmännisches BK Waldbröl	Dezentrale Lüftungsanlagen Pavillonklassen	8.000			
	Renovierung Klassenräume	10.000			
	Einrichtung von WLAN				7.000

Gebäude	Maßnahme	bereits eingeplante Mittel		neu geplante Mittel	
		konsumtiv	investiv	konsumtiv	investiv
Dieringhausen	Erneuern Unterverteilungen	50.000			
	Renovierung Klassenräume	40.000			
	Medienkonzept	10.000			
	Renovierung Klassenräume	20.000			
	Neuerricht. Feuerwehrumfahrt und Sammelplatz		45.000		
	Sanierung der Sporthalle, HSL		100.000		
Wipperfürth	Erneuern der Notlichtanlage, 1.BA	30.000		200.000	
	Sanierung der Sporthalle	200.000			
	Medienkonzept	15.000			
	Renovierung Klassenräume	35.000			
	Erneuern der Heizkessel (2x)			90.000	
	Einrichtung von WLAN				24.000
	Einrichtung eines Netzwerks übers Server				40.000
<i>Zwischensumme Berufskollegs</i>		<i>488.000</i>	<i>185.000</i>	<i>370.000</i>	<i>288.000</i>
Summe Förderschulen u. Berufskollegs		643.500	185.000	473.000	358.000
		1.659.500			

Erläuterungen

1. Den bereits im Entwurf des Kreishaushalts eingeplanten Mitteln stehen Einnahmen aus dem Förderprogramm "Gute Schule 2020" in entsprechender Höhe entgegen. Im Bereich der konsumtiven Mittel erfolgt somit in dieser Höhe eine Entlastung des Kreishaushalts.
2. Die Mittel, die zusätzlich bereitgestellt werden, werden vollständig über das Förderprogramm "Gute Schule 2020" finanziert. Durch die 100%ige Förderung der Maßnahmen wird der Kreishaushalt nicht belastet.

**Verwendung von Mitteln des Förderprogramms "Gute Schule 2020"
in 2018**

Gebäude	Maßnahme	bereits eingeplante Mittel		neu geplante Mittel	
		konsumtiv	investiv	konsumtiv	investiv
Förderschulen					
Helen-Keller-Schule	Erneuerung Sporthallenbeleuchtung	20.000			
	Renovierung Klassenräume	5.000			
	Setzrisse Räume, Putz- u. Malerarbeiten	5.000			
FÖS Vollmerhausen	Medienkonzept	16.000			
	Ertüchtigung Ballfangzaun Sportplatz	6.000			
	Renovierung von Klassen	5.000		10.000	
	Zaun Müllplatz	7.000			
Anne-Frank-Schule	Erneuerung der Beleuchtung in den Fluren, 2. BA	45.000			
	Sporthalle - Erneuerung der Beleuchtung	35.000			
	Renovierung von Klassen	5.000		10.000	
<i>Zwischensumme Förderschulen</i>		<i>149.000</i>		<i>20.000</i>	
Berufskollegs					
kaufmännisches BK GM-Hepel	Renovierung Flure und Treppenhäuser 3. BA	200.000		150.000	
	Renovierung Klassenräume	25.000			
	Renovierung Klassenräume (Beleuchtung)	20.000			
	Medienkonzept	10.000			
Sporthalle Reininghausen	Erneuerung Hallenboden				340.000
	Erneuerung Prallwände				30.000
	Sanitärinstallationsarbeiten				100.000
	Fliesen- und Abdichtungsarbeiten				30.000
kaufmännisches BK Waldbröl	Renovierung Klassenräume (Boden und Wand)	10.000		10.000	
Dieringhausen	Erneuerung Unterverteilung	30.000			
	Medienkonzept	10.000			
	Renovierung Klassenräume	20.000		20.000	
	Renovierung Werkstätten inkl. Elektrotechnik	40.000			
	Sanierung Sporthalle, HSL		100.000		
Wipperfürth	Gebäude 205, Fenster und Sonnenschutz	250.000			
	Erneuern der Notlichtanlage, 2. BA	50.000			
	Medienkonzept	15.000			
	Renovierung Klassenräume	35.000			
<i>Zwischensumme Berufskollegs</i>		<i>715.000</i>	<i>100.000</i>	<i>180.000</i>	<i>500.000</i>
Summe Förderschulen u. Berufskollegs		864.000	100.000	200.000	500.000
		1.664.000			

Erläuterungen

1. Den bereits im Entwurf des Kreishaushalts eingeplanten Mitteln stehen Einnahmen aus dem Förderprogramm "Gute Schule 2020" in entsprechender Höhe entgegen. Im Bereich der konsumtiven Mittel erfolgt somit in dieser Höhe eine Entlastung des Kreishaushalts.
2. Die Mittel, die zusätzlich bereitgestellt werden, werden vollständig über das Förderprogramm "Gute Schule 2020" finanziert. Durch die 100%ige Förderung der Maßnahmen wird der Kreishaushalt nicht belastet.



Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

16.12.2016

Seite 1 von 5

-Elektronische Post-

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

34-46.11

Bezirksregierungen
Arnsberg
Detmold
Düsseldorf
Köln
Münster

RRin Kahle

Telefon 0211 871-2468

Telefax 0211 871-162468

referat34@mik.nrw.de

nachrichtlich

Gemeindeprüfungsanstalt NRW
Postfach 101879
44608 Herne

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199 - 201
40474 Düsseldorf

Städtetag Nordrhein-Westfalen
Lindenallee 13 - 17
50968 Köln

Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf

Gesetz über die Leistung von Schuldendiensthilfen für Kredite zur Sanierung, Modernisierung und zum Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Schuldendiensthilfegesetz Nordrhein-Westfalen)

Verbuchung der Kredite von der NRW.BANK und der Schuldendiensthilfe des Landes im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“ im kommunalen Haushalt

Das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtigt, die Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Hierzu stellt die NRW.BANK den nordrhein-westfälischen Kommunen in den Jahren 2017 - 2020 durch das Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ Kredite in einer Gesamthöhe von bis zu zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Das Land übernimmt in voller Höhe die Tilgungsleistungen und – soweit sie notwendig wer-

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

den – auch die Zinsleistungen für sämtliche Kredite, die die Kommunen im Rahmen des Programms aufnehmen. Die Tilgungs- und ggf. Zinsleistungen werden vom Land unmittelbar an die NRW.BANK geleistet. Die Laufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre. Das erste Jahr ist tilgungsfrei.

1. Einordnung der Kredite

Mit dem Programm NRW.BANK.Gute Schule 2020 werden Kredite für die Sanierung, Modernisierung und den Ausbau der baulichen und digitalen Schulinfrastruktur zur Verfügung gestellt. Sowohl investive als auch konsumtive Maßnahmen dürfen also aus Mitteln des Programms finanziert werden. Soweit ein Darlehen überwiegend zur Finanzierung von Investitionen dient, handelt es sich um einen Kredit im Sinne des § 86 der Gemeindeordnung (GO). Dient das Darlehen dagegen überwiegend zur Finanzierung konsumtiver Maßnahmen, handelt es sich um einen Kredit zur Liquiditätssicherung gemäß § 89 Abs. 2 GO.

Generell gilt für die Aufnahme der Kredite Folgendes:

- Mit Rücksicht darauf, dass das Land die Kommunen von sämtlichen Zins- und Tilgungsleistungen freistellt, bleiben alle im Rahmen des Programms aufgenommenen Kredite im Sinne des § 86 GO bei etwaigen finanzaufsichtlichen Beschränkungen der investiven Fremdfinanzierungsmöglichkeiten außer Betracht.
- Aus dem gleichen Grund habe ich keine Bedenken gegen die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung, die nicht dem Ausgleich unterjähriger Liquiditätsschwankungen dienen, soweit sie im Rahmen des Programms bei der NRW.BANK erfolgt.
- Auch Kreditaufnahmen in der vorläufigen Haushaltsführung sind unter finanzaufsichtlichen Gesichtspunkten grundsätzlich als akzeptabel anzusehen. Der erforderlichen aufsichtlichen Genehmigung gemäß § 82 Absatz 2 bzw. Absatz 3 Nr. 2 GO dürften daher im Regelfall keine Bedenken entgegenstehen. Im Übrigen bleiben im Rahmen des Programms aufgenommene Kredite bei den in § 82 Absatz 2 GO genannten Höchstbeträgen zur Aufnahme von Investitionskrediten außer Betracht.
- Im Rahmen der Haushaltsplanung für die Jahre 2017 bis 2020 haben die Kommunen die geplante Aufnahme von Krediten aus

dem Programm bei der Festlegung der Kreditemächtigung gemäß § 86 Abs. 2 GO zu berücksichtigen. Gleiches gilt für die Festlegung des Höchstbetrags für die Kredite zur Liquiditätssicherung gemäß § 89 Abs. 2 GO, sofern die Durchführung konsumtiver Maßnahmen geplant ist.

2. Hinweise zur Verbuchung von Kreditaufnahme, Schuldendiensthilfe sowie der darauf folgenden Mittelverwendung

a. Kredite zur Finanzierung von investiven Maßnahmen

- Kredite, die zur Finanzierung von durch Investitionen geprägten Maßnahmen aufgenommen werden, erhöhen mit Auszahlung des Darlehens die Bilanzposition der liquiden Mittel (Kontengruppe 18). Die Einzahlung der Darlehenssumme ist in der Finanzrechnung unter den Einzahlungen aus der Aufnahme von investiven Darlehen (Kontenart 692) zu berücksichtigen. Demgegenüber steigen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Kreditinstituten (Kontengruppe 32) in Höhe des gewährten Darlehens.
- Die Kommune leistet zur Durchführung der Maßnahmen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78) entsprechend der jeweiligen investiven Maßnahmen.
- Im Zeitpunkt der Auszahlung der Darlehenssumme an die Kommune entsteht eine Forderung aus Transferleistungen (Kontengruppe 16) der Kommune gegenüber dem Land auf vollständige Tilgungs- und ggf. Zinsleistung in Bezug auf das Darlehen, aus dem der Vermögensgegenstand finanziert wurde. Diese ist ebenfalls bilanziell darzustellen und neutralisiert letztlich die Verbindlichkeit in der Bilanz.
- Im Zeitpunkt der Aktivierung des erworbenen bzw. fertiggestellten Vermögensgegenstandes wird ein entsprechender „sonstiger Sonderposten“ (Kontengruppe 23) gebildet, der sich auf den jeweiligen Vermögensgegenstand bezieht. Dieser Sonderposten wird in Anlehnung an § 43 Absatz 5 GemHVO entsprechend der

jährlichen Abschreibung des Vermögensgegenstandes über die jeweilige Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst.

- Auf die Ergebnisrechnung wirkt sich dies insoweit aus, als einerseits die Abschreibungen auf den Vermögensgegenstand (Kontengruppe 57) als Aufwand zu buchen und andererseits ein Ertrag aus Auflösung eines sonstigen Sonderpostens (Kontenart 457), der die Auflösung des sonstigen Sonderpostens abbildet, zu buchen ist. Für den Fall, dass die Kommune ein Grundstück aus Mitteln des Programms erwirbt, ist ebenfalls ein Sonderposten zu bilden. Die ertragswirksame Auflösung eines Sonderpostens scheidet allerdings mangels entstehender Abschreibungen aus. Im Übrigen ist die skizzierte Vorgehensweise jedoch entsprechend anzuwenden.
- Die NRW.BANK teilt jeder Kommune im Rahmen des jährlichen Kontoauszugs zum 31.12. eines Jahres die Höhe der Tilgungs- und ggf. Zinsleistung des Landes mit. Die Kommune reduziert sowohl die gegenüber dem Land bestehende Forderung als auch die gegenüber der NRW.BANK bestehende Verbindlichkeit in der Bilanz entsprechend der Tilgungsleistung des Landes.
- Sofern es zu Zinszahlungen des Landes kommt, werden die bei der Kommune zu buchenden Zinsaufwendungen (Kontenart 551) durch entsprechende Transfererträge aus Schuldendiensthilfen (Kontenart 423) in Höhe der jährlichen Zinsleistung des Landes aus der Schuldendiensthilfe neutralisiert.

b. Liquiditätskredite zur Finanzierung von konsumtiven Maßnahmen

- Nimmt die Kommune einen Kredit zur Finanzierung von konsumtiven Maßnahmen im Rahmen des Programms auf, steigen mit Auszahlung der Mittel die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kontengruppe 33) und zugleich die liquiden Mittel (Kontengruppe 18). Die Einzahlung der Darlehenssumme ist in der Finanzrechnung unter den Einzahlungen aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten (Kontenart 693) zu berücksichtigen.

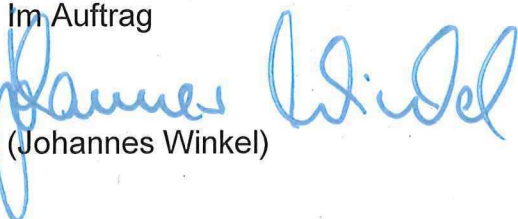
- Da mit dem Kredit Modernisierungen und Sanierungen in der Schulinfrastruktur, die konsumtiver Art sind, finanziert werden, betreffen entsprechende Auszahlungen die laufende Verwaltungstätigkeit (Kontengruppe 72) und in der Ergebnisrechnung den Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52).
- Sobald die Kommune konsumtive Maßnahmen durchführt und Aufwendungen hierfür verbucht, entsteht eine Forderung aus Transferleistungen (Kontengruppe 16) gegenüber dem Land in Höhe des für die konsumtiven Maßnahmen gewährten Darlehens. Dieser Forderung steht ein Ertrag aus Transferleistungen durch die Schuldendiensthilfe (Kontenart 423) in gleicher Höhe gegenüber. Auch hier erfolgt eine jährliche Reduzierung der Forderung wie auch der Verbindlichkeit, nachdem die NRW.BANK der Kommune im Rahmen des jährlichen Kontoauszugs die vom Land geleisteten Tilgungs- und ggf. Zinsleistungen mitgeteilt hat.
- Sofern es zu Zinszahlungen des Landes kommt, werden die bei der Kommune zu buchenden Zinsaufwendungen (Kontenart 551) durch entsprechende Transfererträge aus Schuldendiensthilfen (Kontenart 423) in Höhe der jährlichen Zinsleistung des Landes aus der Schuldendiensthilfe neutralisiert.

Generell gilt:

Im Vorbericht zum jährlichen Haushaltsplan ist die Vorgehensweise bei der Inanspruchnahme von Mitteln des Programms Gute Schule 2020 - unabhängig von der Art des Kredites - zu erläutern. Die aus dem Programm entstehenden Positionen und deren jährliche Entwicklung müssen im Anhang zum jeweiligen Jahresabschluss erläutert und in den entsprechenden Übersichten gesondert ausgewiesen werden.

Ich bitte Sie, die Aufsichtsbehörden und die Kommunen Ihres Bezirks auf die Regelungen dieses Runderlasses hinzuweisen.

Im Auftrag



(Johannes Winkel)



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Amt für Finanzwirtschaft

Veränderungsnachweis einschl. aller Anträge Dritter u. der Fraktionen

zum Haushalt 2017/2018
des Oberbergischen Kreises

(Haushaltsverbesserungen und Haushaltsverschlechterungen je Produktbereich, getrennt nach Ergebnisplan und Finanzplan)

Stand: 08.12.2016 (nach Kreistag)

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

Antrag von Datum	Produktgruppe	Bezeichnung	HH-Jahr 2017				Begründung/Erläuterung	Ergebnis
			HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung			
			Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand		
							Fachausschuss (+) = zugestimmt (-) = abgelehnt	
Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung								
Verw.	1.01.06	Zentrale Dienste	115.796				Einmaliger Belastungsausgleich für Umsetzung Tariftreue- und Vergabegesetz NRW	
Verw.	1.01.09	Haushaltssteuerung				35.000	Aufbau eines TAX compliance Systems Umsetzung §2b UStG	
Verw.	1.01.12	Grundstücks- u. Gebäudemanagement					Anpassung Bauprogramm	
Summe Produktbereich 1.01			115.796	0	0	35.000	Summe:	
Produktbereich 1.02 Sicherheit und Ordnung								
Verw.	1.02.11	Rettungsdienst	876				Anpassung Gebühren aufgrund Änderungen im Veränderungsnachweis (Plan-Fehlbedarf 13.500 € p.a.)	
Summe Produktbereich 1.02			876	0	0	0	Summe:	
Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben								
Verw.	1.03.01	Förderschulen				100.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Sanierungs-/Instandsetzungsmaßnahmen (Anpassung Bauprogramm)	
Verw.	1.03.01	Förderschulen				3.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Infrastrukturmaßnahmen	
Verw.	1.03.02	Berufskollegs				370.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Sanierungs-/Instandsetzungsmaßnahmen (Anpassung Bauprogramm)	
Verw.	1.03.02	Berufskollegs			4.164		Änderung Erstattung RBK für Berufskolleg Wipperfürth/Wermelskirchen	
Summe Produktbereich 1.03			0	0	4.164	473.000	Summe:	
Produktbereich 1.04 Kultur und Wissenschaft								
Verw.	1.04.02	Volkshochschule Oberberg	40.000				Erhöhung WbG-Förderung durch 2. Nachtragshaushalt NRW 2016 sowie Kabinettsbeschluss vom 08.11.2016 zum NRW-Landeshaushalt 2017	
Summe Produktbereich 1.04			40.000	0	0	0	Summe:	

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

HH-Jahr 2018				HH-Jahr 2019				HH-Jahr 2020				HH-Jahr 2021			
HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung	
Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand
Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung															
			35.000				35.000				35.000				35.000
	303.000														
0	303.000	0	35.000	0	0	0	35.000	0	0	0	35.000	0	0	0	35.000
Produktbereich 1.02 Sicherheit und Ordnung															
9.506						192				192				194	
9.506	0	0	0	0	0	192	0	0	0	192	0	0	0	194	0
Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben															
			20.000												
			180.000												
		3.619				3.235				2.846				2.446	
0	0	3.619	200.000	0	0	3.235	0	0	0	2.846	0	0	0	2.446	0
Produktbereich 1.04 Kultur und Wissenschaft															
40.000				40.000				12.500				12.500			
40.000	0	0	0	40.000	0	0	0	12.500	0	0	0	12.500	0	0	0

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

Antrag von Datum	Produktgruppe	Bezeichnung	HH-Jahr 2017				Begründung/Erläuterung	Ergebnis
			HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung			
			Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand		
							Fachausschuss (+) = zugestimmt (-) = abgelehnt	
Produktbereich 1.05 Soziale Leistungen								
Verw.	1.05.02	Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung, Pflegebedürftigkeit und in anderen Lebenslagen	380.000	45.000	0	787.000	Anpassung an erwartete Rechnungsergebnisse, Mehrerträge aus übergeleiteten Ansprüchen, Mehraufwand bei Hilfe zur Pflege in Einrichtungen und Pflegewohngeld	
Verw.	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	1.025.500	0	1.040.000	1.091.000	Anpassung an erwartete Rechnungsergebnisse, Mehrerträge und Mehraufwand vor allem bei Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung (100%ige Bundeserstattung), Ertragskürzung vor allem durch voraussichtlich nicht so hohe Bundesbeteiligung an den KDU als bisher erwartet	
AG freie Wohlfahrts-pflege	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen				93.750	Erhöhung Zuschuss Schuldnerberatung	
Summe Produktbereich 1.05			1.405.500	45.000	1.040.000	1.971.750	Summe:	

Produktbereich 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Auswirkung auf Jugendamtsumlage, siehe unten)							
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	0	0	125.000	0	Anpassung an erwartetes Rechnungsergebnis Landeszuweisung aus Wohngeldentlastung
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	0	0	410.000	0	Korrektur Doppelveranschlagung Zinserträge Kapitalstock Pensionen
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	317.369	0	0	0	Änderung Schlüsselzuweisung aufgrund 1. Modellrechnung GFG
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen		2.178.087			Änderung Landschaftsumlage aufgrund 1. Modellrechnung GFG u. Hebesatzsenkung 11/2016
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	1.116.500				Förderprogramm "Gute Schule 2020" konsumtiv
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen				172.896	konsumtiver Eigenanteil nach dem KlnFG
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen			16.689		Anpassung Mehrbelastung VHS Oberberg an Änderungen durch Veränderungsnachweis
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	35.766				Anpassung Mehrbelastung Jugendamt an Änderungen durch Veränderungsnachweis
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen			674.732		Anpassung Mehrbelastung Berufskollegs an Änderungen durch Veränderungsnachweis (insb. Gute Schule 2020)
Verw	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen			527.464		Anpassung allgemeine Kreisumlage an Änderungen durch Veränderungsnachweis
Summe Produktbereich 1.16			1.469.635	2.178.087	1.753.885	172.896	Summe:

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

HH-Jahr 2018				HH-Jahr 2019				HH-Jahr 2020				HH-Jahr 2021			
HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung	
Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand
Produktbereich 1.05 Soziale Leistungen															
380.000	45.000	0	787.000	380.000	45.000	0	787.000	380.000	45.000	0	787.000	380.000	45.000	0	787.000
1.789.500	0	99.000	1.091.000	1.025.500	0	203.000	1.091.000	1.025.500	0	203.000	1.091.000	1.025.500	0	203.000	1.091.000
			93.750				93.750				93.750				93.750
2.169.500	45.000	99.000	1.971.750	1.405.500	45.000	203.000	1.971.750	1.405.500	45.000	203.000	1.971.750	1.405.500	45.000	203.000	1.971.750

Produktbereich 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe															
0	0	125.000	0	0	0	125.000	0	0	0	125.000	0	0	0	125.000	0
0	0	410.000	0	0	0	365.000	0	0	0	365.000	0	0	0	365.000	0
337.681	0	0	0	355.240	0	0	0	370.515	0	0	0	381.631	0	0	0
	2.079.295				2.156.883				2.223.752	0	0	0	2.290.784	0	0
1.064.000				700.000				700.000							
24.916						40.083				12.582				28.250	
10.614						456				27.452		1.276			
		654.866				556.404				556.575		48.400			
		1.290.043				1.402.503				1.457.870				1.454.451	
1.437.211	2.079.295	2.479.909	0	1.055.240	2.156.883	2.489.446	0	1.070.515	2.223.752	2.544.479	0	431.307	2.290.784	1.972.701	0

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

Antrag von Datum	Produktgruppe	Bezeichnung	HH-Jahr 2017				Begründung/Erläuterung	Ergebnis
			HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung			
			Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Fachausschuss	
							(+) = zugestimmt (-) = abgelehnt	

Änderungen in der Kostenrechnung (werden über Zeile "Verrechnung aus internen Leistungsbeziehungen " auf mehrere Produktgruppen verrechnet)

Kostenstelle								
Verw.	1202	ADV-Kosten civitec		215.000			Änderung Wirtschaftsplan civitec	
Summe Kostenstellen			0	215.000	0	0		Summe:

Produktbereich 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Verw.	1.06.03	Unterhaltsvorschussleistungen	5.970.000			5.970.000	Neuordnung des Unterhaltsvorschusses	
Summe Produktbereich 1.06			5.970.000	0	0	5.970.000		Summe:

Veränderungen insgesamt	HH-Jahr 2017			
	HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung	
	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand
	9.001.807	2.438.087	2.798.049	8.622.646
11.439.894		11.420.695		
Summe		19.199		

Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Ergebnisplan

HH-Jahr 2018				HH-Jahr 2019				HH-Jahr 2020				HH-Jahr 2021			
HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung	
Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand
Änderungen in der Kostenrechnung (werden über Zeile "Verrechnung aus internen Leistungsbeziehungen " auf mehrere Produktgruppen verrechnet)															
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe															
5.970.000			5.970.000	5.970.000			5.970.000	5.970.000			5.970.000	5.970.000			5.970.000
5.970.000	0	0	5.970.000	5.970.000	0	0	5.970.000	5.970.000	0	0	5.970.000	5.970.000	0	0	5.970.000

HH-Jahr 2018				HH-Jahr 2019				HH-Jahr 2020				HH-Jahr 2021			
HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung		HH-Verbesserung		HH-Verschlechterung	
Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand	Mehrertrag	Aufwandskürzung	Ertragskürzung	Mehraufwand
9.626.217	2.427.295	2.582.528	8.176.750	8.470.740	2.201.883	2.695.873	7.976.750	8.458.515	2.268.752	2.750.517	7.976.750	7.819.307	2.335.784	2.178.341	7.976.750
12.053.512		10.759.278		10.672.623		10.672.623		10.727.267		10.727.267		10.155.091		10.155.091	
	1.294.234				0				0				0		

**Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Finanzplan
(Änderungen, die nur den Finanzplan betreffen. z.B. Investitionsmaßnahmen)**

Antrag von	Produktgruppe	Bezeichnung	HH-Jahr 2017				Begründung/Erläuterung	Ergebnis
			Verbesserung		Verschlechterung			
			Mehreinzahlung	Wenigerzahlung	Wenigerzahlung	Mehreinzahlung		
							Fachausschuss (+) = zugestimmt (-) = abgelehnt	
Finanzplan: Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung								
Verw.	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement		50.000	280.000		Anpassung Bauprogramm (Kernsanierung Gesundheitsamt)	
Summe Produktbereich 1.01			0	50.000	280.000	0		Summe:
Finanzplan: Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben								
Verw.	1.03.01	Förderschulen				200.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Sanierungs-/Instandsetzungsmaßnahmen (Anpassung Bauprogramm)	
Verw.	1.03.01	Förderschulen				70.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Infrastrukturmaßnahmen	
Verw.	1.03.02	Berufskollegs				88.000	Förderprogramm "Gute Schule 2020" Infrastrukturmaßnahmen	
Verw.	1.03.02	Berufskollegs		1.655.000			Anpassung Bauprogramm BK Dieringhausen	
Summe Produktbereich 1.03			0	1.655.000	0	358.000		Summe:
Finanzplan: Produktbereich 1.13 Natur- und Landschaftspflege								
Verw.	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	80.000			80.000	Angepasst an die erfolgten Aufwendungen ergeben sich für den Knotenumbau K 1 / K 3 (PSP-I 5.660101.605) 25.000 € und in der Schlussabrechnung für den Umbau K 52 Weiershagen (PSP-I 5.665203.605) 55.000 € höhere Zuwendungen, deren Eingang 2017 erwartet wird. Umgekehrt ist für die Sanierung der K 19 (PSP-I 5.661901.700) wegen zusätzlich notwendiger Tragschicht zur Aufnahme der hohen Verkehrslast mit mind. 70.000 € höherem Aufwand zu rechnen. Zudem war der Ansatz für die Planung der K 30 (PSP-I 5.663001.700) gegenüber der tatsächlichen Auftragshöhe um 10.000 € zu gering bemessen.	
Summe Produktbereich 1.13			80.000	0	0	80.000		Summe:
Finanzplan: Produktbereich 1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft								
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	16.861	0	0	0	Änderung Investitionspauschale aufgrund 1. Modellrechnung GFG	
Verw.	1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	543.000				Förderprogramm "Gute Schule" investiver Anteil	
Summe Produktbereich 1.16			559.861	0	0	0		Summe:

**Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2017/2018 - Finanzplan
(Änderungen, die nur den Finanzplan betreffen. z.B. Investitionsmaßnahmen)**

HH-Jahr 2018				HH-Jahr 2019				HH-Jahr 2020				HH-Jahr 2021			
Verbesserung		Verschlechterung		Verbesserung		Verschlechterung		Verbesserung		Verschlechterung		Verbesserung		Verschlechterung	
Mehr-einzahlung	Weniger-auszahlung	Weniger-einzahlung	Mehr-auszahlung	Mehr-einzahlung	Weniger-auszahlung	Weniger-einzahlung	Mehr-auszahlung	Mehr-einzahlung	Weniger-auszahlung	Weniger-einzahlung	Mehr-auszahlung	Mehr-einzahlung	Weniger-auszahlung	Weniger-einzahlung	Mehr-auszahlung
Finanzplan: Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung															
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzplan: Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben															
			500.000												
	500.000														
0	500.000	0	500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzplan: Produktbereich 1.13 Natur- und Landschaftspflege															
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finanzplan: Produktbereich 1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft															
18.137	0	0	0	18.500	0	0	0	18.870	0	0	0	19.248	0	0	0
600.000				960.248				960.248							
618.137	0	0	0	978.748	0	0	0	979.118	0	0	0	19.248	0	0	0

Eckdaten und Kreisumlagehebesätze zum Haushalt 2017/2018

Eckdaten		Ansatz 2016	Entwurf 2017	Ansatz 2017	Entwurf 2018	Ansatz 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	
1.	Haushaltswolumen / Zuschussbedarf									
1.1	E	Ordentliche Erträge	333.950.904	367.644.855	374.258.613	378.349.182	385.802.871	387.429.688	392.499.835	397.773.312
	E	Finanzerträge	1.647.000	2.124.372	1.714.372	2.124.759	1.714.759	1.670.154	1.640.557	1.640.968
		Erträge gesamt:	335.597.904	369.769.227	375.972.985	380.473.941	387.517.630	389.099.842	394.140.392	399.414.280
		bisherige Finanzplanung 2016		344.808.340	344.808.340	348.194.816	348.194.816	352.497.775	---	---
1.2	A	Ordentliche Aufwendungen	336.915.322	372.067.872	378.252.431	379.288.566	385.038.021	386.538.892	391.645.592	396.957.330
	A	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.182.168	2.452.800	2.452.800	2.517.450	2.560.950	2.494.800	2.456.950	
		Aufwendungen gesamt	340.097.490	374.520.672	380.705.231	381.806.016	387.555.471	389.099.842	394.140.392	399.414.280
		bisherige Finanzplanung 2016		344.808.340	344.808.340	348.194.816	348.194.816	352.497.775	---	---
1.3		Saldo (1.1 - 1.2) Fehlbedarf/Überschuss	-4.499.586	-4.751.445	-4.732.246	-1.332.075	-37.841	0	0	0
2.	Ausgleichsrücklage/Allg. Rücklage									
2.1		Ausgleichsrücklage Anfang des Haushaltsjahres (2016 Prognose!)	14.916.597	10.417.011	10.417.011	5.665.566	5.684.765	5.646.924	5.646.924	5.646.924
		Ende des Haushaltsjahres	10.417.011	5.665.566	5.684.765	4.333.491	5.646.924	5.646.924	5.646.924	5.646.924
		Veränderung	-4.499.586	-4.751.445	-4.732.246	-1.332.075	-37.841	0	0	0
2.2		Allgemeine Rücklage Anfang des Haushaltsjahres	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845
		Ende des Haushaltsjahres	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845	36.842.845
		Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0
3.	Wesentliche Erträge und Aufwendungen									
3.1	Personalaufwand									
3.1.1	A	Personalaufwand im weiteren Sinne (incl. Versorgungsaufwand)	72.180.698	79.124.157	79.124.157	80.651.397	80.651.397	81.667.168	82.516.961	83.314.993
3.1.1.1	A	davon Versorgungsaufwand (51er Konten)	5.390.986	7.862.541	7.862.541	8.155.305	8.155.305	8.299.934	8.395.677	8.475.158
3.1.1.2	A	davon Zuführung zu den Pensionsrückstellungen	4.969.214	6.465.071	6.465.071	6.655.330	6.655.330	6.942.652	7.056.678	7.111.580
3.1.2	A	Personalaufwand (inkl. Versorgungsaufwand, ohne Pensionsrückstellungen, inkl. Erstattungen)	46.655.901	48.633.071	48.633.071	49.119.402	49.119.402	49.599.084	50.083.597	50.572.960
		Steigerung gegenüber Vorjahr in %		4,24	4,24	1,00	1,00	0,98	0,98	0,98
3.2	LVR-Umlage									
3.2.1		Umlagegrundlagen LVR-Umlage	365.695.717	383.221.168	383.971.884	401.344.643	402.135.388	417.275.343	430.327.315	443.295.185
		Steigerung in %		4,79	5,00	9,75	4,73	3,76	3,13	3,01
3.2.2	A	Landschaftsumlage	61.254.033	64.189.546	62.011.459	67.225.228	65.145.933	67.598.606	69.713.025	71.813.820
		bisherige Finanzplanung 2016		63.392.005	63.392.005	65.370.707	65.370.707	67.337.510	---	---
		LVR-Umlagehebesatz in %	16,75	16,75	16,15	16,75	16,20	16,20	16,20	16,20
3.3	Jugend und Soziales									
3.3.1	E	Zuweisung v. Land - Wohngeldentlastung	1.600.000	1.500.000	1.375.000	1.500.000	1.375.000	1.375.000	1.375.000	1.375.000
3.3.2	E	Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung	10.953.000	14.059.000	13.030.000	13.346.000	14.022.000	13.898.000	13.898.000	13.898.000
3.3.3	E	Elternbeiträge Kindertageseinrichtung	2.600.000	3.250.000	3.250.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000
3.3.4	A	Sozialhilfe an Personen auß. Einrichtungen	16.790.000	20.305.000	21.400.000	20.575.000	21.670.000	21.940.000	22.210.000	22.480.000
3.3.4.1	A	davon für Grundsicherung im Alter, SGB XII (Soz.hilfe auß. Einricht.)	10.850.000	12.100.000	13.000.000	12.100.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000
3.3.4.2	E	Erstattungen vom Bund, Grundsicherung im Alter	11.285.000	12.488.500	13.317.000	12.488.500	13.317.000	13.317.000	13.317.000	13.317.000
3.3.5	A	Sozialhilfe an Personen inn. Einrichtungen	9.875.000	11.040.000	11.520.000	11.010.000	11.490.000	11.460.000	11.430.000	11.400.000
3.3.6	A	Jugendhilfe an Personen/Träger auß. von Einrichtungen	6.739.854	9.463.500	9.463.500	9.522.500	9.522.500	7.922.500	8.022.500	8.122.500
3.3.7	A	Leist. d. Jugendhilfe an jur. Personen auß. von Einrichtungen	2.100.000	2.400.000	2.400.000	2.450.000	2.450.000	2.500.000	2.550.000	2.600.000
3.3.8	A	Jugendhilfe an Träger inn. von Einrichtungen	13.810.000	17.310.000	17.310.000	17.210.000	17.210.000	14.610.000	14.710.000	14.810.000
3.3.9	A	Sonstige soziale Leistungen	922.368	974.370	974.370	976.070	976.070	977.570	979.070	980.570
3.3.10	A	Leistungen nach dem UVG	1.450.000	1.450.000	6.800.000	1.450.000	6.800.000	6.800.000	6.800.000	6.800.000
3.3.11	A	Pflegewohngeld	7.950.000	9.100.000	9.250.000	9.100.000	9.250.000	9.250.000	9.250.000	9.250.000
3.3.12	A	Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung	31.320.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000	31.000.000
3.3.13	A	Leistungsbeteiligung einmalige Leistungen	630.000	630.000	630.000	630.000	630.000	630.000	630.000	630.000
3.3.14	A	Zuwendungen - Produktgr. Hilfen z. Gesundheit	1.348.664	1.609.664	1.666.664	1.614.664	1.671.664	1.677.664	1.683.664	1.689.664
3.3.15	A	Zuwendungen - Produktgr. Kinder in Tageseinrichtungen	35.457.000	40.140.808	40.140.808	41.353.500	41.353.500	42.555.795	43.794.159	45.069.674
3.3.16	A	Zuwendungen - Produktgr. Jugenarbeit u. Familienförderung	1.605.363	1.764.531	1.764.531	1.845.431	1.845.431	1.819.831	1.819.831	1.891.831
3.3.17	A	Zuwendungen - Produktgr. Individ.Hilfen f. junge Menschen/Familien	532.000	657.113	657.113	657.113	657.113	607.113	607.113	607.113
3.3.18	A	Zuwendungen - Produktgr. Gesundheitsförderung	794.300	822.000	822.000	844.500	844.500	863.500	883.000	902.500
3.4	E	Gebühren	31.267.818	36.464.841	36.465.717	37.981.310	37.990.816	37.942.883	38.129.406	38.266.601
4.	Schlüsselzuweisungen und Umlagen									
4.1	Schlüsselzuweisungen									
4.1	E	Schlüsselzuweisungen (1. Modellrechn. v. 27.10.2016)	33.119.786	32.371.332	32.688.701	34.443.097	34.780.778	36.589.378	38.162.721	39.307.603
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		-2,26	0,98	6,40	6,40	5,20	4,30	3,00
		bisherige Finanzplanung 2016	33.119.786	34.742.656	34.742.656	36.201.848	36.201.848	37.287.903	---	---
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		4,90	4,90	4,20	4,20	3,00	---	---
		Differenz Entwurf/Finanzplanung		-2.371.324		-1.758.751		-698.525	---	---
4.2	Allgemeine Kreisumlage									
4.2.1		Kreisumlagegrundlagen (1. Modellrechn. v. 27.10.2016)	333.825.931	352.784.836	353.218.183	368.836.546	369.289.610	382.620.965	394.099.594	405.922.582

Eckdaten		Ansatz 2016	Entwurf 2017	Ansatz 2017	Entwurf 2018	Ansatz 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		5,68	5,81	4,55	4,55	3,61	3,00	3,00
	bisherige Finanzplanung 2016	333.825.931	343.840.709	343.840.709	354.155.930	354.155.930	364.780.608	---	---
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	---	---
	Differenz Entwurf/Finanzplanung		8.944.127	9.377.474	14.680.616	15.133.680	17.840.357	---	---
4.2.2	E Kreisumlageaufkommen	136.534.806	145.700.137	145.172.673	152.329.493	151.039.450	153.831.586	155.635.645	157.548.428
	bisherige Finanzplanung 2016	136.534.806	142.334.445	142.334.445	143.462.189	142.334.445	145.025.006	---	---
	Differenz Entwurf/Finanzplanung		3.365.692	2.838.228	8.867.304	8.705.005	8.806.580	---	---
4.2.3	Kreisumlagehebesatz (in %)								
	Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz	40,9000	41,3000	41,1000	41,3000	40,9000	40,2047	39,4915	38,8124
	bisherige Finanzplanung 2016	40,9000	41,3955	41,3955	40,5082	40,1898	39,7568	---	---
	Differenz Entwurf/Finanzplanung in %-Punkte	0,0000	-0,0955	-0,2955	0,7918	0,7102	0,4479	---	---
4.3	Differenzierte Umlagen								
4.3.1	Umlagegrundlagen								
4.3.1.1	Berufskollegs	333.825.930	352.784.836	353.218.183	368.836.546	369.289.610	382.620.965	394.099.594	405.922.582
4.3.1.2	Jugendamt	179.845.316	187.720.876	187.999.425	196.262.175	196.553.398	203.648.976	209.758.445	216.051.199
4.3.1.3	Kreisvolkshochschule	268.038.835	283.352.048	283.630.597	296.244.566	296.535.789	307.240.731	316.457.953	325.951.692
4.3.2	Umlageaufkommen								
4.3.2.1	E Berufskollegs	6.194.946	7.145.223	6.470.491	7.266.057	6.611.191	6.693.076	6.791.445	7.479.869
4.3.2.2	E Jugendamt	50.769.702	52.992.852	53.028.618	54.757.147	54.767.761	55.340.154	56.321.129	57.376.650
4.3.2.3	E Kreisvolkshochschule	766.748	995.726	979.037	995.537	1.020.453	970.569	1.014.680	1.012.200
4.3.3	Summe Umlageaufkommen Differenzierte Umlagen	57.731.396	61.133.801	60.478.146	63.018.741	62.399.405	63.003.799	64.127.254	65.868.719
	bisherige Finanzplanung 2016	57.731.396	58.688.200	58.688.200	59.889.957	59.889.957	60.836.459	---	---
	Differenz Entwurf/Finanzplanung		2.445.601	1.789.946	3.128.784	2.509.448	2.167.340	---	---
4.3.4	Umlagehebesätze (in %)								
4.3.4.1	Berufskollegs (Mittelwert, da differenzierter Hebesatz je Kommune)	1,8557	2,0254	1,8319	1,9700	1,7902	1,7493	1,7233	1,8427
	Bergneustadt	2,2274	2,3873	2,1579	2,3220	2,1089	2,0606	2,0300	2,1707
	Engelskirchen	1,8342	1,9160	1,7340	1,8637	1,6946	1,6558	1,6312	1,7442
	Gummersbach	1,9862	2,0758	1,8765	2,0190	1,8339	1,7919	1,7653	1,8876
	Hückeswagen	1,2556	1,8045	1,6314	1,7551	1,5943	1,5578	1,5347	1,6410
	Lindlar	1,9186	2,0837	1,8837	2,0268	1,8409	1,7988	1,7721	1,8948
	Marlenheide	2,1763	2,2979	2,0773	2,2351	2,0301	1,9836	1,9541	2,0895
	Morsbach	1,8120	1,7875	1,6176	1,7386	1,5808	1,5447	1,5217	1,6271
	Nümbrecht	2,1800	2,3403	2,1154	2,2763	2,0673	2,0200	1,9900	2,1279
	Radevormwald	0,3800	1,1653	1,0541	1,1334	1,0302	1,0066	0,9916	1,0603
	Reichshof	2,0895	2,1378	1,9348	2,0794	1,8909	1,8476	1,8201	1,9462
	Waldbröl	2,0545	2,2009	1,9895	2,1407	1,9443	1,8998	1,8715	2,0012
	Wiehl	1,8741	1,8891	1,7096	1,8375	1,6708	1,6325	1,6083	1,7197
	Wipperfürth	2,2158	2,3453	2,1227	2,2812	2,0745	2,0270	1,9969	2,1353
4.3.4.2	Jugendamt	28,2296	28,2296	28,2068	27,9000	27,8641	27,1743	26,8505	26,5570
4.3.4.3	KVHS	0,2861	0,3514	0,3452	0,3361	0,3441	0,3159	0,3206	0,3105
4.4	Umlagen gesamt								
4.4.1	Summe Umlagen gesamt	194.266.202	206.833.938	205.650.819	215.348.234	213.438.855	216.835.385	219.762.899	223.417.147
	bisherige Finanzplanung 2016	194.266.202	201.022.645	201.022.645	203.352.146	202.224.402	205.861.465	---	---
	Differenz Entwurf/Finanzplanung		5.811.293	4.628.174	11.996.088	11.214.453	10.973.920	---	---

III. Haushaltsplan 2017/2018 (Doppelhaushalt)

(Hinweise zum Aufbau des Haushaltsplans, Produktgruppenübersicht,
Gesamtergebnisplan, Gesamtfinanzplan, Teilpläne je Produktgruppe)

Hinweise zum Aufbau des Haushaltsplans (Zahlenwerk und Erläuterungen)

Der Haushaltsplan hat folgende hierarchische Struktur:

1. Ergebnis- und Finanzplan (Gesamthaushalt)

Der Ergebnisplan und der Finanzplan zu Beginn des Zahlenwerks beinhalten die aus den Teilplänen aggregierten Summen mit dem Gesamtjahresergebnis.

Finanzplan		Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
1	Steuern und ähnliche Abgaben							
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen							
3	+ Sonstige Transfererträge							
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungen							
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenuml.							
7	+ Sonstige Einzahlungen							
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
10	- Personalauszahlungen							
11	- Versorgungsauszahlungen							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen							
14	- Transferauszahlungen							
15	- sonstige Auszahlungen							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 J. 16)							

Ergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-250.955.834	-254.793.081	-269.675.692	-280.417.183	-286.542.615	-291.747.080	-296.648.426
3	+ Sonstige Transfererträge	-6.900.877	-6.076.750	-11.424.250	-10.361.662	-6.559.250	-6.559.250	-6.559.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-30.332.204	-31.267.818	-36.464.841	-37.981.310	-37.943.075	-38.129.598	-38.266.795
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.111.566	-1.046.170	-1.018.185	-1.018.185	-1.023.185	-1.023.185	-1.023.185
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-43.334.373	-36.034.041	-44.181.698	-43.217.902	-43.865.817	-43.611.099	-43.912.167
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.446.968	-3.133.044	-3.380.189	-3.852.940	-3.855.879	-3.856.629	-3.857.523
10	= Ordentliche Erträge	-341.596.732	-333.950.904	-367.644.855	-378.349.182	-381.289.821	-386.426.837	-391.767.346
11	- Personalaufwendungen	68.580.356	66.789.712	71.261.616	72.456.052	73.367.234	74.121.284	74.839.835
12	- Versorgungsaufwendungen	6.983.128	5.390.968	7.862.941	8.155.305	8.299.934	8.395.677	8.475.158
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.347.278	36.692.063	39.556.295	40.054.336	40.690.843	40.697.547	41.052.823
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.627.556	9.723.985	9.916.259	10.657.210	10.886.113	11.275.324	11.442.301
15	- Transferaufwendungen	169.641.524	172.356.174	195.016.695	199.539.568	199.367.724	203.394.150	207.446.756
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.235.531	45.962.402	48.454.466	48.386.055	48.052.177	48.053.612	48.059.491
17	= Ordentliche Aufwendungen	337.315.372	336.915.322	372.067.872	379.288.566	380.764.025	385.937.594	391.316.364
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-4.281.359	2.964.418	4.423.018	939.384	-525.796	-489.243	-450.982
19	+ Finanzerträge	-2.418.262	-1.647.000	-2.124.372	-2.124.759	-2.035.154	-2.005.557	-2.005.968
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.571.544	3.182.168	2.452.800	2.517.450	2.560.950	2.494.800	2.456.950
21	= Finanzergebnis	153.283	1.535.168	328.428	392.691	525.796	469.243	450.982

2. Allgemeine Planerläuterungen

Die Erläuterungen betreffen alle nachfolgenden Erläuterungen zu den Teilergebnisplänen. Sie enthalten Hinweisen zu einzelnen Zeilen der Teilergebnispläne, die inhaltsgleich für alle bzw. viele Teilpläne gelten.

Allgemeine Planerläuterungen zu <u>allen</u> Teilergebnisplänen	
Vorbemerkung	
Die Planerläuterungen zu den Teilergebnisplänen sind zum Doppelhaushalt 2017/2018 grundlegend überarbeitet worden. Hierdurch kann der Informationsgehalt und die Übersichtlichkeit im Hinblick auf die aktuellen Planungen verbessert werden. Um Wiederholungen des Erläuterungstextes innerhalb des Haushaltsplans zu vermeiden, wird zwischen speziellen und allgemeinen Erläuterungen unterschieden. Zur besseren Orientierung wird die jeweilige Zeile des Teilergebnisplans den Erläuterungen vorangestellt.	
Spezielle Erläuterungen	
Die nachfolgend aufgeführten Zeilen werden – sofern erforderlich – in den jeweiligen Teilergebnisplänen einzeln erläutert.	
Zeile 1 Steuern und ähnliche Abgaben Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen Zeile 3 Sonstige Transfererträge Zeile 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Zeile 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Zeile 15 Transferaufwendungen	
Allgemeine Erläuterungen	
Die nachfolgend aufgeführten Zeilen betreffen (fast) alle Teilergebnispläne gleichermaßen. Da sie sich inhaltlich ähneln, werden sie nur hier erläutert. Auf eine Wiederholung unter den einzelnen Planerläuterungen wird daher verzichtet.	

3.1 Teilpläne des Produktbereichs

Zu Beginn jedes Produktbereichs (1.01., 1.02. etc) ist ein aggregierter Teilergebnis- und Teilfinanzplan mit den Summen der Teilpläne aus den Produktgruppen vorangestellt. Die Pläne sind durch einen grauen Spaltenkopf gekennzeichnet

Haushaltsplan 2017/2018		1.01 Innere Verwaltung							
verantwortlich:		Oberbergischer Kreis Der Landrat							
KD, Dez. I, II, III, IV		Oberbergischer Kreis Der Landrat							
Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsmäch-tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.000		-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte								
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte								
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen								
7	+ Sonstige Einzahlungen								
8	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge								
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
10	- Personalauszahlungen								
11	- Versorgungsauszahlungen								
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen								
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen								
14	- Transferauszahlungen								
15	- sonstige Auszahlungen								
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)								
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)								
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen, Investitionsmaßnahmen								
23	= investive Einzahlungen								
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen								
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen								

Haushaltsplan 2017/2018		1.01 Innere Verwaltung						
verantwortlich:		Oberbergischer Kreis Der Landrat						
KD, Dez. I, II, III, IV		Oberbergischer Kreis Der Landrat						
Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-528.249	-455.197	-551.091	-576.429	-596.537	-596.541	-596.525
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-199.454	-220.000	-183.900	-183.900	-183.900	-183.900	-183.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-365.883	-373.570	-356.050	-356.050	-361.050	-361.050	-361.050
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-682.884	-490.136	-513.875	-514.675	-515.575	-508.675	-509.575
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.493.002	-312.675	-382.075	-384.075	-386.324	-386.325	-386.473
10	= Ordentliche Erträge	-3.269.471	-1.851.578	-1.986.991	-2.015.129	-2.043.386	-2.036.491	-2.037.523
11	- Personalauszahlungen	12.833.613	11.576.496	11.802.974	12.081.322	12.253.130	12.384.457	12.505.162
12	- Versorgungsauszahlungen	1.898.448	1.552.312	2.201.959	2.236.199	2.338.320	2.363.971	2.389.257
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.511.496	7.597.224	7.749.145	7.840.665	7.900.567	7.964.653	8.101.330
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.531.721	3.445.529	3.649.507	3.776.364	3.869.703	3.933.011	3.944.909
15	- Transferaufwendungen	75.445	98.000	245.500	248.000	245.500	248.000	245.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.563.417	3.500.974	3.686.122	3.717.584	3.628.016	3.646.027	3.633.161
17	= Ordentliche Aufwendungen	27.414.139	27.770.533	29.335.007	29.967.233	30.233.836	30.540.125	30.816.340
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	24.144.667	25.918.955	27.348.016	27.952.104	28.190.450	28.503.635	28.778.817
19	+ Finanzerträge	-1.714.853	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.714.849	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	22.429.818	24.888.955	26.068.016	26.672.104	26.910.450	27.253.635	27.528.817

3.2 Beschreibung der Produktgruppe

Vor den Teilplänen jeder Produktgruppe befindet sich eine allgemeine Beschreibung der Inhalte der jeweiligen Produktgruppe mit Auftragsgrundlagen, Zielen und Zielgruppen

Haushaltsplan 2017/2018		1.01 Innere Verwaltung	
verantwortlich:		1.01.01 Politische Gremien	
Kreisdirektor		Oberbergischer Kreis Der Landrat	
Beschreibung	- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien - Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien - Koordination der Ausschussarbeit		
Auftragsgrundlage	Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung		
Ziele	fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen		
Zielgruppen	Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen		

3.3 Teilergebnisplan der Produktgruppe

Nach der Beschreibung folgt als unterste Ebene des Zahlenwerks der Teilergebnisplan für die Produktgruppe (1.01.01, 1.01.02 etc.). Die Tabellen sind am weißen Spaltenkopf zu erkennen.

Haushaltsplan 2017/2018		1.01 Innere Verwaltung						
verantwortlich: Kreisdirektor		1.01.02 Verwaltungsführung						
Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5 +	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.774	-7.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-226.891	-185.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
7 +	Sonstige ordentliche Erträge	-145.359						
10 =	Ordentliche Erträge	-376.034	-192.000	-205.000	-205.000	-205.000	-205.000	-205.000
11 -	Personalaufwendungen	1.597.465	1.472.027	1.727.235	1.735.811	1.758.828	1.777.556	1.794.927
12 -	Versorgungsaufwendungen	284.215	222.280	283.865	292.782	297.975	301.412	304.266
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	94.775	105.100	183.133	183.211	178.793	178.876	178.963
14	Bilanzielle Abschreibungen		601	220	593	903	1.217	1.318
15 -	Transferaufwendungen			150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
16 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	114.402	141.314	94.039	94.087	90.971	91.098	91.225
17 =	Ordentliche Aufwendungen	2.090.857	1.941.323	2.438.492	2.456.484	2.477.469	2.500.159	2.520.699
18 =	Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.714.823	1.749.323	2.233.492	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
22	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.714.823	1.749.323	2.233.492	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen (= Zeilen 22 und 25)	1.714.823	1.749.323	2.233.492	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
27 +	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.448.088	-1.361.914	-1.265.135	-1.276.996	-1.296.960	-1.326.755	-1.324.428
28	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.758	13.930	11.645	11.793	11.870	11.394	11.889
29 =	Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	300.494	401.340	980.003	986.281	987.379	979.798	1.003.159

3.4 Planerläuterungen zum Teilergebnisplan

In den neu gestalteten Erläuterungen wird nicht auf den Aufgabeninhalt (→ 2.3), sondern auf die jeweiligen Planansätze und ggf. Rechnungsergebnisse Bezug genommen. Zur besseren Orientierung sind die Erläuterungen entsprechend der Zeile im Teilergebnisplan aufgebaut.

An einigen Stellen sind „Wesentliche Einzelpositionen“ aufgeführt, die die Erträge und Aufwendungen detaillierter aufschlüsseln. Dafür sind die bisherigen „Einzelpositionen zum Haushalt“ im Vorbericht entfallen.

Haushaltsplan 2017/2018		1.01 Innere Verwaltung					
verantwortlich: Kreisdirektor		1.01.02 Verwaltungsführung					
Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.02 Verwaltungsführung							
Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)							
Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung.							
Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)							
Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen und Kommunales Integrationszentrum.							
Wesentliche Einzelpositionen							
PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA.Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	
1516	Projekt Gewaltprävention an Schulen	444905	Zuschüsse	-15.000	-15.000	-15.000	
200103	Kommunales Integrationszentrum	444905	Zuschüsse	-170.000	-170.000	-170.000	
Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)							
RE 2015: Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen und zweckgebundene Spenden für die Ehrenamtsinitiative Weitblick							
Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)							
Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen, Ehrenamtsinitiative Weitblick zur Stärkung des Freiwilligenmanagements (Die Erhöhung in Zeile 13 korrespondiert mit der Reduzierung in Zeile 16). Aufwendungen für Kreismarketing.							
Wesentliche Einzelpositionen							
PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA.Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	
1516	Projekt Gewaltprävention an Schulen	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	30.000	30.000	30.000	
200103	Kommunales Integrationszentrum	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	25.000	25.000	25.000	
1509	Kreismarketing/Neues CD	529934	Kreismarketing	15.000	15.000	15.000	
1520	Projekt Weitblick	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	70.000	70.000	
1532	Projekt Netzwerk gegen Rechts	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	25.000	25.000	25.000	

3.5 Teilfinanzplan

Den Abschluss der Produktgruppe bildet der Teilfinanzplan mit Ein- und Auszahlungen und einzeln aufgeführte und erläuterte Investitionsmaßnahmen über 50.000 €

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-85							
6	+ Kostenerstattungen Kostenumlagen	-592							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-777							
10	- Personalauszahlungen	48.251	75.494	52.577	52.653		53.180	53.712	54.249
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.249							
15	- sonstige Auszahlungen	643.666	640.599	712.890	717.431		717.431	720.321	695.381
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	690.166	716.093	765.467	770.084		770.611	774.033	749.630
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	689.389	716.093	765.467	770.084		770.611	774.033	749.630

Positive/Negative Beträge

In den Gesamt- und Teilplänen werden **Erträge und Einzahlungen** mit **negativem Vorzeichen** abgebildet, **Aufwendungen und Auszahlungen** haben ein **positives Vorzeichen**.

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.01	Innere Verwaltung		10
	1.01.01	Politische Gremien	14
	1.01.02	Verwaltungsführung	18
	1.01.03	Gleichstellung von Mann und Frau	23
	1.01.04	Beschäftigtenvertretung	27
	1.01.05	Rechnungsprüfung	31
	1.01.06	Zentrale Dienste	36
	1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	50
	1.01.08	Personalmanagement	54
	1.01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	62
	1.01.10	Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung	71
	1.01.11	Recht	78
	1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	82
	1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	89
	1.01.14	Kommunalaufsicht	92
	1.01.15	Kreispolizeibehörde	95
1.02	Sicherheit und Ordnung		99
	1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	102
	1.02.02	Verbraucherschutz	109
	1.02.03	Tiergesundheit	114
	1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	119
	1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	130
	1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	134
	1.02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen	141
	1.02.08	Statistik	148
	1.02.09	Wahlen	151
	1.02.10	Bevölkerungsschutz	155
	1.02.11	Rettungsdienst	167

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.03	Schulträgeraufgaben		179
	1.03.01	Förderschulen	181
	1.03.02	Berufskollegs	185
	1.03.03	Schülerbeförderung	194
	1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	198
1.04	Kultur und Wissenschaft		208
	1.04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	211
	1.04.02	Weiterbildung und Studium	216
	1.04.03	Museum	224
	1.04.04	Heimatbildstelle	234
1.05	Soziale Leistungen		238
	1.05.01	Unterstützung von Senioren	240
	1.05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	246
	1.05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	257
	1.05.04	Betreuungsleistungen	268
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		274
	1.06.01	Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	278
	1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	285
	1.06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	297
	1.06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz	329
1.07	Gesundheitsdienste		332
	1.07.01	Gesundheitsförderung	334
	1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	341
	1.07.03	Gesundheitshilfe	345
	1.07.04	Gesundheitsschutz	349
1.08	Sportförderung		355
	1.08.01	Sportförderung	357

Produktbereich	Produktgruppe	Bezeichnung	Seite
1.09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen		361
	1.09.01	Räumliche Planung	363
	1.09.02	Vermessung und Führung von Geobasisdaten	371
	1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement	381
	1.09.04	Grundstückswertermittlung	387
1.10	Bauen und Wohnen		391
	1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	393
	1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	400
	1.10.03	Wohnungsbauförderung	403
	1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	406
	1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	410
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		413
	1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	415
	1.12.02	ÖPNV	445
1.13	Natur- und Landschaftspflege		451
	1.13.01	Natur und Landschaft	453
	1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	463
1.14	Umweltschutz		468
	1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	470
1.15	Wirtschaft und Tourismus		480
	1.15.01	Wirtschaftsförderung	482
	1.15.02	Tourismus	487
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		491
	1.16.01	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen	493
	1.16.02	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	505

Haushaltsplan 2017/2018



Ergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-250.955.834	-254.793.081	-270.082.238	-279.949.485	-285.638.409	-290.775.616	-295.609.532
3	+ Sonstige Transfererträge	-6.900.877	-6.076.750	-13.280.250	-12.217.662	-8.415.250	-8.415.250	-8.415.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-30.332.204	-31.267.818	-36.465.717	-37.990.816	-37.942.883	-38.129.406	-38.266.601
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.111.566	-1.046.170	-1.018.185	-1.018.185	-1.023.185	-1.023.185	-1.023.185
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-43.334.373	-36.034.041	-48.657.034	-49.398.783	-49.179.082	-48.924.753	-49.226.221
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-7.446.968	-3.133.044	-3.380.189	-3.852.940	-3.855.879	-3.856.625	-3.857.523
10	= Ordentliche Erträge	-341.596.732	-333.950.904	-374.258.613	-385.802.871	-387.429.688	-392.499.835	-397.773.312
11	- Personalaufwendungen	68.580.356	66.789.712	71.261.616	72.496.092	73.367.234	74.121.284	74.839.835
12	- Versorgungsaufwendungen	6.883.128	5.390.986	7.862.541	8.155.305	8.299.934	8.395.677	8.475.158
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.347.278	36.692.063	40.045.295	39.967.336	40.706.843	40.713.547	41.068.823
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.627.556	9.723.985	9.916.259	10.657.210	10.986.113	11.275.324	11.442.301
15	- Transferaufwendungen	169.641.524	172.356.174	200.857.254	205.306.023	205.056.591	209.016.148	213.001.722
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.235.531	45.962.402	48.309.466	48.456.055	48.122.177	48.123.612	48.129.491
17	= Ordentliche Aufwendungen	337.315.372	336.915.322	378.252.431	385.038.021	386.538.892	391.645.592	396.957.330
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-4.281.359	2.964.418	3.993.818	-764.850	-890.796	-854.243	-815.982
19	+ Finanzerträge	-2.418.262	-1.647.000	-1.714.372	-1.714.759	-1.670.154	-1.640.557	-1.640.968
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.571.544	3.182.168	2.452.800	2.517.450	2.560.950	2.494.800	2.456.950
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	153.283	1.535.168	738.428	802.691	890.796	854.243	815.982

Haushaltsplan 2017/2018



Ergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-4.128.077	4.499.586	4.732.246	37.841			
26	= Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	-4.128.077	4.499.586	4.732.246	37.841			

Haushaltsplan 2017/2018



Finanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.938	-1.600.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-249.940.503	-252.331.305	-267.649.267	-277.400.692	-283.012.124	-288.083.086	-292.856.596
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-6.666.022	-6.076.750	-13.280.250	-12.217.662	-8.415.250	-8.415.250	-8.415.250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-29.666.251	-31.267.818	-36.465.717	-37.990.816	-37.942.883	-38.129.406	-38.266.601
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.090.864	-1.046.170	-1.018.185	-1.018.185	-1.023.185	-1.023.185	-1.023.185
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-37.306.293	-36.034.041	-48.657.034	-49.398.783	-49.179.082	-48.924.753	-49.226.221
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.873.039	-3.131.405	-3.377.950	-3.850.700	-3.853.700	-3.854.450	-3.855.450
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.684.620	-1.647.000	-1.714.372	-1.714.759	-1.670.154	-1.640.557	-1.640.968
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-329.742.529	-333.134.489	-373.537.775	-384.966.597	-386.471.378	-391.445.687	-396.659.271
10	- Personalauszahlungen	59.095.568	61.820.498	66.643.708	67.742.285	68.408.196	69.080.800	69.760.135
11	- Versorgungsauszahlungen	5.550.917	5.390.986	6.015.378	6.253.782	6.316.320	6.379.483	6.443.278
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	34.320.228	36.692.063	40.045.295	39.967.336	40.706.843	40.713.547	41.068.823
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.364.945	3.182.168	2.452.800	2.517.450	2.560.950	2.494.800	2.456.950
14	- Transferauszahlungen	167.965.398	171.354.687	199.973.214	204.451.494	204.263.362	208.248.645	212.255.455
15	- sonstige Auszahlungen	44.654.125	45.285.225	47.700.419	47.881.378	47.550.130	47.560.225	47.573.511
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	313.951.181	323.725.627	362.830.814	368.813.725	369.805.801	374.477.500	379.558.152
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16)	-15.791.349	-9.408.862	-10.706.961	-16.152.872	-16.665.577	-16.968.187	-17.101.119
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-1.682.121	-3.085.773	-7.620.995	-2.841.449	-3.830.479	-5.334.736	-4.069.231

Haushaltsplan 2017/2018



Finanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-77.579	-2.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500	-12.500
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-3.700.000						
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-5.459.700	-3.088.273	-7.633.495	-2.853.949	-3.842.979	-5.347.236	-4.081.731
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	41.381	221.000	210.000	228.000	287.000	170.000	375.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.775.505	7.040.000	12.230.000	14.242.500	14.147.500	13.072.500	6.402.500
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.842.688	2.193.323	11.025.074	5.465.603	2.742.177	3.267.177	3.634.677
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	14.051.530	4.969.214	6.465.071	6.655.330	6.942.652	7.056.678	7.111.580
28	- Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen	163.069		1.000.000				
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	58.054	15.000	55.000	15.000	15.000	15.000	15.000
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	20.932.225	14.438.537	30.985.145	26.606.433	24.134.329	23.581.355	17.538.757
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30)	15.472.524	11.350.264	23.351.650	23.752.484	20.291.350	18.234.119	13.457.026
32	= Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31)	-318.824	1.941.402	12.644.689	7.599.612	3.625.773	1.265.932	-3.644.093
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	-9.000.000	-11.350.264	-23.351.650	-23.752.484	-20.291.350	-18.234.119	-13.457.026
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	4.026.180	4.051.654	4.574.750	4.866.700	5.216.800	5.499.400	5.079.800
35	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-4.973.820	-7.298.610	-18.776.900	-18.885.784	-15.074.550	-12.734.719	-8.377.226

Haushaltsplan 2017/2018



Finanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
36	= Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)	-5.292.645	-5.357.208	-6.132.211	-11.286.172	-11.448.777	-11.468.787	-12.021.319
38	= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)	-5.292.645	-5.357.208	-6.132.211	-11.286.172	-11.448.777	-11.468.787	-12.021.319

Allgemeine Planerläuterungen zu allen Teilergebnisplänen

Vorbemerkung

Die Planerläuterungen zu den Teilergebnisplänen sind zum Doppelhaushalt 2017/2018 grundlegend überarbeitet worden. Hierdurch kann der Informationsgehalt und die Übersichtlichkeit im Hinblick auf die aktuellen Planungen verbessert werden. Um Wiederholungen des Erläuterungstextes innerhalb des Haushaltsplans zu vermeiden, wird zwischen speziellen und allgemeinen Erläuterungen unterschieden. Zur besseren Orientierung wird die jeweilige *Zeile* des Teilergebnisplans den Erläuterungen vorangestellt.

Spezielle Erläuterungen

Die nachfolgend aufgeführten Zeilen werden – sofern erforderlich - in den **jeweiligen** Teilergebnisplänen einzeln erläutert:

Zeile 1 Steuern und ähnliche Abgaben
Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Zeile 3 Sonstige Transfererträge
Zeile 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
Zeile 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
Zeile 15 Transferaufwendungen

Allgemeine Erläuterungen

Die nachfolgend aufgeführten Zeilen betreffen (fast) alle Teilergebnispläne gleichermaßen. Da sie sich inhaltlich ähneln, werden sie **nur hier** erläutert. Auf eine Wiederholung unter den einzelnen Planerläuterungen wird daher verzichtet.

Zeile 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Sofern keine speziellen Erläuterungen genannt sind, handelt es sich bei Rechnungsergebnissen in dieser Zeile um Erstattungen vom öffentlichen Bereich (Pensionsrückstellungen).

Zeile 7 Sonstige ordentliche Erträge

Sofern keine speziellen Erläuterungen genannt sind, handelt es sich bei Rechnungsergebnissen in dieser Zeile um Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen. Diese werden nur im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht, aber nicht als Ansatz geplant.

Zeile 11 Personalaufwendungen

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden folgende anteiligen Bruttobeträge veranschlagt:

- Bezüge der Beamten
- Entgelte der tariflich Beschäftigten
- Vergütung sonstige Beschäftigte
- Honorare
- Sonstige Vergütungen
- Versorgungskassen Beamte / tariflich Beschäftigte / sonstige Beschäftigte
- Sozialversicherung tariflich Beschäftigte / sonstige Beschäftigte
- Beihilfen Beamte
- Zuführung Pensionsrückstellungen für Beamte

Zu den Entwicklungen der Personalkosten wird auf die Ausführungen im Vorbericht verwiesen. Veränderungen im Jahresergebnis eines Teilergebnisplans, die im Wesentlichen auf der allgemeinen Personalkostenentwicklung beruhen, werden daher in dem Teilplan nicht gesondert erläutert.

Zeile 12 Versorgungsaufwendungen

In der Kontengruppe Versorgungsaufwendungen werden folgende Positionen veranschlagt:

- Beiträge Versorgungskassen für Versorgungsempfänger
- Zuführung Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger
- Zuführungen Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger

Zeile 14 Bilanzielle Abschreibungen

Die aus der Anlagenbuchhaltung ermittelten Aufwendungen für Abschreibungen werden anteilig den jeweiligen Produktgruppen zugeordnet. Folgende Abschreibungen werden hier – falls für den Teilergebnisplan zutreffend - in Summe ausgewiesen:

- AfA auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens
- AfA auf Aufbauten und Betriebsvorrichtungen unbebauter Grundstücke
- AfA auf Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen bebauter Grundstücke
- AfA auf Brücken und Tunnel
- AfA auf Ver- und Entsorgungsanlagen
- AfA auf Straßennetz, Wege und Plätze
- AfA auf sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens
- AfA auf technische Anlagen
- AfA auf Fahrzeuge
- AfA auf Betriebs- und Geschäftsausstattung
- sonstige AfA

Zeile 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Besonderheiten bei den „Sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ werden in den einzelnen Teilergebnisplänen erläutert.

Darüber hinaus gibt es „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ die (fast) jeden Teilergebnisplan betreffen. Hierzu gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Zeile 27 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

Siehe Hinweise zu Zeile 28

Zeile 28 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Hierzu zählen

- Gebäudekostenumlage: Verteilung der Kosten für Energie, Sanierungsmaßnahmen etc., die über die Objekt-Kostenstellen bewirtschaftet werden. Die Kosten, die in der Produktgruppe „1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement“ entstehen, sind dort als *Erträge aus internen Leistungsbeziehungen* und bei den übrigen Produktgruppen als *Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen* ausgewiesen.

- Kfz-Umlage: Verteilung der Kosten des Fuhrparks auf die Ämter (sind als *Erträge aus internen Leistungsbeziehungen* bei „1.01.06 Zentrale Dienste“, bei den übrigen Produktgruppen als *Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen* ausgewiesen)
- Verrechnung von Abschreibungen: AfA, die zunächst bei Zentralen Diensten verbucht werden und dann verursachungsgerecht verteilt werden.
- Managementumlage: Verteilung der sogenannten Overheadkosten, d. h. der Personalkosten des Landrats, des Kreisdirektors und der Dezernenten, auf alle Produktgruppen

Hinweis zum Rechnungsergebnis 2015

Da der Jahresabschluss 2015 bei Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2017/2018 noch nicht geprüft/testiert ist, handelt es sich bei den Rechnungsergebnissen in den Gesamt- und Teilplänen um die **Entwurfswerte** des Jahresabschlusses.

Abkürzungen in den Erläuterungen

BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
Erl.	Erläuterung
GebO	Gebührenordnung des Landes NRW
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HHJ	Haushaltsjahr
KA	Kostenart
Kst.	Kostenstelle
PB	Produktbereich
PG	Produktgruppe
PSP	Projektstrukturplan(element), entspricht Produkt(gruppe) bzw. Teilprodukt
RE	Rechnungsergebnis (hier: 2015)
TP	Teilprodukt
VJ	Vorjahr (hier: 2016)

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-528.249	-455.197	-666.887	-576.429	-596.537	-596.541	-596.525
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-199.454	-220.000	-183.900	-183.900	-183.900	-183.900	-183.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-365.883	-373.570	-356.050	-356.050	-361.050	-361.050	-361.050
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-682.884	-490.136	-513.875	-514.675	-515.575	-508.675	-509.575
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.493.002	-312.675	-382.075	-384.075	-386.324	-386.325	-386.473
10	= Ordentliche Erträge	-3.269.471	-1.851.578	-2.102.787	-2.015.129	-2.043.386	-2.036.491	-2.037.523
11	- Personalaufwendungen	12.833.613	11.576.496	11.802.974	12.087.922	12.253.130	12.384.557	12.505.182
12	- Versorgungsaufwendungen	1.898.448	1.552.312	2.201.959	2.296.199	2.336.920	2.363.877	2.386.257
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.511.496	7.597.224	8.222.145	7.737.665	7.900.567	7.964.653	8.101.330
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.531.721	3.445.529	3.649.307	3.776.864	3.869.703	3.933.011	3.944.909
15	- Transferaufwendungen	75.445	98.000	245.500	248.000	245.500	248.000	245.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.563.417	3.500.974	3.690.382	3.752.584	3.663.016	3.681.027	3.668.161
17	= Ordentliche Aufwendungen	27.414.139	27.770.533	29.812.267	29.899.233	30.268.836	30.575.125	30.851.340
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	24.144.667	25.918.955	27.709.480	27.884.104	28.225.450	28.538.634	28.813.816
19	+ Finanzerträge	-1.714.853	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.714.849	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	22.429.818	24.888.955	26.429.480	26.604.104	26.945.450	27.288.634	27.563.816

Haushaltsplan 2017/2018
1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	22.429.818	24.888.955	26.429.480	26.604.104	26.945.450	27.288.634	27.563.816
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-9.023.770	-9.949.085	-10.298.873	-10.154.359	-9.409.472	-9.490.392	-9.536.588
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.392	11.703	14.729	12.074	12.240	12.452	12.722
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	13.414.439	14.951.573	16.145.336	16.461.819	17.548.218	17.810.694	18.039.951

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, III, IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.000		-117.996	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-201.001	-220.000	-183.900	-183.900		-183.900	-183.900	-183.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-371.811	-373.570	-356.050	-356.050		-361.050	-361.050	-361.050
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-952.258	-541.508	-562.359	-563.759		-565.259	-558.959	-560.459
7	+ Sonstige Einzahlungen	-352.046	-311.100	-379.900	-381.900		-384.150	-384.150	-384.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.263.679	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000		-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.142.795	-2.476.178	-2.880.205	-2.767.809		-2.776.559	-2.740.259	-2.742.009
10	- Personalauszahlungen	11.201.063	19.635.202	14.442.851	14.742.025		14.889.289	15.038.021	15.188.244
11	- Versorgungsauszahlungen	5.550.917	5.390.986	6.015.378	6.253.782		6.316.320	6.379.483	6.443.278
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.740.664	8.023.572	8.490.491	8.011.411		8.179.813	8.249.599	8.392.076
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	4							
14	- Transferauszahlungen	86.076	107.500	256.500	259.500		257.000	259.500	257.000
15	- sonstige Auszahlungen	5.794.427	6.846.429	7.060.439	7.311.828		7.251.990	7.300.095	7.320.641
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	28.373.151	40.003.689	36.265.659	36.578.546		36.894.412	37.226.698	37.601.239
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	25.230.356	37.527.511	33.385.454	33.810.737		34.117.853	34.486.439	34.859.230
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-1.400.000						
23	= investive Einzahlungen		-1.400.000						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		2.500.000	6.340.000	9.620.000		10.250.000	6.600.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	281.404	318.000	592.000	506.000		527.000	448.000	402.000

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:
 KD, Dez. I, II, III, IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.150.000							
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	1.080							
30	= investive Auszahlungen	1.432.484	2.818.000	6.932.000	10.126.000		10.777.000	7.048.000	402.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.432.484	1.418.000	6.932.000	10.126.000		10.777.000	7.048.000	402.000

Beschreibung

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen
zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Zielgruppen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.01 Politische Gremien

Landrat



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-85						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.889						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.144						
10	= Ordentliche Erträge	-8.117						
11	- Personalaufwendungen	67.576	105.820	68.385	68.723	69.769	70.539	71.219
12	- Versorgungsaufwendungen	13.849	21.843	18.008	18.564	18.893	19.111	19.292
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.380						
15	- Transferaufwendungen	313	3.000	500	3.000	500	3.000	500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	725.653	668.115	742.318	747.889	748.920	752.732	728.729
17	= Ordentliche Aufwendungen	808.770	798.778	829.211	838.176	838.081	845.382	819.740
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	800.653	798.778	829.211	838.176	838.081	845.382	819.740
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	800.653	798.778	829.211	838.176	838.081	845.382	819.740
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	800.653	798.778	829.211	838.176	838.081	845.382	819.740
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	107.675	99.621	102.443	101.616	102.255	102.978	103.395
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	908.328	898.399	931.654	939.791	940.336	948.360	923.135

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.01 Politische Gremien

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Freiwilligen-Förderpreis (Kst. 1410) im Zwei-Jahres-Turnus und Vorlesewettbewerb (Kst. 1412)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und der sachkundigen Bürger, Zuwendungen an Kreistagsfraktionen.
Kosten für Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen, Kosten der Erstellung des Sozialberichts (KA 542900)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.01.01	Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun.	542800	Aufw. für ehrenamtl. und so. Tätigkeiten	438.534	488.825	493.366
1.01.01.01	Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun.	542908	Zuwendungen an Kreistagsfraktionen	129.565	129.565	129.565
1.01.01.01	Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun.	543700	Gästebewirtung und Repräsentation	35.000	55.000	55.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-85							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-692							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-777							
10	- Personalauszahlungen	45.251	75.494	52.577	52.653		53.180	53.712	54.249
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.249							
15	- sonstige Auszahlungen	643.666	640.599	712.890	717.431		717.431	720.321	695.381
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	690.166	716.093	765.467	770.084		770.611	774.033	749.630
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	689.389	716.093	765.467	770.084		770.611	774.033	749.630

Beschreibung

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.774	-7.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-226.891	-185.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-145.369						
10	= Ordentliche Erträge	-376.034	-192.000	-205.000	-205.000	-205.000	-205.000	-205.000
11	- Personalaufwendungen	1.597.465	1.472.027	1.727.235	1.735.811	1.758.828	1.777.556	1.794.927
12	- Versorgungsaufwendungen	284.215	222.280	283.865	292.782	297.975	301.412	304.266
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	94.775	105.100	183.133	183.211	178.793	178.876	178.963
14	- Bilanzielle Abschreibungen		601	220	593	903	1.217	1.318
15	- Transferaufwendungen			150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	114.402	141.314	93.484	94.086	90.971	91.098	91.225
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.090.857	1.941.323	2.437.938	2.456.484	2.477.469	2.500.159	2.520.699
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.714.823	1.749.323	2.232.938	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.714.823	1.749.323	2.232.938	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.714.823	1.749.323	2.232.938	2.251.484	2.272.469	2.295.159	2.315.699
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-1.448.088	-1.361.914	-1.264.588	-1.276.996	-1.296.960	-1.311.713	-1.324.429
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.758	13.930	13.129	11.971	11.870	11.918	11.889
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	300.494	401.340	981.479	986.459	987.379	995.364	1.003.159

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.02 Verwaltungsführung

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen und Kommunales Integrationszentrum.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1516	Projekt Gewaltprävention an Schulen	444905	Zuschüsse	-15.000	-15.000	-15.000
200103	Kommunales Integrationszentrum	444905	Zuschüsse	-170.000	-170.000	-170.000

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

RE 2015: Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen und zweckgebundene Spenden für die Ehrenamtsinitiative Weitblick

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen, Ehrenamtsinitiative Weitblick zur Stärkung des Freiwilligenmanagements (Die Erhöhung in Zeile 13 korrespondiert mit der Reduzierung in Zeile 16). Aufwendungen für Kreismarketing.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1516	Projekt Gewaltprävention an Schulen	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	30.000	30.000	30.000
200103	Kommunales Integrationszentrum	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	35.000	39.500	39.500
1509	Kreismarketing / Neues CD	529934	Kreismarketing	15.000	15.000	15.000
1520	Projekt Weitblick	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	70.000	70.000
1532	Projekt Netzwerk gegen Rechts	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	25.000	25.000	25.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Förderung des Ehrensamtes (Kst. 1540) ab 2017

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Verfügungsmittel des Landrates 12.000 € (Ansatz 2015/2016: 10.000 €, KA 549100).

Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung, KA 542800, insgesamt 8.000 € p. a.)

Geschäftskosten des Kommunalen Integrationszentrums (gestiegene Mietkosten wegen Vergrößerung) und des Bündnisses für Familien. Aufwendungen für „Weitblick“ sind nunmehr in Zeile 13 zu finden.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-3.774	-7.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-205.000	-170.000	-185.000	-185.000		-185.000	-185.000	-185.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-31.502							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-240.275	-177.000	-190.000	-190.000		-190.000	-190.000	-190.000
10	- Personalauszahlungen	1.166.500	1.113.976	1.439.574	1.443.752		1.458.191	1.472.774	1.487.503
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	110.926	60.100	138.133	138.211		133.793	133.876	133.963
14	- Transferauszahlungen			150.000	150.000		150.000	150.000	150.000
15	- sonstige Auszahlungen	74.009	129.923	81.509	81.514		78.280	78.285	78.290
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.351.435	1.303.999	1.809.216	1.813.477		1.820.264	1.834.935	1.849.756
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.111.160	1.126.999	1.619.216	1.623.477		1.630.264	1.644.935	1.659.756

Beschreibung

- Gleichstellung in der Verwaltung
- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
 - Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
 - Arbeitsgruppe Telearbeit

Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger

- o Beratung der externen Zielgruppen
- o Öffentlichkeitsarbeit
- o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene

Auftragsgrundlage

Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - o Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - o Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - o Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - o Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.200	-2.200	-2.200	-2.200	-2.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.677	-3	-3	-3	-3	-3	-3
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-8.663						
10	= Ordentliche Erträge	-10.341	-3	-2.203	-2.203	-2.203	-2.203	-2.203
11	- Personalaufwendungen	76.518	62.536	64.036	64.371	65.454	66.198	66.828
12	- Versorgungsaufwendungen	19.724	14.764	22.089	22.762	23.166	23.433	23.655
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.591	2.053	6.053	6.053	6.053	6.053	6.053
14	- Bilanzielle Abschreibungen		75	27	74	113	152	165
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.125	3.792	3.958	4.027	4.036	4.046	4.092
17	= Ordentliche Aufwendungen	100.959	83.219	96.164	97.288	98.823	99.883	100.793
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	90.619	83.216	93.961	95.085	96.619	97.679	98.589
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	90.619	83.216	93.961	95.085	96.619	97.679	98.589
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	90.619	83.216	93.961	95.085	96.619	97.679	98.589
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.856	6.631	7.882	6.537	6.571	6.595	6.614
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	97.475	89.847	101.842	101.622	103.190	104.274	105.203

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.03 Gleichstellung

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Ab 2017 Landeszuweisungen zum Projekt „Anonyme Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt im OBK“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Sachkosten (KA 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann. Mehraufwand gegenüber dem VJ für das Projekt „Anonyme Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt im OBK“ (s. Erl. Zeile 2)

Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung
1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-2.200	-2.200		-2.200	-2.200	-2.200
10	- Personalauszahlungen	44.615	44.018	45.892	45.915		46.374	46.838	47.306
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.515	2.050	6.050	6.050		6.050	6.050	6.050
15	- sonstige Auszahlungen	446	740	990	990		990	990	990
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.575	46.808	52.932	52.955		53.414	53.878	54.346
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	46.575	46.808	50.732	50.755		51.214	51.678	52.146

Beschreibung

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht
Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW)

Ziele

- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen.
- Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge.

Zielgruppen

Beschäftigte des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.807	-15	-15	-15	-15	-15	-15
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.262						
10	= Ordentliche Erträge	-11.069	-15	-15	-15	-15	-15	-15
11	- Personalaufwendungen	265.582	246.718	267.789	267.170	270.317	273.116	275.814
12	- Versorgungsaufwendungen	20.226	13.813	23.614	24.580	25.016	25.305	25.545
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	647	1.848	1.935	1.935	1.935	1.935	1.935
14	- Bilanzielle Abschreibungen		226	82	223	338	456	494
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.195	9.874	10.715	10.935	10.976	11.017	11.058
17	= Ordentliche Aufwendungen	294.651	272.478	304.135	304.844	308.582	311.829	314.846
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	283.582	272.464	304.120	304.829	308.567	311.814	314.831
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	283.582	272.464	304.120	304.829	308.567	311.814	314.831
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	283.582	272.464	304.120	304.829	308.567	311.814	314.831
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.833	35.950	36.183	36.300	36.462	36.964	37.126
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	294.415	308.413	340.304	341.129	345.030	348.778	351.958

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.04 Beschäftigtenvertretung

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen (KA 524900). Gerichts- und Anwaltskosten (KA 528903).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	232.015	187.944	235.770	234.723		237.070	239.441	241.836
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	665	1.835	1.922	1.922		1.922	1.922	1.922
15	- sonstige Auszahlungen	2.052	3.000	3.700	3.700		3.700	3.700	3.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	234.732	192.779	241.392	240.345		242.692	245.063	247.458
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	234.732	192.779	241.392	240.345		242.692	245.063	247.458

1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

- a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:
- Jahresabschlüsse
 - Gesamtabchlüsse
 - Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
 - dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
 - Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
 - Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
 - Vergaben
- b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:
- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)

Auftragsgrundlage

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates
GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
- Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine
Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35.161	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000	-52.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.742	-25	-25	-25	-25	-25	-25
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-29.569						
10	= Ordentliche Erträge	-70.471	-54.025	-54.025	-54.025	-54.025	-54.025	-54.025
11	- Personalaufwendungen	393.405	447.606	217.428	217.559	220.575	222.917	225.043
12	- Versorgungsaufwendungen	83.419	83.933	44.164	45.509	46.317	46.851	47.295
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27	247	247	247	272	272	297
14	- Bilanzielle Abschreibungen		601	220	593	903	1.217	1.318
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.081	30.804	30.001	30.564	30.889	30.978	31.328
17	= Ordentliche Aufwendungen	494.932	563.191	292.060	294.474	298.955	302.235	305.280
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	424.460	509.166	238.035	240.449	244.930	248.210	251.255
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	424.460	509.166	238.035	240.449	244.930	248.210	251.255
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	424.460	509.166	238.035	240.449	244.930	248.210	251.255
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.534	-16.455	-15.936	-16.225	-16.447	-16.791	-16.942
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.118	69.762	61.123	61.333	61.571	63.324	63.518
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	473.044	562.473	283.222	285.556	290.054	294.743	297.832

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.05 Rechnungsprüfung

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte).

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Erträge aus der Übersendung von Ausschreibungsunterlagen (KA 441100).

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Kosten für die Bekanntmachung (KA 543600) von Ausschreibungen, sonstige Geschäftsaufwendungen (KA 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-37.105	-52.000	-52.000	-52.000		-52.000	-52.000	-52.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-37.105	-54.000	-54.000	-54.000		-54.000	-54.000	-54.000
10	- Personalauszahlungen	274.875	322.933	175.703	175.243		176.956	178.685	180.432
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		225	225	225		250	250	275
15	- sonstige Auszahlungen	5.789	8.900	7.860	7.860		8.100	8.100	8.360
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	280.665	332.058	183.788	183.328		185.306	187.035	189.067
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	243.559	278.058	129.788	129.328		131.306	133.035	135.067

Beschreibung

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.06.01

Druckerei

Beschreibung

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.02

Poststelle

Beschreibung

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.03

Bürgerservice

Beschreibung

- Besucherinformation
 - Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
 - Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
 - Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)
- Organisationsentscheidung des Landrates

Auftragsgrundlage

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.04

Fuhrpark

Beschreibung

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.05

Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

1.01.06.06

Zentrale Bußgeldstelle

Beschreibung

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen

1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - gemeinsamer behördlicher Datenschutzbeauftragter für den OBK und 10 Kommunen
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen

Auftragsgrundlage

Zu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integriertes Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienstsanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAI, TVgGNRW.

Zu c.): DSGVO.NRW und Verwaltungsvereinbarung mit 10 Kommunen (gültig ab 01.01.2012)

Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002

Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007

Ziele

Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.

b.) alle Ämter der Kreisverwaltung

c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger

d.) Bürger

e.) Beschäftigte und BewerberInnen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

LR, Dez. I, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.930	-3.026	-118.569	-1.276	-385	-388	-373
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.876	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-870	-350	-350	-350	-350	-350
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-74.689	-47.890	-54.879	-54.879	-54.879	-54.879	-54.879
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-302.481	-160.100	-225.700	-225.700	-225.699	-225.700	-225.598
10	= Ordentliche Erträge	-398.976	-231.886	-419.498	-302.205	-301.313	-301.317	-301.200
11	- Personalaufwendungen	1.368.359	1.321.144	1.266.870	1.266.937	1.282.074	1.295.391	1.308.169
12	- Versorgungsaufwendungen	109.276	82.233	123.377	127.597	129.859	131.358	132.602
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	204.233	298.513	279.313	306.913	280.513	281.113	281.713
14	- Bilanzielle Abschreibungen	262.090	210.303	187.750	177.199	153.484	144.026	130.441
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	343.409	392.208	379.970	392.870	394.909	396.996	399.545
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.287.367	2.304.400	2.237.279	2.271.516	2.240.840	2.248.884	2.252.469
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.888.391	2.072.514	1.817.781	1.969.311	1.939.527	1.947.567	1.951.269
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.888.391	2.072.514	1.817.781	1.969.311	1.939.527	1.947.567	1.951.269
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.888.391	2.072.514	1.817.781	1.969.311	1.939.527	1.947.567	1.951.269
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-618.832	-670.841	-691.027	-677.303	-660.924	-657.755	-651.363
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	355.886	443.782	503.547	444.080	448.310	451.760	454.476
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.625.445	1.845.454	1.630.300	1.736.088	1.726.913	1.741.572	1.754.381

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.06 Zentrale Dienste

Zeile 2 (Zuwendungen und allg. Umlagen)

In 2017 erhält der Oberbergische Kreis einmalig einen „Belastungsausgleich für Umsetzung Tariftreue- und Vergabegesetz (KA 414200; 115.796 €)

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle, KA 431100)

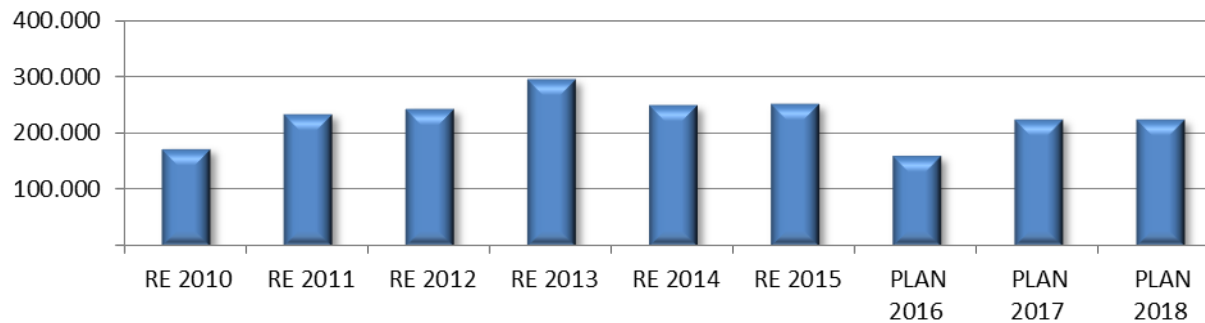
Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Entgelte für Kraftwagennutzung (KA 442900, Produkt Fuhrpark), Dienstleistungspauschale der AGewiS (KA 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste, rd. 6.000 € p. a.). Erstattung durch Gemeinden (Personalkosten für den Datenschutzbeauftragten, KA 442300, rd. 45.000 € p. a.)

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Produkt 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle: Bußgelder (KA 452110) aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung siehe → Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des fließenden Verkehrs), Bußgelder aus dem Bereich 32/1 → Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk).

Entwicklung Bußgelder Zentrale Bußgeldstelle



Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung von Fahrzeugen (Kst. 40100, KA 523400, 72.000 € p. a.), Betriebsstoffe (KA 526300, 93.000 € p. a.), Erwerb von GWG (KA 523800)
Kosten des Archivberaters (KA 528905).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

LR, Dez. I, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-115.796					
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.756	-20.000	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.000	-870	-350	-350		-350	-350	-350
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-42.266	-54.750	-61.739	-61.739		-61.739	-61.739	-61.739
7	+ Sonstige Einzahlungen	-183.707	-160.000	-225.000	-225.000		-225.000	-225.000	-225.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-257.728	-235.620	-422.885	-307.089		-307.089	-307.089	-307.089
10	- Personalauszahlungen	1.191.890	1.003.759	1.108.315	1.106.471		1.117.538	1.128.713	1.140.001
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	177.884	276.940	256.040	283.040		256.040	256.040	256.040
15	- sonstige Auszahlungen	1.075.654	1.161.810	1.117.865	1.118.405		1.118.945	1.119.465	1.124.985
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.445.428	2.442.509	2.482.220	2.507.916		2.492.523	2.504.218	2.521.026
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.187.700	2.206.889	2.059.335	2.200.827		2.185.434	2.197.129	2.213.937
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	42.421	53.000	103.000	143.000		86.000	86.000	86.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	1.080							
30	= investive Auszahlungen	43.501	53.000	103.000	143.000		86.000	86.000	86.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	43.501	53.000	103.000	143.000		86.000	86.000	86.000

Planerläuterungen zum Teilfinanzplan 1.01.06 Zentrale Dienste

Zeile 26 (Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen von Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da grundsätzlich das Zentralamt für die Beschaffung zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt).

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

5.101020.710 BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto

5.101040.710 Arbeitsschutz

Beschreibung

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage

Ziele

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-358						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.855						
10	= Ordentliche Erträge	-2.213						
11	- Personalaufwendungen	181.130	179.155	179.601	184.309	186.214	188.090	189.967
12	- Versorgungsaufwendungen	4.160	2.931	3.123	3.222	3.279	3.317	3.348
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		900	900	900	900	900	900
14	- Bilanzielle Abschreibungen	535	535					
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.760	18.070	18.070	18.070	13.070	13.070	13.070
17	= Ordentliche Aufwendungen	194.584	201.592	201.694	206.501	203.463	205.377	207.285
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	192.372	201.592	201.694	206.501	203.463	205.377	207.285
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	192.372	201.592	201.694	206.501	203.463	205.377	207.285
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	192.372	201.592	201.694	206.501	203.463	205.377	207.285
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	26.673	33.416	36.362	33.241	33.413	33.599	33.763
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	219.045	235.008	238.057	239.742	236.876	238.975	241.048

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kst. 1513, KA 529100)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kst. 1513, KA 529100), Aufwendungen für Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (KA 543800).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung**1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	174.378	138.758	166.255	170.624		172.330	174.054	175.795
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	247	900	900	900		900	900	900
15	- sonstige Auszahlungen	12.390	18.070	18.070	18.070		13.070	13.070	13.070
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	187.015	157.728	185.225	189.594		186.300	188.024	189.765
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	187.015	157.728	185.225	189.594		186.300	188.024	189.765

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.08.01

Personalsteuerung und -entwicklung

Beschreibung

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete des Kreises

1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises

1.01.08.03

Personalbetreuung

Beschreibung

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
 - Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
 - Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
 - Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
 - Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
 - Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)
- Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)

1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.000						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-245.444	-188.150	-207.100	-207.900	-208.800	-209.700	-210.600
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-244.421						
10	= Ordentliche Erträge	-491.865	-188.150	-207.100	-207.900	-208.800	-209.700	-210.600
11	- Personalaufwendungen	2.744.734	1.944.007	2.159.359	2.413.289	2.448.176	2.474.824	2.498.800
12	- Versorgungsaufwendungen	351.135	281.434	517.100	556.622	566.494	573.028	578.453
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.757	13.639	80.236	80.336	77.436	77.536	77.536
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	280.110	304.077	314.870	317.382	318.583	319.795	321.029
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.385.737	2.543.157	3.071.566	3.367.629	3.410.690	3.445.183	3.475.818
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.893.872	2.355.007	2.864.466	3.159.729	3.201.890	3.235.483	3.265.218
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.893.872	2.355.007	2.864.466	3.159.729	3.201.890	3.235.483	3.265.218
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.893.872	2.355.007	2.864.466	3.159.729	3.201.890	3.235.483	3.265.218
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	237.363	260.181	278.368	268.901	271.153	273.598	275.939
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.131.235	2.615.188	3.142.833	3.428.630	3.473.042	3.509.081	3.541.157

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.08 Personalmanagement

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen vom Zweckverband Civitec (KA 442400, 2017: rd. 79.000 €), der Rheinischen Versorgungskasse (KA 442500), durch die OAG und AGewiS (KA 442600, 2017: 10.800 €) und durch das DRK (KA 442900), Verkauf von Job-Tickets (KA 444901, 2017ff: 91.000 € p. a., Aufwand siehe Zeile 16), Rückzahlungen von Personalausgaben (KA 443900)

Zeile 11 (Personalaufwendungen)

Die Entwicklungen bei den Personalaufwendungen werden für den Gesamthaushalt im Vorbericht erläutert

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über KSt 104620, KA 523610). Arbeitsmedizinische Untersuchungen (Kst. 1032, KA 529100) Diese Aufgabe soll ab 2017 für die nächsten fünf Jahre an einen externen Dienstleister vergeben werden (68.500 € p. a.)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Dienstunfallbedingte Aufwendungen (KA 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (KA 541600), Arbeitsschutz (KA 543906, hier: Fachkraft für Arbeitssicherheit), Job-Tickets (KA 541903).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz	541600	Dienst- und Schutzkleidung usw.	25.000	35.000	35.000
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz	543906	Arbeitsschutz	60.000	61.000	62.000
1024	Kosten Job-Ticket	541903	Kosten für Job-Tickets	146.000	146.000	146.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.000							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-277.151	-250.758	-266.820	-268.220		-269.720	-271.220	-272.720
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-279.151	-250.758	-266.820	-268.220		-269.720	-271.220	-272.720
10	- Personalauszahlungen	3.498.612	12.494.096	6.480.556	6.774.938		6.842.568	6.910.872	6.979.861
11	- Versorgungsauszahlungen	5.550.917	5.390.986	6.015.378	6.253.782		6.316.320	6.379.483	6.443.278
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	272.884	356.905	438.800	445.400		449.100	456.000	462.900
15	- sonstige Auszahlungen	468.313	849.930	885.150	886.150		887.150	888.150	889.150
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.790.726	19.091.917	13.819.884	14.360.270		14.495.138	14.634.505	14.775.189
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	9.511.575	18.841.159	13.553.064	14.092.050		14.225.418	14.363.285	14.502.469

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung

1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung

1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung

1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.09.01

Haushaltssteuerung

Beschreibung

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften

1.01.09.02

Kasse und Vollstreckung

Beschreibung

Im Bereich Zahlungsabwicklung :

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-47.576	-14.058	-18.258	-18.258	-18.258	-18.258	-18.258
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-400.102	-151.100	-154.900	-156.900	-159.150	-159.150	-159.400
10	= Ordentliche Erträge	-447.678	-165.158	-173.158	-175.158	-177.408	-177.408	-177.658
11	- Personalaufwendungen	1.756.682	1.568.298	1.641.302	1.647.545	1.672.034	1.690.368	1.706.695
12	- Versorgungsaufwendungen	338.852	272.535	402.020	414.765	422.120	426.990	431.031
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.404	23.026	23.776	23.276	23.326	23.526	123.576
14	- Bilanzielle Abschreibungen		3.007	1.100	2.967	4.512	6.086	6.588
15	- Transferaufwendungen	75.132	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	909.632	617.088	775.735	783.483	673.351	675.761	677.844
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.096.702	2.578.954	2.938.933	2.967.036	2.890.344	2.917.731	3.040.734
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.649.024	2.413.797	2.765.776	2.791.878	2.712.937	2.740.323	2.863.077
19	+ Finanzerträge	-1.714.853	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-1.714.849	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	934.175	1.383.797	1.485.776	1.511.878	1.432.937	1.490.323	1.613.077
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	934.175	1.383.797	1.485.776	1.511.878	1.432.937	1.490.323	1.613.077
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-12.195	-13.541	-16.702	-13.744	-14.313	-14.796	-17.240
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	145.701	144.199	169.044	142.363	143.361	144.153	161.877
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.067.681	1.514.455	1.638.119	1.640.497	1.561.985	1.619.680	1.757.714

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.09 Finanzmanagement

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Pauschale Erstattung durch die AGewiS (KA 442600, 2017ff.: 17.500 € p. a.), Erstattungen von Vollstreckungskosten (KA 442900).

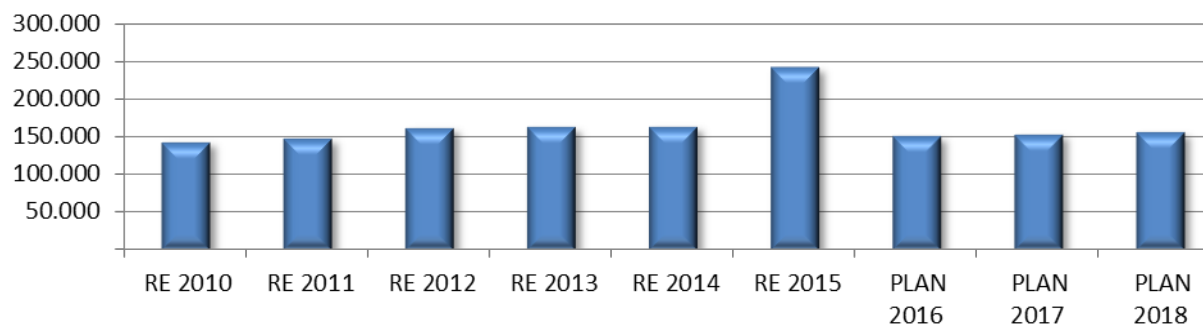
Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (KA 452200 – 452230, das RE 2016 wird über dem geplanten Ansatz liegen).
Zum RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.09.02.02	Vollstreckung	452200	Vollstreckungsgebühren	-40.000	-42.000	-44.000
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung	452210	Säumniszuschläge	-30.000	-30.000	-30.000
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung	452220	Mahngebühren	-75.000	-75.000	-75.000

Vollstreckungs- und Mahngebühren, Säumniszuschläge etc.



Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

**Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)**

Kosten der überörtlichen Prüfung (KA 529921, GPA NRW, 100.000 € für 2021 geplant), Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (KA 529922), Geldtransporte SVA (KA 529100)

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (KA 531600)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (KA 542310), Körperschafts- und Kapitalertragssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, KA 548200) Aufgrund der Änderungen im Umsatzsteuerrecht für Körperschaften des öffentlichen Rechts ist bei der Erstellung von Steuererklärungen für den OBK die Inanspruchnahme von Steuerberatern erforderlich/Einrichtung eines „Tax Compliance Systems“ (KA 542700).

Weiterleitung komm. Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse Köln (KA 549900). Der Ertrag wird in Zeile 19 abgebildet.

Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (KA 544300, in Klammern der Jahresbeitrag):

Landkreistag NRW (92.100 €);

Fachverband der Kommunalkassenverwalter (50 €);

Deutscher Museumsbund e.V. 110 €);

Deutsches Institut für Jugendhilfe (2.600 €);

KAG Bergisch Land e.V. 3.000 €);

Naturarena Bergisches Land e.V. (1.700 €);

Kommunaler Arbeitgeberverband NW (4.455 €);

Verein zur Förderung des Campus GM (250 €);

Schutzgemeinschaft Dt. Wald (26 €);

Institut der Rechnungsprüfer (50 €);

ZebiO Zentrum für Bioenergie (100 €);

Bund der Vollziehungsbeamten (70 €);

Dt. Verein für öffentliche u. private Fürsorge e. V. (1.200 €);

Verein der Freunde u. Förderer des Bergischen Freilichtmuseums Lindlar e.V. (50 €);

Fachverband der Kämmerer in NRW e.V. (18 €);

Bergisches Energiekompetenzzentrum (100 €);

Haushaltsplan 2017/2018**1.01 Innere Verwaltung**

verantwortlich:

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen

Dezernat I



Förderverein des Energie-Kompetenz-Zentrums Rhein-Erft-Kreis e.V. (50 €);
 Waldbesitzerverband (230 €);
 Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau u. Raumordnung e.V. (225 €);
 Verband Rheinischer Museen - Bergisches Museum (50 €);
 Dt. Gesellschaft für Volkskunde (80 €);
 Bergischer Geschichtsverein (255 €);
 Förderverein NRW-Stiftung (1.474 €);
 KGSt (7.300 €)
 Beitrag zur Kriegsgräberfürsorge (500 €);
 Kostenbeitrag VERPA e.V. (15 €);

ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb (2019: Ablauf der Abschreibung) und Betreuung).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.09.01	Haushaltssteuerung	542700	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	0	45.000	45.000
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung	542310	Bankgebühren	54.584	50.000	51.000
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)	549900	Sonstige ordentliche Aufwände	150.000	250.000	250.000
1204	NKF-Kosten	542900	And. so. Aufw. für Rechte und Dienste	112.000	112.000	112.000
1204	NKF-Kosten	542902	Lizenzgebühren ADV	36.000	36.000	36.000

Zeile 19 (Finanzerträge)

Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV und an Radio Berg (KA 469100), Reingewinn der Kreissparkasse (KA 469900) Die Weiterleitung an die Gemeinden (Anteil 50%) siehe Zeile 16

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.09.01.05	BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband	469100	Erträge aus Gewinnanteilen aus Btl.	-700.000	-750.000	-750.000
1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co.KG	469100	Erträge aus Gewinnanteilen aus Btl.	-30.000	-30.000	-30.000
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)	469900	Andere sonstige Finanzerträge	-300.000	-500.000	-500.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-17.505	-13.800	-18.000	-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-118.035	-151.100	-154.900	-156.900		-159.150	-159.150	-159.400
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-1.263.679	-1.030.000	-1.280.000	-1.280.000		-1.280.000	-1.250.000	-1.250.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.399.219	-1.194.900	-1.452.900	-1.454.900		-1.457.150	-1.427.150	-1.427.400
10	- Personalauszahlungen	1.209.015	1.135.314	1.281.188	1.281.438		1.294.252	1.307.194	1.320.265
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	180.454	191.850	23.600	23.100		23.150	23.350	123.400
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	4							
14	- Transferauszahlungen	86.076	107.500	106.500	109.500		107.000	109.500	107.000
15	- sonstige Auszahlungen	889.544	959.049	1.142.500	1.154.075		1.165.600	1.177.033	1.188.115
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.365.093	2.393.713	2.553.788	2.568.113		2.590.002	2.617.077	2.738.780
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	965.873	1.198.813	1.100.888	1.113.213		1.132.852	1.189.927	1.311.380
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.150.000							
30	= investive Auszahlungen	1.150.000							
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	1.150.000							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5200030 Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen											
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	1.150.000								1.150.000	1.150.000
13	= Summe Auszahlungen	1.150.000								1.150.000	1.150.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	1.150.000								1.150.000	1.150.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.200030 Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **Ausleihung eines Geldbetrags an verbundene Unternehmen** im Bereich der **Beteiligung an der Klinikum Oberberg GmbH**. Für die Durchführung geplanter Investitionen am Kreiskrankenhaus Waldbröl gewährte der Oberbergische Kreis im Jahr 2015 ein zinsloses Darlehen in Höhe von 1,15 Mio. €.

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur

1.01.10.01.01 Amt 10

1.01.10.01.02 Amt 40

1.01.10.01.03 Amt 62

1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

- A)
- IT-Organisation
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Software-Beschaffung und Installation
 - Kommunikationstechnologie
 - Nachrichten- und Sicherheitstechnik
 - Grundschulung und Anwendungsbetreuung
- B)
- IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

Auftragsgrundlage

Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele

Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen

Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte

1.01.10.02

Organisationsangelegenheiten

Beschreibung

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

Dez. I, Dez. III, Dez. IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-23.007	-9.313	-5.913	-5.913	-5.913	-5.913	-5.913
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-94.971						
10	= Ordentliche Erträge	-117.978	-9.313	-5.913	-5.913	-5.913	-5.913	-5.913
11	- Personalaufwendungen	1.455.453	1.298.500	1.342.604	1.347.952	1.366.277	1.380.916	1.394.379
12	- Versorgungsaufwendungen	215.203	176.129	242.069	250.754	255.201	258.145	260.589
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71.955	292.186	294.336	314.336	350.336	388.836	379.836
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.774	85.814	36.025	97.796	161.285	227.506	249.513
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	245.463	242.621	231.593	234.839	235.450	236.062	237.618
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.990.848	2.095.249	2.146.627	2.245.677	2.368.548	2.491.465	2.521.935
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.872.870	2.085.936	2.140.714	2.239.764	2.362.635	2.485.552	2.516.022
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.872.870	2.085.936	2.140.714	2.239.764	2.362.635	2.485.552	2.516.022
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.872.870	2.085.936	2.140.714	2.239.764	2.362.635	2.485.552	2.516.022
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-258.938	-342.472	-385.450	-346.748	-349.875	-352.584	-354.859
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	277.664	362.127	437.801	373.431	375.782	377.285	378.462
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.891.596	2.105.592	2.193.064	2.266.447	2.388.542	2.510.253	2.539.625

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Ersatz von Fernsprechgebühren bei privater Telefonnutzung der Bediensteten (KA 443903). Zum RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erwerb von GWG und Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kst. 1214, KA 523800), Behördliches Vorschlagswesen (KA 524900)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwand für die Systembetreuung des Arbeitszeiterfassungsmoduls LOGA (KA 542909), Kosten der Ersteinweisung für neue Software, Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (KA 542700).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1212	Ersteinweisung Software	541902	Schulungskosten ADV	24.400	24.400	24.400
1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur	542909	Miete u.Wartung Arb.zeiterfassungsanlage	25.000	25.000	25.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung
1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-4.370	-8.900	-5.500	-5.500		-5.500	-5.500	-5.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.370	-8.900	-5.500	-5.500		-5.500	-5.500	-5.500
10	- Personalauszahlungen	1.085.360	955.921	1.103.039	1.104.024		1.115.064	1.126.216	1.137.479
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	67.268	291.820	293.970	313.970		349.970	388.470	379.470
15	- sonstige Auszahlungen	1.827.815	2.138.700	2.138.240	2.348.740		2.261.240	2.286.740	2.312.240
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.980.442	3.386.441	3.535.249	3.766.734		3.726.274	3.801.426	3.829.189
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.976.072	3.377.541	3.529.749	3.761.234		3.720.774	3.795.926	3.823.689
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	194.742	250.000	424.000	348.000		426.000	346.000	300.000
30	= investive Auszahlungen	194.742	250.000	424.000	348.000		426.000	346.000	300.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	194.742	250.000	424.000	348.000		426.000	346.000	300.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5103030 eGovernment											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			29.000	73.000		146.000	61.000	10.000		319.000
13	= Summe Auszahlungen			29.000	73.000		146.000	61.000	10.000		319.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			29.000	73.000		146.000	61.000	10.000		319.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.103030 eGovernment

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um Investitionen im Bereich des **eGovernments**. Es laufen Planungen und Vorbereitungen für mögliche Maßnahmen: elektronische Aktenführung, Digitalisierung der Eingangspost, Wissensdatenbank, Dokumentenmanagementsystem.

Beschreibung

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwidierungen innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.591	-6.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.556						
10	= Ordentliche Erträge	-8.146	-6.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297	-5.297
11	- Personalaufwendungen	290.952	393.860	411.881	416.286	423.121	427.890	431.977
12	- Versorgungsaufwendungen	89.476	87.042	133.275	138.258	140.710	142.333	143.681
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	48.633	60.356	60.356	60.356	60.356	60.356	60.356
14	- Bilanzielle Abschreibungen		2.105	770	2.077	3.159	4.260	4.611
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	38.727	49.678	50.453	51.987	52.183	52.386	52.597
17	= Ordentliche Aufwendungen	467.787	593.040	656.735	668.964	679.528	687.225	693.221
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	459.641	586.743	651.437	663.666	674.230	681.927	687.924
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	459.641	586.743	651.437	663.666	674.230	681.927	687.924
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	459.641	586.743	651.437	663.666	674.230	681.927	687.924
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-36.461	-76.945	-92.772	-83.506	-85.332	-86.892	-87.603
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.891	106.315	123.896	113.681	114.710	115.360	115.897
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	482.070	616.112	682.561	693.841	703.608	710.395	716.218

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.11 Recht

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen von Prozesskosten (KA 442900).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (KA 528903), Kosten von Vorverfahren. Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Anteilige Kosten des Informationssystems Juris (KA 542900, Bewirtschaftung über Kst. 1140).

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.901	-4.000	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.901	-4.000	-3.000	-3.000		-3.000	-3.000	-3.000
10	- Personalauszahlungen	233.558	279.143	300.807	302.599		305.625	308.681	311.768
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	70.545	60.100	60.100	60.100		60.100	60.100	60.100
15	- sonstige Auszahlungen	16.295	22.850	24.950	24.950		24.950	24.950	24.950
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	320.398	362.093	385.857	387.649		390.675	393.731	396.818
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	318.497	358.093	382.857	384.649		387.675	390.731	393.818

<u>Beschreibung</u>	Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur.
<u>Auftragsgrundlage</u>	Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises
<u>Ziele</u>	<ul style="list-style-type: none">- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches- Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung
<u>Zielgruppen</u>	Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-522.319	-452.171	-546.118	-572.953	-593.952	-593.953	-593.952
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.237		-1.900	-1.900	-1.900	-1.900	-1.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-362.109	-362.200	-347.200	-347.200	-352.200	-352.200	-352.200
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-22.240	-39.324	-22.324	-22.324	-22.324	-14.524	-14.524
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-113.511	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475	-1.475
10	= Ordentliche Erträge	-1.022.417	-855.170	-919.017	-945.852	-971.851	-964.052	-964.051
11	- Personalaufwendungen	819.968	819.984	824.043	823.006	832.772	841.408	849.713
12	- Versorgungsaufwendungen	73.876	55.804	76.785	79.488	80.897	81.830	82.605
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.061.428	6.798.973	7.291.475	6.759.717	6.920.262	6.944.865	6.989.780
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.266.321	3.141.209	3.422.726	3.494.304	3.543.427	3.545.959	3.548.157
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	797.532	906.794	950.548	974.666	997.431	1.004.362	1.006.694
17	= Ordentliche Aufwendungen	10.019.126	11.722.763	12.565.577	12.131.181	12.374.790	12.418.424	12.476.950
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	8.996.709	10.867.593	11.646.560	11.185.329	11.402.940	11.454.373	11.512.899
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	8.996.709	10.867.593	11.646.560	11.185.329	11.402.940	11.454.373	11.512.899
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	8.996.709	10.867.593	11.646.560	11.185.329	11.402.940	11.454.373	11.512.899
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-8.115.342	-9.198.700	-9.753.770	-9.496.955	-8.774.027	-8.851.919	-8.908.345
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.219	33.346	30.304	30.383	30.576	30.852	30.983
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	912.586	1.702.239	1.923.094	1.718.758	2.659.488	2.633.306	2.635.537

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (KA 416210).

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Benutzungsgebühren für kreiseigene Gebäude (KA 432100).

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Mieteinnahmen (KA 441200), Mietnebenkosten (KA 441210). Mieteinnahmen für Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (SVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke).

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, KA 442800), Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (KA 444904).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (KA 542916, ab 2017ff.: 74.000 € p. a.), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (KA 543911)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung
1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.366		-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-354.038	-362.200	-347.200	-347.200		-352.200	-352.200	-352.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-403.373	-39.300	-22.300	-22.300		-22.300	-14.500	-14.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-18.802							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-778.579	-401.500	-371.400	-371.400		-376.400	-368.600	-368.600
10	- Personalauszahlungen	709.745	621.463	723.208	721.007		728.217	735.498	742.854
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.856.487	6.780.597	7.270.501	6.738.243		6.898.288	6.922.391	6.966.806
15	- sonstige Auszahlungen	764.537	868.387	911.874	935.097		957.683	964.435	966.549
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.330.769	8.270.447	8.905.583	8.394.347		8.584.188	8.622.324	8.676.209
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.552.190	7.868.947	8.534.183	8.022.947		8.207.788	8.253.724	8.307.609
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		-1.400.000						
23	= investive Einzahlungen		-1.400.000						
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		2.500.000	6.340.000	9.620.000		10.250.000	6.600.000	
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	44.241	15.000	65.000	15.000		15.000	16.000	16.000
30	= investive Auszahlungen	44.241	2.515.000	6.405.000	9.635.000		10.265.000	6.616.000	16.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	44.241	1.115.000	6.405.000	9.635.000		10.265.000	6.616.000	16.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5230003 Blockheizkraftwerk Kreishaus											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	41.951								85.658	85.658
13	= Summe Auszahlungen	41.951								85.658	85.658
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	41.951								85.658	85.658
5230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		50.000	3.020.000	5.010.000		5.000.000	5.000.000		115.269	18.145.269
13	= Summe Auszahlungen		50.000	3.020.000	5.010.000		5.000.000	5.000.000		115.269	18.145.269
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		50.000	3.020.000	5.010.000		5.000.000	5.000.000		115.269	18.145.269

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten

Die Verwaltung ist mit strategischen Überlegungen zur Zukunft der kreiseigenen Liegenschaften befasst. Aus wirtschaftlichen Gründen wird eine weitgehende **Zentralisierung von Verwaltungseinheiten** am Standort Moltkestraße angestrebt. Ein Vorschlag für eine Fortentwicklung der Immobilienstruktur in diesem Sinne wird erarbeitet. Umsetzungszeitraum 2017 - 2023.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5230030 Kernsanierung Altbau II-IV											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-1.400.000							-1.400.000	-1.400.000
6	= Summe Einzahlungen		-1.400.000							-1.400.000	-1.400.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		2.250.000	1.300.000						2.250.000	3.550.000
13	= Summe Auszahlungen		2.250.000	1.300.000						2.250.000	3.550.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		850.000	1.300.000						850.000	2.150.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230030 Kernsanierung Altbau II-IV

Im Klimaschutzteilkonzept ist die **Kernsanierung des Altbaus II - IV** ausgewiesen und soll auch umgesetzt werden. In welcher Form ist jedoch noch offen, da die Kernsanierung des Altbaus II - IV in dem Thema Zentralisierung von Verwaltungseinheiten aufgeht.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5230040 Kernsanierung Am Wiedenhof 5											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		200.000							200.000	200.000
13	= Summe Auszahlungen		200.000							200.000	200.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		200.000							200.000	200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230040 Kernsanierung Am Wiedenhof 5

Die geplante **Kernsanierung Am Wiedenhof 5** wird zunächst zurückgestellt, da Zuschüsse aus dem Städtebauförderprogramm derzeit nicht erwartet werden können.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				600.000		2.250.000	1.600.000			4.450.000
13	= Summe Auszahlungen				600.000		2.250.000	1.600.000			4.450.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				600.000		2.250.000	1.600.000			4.450.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3

Die **Kernsanierung Am Wiedenhof 1 – 3** wird verschoben. Es sollen Fassade, Fenster und Haustechnik saniert werden. Planungsbeginn soll im Jahre 2018 sein, Ausführungszeitraum 2019 und 2020. Städtebaufördermittel sind derzeit nicht zu erwarten.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5230090 Kernsanierung/Neubau SVA											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			2.020.000	4.010.000		3.000.000				9.030.000
13	= Summe Auszahlungen			2.020.000	4.010.000		3.000.000				9.030.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			2.020.000	4.010.000		3.000.000				9.030.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230090 Kernsanierung/Neubau SVA

Eine Verbesserung der schwierigen räumlichen Situation des **Straßenverkehrsamtes** in Gummersbach wird angestrebt. Je nach dem Ergebnis von Wirtschaftlichkeitsstudien kommt es entweder zu einer Kernsanierung des bestehenden Gebäudes oder zu einem Neubau an einem anderen Standort. Ausführungszeitraum ab 2017.

Beschreibung

Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen.

Auftragsgrundlage

Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises.

Ziele

- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden,
- Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens.

Zielgruppen

Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.465						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-23.125						
10	= Ordentliche Erträge	-27.591	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500	-1.500
11	- Personalaufwendungen	643.424	681.093	607.018	609.657	616.774	623.148	629.305
12	- Versorgungsaufwendungen	56.006	49.412	51.241	52.847	53.784	54.404	54.919
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30	45	47	47	47	47	47
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.342	25.265	25.807	26.284	26.380	26.475	26.591
17	= Ordentliche Aufwendungen	719.802	755.815	684.113	688.834	696.985	704.074	710.862
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	692.211	754.315	682.613	687.334	695.485	702.574	709.362
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	692.211	754.315	682.613	687.334	695.485	702.574	709.362
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	692.211	754.315	682.613	687.334	695.485	702.574	709.362
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	58.095	60.302	65.388	56.528	57.548	58.570	53.462
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	750.306	814.617	748.001	743.862	753.033	761.144	762.825

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.13 Technisches Immobilienmanagement

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Erträge aus Verkauf

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-1.500	-1.500	-1.500		-1.500	-1.500	-1.500
10	- Personalauszahlungen	556.954	515.215	535.960	537.707		543.084	548.515	553.999
15	- sonstige Auszahlungen	2.572							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	559.526	515.215	535.960	537.707		543.084	548.515	553.999
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	559.526	513.715	534.460	536.207		541.584	547.015	552.499

Beschreibung

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinargesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.14 Kommunalaufsicht

Landrat



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.165						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-37.108						
10	= Ordentliche Erträge	-44.273						
11	- Personalaufwendungen	318.589	268.102	282.878	281.233	285.901	289.133	291.891
12	- Versorgungsaufwendungen	75.447	61.113	94.320	96.074	97.778	98.905	99.842
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32	34	34	34	34	34	34
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.427	17.826	18.182	19.193	19.323	19.459	19.621
17	= Ordentliche Aufwendungen	409.496	347.075	395.414	396.533	403.035	407.531	411.388
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	365.223	347.075	395.414	396.533	403.035	407.531	411.388
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	365.223	347.075	395.414	396.533	403.035	407.531	411.388
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	365.223	347.075	395.414	396.533	403.035	407.531	411.388
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.236	17.810	19.951	17.404	17.669	17.938	19.769
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	383.459	364.886	415.364	413.937	420.704	425.469	431.156

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	188.739	189.415	204.810	202.736		204.763	206.810	208.878
15	- sonstige Auszahlungen	1.169							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	189.908	189.415	204.810	202.736		204.763	206.810	208.878
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	189.908	189.415	204.810	202.736		204.763	206.810	208.878

Beschreibung

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 5.928 Waffenbesitzkarteninhaber registriert, die insgesamt 24.740 Kurz- und Langwaffen besitzen. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2017/2018

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.15 Kreispolizeibehörde

Landrat


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-144.096	-148.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000	-110.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-14.341	-61	-61	-61	-61	-61	-61
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-73.866						
10	= Ordentliche Erträge	-232.302	-148.061	-110.061	-110.061	-110.061	-110.061	-110.061
11	- Personalaufwendungen	853.775	767.647	742.546	744.074	754.845	763.064	770.456
12	- Versorgungsaufwendungen	163.583	127.046	166.908	172.374	175.431	177.455	179.135
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	602	304	304	304	304	304	304
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.053	385	1.038	1.579	2.130	2.306
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.560	73.449	44.680	46.308	46.544	46.791	47.120
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.052.520	969.499	954.822	964.098	978.704	989.745	999.320
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	820.217	821.438	844.762	854.037	868.643	879.684	889.259
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	820.217	821.438	844.762	854.037	868.643	879.684	889.259
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	820.217	821.438	844.762	854.037	868.643	879.684	889.259
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.044	56.113	50.680	71.421	89.397	89.615	89.744
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	877.261	877.551	895.441	925.459	958.040	969.298	979.003

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.01.15 Kreispolizeibehörde

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

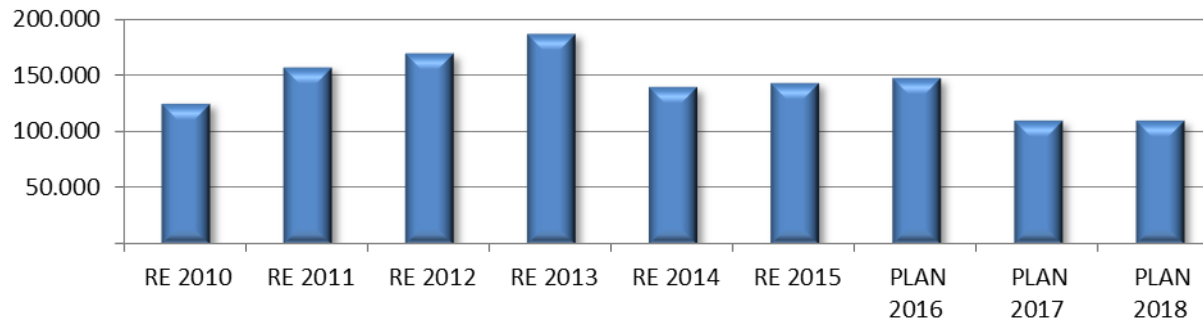
Verwaltungsgebühren (KA 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen).

Der Gebührentarif für Falschalarne (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) wurde 2016 aus der Gebührenordnung gestrichen, so dass sich die Erträge um rd. 40.000 € verringern.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse	431100	Verwaltungsgebühren	-93.000	-77.000	-77.000
1.01.15.01.02	Polizeil. Begleitung v.Schwertransporten	431100	Verwaltungsgebühren	-10.000	-28.000	-28.000
1.01.15.01.04	Sonstige Verwaltungsgebühren	431100	Verwaltungsgebühren	-5.000	-5.000	-5.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Kreispolizeibehörde



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Soziale Belange der Polizei, Beitrag (KA 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. (übrige Aufwendungen siehe Allgemeine Erläuterungen)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-143.689	-148.000	-110.000	-110.000		-110.000	-110.000	-110.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-143.689	-148.000	-110.000	-110.000		-110.000	-110.000	-110.000
10	- Personalauszahlungen	589.557	557.753	589.197	588.195		594.077	600.018	606.018
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	541	250	250	250		250	250	250
15	- sonstige Auszahlungen	10.175	44.471	14.841	14.846		14.851	14.856	14.861
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	600.273	602.474	604.288	603.291		609.178	615.124	621.129
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	456.584	454.474	494.288	493.291		499.178	505.124	511.129

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-124.563	-99.068	-106.547	-106.532	-103.903	-102.956	-87.100
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-23.915.963	-25.217.068	-29.459.917	-30.385.016	-30.357.583	-30.544.106	-30.681.301
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.529	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-235.612	-233.574	-695.274	-268.974	-525.774	-269.274	-496.574
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.062.287	-2.756.544	-2.891.564	-3.392.165	-3.392.705	-3.393.300	-3.393.900
10	= Ordentliche Erträge	-27.340.955	-28.307.254	-33.154.302	-34.153.687	-34.380.965	-34.310.636	-34.659.875
11	- Personalaufwendungen	19.977.132	20.298.175	22.749.684	23.389.594	23.655.594	23.898.174	24.134.250
12	- Versorgungsaufwendungen	1.304.151	985.650	1.636.654	1.692.728	1.722.747	1.742.620	1.759.117
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.049.200	5.372.831	6.282.403	5.885.856	5.991.826	5.895.215	5.947.119
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.620.120	1.614.625	1.877.402	2.296.633	2.516.185	2.586.789	2.541.611
15	- Transferaufwendungen	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.422.916	4.552.298	5.590.662	5.677.223	5.409.076	5.364.747	5.363.243
17	= Ordentliche Aufwendungen	31.408.519	32.858.578	38.171.805	38.977.034	39.330.428	39.522.545	39.780.340
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	4.067.564	4.551.323	5.017.503	4.823.347	4.949.463	5.211.909	5.120.465
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	4.067.564	4.551.323	5.017.503	4.823.347	4.949.463	5.211.909	5.120.465
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.067.564	4.551.323	5.017.503	4.823.347	4.949.463	5.211.909	5.120.465
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	814.632	972.017	866.567	877.306	833.007	841.239	844.568
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.882.196	5.523.341	5.884.070	5.700.653	5.782.470	6.053.147	5.965.033

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

KD, Dez. I, II, IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-324			-3.750				-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-23.163.825	-25.217.068	-29.459.917	-30.385.016		-30.357.583	-30.544.106	-30.681.301
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.529	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-84.925	-232.100	-693.800	-267.500		-524.300	-267.800	-495.100
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.330.572	-2.756.480	-2.891.500	-3.392.100		-3.392.700	-3.393.300	-3.393.900
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-25.582.176	-28.206.648	-33.046.217	-34.049.366		-34.275.583	-34.206.206	-34.575.051
10	- Personalauszahlungen	17.852.318	15.544.286	20.282.371	20.856.792		21.064.758	21.274.842	21.487.033
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.071.731	5.370.080	6.279.652	5.883.105		5.989.075	5.892.464	5.944.368
14	- Transferauszahlungen	54.150	35.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000
15	- sonstige Auszahlungen	2.834.888	3.019.393	4.047.800	4.035.090		3.754.180	3.696.670	3.681.560
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	24.813.087	23.968.759	30.644.823	30.809.987		30.843.013	30.898.976	31.147.961
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-769.089	-4.237.889	-2.401.394	-3.239.379		-3.432.570	-3.307.230	-3.427.090
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-43.048	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-59.970		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
23	= investive Einzahlungen	-103.018	-41.500	-51.500	-51.500		-51.500	-51.500	-51.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	2.225							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.704.166	1.820.000	2.452.500	600.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.060.798	1.283.900	4.496.350	4.340.400		1.612.400	2.216.400	2.629.900
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	23.461	10.000	45.000	5.000		5.000	5.000	5.000

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
30	= investive Auszahlungen	3.790.649	3.113.900	6.993.850	4.945.400		1.617.400	2.221.400	2.634.900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)	3.687.631	3.072.400	6.942.350	4.893.900		1.565.900	2.169.900	2.583.400

Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr

1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk

1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.01.01

Allgemeine Gefahrenabwehr

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen

1.02.01.02

Gewerbe und Handwerk

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornstiefegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtl. Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornstiefeger-Handwerksgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornstiefeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-98.807	-68.500	-69.000	-81.000	-68.500	-68.500	-80.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.659	-165	-165	-165	-165	-165	-165
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-157.850	-25.300	-9.300	-9.300	-9.300	-9.300	-9.300
10	= Ordentliche Erträge	-265.316	-93.965	-78.465	-90.465	-77.965	-77.965	-89.965
11	- Personalaufwendungen	428.066	366.334	353.570	355.233	360.955	365.000	368.494
12	- Versorgungsaufwendungen	98.679	76.399	108.898	112.215	114.206	115.523	116.617
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.982	4.359	4.695	4.195	4.195	4.195	4.195
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.785	3.519	935	2.522	3.836	5.173	5.600
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	116.680	56.084	61.099	64.825	65.276	65.746	66.216
17	= Ordentliche Aufwendungen	651.192	506.694	529.197	538.990	548.467	555.637	561.121
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	385.876	412.729	450.732	448.524	470.502	477.672	471.156
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	385.876	412.729	450.732	448.524	470.502	477.672	471.156
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	385.876	412.729	450.732	448.524	470.502	477.672	471.156
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-63.336	-65.560	-81.037	-65.803	-67.738	-69.338	-70.052
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	90.768	93.180	114.652	92.855	93.938	94.641	95.116
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	413.308	440.349	484.347	475.576	496.702	502.975	496.220

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

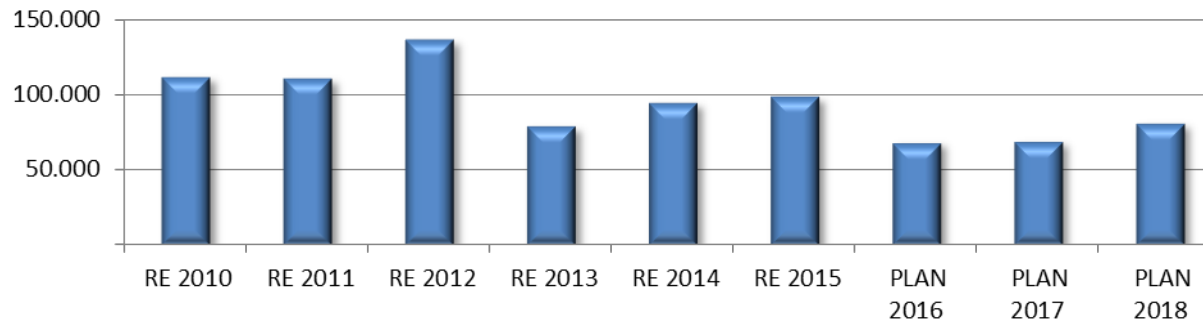
Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Schornsteinfeger.

Schwankungen ergeben sich durch die turnusmäßige Verlängerung der Jagdscheine (alle 3 Jahre)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr	431100	Verwaltungsgebühren	-4.000	-4.000	-4.000
1.02.01.01.01	Jagd und Fischerei	431100	Verwaltungsgebühren	-48.000	-48.000	-60.000
1.02.01.02	Gewerbe und Handwerk	431100	Verwaltungsgebühren	-15.000	-15.000	-15.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Buß-, Zwangs- und Verwarnungsgelder (KA 452110-452130). Gegenüber dem VJ ist der Ansatz wegen fehlender Ressourcen um 16.000 € reduziert. Im RE 2015 sind rd. 43.000 € Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen enthalten (siehe Allg. Erläuterungen).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

u. a. Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (KA 524900).

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. 7.000 € Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, KA 542800).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-98.762	-68.500	-69.000	-81.000		-68.500	-68.500	-80.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-17.747	-25.300	-9.300	-9.300		-9.300	-9.300	-9.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-116.509	-93.800	-78.300	-90.300		-77.800	-77.800	-89.800
10	- Personalauszahlungen	269.091	261.100	261.742	261.868		264.488	267.132	269.803
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.932	10.100	11.500	11.000		11.000	11.000	11.000
15	- sonstige Auszahlungen	22.690	16.380	17.980	17.980		17.980	17.980	17.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	293.713	287.580	291.222	290.848		293.468	296.112	298.783
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	177.204	193.780	212.922	200.548		215.668	218.312	208.983

Beschreibung

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Fleischbeschauverordnung des Oberbergischen Kreises, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, VO (EG) 852/2004, VO (EG) 853/2004, VO (EG) 854/2004, VO (EG) 882/2004,

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger.

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-160.935	-160.025	-262.000	-262.000	-265.025	-262.000	-262.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.539	-2.055	-2.055	-2.055	-2.055	-2.055	-2.055
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-36.462	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-205.937	-167.080	-269.055	-269.055	-272.080	-269.055	-269.055
11	- Personalaufwendungen	773.548	699.221	746.196	769.266	778.616	786.820	794.677
12	- Versorgungsaufwendungen	72.422	39.914	80.072	82.872	84.342	85.314	86.122
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	512.257	574.468	555.183	554.633	555.183	554.633	555.183
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.467	2.842	1.679	2.761	3.627	4.501	4.841
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.733	79.917	79.232	80.034	80.177	80.321	80.577
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.417.427	1.396.361	1.462.362	1.489.567	1.501.945	1.511.589	1.521.399
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.211.490	1.229.281	1.193.308	1.220.512	1.229.865	1.242.535	1.252.345
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.211.490	1.229.281	1.193.308	1.220.512	1.229.865	1.242.535	1.252.345
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.211.490	1.229.281	1.193.308	1.220.512	1.229.865	1.242.535	1.252.345
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-18.541	-28.435	-33.685	-29.627	-30.377	-31.014	-31.324
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	71.832	79.311	90.762	80.886	81.399	81.819	82.098
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.264.782	1.280.157	1.250.385	1.271.771	1.280.887	1.293.340	1.303.119

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.02 Verbraucherschutz

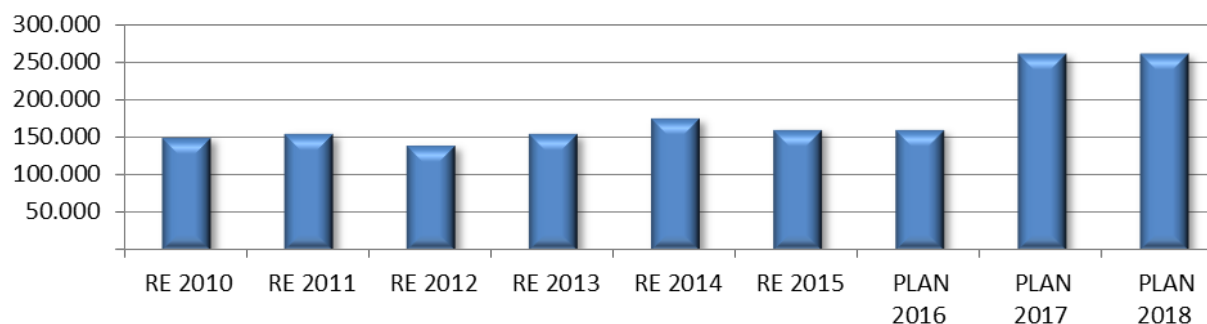
Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100, z.B. Fleischbeschau), amtliche Kontrollen. Neue Gebührentarife im Bereich der Lebensmittelüberwachung führen voraussichtlich zu einem jährlichen Mehrertrag von 105.000 €.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung	431100	Verwaltungsgebühren	-45.000	-150.000	-150.000
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	431100	Verwaltungsgebühren	-115.025	-112.000	-112.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Verbraucherschutz



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen (KA 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen.

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Verwarnungsgelder (KA 452130). Zum RE siehe allgemeine Erläuterungen.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Ankauf und Untersuchungen (KA 529908) von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (KA 524905), Kurierdienst (KA 529909).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung	524905	Verbrauchersch. u. regionale Vermarktg.	7.440	7.440	7.440
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	6.000	6.000	6.000
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung	529908	Lebensmittel-u.Bedarfsgegenständeunters.	541.000	521.000	521.000
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	529909	Kurierdienst	12.500	12.500	12.500

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Gebührenaufwand (KA 542300) für Rückstandsuntersuchungen, bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, Verbrauchsmaterial (KA 543110) im Rahmen der Fleischbeschau und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (KA 543900).

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-163.675	-160.025	-262.000	-262.000		-265.025	-262.000	-262.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.180	-1.900	-1.900	-1.900		-1.900	-1.900	-1.900
7	+ Sonstige Einzahlungen	-5.235	-5.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-171.090	-166.925	-268.900	-268.900		-271.925	-268.900	-268.900
10	- Personalauszahlungen	655.972	554.252	654.404	674.805		681.609	688.520	695.509
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	512.698	575.560	556.410	555.860		556.410	555.860	556.410
15	- sonstige Auszahlungen	38.610	36.680	36.980	36.980		36.980	36.980	36.980
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.207.280	1.166.492	1.247.794	1.267.645		1.274.999	1.281.360	1.288.899
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.036.190	999.567	978.894	998.745		1.003.074	1.012.460	1.019.999
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		900	2.100	900		900	900	900
30	= investive Auszahlungen		900	2.100	900		900	900	900
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		900	2.100	900		900	900	900

Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Förderung der Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tiergesundheitsgesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1069/2009

Ziele

Zielgruppen

Tierhalter, Landwirte, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Inhaber von Schlachtbetrieben, Tierzüchter

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-46.200	-33.250	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.905	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-36.060	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500	-5.500
10	= Ordentliche Erträge	-92.165	-46.750	-53.500	-53.500	-53.500	-53.500	-53.500
11	- Personalaufwendungen	649.749	629.115	686.408	683.589	691.897	699.112	705.997
12	- Versorgungsaufwendungen	45.848	39.099	73.884	76.192	77.543	78.438	79.180
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	165.345	487.489	210.924	210.924	210.924	210.924	210.924
14	- Bilanzielle Abschreibungen	14.100	14.346	16.346	16.346	16.351	16.346	16.351
15	- Transferaufwendungen	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000	23.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	62.617	51.575	59.990	60.644	78.260	60.878	61.087
17	= Ordentliche Aufwendungen	960.660	1.244.624	1.070.553	1.070.695	1.097.975	1.088.697	1.096.539
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	868.495	1.197.874	1.017.053	1.017.195	1.044.475	1.035.197	1.043.039
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	868.495	1.197.874	1.017.053	1.017.195	1.044.475	1.035.197	1.043.039
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	868.495	1.197.874	1.017.053	1.017.195	1.044.475	1.035.197	1.043.039
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	39.328	47.353	52.155	47.655	48.104	48.613	48.848
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	907.824	1.245.227	1.069.208	1.064.849	1.092.579	1.083.810	1.091.887

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.03 Tiergesundheit

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz u. a.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 442900).

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Verwarnungsgelder, Zwangsgelder (KA 452130, 452120) Zum RE siehe „Allgemeine Erläuterungen“.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (KA 526800), Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 524902), Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (KA 524903), sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), Kosten der Kurierdienste (KA 529909)

Die Kosten der Tierkörperbeseitigung (KA 529910) sinken aufgrund einer Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz und zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (AG TierSG und TierNebG, geänderte Kostenregelung für die Entsorgung der Falltiere).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.03.01	Tiergesundheit	524902	Beseit.v.Stör.d.öffentl.Sicherh. u.Ordn.	7.760	7.760	7.760
1.02.03.01	Tiergesundheit	524903	Tierseuchenbekämpfung	35.000	35.000	35.000
1.02.03.01	Tiergesundheit	529909	Kurierdienst	14.460	14.460	14.460
1.02.03.01	Tiergesundheit	529910	Tierkörperbeseitigung nach TierNebG	426.700	150.000	150.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange, Zuschüsse zu Körungen und Prämien (KA 531900).

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Vergütungen von externen Sachverständigen (KA 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit). Mehraufwand ab 2017 i. H. v. 6.000 € durch geänderte Verwaltungsvorschrift zur Bienenseuchen-Verordnung.

Kosten der Tierschau 17.500 € (KA 549900, Vier-Jahres-Rhythmus, nächster Termin 2019). Übrige Aufwendungen siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.03 Tiergesundheit


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-43.368	-33.250	-40.000	-40.000		-40.000	-40.000	-40.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.435	-8.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-105	-5.500	-5.500	-5.500		-5.500	-5.500	-5.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-41.038	-46.750	-53.500	-53.500		-53.500	-53.500	-53.500
10	- Personalauszahlungen	570.211	477.999	595.769	592.109		598.030	604.010	610.050
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	198.799	486.260	209.560	209.560		209.560	209.560	209.560
14	- Transferauszahlungen	42.150	23.000	23.000	23.000		23.000	23.000	23.000
15	- sonstige Auszahlungen	32.026	9.030	15.030	15.030		32.530	15.030	15.030
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	843.186	996.289	843.359	839.699		863.120	851.600	857.640
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	802.148	949.539	789.859	786.199		809.620	798.100	804.140
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	24.502	25.000	16.500					
30	= investive Auszahlungen	24.502	25.000	16.500					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	24.502	25.000	16.500					

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließendes Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.04.01

Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich
- Erteilung und Überwachung von Fahrtenbuchaufgaben

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden

1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung dieser Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer

1.02.04.03

Verkehrsrechtliche Genehmigungen

Beschreibung

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter

1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrsunfallprävention und der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.804	-3.480	-290	-3.750			-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-320.273	-273.000	-303.000	-303.000	-303.000	-303.000	-303.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.325	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011	-1.011
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.394.203	-2.700.500	-2.850.500	-3.350.500	-3.350.500	-3.350.500	-3.350.500
10	= Ordentliche Erträge	-2.736.605	-2.977.991	-3.154.801	-3.658.261	-3.654.511	-3.654.511	-3.658.261
11	- Personalaufwendungen	1.345.016	1.241.745	1.254.226	1.255.224	1.272.298	1.285.933	1.298.469
12	- Versorgungsaufwendungen	190.968	148.163	226.597	234.051	238.201	240.949	243.230
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.146	70.053	70.053	77.553	70.053	70.053	77.553
14	- Bilanzielle Abschreibungen	11.739	16.849	11.776	26.036	37.644	43.295	43.915
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	360.222	431.810	431.915	483.448	456.142	458.929	461.783
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.955.090	1.908.620	1.994.567	2.076.311	2.074.338	2.099.157	2.124.950
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-781.514	-1.069.371	-1.160.234	-1.581.950	-1.580.173	-1.555.353	-1.533.311
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-781.514	-1.069.371	-1.160.234	-1.581.950	-1.580.173	-1.555.353	-1.533.311
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-781.514	-1.069.371	-1.160.234	-1.581.950	-1.580.173	-1.555.353	-1.533.311
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-130.536	-129.998	-130.604	-135.183	-139.393	-143.868	-145.646
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	201.365	222.530	226.517	230.041	233.578	237.628	239.590
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-710.685	-976.838	-1.064.320	-1.487.092	-1.485.987	-1.461.594	-1.439.367

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung (Verkehrssicherheitstag, KA 414200).

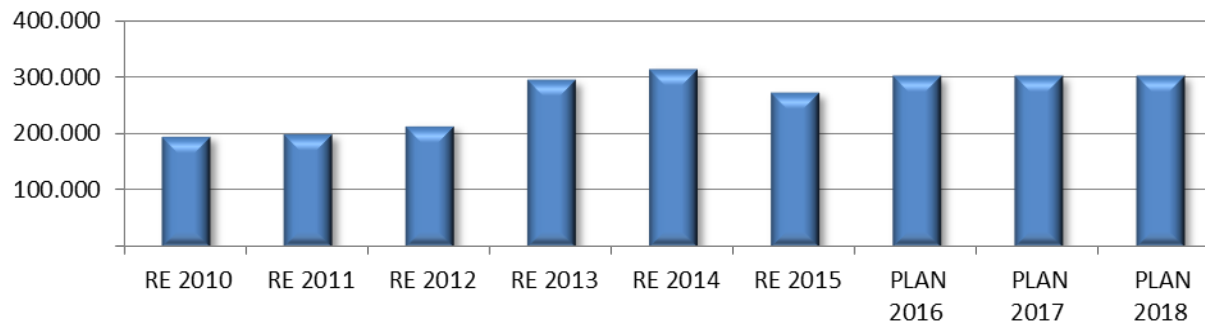
Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Gebühren (KA 431100) für gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen, Baustellen. Gebühren für die Entgegennahme Führerscheine bei auswärtigen Fahrverboten.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung	431100	Verwaltungsgebühren	-3.000	-3.000	-3.000
1.02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	431100	Verwaltungsgebühren	-270.000	-300.000	-300.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Verkehrsangelegenheiten



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

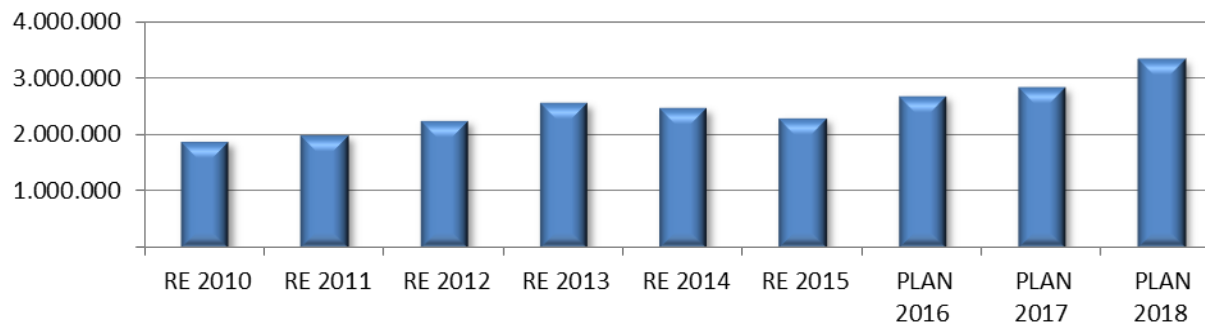
Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Produkt „1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs“: Buß- und Verwarngelder (KA 452110 u. 452130)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen	452110	Bußgelder	-850.000	-850.000	-850.000
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung	452110	Bußgelder	-565.000	-610.000	-760.000
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung	452130	Verwarnungsgelder	-1.285.000	-1.390.000	-1.740.000

Entwicklung Buß- u. Verwarngelder Verkehrsangelegenheiten



Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten für Filmentwicklung (KA 529913) 10.000 €, Unterhaltungskosten (KA 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (38.000 €). Betriebskosten (KA 523400) des Verkehrsinformationsbusses, Kosten der Verkehrssicherung und -lenkung (KA 529100), Durchführung des Verkehrssicherheitstages (KA 524900)

7.500 € im Drei-Jahres-Rhythmus (nächster Termin 2018), Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (KA 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Verbrauchsmaterial (KA 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung (9.700 €). Gutachten zur Funktionsfähigkeit des Taxigewerbes (einmaliger Aufwand: 30.000 €) ist auf das HH-Jahr 2018 verschoben worden. Zu den weiteren Aufwendungen siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-324			-3.750				-3.750
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-330.405	-273.000	-303.000	-303.000		-303.000	-303.000	-303.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.288.145	-2.700.500	-2.850.500	-3.350.500		-3.350.500	-3.350.500	-3.350.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.618.875	-2.973.500	-3.153.500	-3.657.250		-3.653.500	-3.653.500	-3.657.250
10	- Personalauszahlungen	1.030.143	920.654	1.030.598	1.028.213		1.038.495	1.048.881	1.059.371
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	47.895	74.070	74.070	81.570		74.070	74.070	81.570
15	- sonstige Auszahlungen	29.430	39.075	45.090	75.090		45.090	45.090	45.090
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.107.467	1.033.799	1.149.758	1.184.873		1.157.655	1.168.041	1.186.031
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.511.407	-1.939.701	-2.003.742	-2.472.377		-2.495.845	-2.485.459	-2.471.219
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	74.012	1.000	97.000	97.000		85.000	35.000	35.000
30	= investive Auszahlungen	74.012	1.000	97.000	97.000		85.000	35.000	35.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	74.012	1.000	97.000	97.000		85.000	35.000	35.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5300010 Digitaltechnik											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	74.012		96.000	96.000		50.000			204.366	446.366
13	= Summe Auszahlungen	74.012		96.000	96.000		50.000			204.366	446.366
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	74.012		96.000	96.000		50.000			204.366	446.366

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.300010 Digitaltechnik

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen im Rahmen der Geschwindigkeitsüberwachung. Geplant ist die Anschaffung zweier lasergestützter, stationärer Überwachungsanlagen für die Ortslage Niederbröl, Gemeinde Nümbrecht, in 2017 und für die Rospestraße, Stadt Gummersbach, in 2018. Die Kosten Digitaltechnik belasten (i.d.R. über AfA) das Produkt 1.02.04.02 "Überwachung des fließenden Verkehrs" zu 100%.

Beschreibung

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten
- Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen
- Eintragung der Berufskraftfahrerqualifikation/Weiterbildung (Schlüsselzahl 95) in den Führerschein

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz inkl. Durchführungsverordnungen, Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz/-verordnung

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-573.778	-530.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000	-600.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.464	-15.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.344						
10	= Ordentliche Erträge	-587.587	-545.000	-610.000	-610.000	-610.000	-610.000	-610.000
11	- Personalaufwendungen	516.280	488.442	557.066	547.731	553.690	559.324	564.882
12	- Versorgungsaufwendungen	27.090	22.754	24.205	24.941	25.384	25.676	25.919
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.535	13.909	11.909	11.909	11.909	11.909	11.909
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	219.345	255.144	263.349	280.271	282.374	284.545	286.753
17	= Ordentliche Aufwendungen	766.249	780.248	856.528	864.853	873.356	881.453	889.463
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	178.663	235.248	246.528	254.853	263.356	271.453	279.463
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	178.663	235.248	246.528	254.853	263.356	271.453	279.463
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	178.663	235.248	246.528	254.853	263.356	271.453	279.463
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	54.172	51.854	52.407	53.169	54.125	55.298	55.744
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	232.834	287.102	298.935	308.022	317.481	326.752	335.207

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnis

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) Führerschein- und Fahrlehrerwesen

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattung der Kosten der Fahrschulüberprüfungen inkl. Verwaltungsgebühren durch die Fahrschulinhaber.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Vergabe der Fahrschulüberprüfungen an externe Dritte (Erträge siehe Zeile 6)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen für Vordrucke Führerscheine, Fahrerkarten (KA 543914) 60.000 €.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-573.660	-530.000	-600.000	-600.000		-600.000	-600.000	-600.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.660	-15.000	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-576.319	-545.000	-610.000	-610.000		-610.000	-610.000	-610.000
10	- Personalauszahlungen	478.049	373.559	506.494	497.432		502.406	507.430	512.504
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.015	12.100	10.100	10.100		10.100	10.100	10.100
15	- sonstige Auszahlungen	48.516	60.000	60.000	60.000		60.000	60.000	60.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	529.579	445.659	576.594	567.532		572.506	577.530	582.604
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-46.740	-99.341	-33.406	-42.468		-37.494	-32.470	-27.396

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.06.01

Zulassung

Beschreibung

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber

1.02.06.02

Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommene Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflVersG), Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.035.048	-2.689.000	-2.944.000	-2.944.000	-2.944.000	-2.944.000	-2.944.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.218	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-4.425						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-22.914						
10	= Ordentliche Erträge	-3.064.605	-2.690.000	-2.945.000	-2.945.000	-2.945.000	-2.945.000	-2.945.000
11	- Personalaufwendungen	1.232.341	1.192.856	1.124.700	1.118.641	1.130.604	1.142.066	1.153.433
12	- Versorgungsaufwendungen	48.128	35.028	38.925	40.201	40.914	41.386	41.778
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.035	19.835	22.835	22.835	22.835	22.835	22.835
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	612.209	661.242	699.779	742.202	747.472	752.914	758.450
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.903.713	1.908.960	1.886.239	1.923.878	1.941.825	1.959.201	1.976.495
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-1.160.892	-781.040	-1.058.761	-1.021.122	-1.003.175	-985.799	-968.505
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-1.160.892	-781.040	-1.058.761	-1.021.122	-1.003.175	-985.799	-968.505
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-1.160.892	-781.040	-1.058.761	-1.021.122	-1.003.175	-985.799	-968.505
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	133.162	129.294	123.990	126.510	129.021	132.009	133.155
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-1.027.730	-651.746	-934.772	-894.611	-874.155	-853.790	-835.350

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

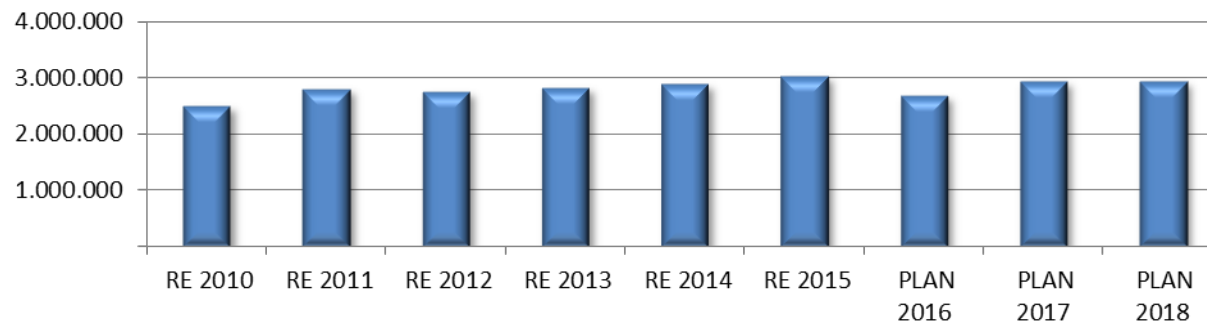
Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, für fehlenden Versicherungsschutz, sonstige Gebühren (KA 432904) für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.06.01	Zulassung	431100	Verwaltungsgebühren	-2.300.000	-2.555.000	-2.555.000
1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung	431100	Verwaltungsgebühren	-345.000	-345.000	-345.000
1.02.06.01	Zulassung	432904	Sonstige Gebühren	-4.000	-4.000	-4.000
1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung	432904	Sonstige Gebühren	-40.000	-40.000	-40.000

Entwicklung Gebühren Kfz-Angelegenheiten



Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Verkaufserlöse (KA 441100) Kfz-Kennzeichen.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kostenerstattungen an Gemeinden (KA 525300) im Rahmen der Amtshilfe (17.000 €)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Kosten für Zulassungsbescheinigungen, Führerscheine, Fahrerkarten (KA 543900, 2016: 150.000 €, 2017: 180.000 €)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-3.015.780	-2.689.000	-2.944.000	-2.944.000		-2.944.000	-2.944.000	-2.944.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.218	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.017.998	-2.690.000	-2.945.000	-2.945.000		-2.945.000	-2.945.000	-2.945.000
10	- Personalauszahlungen	1.152.379	918.896	1.029.075	1.022.841		1.033.070	1.043.400	1.053.835
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.474	15.300	18.300	18.300		18.300	18.300	18.300
15	- sonstige Auszahlungen	238.835	150.000	180.000	180.000		180.000	180.000	180.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.400.687	1.084.196	1.227.375	1.221.141		1.231.370	1.241.700	1.252.135
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-1.617.311	-1.605.804	-1.717.625	-1.723.859		-1.713.630	-1.703.300	-1.692.865

Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten

1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern

1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.07.01

Einwohnerangelegenheiten

Beschreibung

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen
Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land,
Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen;
Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

- Global:
- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
 - Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen

1.02.07.02

Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-264.125	-152.500	-195.000	-185.000	-185.000	-185.000	-185.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-69.377	-8.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000	-40.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-119.500	-500	-500	-500	-500	-500	-500
10	= Ordentliche Erträge	-453.001	-161.000	-235.500	-225.500	-225.500	-225.500	-225.500
11	- Personalaufwendungen	1.309.212	1.064.682	1.499.611	1.511.548	1.534.005	1.550.824	1.565.804
12	- Versorgungsaufwendungen	253.248	189.032	366.265	379.927	386.665	391.126	394.829
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	131	6.387	7.451	7.451	7.451	7.451	7.451
14	- Bilanzielle Abschreibungen	178		2.135	2.134	2.135	2.134	2.135
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	314.078	320.194	415.260	412.058	413.486	414.974	416.464
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.876.847	1.580.296	2.290.722	2.313.119	2.343.742	2.366.509	2.386.683
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.423.845	1.419.296	2.055.222	2.087.619	2.118.242	2.141.009	2.161.183
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.423.845	1.419.296	2.055.222	2.087.619	2.118.242	2.141.009	2.161.183
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.423.845	1.419.296	2.055.222	2.087.619	2.118.242	2.141.009	2.161.183
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	109.322	96.642	119.802	104.011	105.309	106.639	107.193
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.533.167	1.515.937	2.175.024	2.191.630	2.223.551	2.247.648	2.268.376

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.07 Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen

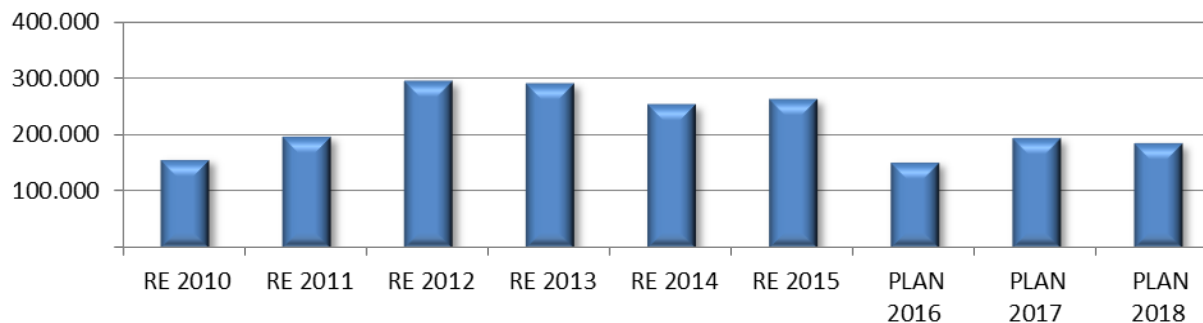
Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) nach dem Aufenthaltsgesetz, Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen). Der Planansatz 2016 wurde aufgrund rechtlicher Vorgaben gegenüber den Vorjahren reduziert, wird im RE aber deutlich überschritten werden.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.07.01	Einwohnerangelegenheiten	431100	Verwaltungsgebühren	-5.000	-5.000	-5.000
1.02.07.01.01	Einbürgerungen	431100	Verwaltungsgebühren	-60.000	-60.000	-60.000
1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern	431100	Verwaltungsgebühren	-77.500	-90.000	-90.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Aufenthalts-/Statusfragen



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (KA 442900). Der Planansatz 2016 wird aufgrund steigender Fallzahlen im RE deutlich überschritten werden, weshalb in den Folgejahren der Ansatz angehoben wird.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen für Ausländerangelegenheiten (KA 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), Vordrucke der Bundesdruckerei (KA 543913) Mehraufwendungen gegenüber dem VJ aufgrund stark angestiegener Fallzahlen.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte	542900	And. so. Aufw. für Rechte und Dienste	15.000	47.000	47.000
1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern	543913	Vordrucke Bundesdruckerei u.a.	130.000	215.000	200.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-265.114	-152.500	-195.000	-185.000		-185.000	-185.000	-185.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-37.079	-8.000	-40.000	-40.000		-40.000	-40.000	-40.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-320	-500	-500	-500		-500	-500	-500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-302.513	-161.000	-235.500	-225.500		-225.500	-225.500	-225.500
10	- Personalauszahlungen	892.530	769.449	1.171.247	1.176.031		1.187.792	1.199.670	1.211.666
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		500	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	154.516	145.000	262.000	247.000		247.000	247.000	247.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.047.046	914.949	1.433.747	1.423.531		1.435.292	1.447.170	1.459.166
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	744.533	753.949	1.198.247	1.198.031		1.209.792	1.221.670	1.233.666

Beschreibung

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik u.a.
- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen, Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
- Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft, Touristik, Bildungswesen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen

Auftragsgrundlage

Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Ziele

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen (Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
11	- Personalaufwendungen	5.801	8.906	7.454	7.390	7.463	7.538	7.613
12	- Versorgungsaufwendungen	51						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29	14	14	14	14	14	14
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.374	5.558	5.773	5.929	5.952	5.976	6.017
17	= Ordentliche Aufwendungen	10.254	14.478	13.242	13.333	13.430	13.529	13.644
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	10.254	14.478	13.242	13.333	13.430	13.529	13.644
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	10.254	14.478	13.242	13.333	13.430	13.529	13.644
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	10.254	14.478	13.242	13.333	13.430	13.529	13.644
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	8.231	5.826	537	687	822	948	997
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	18.485	20.304	13.779	14.020	14.252	14.477	14.641

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.08 Statistik

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Geschäftsaufwendungen (KA 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	5.712	6.662	6.981	6.920		6.989	7.059	7.129
15	- sonstige Auszahlungen	25							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.737	6.662	6.981	6.920		6.989	7.059	7.129
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	5.737	6.662	6.981	6.920		6.989	7.059	7.129

<u>Beschreibung</u>	Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen
<u>Auftragsgrundlage</u>	Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden
<u>Ziele</u>	<ul style="list-style-type: none">- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung- fehlerfreie Ergebnisermittlung
<u>Zielgruppen</u>	Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Landrat



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-537		-426.300		-256.800		-227.300
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.778						
10	= Ordentliche Erträge	-3.315		-426.300		-256.800		-227.300
11	- Personalaufwendungen	29.238	45.169	26.330	26.414	26.826	27.125	27.385
12	- Versorgungsaufwendungen	6.213	9.542	7.423	7.652	7.788	7.878	7.952
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	130.424		345.900		202.000	80.600	173.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.649	27.160	80.400	23.100	54.800	69.050	53.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	200.524	81.871	460.053	57.167	291.414	184.653	262.638
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	197.209	81.871	33.753	57.167	34.614	184.653	35.338
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	197.209	81.871	33.753	57.167	34.614	184.653	35.338
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	197.209	81.871	33.753	57.167	34.614	184.653	35.338
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	5.565	7.160	7.300	6.622	6.664	6.706	6.743
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	202.774	89.031	41.053	63.789	41.278	191.359	42.081

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.09 Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2017 Bundestags- und Landtagswahl
- Haushaltsjahr 2018 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2019 Europawahl
- Haushaltsjahr 2020 Kommunalwahl
- Haushaltsjahr 2021 Bundestagswahl

Entsprechend dem Umfang und der Anzahl der Wahlen schwanken die Aufwendungen und Erstattungen je HHJ.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (KA 442100 u. 442200)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen (KA 525300).

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Aufwandsentschädigungen (KA 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses, Geschäftsausgaben (KA 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.), ADV-Kosten (KA 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch civitec zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Landrat

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.09 Wahlen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen			-426.300			-256.800		-227.300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit			-426.300			-256.800		-227.300
10	- Personalauszahlungen	19.193	32.154	19.931	19.910		20.109	20.311	20.514
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	134.707		345.900			202.000	80.600	173.500
15	- sonstige Auszahlungen	34.632	27.160	80.400	23.100		54.800	69.050	53.800
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	188.532	59.314	446.231	43.010		276.909	169.961	247.814
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	188.532	59.314	19.931	43.010		20.109	169.961	20.514

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.02.10.01

Brandschutz

Beschreibung

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112), Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrkräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflegerei, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Bundesfreiwilligendienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet, Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten; Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.

1.02.10.02

Katastrophenschutz

Beschreibung

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

- Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
- Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
- Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
- Planen und Durchführen von Übungen,
- Überwachen von Wehersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.233	-66.818	-76.925	-73.450	-74.571	-73.624	-54.018
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-480	-180	-180	-180	-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-30.509	-165.600	-165.600	-165.600	-165.600	-165.900	-165.900
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-126.811	-19.680	-20.700	-21.300	-21.900	-22.500	-23.100
10	= Ordentliche Erträge	-238.032	-252.278	-263.405	-260.530	-262.251	-262.204	-243.198
11	- Personalaufwendungen	1.423.855	1.289.282	1.366.248	1.374.753	1.394.431	1.409.570	1.423.239
12	- Versorgungsaufwendungen	238.547	185.796	296.882	306.985	312.429	316.033	319.025
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	348.783	367.600	506.050	540.400	515.750	520.500	516.850
14	- Bilanzielle Abschreibungen	442.883	348.551	530.399	618.334	681.148	740.572	763.142
15	- Transferaufwendungen	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	199.233	174.780	208.850	215.335	205.620	205.655	205.690
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.665.302	2.378.010	2.920.428	3.067.807	3.121.378	3.204.330	3.239.946
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.427.269	2.125.732	2.657.023	2.807.277	2.859.127	2.942.126	2.996.748
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.427.269	2.125.732	2.657.023	2.807.277	2.859.127	2.942.126	2.996.748
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.427.269	2.125.732	2.657.023	2.807.277	2.859.127	2.942.126	2.996.748
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-334.468	-265.232	-411.026	-453.076	-483.778	-537.239	-612.647
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	245.505	399.818	290.935	324.998	287.033	289.784	290.619
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.338.307	2.260.318	2.536.932	2.679.199	2.662.383	2.694.670	2.674.719

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.10 Bevölkerungsschutz

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (KA 416210).

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen (KA 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg, Erstattungen der Gemeinden (KA 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt und Brandschau (veranschlagt ab 2016: 154.000 €)

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

u. a. Konzessionsabgaben (KA 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage rd. 20.000 €)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung (KA 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (KA 524900), Atemschutzwerkstatt (KA 526802), Materialverbrauch Brandschutzzentrum (KA 526803).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.02.10.02	Katastrophenschutz	523300	Unterhaltung Maschinen, techn. Anlagen	33.500	33.500	33.500
1.02.10.02	Katastrophenschutz	523410	Reparatur von Fahrzeugen	15.000	15.000	15.000
1.02.10.01	Brandschutz	523610	Unterhaltung der DV Einrichtungen	0	4.600	4.600
1.02.10.02	Katastrophenschutz	523610	Unterhaltung der DV Einrichtungen	500	32.000	32.000
1.02.10.01.04	Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren	524900	Andere so. Verwaltungs- u. Betriebsaufw.	37.500	40.650	40.650
1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung	526802	Ersatzteile Atemschutzwerkstatt	30.000	25.000	25.000
1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung	526803	Materialverbrauch Brandschutzzentrum	15.000	15.000	15.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse (KA 531900) an Kreisfeuerwehrverband, Jugendfeuerwehr und Hilfsorganisationen

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung (KA 541200), Dienst- und Schutzkleidung (KA 541600), ehrenamtlicher Tätigkeit des Kreisbrandmeisters (KA 542800)

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-420	-180	-180	-180		-180	-180	-180
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-8.786	-165.600	-165.600	-165.600		-165.600	-165.900	-165.900
7	+ Sonstige Einzahlungen	-19.020	-19.680	-20.700	-21.300		-21.900	-22.500	-23.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.226	-185.460	-186.480	-187.080		-187.680	-188.580	-189.180
10	- Personalauszahlungen	1.658.210	1.512.687	1.824.115	1.828.528		1.846.812	1.865.280	1.883.932
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	334.720	367.600	506.050	540.400		515.750	520.500	516.850
14	- Transferauszahlungen	12.000	12.000	12.000	12.000		12.000	12.000	12.000
15	- sonstige Auszahlungen	211.396	174.780	208.850	215.335		205.620	205.655	205.690
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.216.326	2.067.067	2.551.015	2.596.263		2.580.182	2.603.435	2.618.472
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.188.100	1.881.607	2.364.535	2.409.183		2.392.502	2.414.855	2.429.292
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-43.048	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
23	= investive Einzahlungen	-43.048	-41.500	-41.500	-41.500		-41.500	-41.500	-41.500
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	41.565	120.000	500.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	786.888	179.000	504.450	1.849.500		398.000	142.000	142.000
30	= investive Auszahlungen	828.453	299.000	1.004.450	1.849.500		398.000	142.000	142.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	785.404	257.500	962.950	1.808.000		356.500	100.500	100.500

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5231300 Baumaßnahmen Notfallzentrum											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-1.605.854	-1.605.854
6	= Summe Einzahlungen									-1.605.854	-1.605.854
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	41.565	120.000							2.666.017	2.666.017
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	63.468								137.872	137.872
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen									6.223	6.223
13	= Summe Auszahlungen	105.032	120.000							2.810.112	2.810.112
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	105.032	120.000							1.204.258	1.204.258

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.231300 Baumaßnahme Notfallzentrum

Die **Bauinvestition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kotthausen** ist abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz)											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-240.000	-390.000
6	= Summe Einzahlungen	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000		-30.000	-30.000	-30.000	-240.000	-390.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	383.066	115.000	181.500	500.000		60.000	50.000	50.000	546.034	1.387.534
13	= Summe Auszahlungen	383.066	115.000	181.500	500.000		60.000	50.000	50.000	546.034	1.387.534
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	353.066	85.000	151.500	470.000		30.000	20.000	20.000	306.034	997.534

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323006 Ausstattung Katastrophenschutz

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**. Es erfolgt die Ersatzbeschaffung des ELW2 (Fahrgestell in 2017 und Aufbau in 2018) und der Erwerb bzw. die Ersatzbeschaffung von Kats-Ausstattung. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100% das Produkt Katastrophenschutz.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323009 Feuerwehrübungsgelände Brächen											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			500.000							500.000
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			15.000							15.000
13	= Summe Auszahlungen			515.000							515.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			515.000							515.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323009 Feuerwehrübungsgelände Brächen

Es ist beabsichtigt, auf dem Gelände der kreiseigenen Liegenschaft in Engelskirchen (ehem. Munitionsdepot in Brächen) ein **Übungsgelände für Feuerwehren, Rettungsdienst und andere Hilfsorganisationen** zu schaffen. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100% das Produkt Brandschutz.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5323020 Digitalfunk BOS											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	286.109	50.000	148.500	1.313.000		263.000	63.000	63.000	633.732	2.484.232
13	= Summe Auszahlungen	286.109	50.000	148.500	1.313.000		263.000	63.000	63.000	633.732	2.484.232
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	286.109	50.000	148.500	1.313.000		263.000	63.000	63.000	633.732	2.484.232

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323020 Digitalfunk BOS

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** des **Digitalfunkes** im Bereich der **Kreisleitstelle**. Es erfolgt der Erwerb von Technik für die digitale Alarmierung, die Anbindung des Digitalfunksteckers an die Dokumentationsanlage und das Einsatzleitsystem sowie die Beschaffung von Digitalfunkhardware für Einsatzfahrzeuge und Digitalfunkhard- und software für die Kreisleitstelle Die v.g. Maßnahmen (Kosten) für die Kreisleitstelle belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % das Produkt Bevölkerungsschutz und zu 70 % das Produkt Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5323022 Gerätewagen Messtechnik											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	32.441		15.000	15.000		15.000	15.000	15.000	398.040	473.040
13	= Summe Auszahlungen	32.441		15.000	15.000		15.000	15.000	15.000	398.040	473.040
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	32.441		15.000	15.000		15.000	15.000	15.000	398.040	473.040

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323022 Gerätewagen Messtechnik

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, es werden **Fahrzeuge / Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-40.526	-28.770	-29.332	-29.332	-29.332	-29.332	-29.332
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.416.317	-21.310.613	-25.046.737	-25.969.836	-25.951.878	-26.141.426	-26.266.621
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-312						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-80.873	-33.744	-42.144	-42.144	-42.144	-42.144	-42.144
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-156.365	-64	-64	-65	-5		
10	= Ordentliche Erträge	-19.694.393	-21.373.191	-25.118.277	-26.041.377	-26.023.359	-26.212.902	-26.338.097
11	- Personalaufwendungen	12.264.027	13.272.423	15.127.874	15.739.806	15.904.809	16.064.864	16.224.257
12	- Versorgungsaufwendungen	322.957	239.922	413.503	427.691	435.276	440.297	444.465
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.828.534	3.828.717	4.547.389	4.455.942	4.391.512	4.412.101	4.366.705
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.143.968	1.228.518	1.314.132	1.628.500	1.771.445	1.774.768	1.705.627
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.441.776	2.488.835	3.285.016	3.309.377	3.019.517	2.965.760	2.966.408
17	= Ordentliche Aufwendungen	19.001.261	21.058.416	24.687.915	25.561.316	25.522.559	25.657.789	25.707.463
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-693.131	-314.774	-430.362	-480.061	-500.800	-555.113	-630.634
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-693.131	-314.774	-430.362	-480.061	-500.800	-555.113	-630.634
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-693.131	-314.774	-430.362	-480.061	-500.800	-555.113	-630.634
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-62.346	-54.073	-58.046	-59.219	-59.979	-60.305	-60.591
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	464.607	382.347	501.907	552.780	574.279	628.917	704.725
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-290.870	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.02.11

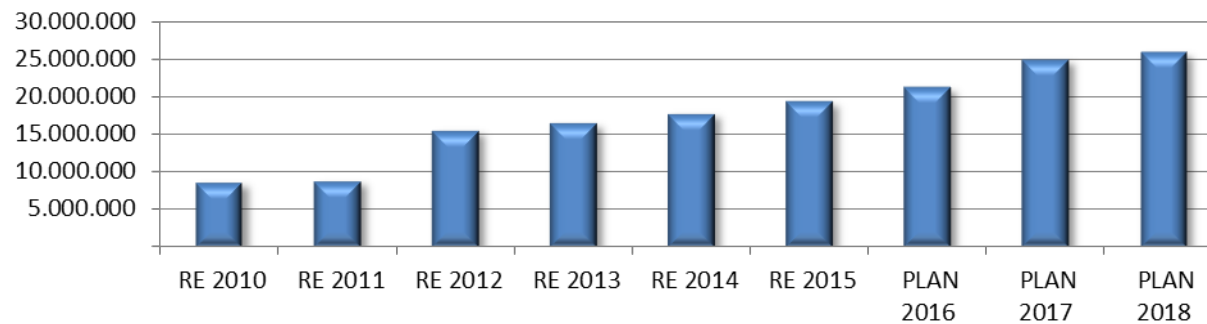
Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Benutzungsgebühren (KA 432100), die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert. Nicht gedeckt sind die Kosten für die Luftrettung in Höhe von 13.500 €, dies entspricht dem Fehlbedarf in Zeile 29. Alle anderen Aufwendungen wie Abschreibungen oder Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Gebäudebewirtschaftung, Managementumlage etc.) fließen hingegen in die Gebührenberechnung ein.

Entwicklung Benutzungsgebühren Rettungsdienst



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (KA 444905).

Haushaltsplan 2017/2018**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat II

**Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)**

Medizinischer Bedarf (KA 529907), Fahrzeuge Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., KA 523400 u.a.), Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), Erstattungen an die Kreiskrankenhäuser Gummersbach und Waldbröl (KA 529901, 529902), Notarstkosten (KA 529941)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
200321	Notarzdienst (insb. PK NÄ)	529901	Erstattungen an Krankenhaus Gummersbach	80.000	80.000	80.000
200321	Notarzdienst (insb. PK NÄ)	529902	Erstattungen an Krankenhaus Waldbröl	120.000	125.000	125.000
200321	Notarzdienst (insb. PK NÄ) (ehem. Kst. 14150)	529941	Notarstkosten	1.000.000	1.200.000	1.200.000
200323	Personalkosten Qualitätssicherung	529900	Andere so. Sach- und Dienstleistungen	45.000	45.000	45.000
200324	Personalkosten Leitender Notarzt	529941	Notarstkosten	0	30.000	30.000

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (KA 541200), Kosten des Luftrettungsdienstes (KA 542900) Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen (KA 542904).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
200321	Notarzdienst (insb. PK NÄ)	541200	Aus- und Fortbildung, Umschulung	25.000	25.000	25.000
1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes	542900	And. so. Aufw. für Rechte und Dienste	13.500	13.500	13.500
200322	Einsatzpersonal Rettungswachen	542904	Deutsches Rotes Kreuz	280.000	280.000	280.000

Haushaltsplan 2017/2018

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat II



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.672.640	-21.310.613	-25.046.737	-25.969.836		-25.951.878	-26.141.426	-26.266.621
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-312							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-36.657	-33.600	-42.000	-42.000		-42.000	-42.000	-42.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-18.709.609	-21.344.213	-25.088.737	-26.011.836		-25.993.878	-26.183.426	-26.308.621
10	- Personalauszahlungen	11.120.828	9.716.874	13.182.015	13.748.135		13.884.958	14.023.149	14.162.720
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.828.491	3.828.590	4.547.262	4.455.815		4.391.385	4.411.974	4.366.578
15	- sonstige Auszahlungen	2.024.214	2.361.288	3.141.470	3.164.575		2.874.180	2.819.885	2.819.990
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.973.534	15.906.752	20.870.747	21.368.525		21.150.523	21.255.008	21.349.288
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-2.736.075	-5.437.461	-4.217.990	-4.643.311		-4.843.355	-4.928.418	-4.959.333
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-59.970		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
23	= investive Einzahlungen	-59.970		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	2.225							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.662.601	1.700.000	1.952.500	600.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	1.175.396	1.078.000	3.876.300	2.393.000		1.128.500	2.038.500	2.452.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	23.461	10.000	45.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	2.863.683	2.788.000	5.873.800	2.998.000		1.133.500	2.043.500	2.457.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./i. Auszahlung)	2.803.713	2.788.000	5.863.800	2.988.000		1.123.500	2.033.500	2.447.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / - auszahlungen
5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden									36.745	36.745
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	29.677								945.658	945.658
13	= Summe Auszahlungen	29.677								982.403	982.403
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	29.677								982.403	982.403

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323030 Baumaßnahmen Rettungswachen

Die **Bauinvestition** im Bereich des **Notfallzentrums Kotthausen** ist abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / - auszahlungen
5323035 Beschaffung Kfz f.d. RD											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	830.383	650.000	1.900.000	1.820.000		670.000	680.000	1.640.000	5.464.123	12.174.123
13	= Summe Auszahlungen	830.383	650.000	1.900.000	1.820.000		670.000	680.000	1.640.000	5.464.123	12.174.123
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	830.383	650.000	1.900.000	1.820.000		670.000	680.000	1.640.000	5.464.123	12.174.123

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323035 Beschaffung Kfz für den Rettungsdienst

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5323040 Ausstattung / medizinische Geräte RD											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	88.485	275.000	1.140.000	200.000		200.000	200.000	200.000	1.349.688	3.289.688
13	= Summe Auszahlungen	88.485	275.000	1.140.000	200.000		200.000	200.000	200.000	1.349.688	3.289.688
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	88.485	275.000	1.140.000	200.000		200.000	200.000	200.000	1.349.688	3.289.688

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323040 Ausstattung / medizinische Geräte Rettungsdienst

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5323050 Rettungswache Wipperfürth											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.078.840								1.681.014	1.681.014
13	= Summe Auszahlungen	1.078.840								1.681.014	1.681.014
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	1.078.840								1.681.014	1.681.014

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323050 Rettungswache Wipperfürth

Die **Bauinvestition** im Bereich der **Rettungswache Wipperfürth** ist abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323060 Rettungswache Reichshof-Sinspert											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden									7.798	7.798
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	429.368								912.020	912.020
13	= Summe Auszahlungen	429.368								919.818	919.818
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	429.368								919.818	919.818

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323060 Rettungswache Reichshof-Sinspert

Die **Bauinvestition** im Bereich der **Rettungswache Reichshof-Sinspert** ist abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323070 Rettungswache Nümbrecht											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	2.225								23.366	23.366
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	59.497	250.000	955.000						309.497	1.264.497
13	= Summe Auszahlungen	61.722	250.000	955.000						332.863	1.287.863
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	61.722	250.000	955.000						332.863	1.287.863

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323070 Rettungswache Nümbrecht

Die Bauzeit für die Errichtung der **Rettungswache Nümbrecht** hat sich auf 2016/2017 verschoben. Baubeginn ist für den 10.10.2016 geplant. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323080 Rettungswache Wiehl											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden									68.880	68.880
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	65.219	450.000	997.500						522.752	1.520.252
13	= Summe Auszahlungen	65.219	450.000	997.500						591.632	1.589.132
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	65.219	450.000	997.500						591.632	1.589.132

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323080 Rettungswache Wiehl

Die Bauzeit für die Errichtung der **Rettungswache** in **Wiehl-Kehlinghausen** hat sich auf 2016/2017 verschoben. Baubeginn war am 15.08.2016. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5323090 Bauwerk RW Lindlar											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		1.000.000		430.000					1.000.000	1.430.000
13	= Summe Auszahlungen		1.000.000		430.000					1.000.000	1.430.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		1.000.000		430.000					1.000.000	1.430.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323090 Rettungswache Lindlar

Die **Rettungswache** in **Lindlar** ist derzeit noch in angemieteten Räumen im ehemaligen Krankenhaus untergebracht. Die Krankenhausnutzung wurde aufgegeben und der Eigentümer beabsichtigt, das Gebäude zu veräußern. Es soll dort ein Wohn- und Geschäftshaus entstehen. Daher muss die Rettungswache weichen und an einem anderen Standort neu errichtet werden. Ausführungszeitraum 2017/2018. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / - auszahlungen
5323130 Neubau Waschhalle Notfallzentrum											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				170.000						170.000
13	= Summe Auszahlungen				170.000						170.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				170.000						170.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.323130 Neubau Waschhalle Notfallzentrum

Nutzung für den Katastrophenschutz als weitere Containerhalle. Die Halle soll zusätzlich als **Dekontaminations-/Waschhalle** genutzt werden, z.B. für Infektions-Einsätze, Tierseucheneinsätze. Ausführungszeitraum 2018.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / - auszahlungen
5380010 Digitalfunk KFZ Rettungsdienst											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		5.000	8.000	10.000		10.000	10.000	10.000	101.739	149.739
13	= Summe Auszahlungen		5.000	8.000	10.000		10.000	10.000	10.000	101.739	149.739
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		5.000	8.000	10.000		10.000	10.000	10.000	101.739	149.739

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.380010 Digitalfunk Kfz Rettungsdienst

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier: **Digitalfunk für KFZ-Rettungsdienst**. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5380020 IT-Ausstattung RD											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	7.733		260.000	70.000		50.000	50.000	50.000	7.733	487.733
12	- Sonstige Investitionsauszahlungen	23.461	10.000	45.000	5.000		5.000	5.000	5.000	33.461	98.461
13	= Summe Auszahlungen	31.194	10.000	305.000	75.000		55.000	55.000	55.000	41.194	586.194
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	31.194	10.000	305.000	75.000		55.000	55.000	55.000	41.194	586.194

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.380020 IT-Ausstattung Rettungsdienst

Es handelt sich um den Erwerb neuer PC-Hardware und Lizenzen, sowie neuer Kartenlesegeräte für den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5380030 IT-Technik Fahrzeuge											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen		20.000	270.000	80.000		50.000	50.000	50.000	20.000	520.000
13	= Summe Auszahlungen		20.000	270.000	80.000		50.000	50.000	50.000	20.000	520.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		20.000	270.000	80.000		50.000	50.000	50.000	20.000	520.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.380030 IT-Technik Fahrzeuge

Es handelt sich um **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** der in den **Einsatzfahrzeugen** verbauten **IT-Technik**. Hier werden MPC und Kartenupdates zur Umsetzung der Alarmierung nach der „nächste Fahrzeug“ Strategie, zur Ortung, sowie zum automatischen Einsatzrouting und zur Statusgabe beschafft. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
1	+ Summe der investiven Einzahlungen	-59.970		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	-219.554	-269.554
2	- Summe der investiven Auszahlungen	248.795	128.000	298.300	213.000		148.500	1.048.500	502.000	1.769.832	3.980.132
3	Saldo: = (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	188.825	128.000	288.300	203.000		138.500	1.038.500	492.000	1.550.278	3.710.578

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Notfallzentrums Kotthausen (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse und Veräußerungserlöse veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 38 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

- 5.323004 Ausstattung Kreisleitstelle
- 5.323008 Investitionskostenzuschuss
- 5.323008 Veräußerungserlöse

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.031.257	-2.060.006	-2.022.652	-1.966.096	-2.039.683	-2.001.789	-2.001.151
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.322	-1.300	-30.750	-30.750	-30.750	-30.750	-30.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-33.968	-500	-600	-600	-600	-600	-600
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-712.490	-646.241	-1.740.772	-1.741.485	-1.750.243	-1.759.546	-1.768.595
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-100.845		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.889.881	-2.708.047	-3.804.774	-3.748.931	-3.831.276	-3.802.685	-3.811.096
11	- Personalaufwendungen	2.880.912	2.805.185	3.022.294	3.019.574	3.054.415	3.085.752	3.116.078
12	- Versorgungsaufwendungen	220.175	150.904	241.895	249.922	254.355	257.290	259.725
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.329.168	4.544.160	5.194.132	5.279.266	5.390.784	5.504.459	5.620.341
14	- Bilanzielle Abschreibungen	404.760	471.784	386.412	426.508	454.287	488.178	516.915
15	- Transferaufwendungen	44.590	27.000	147.800	152.000	152.000	152.000	152.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	642.891	617.659	1.909.015	1.886.482	1.900.909	1.920.739	1.934.388
17	= Ordentliche Aufwendungen	8.522.496	8.616.691	10.901.548	11.013.753	11.206.750	11.408.417	11.599.448
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	5.632.615	5.908.645	7.096.774	7.264.822	7.375.474	7.605.733	7.788.352
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	5.632.615	5.908.645	7.096.774	7.264.822	7.375.474	7.605.733	7.788.352
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.632.615	5.908.645	7.096.774	7.264.822	7.375.474	7.605.733	7.788.352
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-432	-1.584	-1.478	-2.396	-1.814	-1.963	-2.026
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.859.871	5.351.892	5.801.008	5.777.576	5.419.463	5.462.027	5.491.584
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	10.492.054	11.258.952	12.896.305	13.040.002	12.793.123	13.065.796	13.277.910

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-2.018.317	-2.056.320	-2.010.916	-1.954.362		-2.029.344	-1.995.367	-1.996.867
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.280	-1.300	-30.750	-30.750		-30.750	-30.750	-30.750
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-32.084	-500	-600	-600		-600	-600	-600
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-305.787	-646.140	-1.740.671	-1.741.384		-1.750.142	-1.759.445	-1.768.494
7	+ Sonstige Einzahlungen	-6.044		-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.372.512	-2.704.260	-3.792.937	-3.737.096		-3.820.836	-3.796.162	-3.806.711
10	- Personalauszahlungen	2.530.763	2.224.055	2.711.760	2.705.808		2.732.681	2.759.827	2.787.242
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.018.061	4.280.374	4.919.251	4.998.885		5.104.803	5.212.678	5.322.760
14	- Transferauszahlungen	46.374	27.000	147.800	152.000		152.000	152.000	152.000
15	- sonstige Auszahlungen	228.512	215.560	1.487.950	1.455.050		1.463.850	1.478.400	1.486.400
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.823.710	6.746.989	9.266.761	9.311.743		9.453.334	9.602.905	9.748.402
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	4.451.198	4.042.729	5.473.824	5.574.647		5.632.498	5.806.743	5.941.691
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-55.016							
23	= investive Einzahlungen	-55.016							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	64.646	300.000	345.000	600.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	361.984	447.600	687.580	513.460		513.460	513.460	513.460
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	17.329		5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	443.958	747.600	1.037.580	1.118.460		518.460	518.460	518.460
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	388.942	747.600	1.037.580	1.118.460		518.460	518.460	518.460

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Freiwilligen (BFD) und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgerebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-217.634	-198.525	-229.532	-230.930	-232.432	-234.030	-235.487
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.729	-1.000	-30.600	-30.600	-30.600	-30.600	-30.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-25.234						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-497.048	-470.230	-457.080	-458.580	-460.080	-461.580	-463.080
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-6.340						
10	= Ordentliche Erträge	-756.985	-669.755	-717.212	-720.110	-723.112	-726.210	-729.167
11	- Personalaufwendungen	777.696	801.267	696.106	687.070	694.476	701.482	708.393
12	- Versorgungsaufwendungen	26.574	20.914	29.867	30.889	31.437	31.799	32.101
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	520.364	586.148	715.050	720.564	726.632	732.857	738.639
14	- Bilanzielle Abschreibungen	20.456	30.553	19.703	21.235	23.029	26.083	29.165
15	- Transferaufwendungen	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150	4.150
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	162.483	155.693	215.636	220.478	223.155	225.867	228.718
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.511.724	1.598.725	1.680.512	1.684.387	1.702.880	1.722.239	1.741.166
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	754.740	928.970	963.300	964.277	979.768	996.029	1.011.999
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	754.740	928.970	963.300	964.277	979.768	996.029	1.011.999
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	754.740	928.970	963.300	964.277	979.768	996.029	1.011.999
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.456.304	1.696.225	1.797.899	1.726.285	1.553.984	1.573.564	1.584.348
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.211.044	2.625.195	2.761.199	2.690.562	2.533.752	2.569.592	2.596.346

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.03.01 Förderschulen

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl und der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Schulpauschale anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen (KA 414200).

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Elternbeiträge OGS (KA 432900, 30.000 €, wurden bis 2016 unter Zeile 6 veranschlagt), Schulraumbenutzung durch Dritte.

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

RE 2015: Einspeisevergütung des BHKW der Helen-Keller-Schule

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (KA 442300) enthalten. Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder, (Elternbeiträge OGS der Förderschule Sprache ab 2017 in Zeile 4)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule	442300	Erstattungen Gmd.	-340.000	-340.000	-340.000
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule	444900	Andere sonstige kostenmindernde Erlöse	-51.000	-72.500	-74.000
1.03.01.02	Anne-Frank-Schule	444900	Andere sonstige kostenmindernde Erlöse	-41.580	-41.580	-41.580

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Lehr-/Lernmittel, Unterrichtsbedarf (KA 524300), Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, KA 525300), Durchführung von Fördermaßnahmen. Bei der Schülerverpflegung (KA 529937 u. 529938) kommt es durch Anpassung an den Index zu einer Kostensteigerung von rd. 50.000 €

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (KA 531300).

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. ADV-Betreuung (Kst. 1203, KA 542901), durch Übernahme der IT-Betreuung der kreiseigenen Schulen durch einen Dienstleister steigen die Aufwendungen bei den Förderschulen um rd. 74.000 €.

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dez. I, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-217.307	-198.199	-229.204	-230.604		-232.104	-233.704	-235.204
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.687	-1.000	-30.600	-30.600		-30.600	-30.600	-30.600
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-23.351							
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-106.876	-470.230	-457.080	-458.580		-460.080	-461.580	-463.080
7	+ Sonstige Einzahlungen	-4.437							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-361.658	-669.429	-716.884	-719.784		-722.784	-725.884	-728.884
10	- Personalauszahlungen	695.495	580.709	590.044	581.093		586.842	592.651	598.517
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	438.320	586.069	714.971	720.485		726.553	732.778	738.560
15	- sonstige Auszahlungen	39.877	49.850	35.100	35.100		35.100	35.100	35.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.173.692	1.216.628	1.340.115	1.336.678		1.348.495	1.360.529	1.372.177
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	812.034	547.199	623.231	616.894		625.711	634.645	643.293
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	28.702	37.100	107.100	37.100		37.100	37.100	37.100
30	= investive Auszahlungen	28.702	37.100	107.100	37.100		37.100	37.100	37.100
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	28.702	37.100	107.100	37.100		37.100	37.100	37.100

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dez. I, Dez. III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.723.701	-1.738.611	-1.669.665	-1.639.011	-1.746.674	-1.742.759	-1.740.664
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-593	-300	-150	-150	-150	-150	-150
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.733	-500	-600	-600	-600	-600	-600
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-18.516	-7.901	-994.486	-1.001.199	-1.008.457	-1.016.260	-1.023.809
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-30.108						
10	= Ordentliche Erträge	-1.781.651	-1.747.312	-2.664.901	-2.640.960	-2.755.881	-2.759.769	-2.765.223
11	- Personalaufwendungen	931.475	940.287	1.112.381	1.113.723	1.125.853	1.137.215	1.148.383
12	- Versorgungsaufwendungen	48.841	38.218	55.779	57.680	58.703	59.380	59.942
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	689.379	779.773	910.948	890.768	896.368	902.168	907.968
14	- Bilanzielle Abschreibungen	382.323	441.081	362.090	402.473	431.073	461.847	487.440
15	- Transferaufwendungen	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	440.774	412.525	1.548.772	1.562.180	1.573.421	1.589.279	1.600.809
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.495.640	2.614.733	3.992.820	4.029.673	4.088.267	4.152.738	4.207.391
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	713.989	867.421	1.327.919	1.388.713	1.332.386	1.392.970	1.442.168
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	713.989	867.421	1.327.919	1.388.713	1.332.386	1.392.970	1.442.168
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	713.989	867.421	1.327.919	1.388.713	1.332.386	1.392.970	1.442.168
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.302	-23.261	-21.685	-35.164	-26.616	-28.818	-29.736

Haushaltsplan 2017/2018**1.03 Schulträgeraufgaben**

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.320.435	3.579.814	3.845.512	3.948.570	3.760.946	3.784.178	3.803.221
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.029.122	4.423.975	5.151.745	5.302.120	5.066.717	5.148.329	5.215.653

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.03.02 Berufskollegs**Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)**

Schulpauschale (anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen). Die durch die Fusion mit dem Berufskolleg Wermelskirchen hinzugekommenen Schüler wirken sich erst im GFG 2019 aus. Die Landeszuweisung für die Schulsozialarbeit (rd.30.000 €) ist nur bis 2017 veranschlagt.

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Schulraumbenutzung durch Dritte.

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Erträge aus Nebentätigkeit (KA 441903).

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattung des Rheinisch-Bergischen Kreises an den OBK als Schulträger des „Bergischen Berufskollegs Wipperfürth und Wermelskirchen“ (2017: rd. 981.000 €, 2018: rd. 988.000 €)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (KA 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (KA 524300), Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK (KA 528906). Einmalig erwirbt der OBK in 2017 GWG des Berufskollegs Wermelskirchen (KA 523800). Der Mehraufwand ab 2017 ist bedingt durch das vergrößerte „Bergischen Berufskollegs Wipperfürth und Wermelskirchen“.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth	523800	Erwerb von GWG	0	25.680	0
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen	524200	Lernmittel nach dem LFG	73.200	62.600	62.600
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl	524200	Lernmittel nach dem LFG	55.600	50.200	50.200
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth	524200	Lernmittel nach dem LFG	39.800	52.300	52.300
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl	524300	Lehr- und Unterrichtsmittel	10.400	20.300	20.300
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen	524300	Lehr- und Unterrichtsmittel	129.400	125.300	125.300
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth	524300	Lehr- und Unterrichtsmittel	55.500	109.800	109.800

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dez. I, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.713.414	-1.735.251	-1.658.257	-1.627.603		-1.736.663	-1.736.663	-1.736.663
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-593	-300	-150	-150		-150	-150	-150
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.733	-500	-600	-600		-600	-600	-600
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-12.907	-7.800	-994.385	-1.001.098		-1.008.356	-1.016.159	-1.023.708
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.607							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.737.255	-1.743.851	-2.653.392	-2.629.451		-2.745.769	-2.753.572	-2.761.121
10	- Personalauszahlungen	923.461	784.429	1.075.772	1.076.181		1.086.821	1.097.567	1.108.419
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	441.935	516.100	636.180	610.500		610.500	610.500	610.500
14	- Transferauszahlungen	7.000	7.000	7.000	7.000		7.000	7.000	7.000
15	- sonstige Auszahlungen	182.171	144.100	1.336.700	1.345.700		1.354.200	1.367.700	1.376.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.554.567	1.451.629	3.055.652	3.039.381		3.058.521	3.082.767	3.102.619
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-182.688	-292.222	402.260	409.930		312.752	329.195	341.498
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-55.016							
23	= investive Einzahlungen	-55.016							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	64.646	300.000	345.000	600.000				
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	333.282	410.000	579.980	475.860		475.860	475.860	475.860
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	10.453							
30	= investive Auszahlungen	408.380	710.000	924.980	1.075.860		475.860	475.860	475.860
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	353.364	710.000	924.980	1.075.860		475.860	475.860	475.860

Planerläuterungen zum Teilfinanzplan 1.03.02 Berufskollegs

Zeile 26 (Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Der Ansatz ist für vermögenswirksame Anschaffung von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume etc.) bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird vom Amt für Schule und Bildung begleitet.

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

- 5.400010.710 BGA - BK Dieringhausen
- 5.400030.710 BGA - BK Gummersbach
- 5.400050.710 BGA - BK Wipperfürth

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-627.521	-627.521
6	= Summe Einzahlungen									-627.521	-627.521
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	64.646	300.000	145.000	100.000					12.033.146	12.278.146
13	= Summe Auszahlungen	64.646	300.000	145.000	100.000					12.033.146	12.278.146
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	64.646	300.000	145.000	100.000					11.405.625	11.650.625

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.232410 Erweiterung / Sanierung Berufskolleg Dieringhausen

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Die Herstellung einer Außentreppe gehört zu dem nunmehr erweiterten Thema Errichtung einer Feuerwehrumfahrt und eines Sammelplatzes. Zudem erfolgt die Sanierung von Heizung, Lüftung und Sanitär der Sporthalle.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5232421 Barrierefreier Aufzug BK Hepel											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			200.000							200.000
13	= Summe Auszahlungen			200.000							200.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			200.000							200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.232421 Barrierefreier Aufzug BK Hepel

Diese investive Maßnahme ist zusätzlich aufgrund des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ in den Haushalt aufgenommen worden (vgl. Erläuterung unter PG 1.16.01)

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5232422 Sanierung Sporthalle Reininghausen											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				500.000						500.000
13	= Summe Auszahlungen				500.000						500.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				500.000						500.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.232422 Sanierung Sporthalle Reininghausen

Diese investive Maßnahme ist zusätzlich aufgrund des Förderprogramms „Gute Schule 2020“ in den Haushalt aufgenommen worden (vgl. Erläuterung unter PG 1.16.01)

<u>Beschreibung</u>	In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst: 1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen 1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs Gewährleistung der Schülerbeförderung - bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets - bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr - Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung
<u>Auftragsgrundlage</u>	Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW
<u>Ziele</u>	Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen
<u>Zielgruppen</u>	Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.03 Schülerbeförderung

Dez. I, Dez. III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-431						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.230						
10	= Ordentliche Erträge	-2.661						
11	- Personalaufwendungen	20.033	17.708	16.379	16.464	16.741	16.931	17.093
12	- Versorgungsaufwendungen	5.103	4.162	5.622	5.794	5.897	5.965	6.021
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.033.316	2.994.480	3.530.000	3.628.800	3.729.400	3.831.800	3.936.100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	182	288	294	306	308	310	313
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.058.635	3.016.639	3.552.296	3.651.364	3.752.346	3.855.007	3.959.528
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	3.055.974	3.016.639	3.552.296	3.651.364	3.752.346	3.855.007	3.959.528
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	3.055.974	3.016.639	3.552.296	3.651.364	3.752.346	3.855.007	3.959.528
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	3.055.974	3.016.639	3.552.296	3.651.364	3.752.346	3.855.007	3.959.528
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	621	560	477	509	477	481	482
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.056.595	3.017.199	3.552.772	3.651.873	3.752.823	3.855.488	3.960.009

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.03.03 Schülerbeförderung

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Schülerbeförderung (KA 524100) für alle kreiseigenen Schulen. Die Steigerung 2017 ergibt sich – neben allgemeinen Preissteigerungen - durch die zusätzlichen Schülerbeförderungskosten für das ehemalige Berufskolleg Wermelskirchen.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen	524100	Schülerbeförderungskosten	1.772.900	1.960.000	2.018.800
1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs	524100	Schülerbeförderungskosten	1.221.580	1.570.000	1.610.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.03 Schülerbeförderung**

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	11.742	12.289	11.555	11.561		11.677	11.794	11.912
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.051.732	2.994.480	3.530.000	3.628.800		3.729.400	3.831.800	3.936.100
15	- sonstige Auszahlungen	-13.523							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.049.951	3.006.769	3.541.555	3.640.361		3.741.077	3.843.594	3.948.012
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.049.951	3.006.769	3.541.555	3.640.361		3.741.077	3.843.594	3.948.012

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.03.04.01 Schulpsychologie
- 1.03.04.02 Medienzentrum
- 1.03.04.03 Schulaufsicht
- 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg
- 1.03.04.05 Übergangsmangement Schule-Beruf

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.03.04.01

Schulpsychologie

Beschreibung

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis

1.03.04.02

Medienzentrum

Beschreibung

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis

1.03.04.03

Schulaufsicht

Beschreibung

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
 - Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
 - Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
 - Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen
- Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Auftragsgrundlage

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte

1.03.04.04

Bildungsnetzwerk Oberberg

Beschreibung

In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Amt für Schule und Bildung eingerichteten Bildungsbüro.

Auftragsgrundlage

Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss

Ziele

- Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

1.03.04.05

Übergangsmanagement Schule-Beruf

Beschreibung

Regional abgestimmte Koordination des Übergangs Schule und Beruf

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW, Beschluss des Kreistages

Ziele

Erhöhung der Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler
Förderung und Unterstützung von Schüler/innen beim Übergang von Schule in Beruf
Übergang ohne Brüche

Zielgruppen

Schulen im OBK, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-89.922	-122.870	-123.455	-96.155	-60.577	-25.000	-25.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-196.495	-168.110	-289.206	-281.706	-281.706	-281.706	-281.706
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-62.167		-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
10	= Ordentliche Erträge	-348.584	-290.980	-422.661	-387.861	-352.283	-316.706	-316.706
11	- Personalaufwendungen	1.151.708	1.045.923	1.197.428	1.202.317	1.217.344	1.230.124	1.242.210
12	- Versorgungsaufwendungen	139.658	87.610	150.626	155.560	158.318	160.145	161.661
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	86.108	183.759	38.134	39.134	38.384	37.634	37.634
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.982	150	4.619	2.800	185	248	310
15	- Transferaufwendungen	37.590	20.000	140.800	145.000	145.000	145.000	145.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.452	49.153	144.313	103.518	104.025	105.283	104.548
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.456.497	1.386.594	1.675.921	1.648.329	1.663.257	1.678.433	1.691.364
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.107.913	1.095.614	1.253.260	1.260.468	1.310.974	1.361.727	1.374.658
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.107.913	1.095.614	1.253.260	1.260.468	1.310.974	1.361.727	1.374.658
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.107.913	1.095.614	1.253.260	1.260.468	1.310.974	1.361.727	1.374.658
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	87.380	96.970	177.328	134.980	128.858	130.660	131.243
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.195.293	1.192.584	1.430.588	1.395.447	1.439.831	1.492.387	1.505.901

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisungen des Bundes und des Landes, Konnexität Sprachförderung. Die 2016 hier veranschlagten anteiligen Mittel der Inklusionspauschale sind nach Landesvorgabe im → PB 1.16 abzubilden. Neu hinzugekommen sind Zuwendungen für die LEADER Projekte "Medieninitiative" und "Lachsspiel". Für 2017 bis 2019 sind Fördermittel des Bundes für „Bildung intergriert“ (KA 414100, 71.155 €) eingeplant.

Bis 2016 veranschlagte Mittel für Erstattungen Dritter (KA alt 414500, 20.000 €, z. B. Schülerlabor) sind ab 2017 in Zeile 6 enthalten (KA neu 442800).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.04.03	Schulaufsicht	414200	Zuweisungen Land	-16.700	-10.000	-10.000
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg	414100	Zuweisungen vom Bund	0	-71.155	-71.155
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg	414200	Zuweisungen Land	-86.170	-42.300	-15.000

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg	442800	Erstattungen von privaten Unternehmen	0	-137.500	-130.000
1534	Kommunale Koordinierungsstelle	444905	Zuschüsse	-148.110	-151.706	-151.706

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Spenden (KA 452800, Zuwendungen Dritter für Bildungsprojekt, z.B. Vorleseoffensive Oberberg). RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. III, Dez. IV

1.03 Schulträgeraufgaben**1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben****Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)**

Aufwendungen für Medien (KA 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises (10.000 € p. a.), (KA 528900)

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Weiterleitung der Fördermittel des Bildungsnetzwerks Oberberg (siehe Zeile 6)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Sachkosten Bildungsbüro (KA 543900), Durchführung regionaler Bildungsprojekte, z. B. Haus der kleinen Forscher, Vorleseoffensive Oberberg. 2017: Erweiterung des Ansatzes für weitere, von Dritten unterstützte Bildungsprojekte,

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg	543900	Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	10.000	105.700	63.700

Haushaltsplan 2017/2018

1.03 Schulträgeraufgaben


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

verantwortlich:

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben

Dez. III, Dez. IV

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-87.597	-122.870	-123.455	-96.155		-60.577	-25.000	-25.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-186.003	-168.110	-289.206	-281.706		-281.706	-281.706	-281.706
7	+ Sonstige Einzahlungen			-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-273.600	-290.980	-422.661	-387.861		-352.283	-316.706	-316.706
10	- Personalauszahlungen	900.065	846.628	1.034.389	1.036.973		1.047.341	1.057.815	1.068.394
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	86.074	183.725	38.100	39.100		38.350	37.600	37.600
14	- Transferauszahlungen	39.374	20.000	140.800	145.000		145.000	145.000	145.000
15	- sonstige Auszahlungen	19.987	21.610	116.150	74.250		74.550	75.600	74.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.045.500	1.071.963	1.329.439	1.295.323		1.305.241	1.316.015	1.325.594
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	771.900	780.983	906.778	907.462		952.958	999.309	1.008.888
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		500	500	500		500	500	500
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	6.876		5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	6.876	500	5.500	5.500		5.500	5.500	5.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)	6.876	500	5.500	5.500		5.500	5.500	5.500

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-646.767	-609.220	-624.870	-624.866	-624.877	-597.366	-596.987
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.166.422	-1.274.750	-1.412.000	-1.412.000	-1.412.000	-1.412.000	-1.412.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-47.347	-61.200	-50.635	-50.635	-50.635	-50.635	-50.635
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-151.230	-55.794	-99.419	-76.869	-72.794	-73.094	-73.394
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-140.396	-2.500	-32.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge	-2.152.163	-2.003.464	-2.218.924	-2.166.370	-2.162.306	-2.135.095	-2.135.016
11	- Personalaufwendungen	2.345.946	2.372.557	2.780.847	2.781.080	2.801.009	2.818.991	2.836.414
12	- Versorgungsaufwendungen	121.776	90.360	134.772	139.330	141.801	143.437	144.794
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	688.441	755.283	867.313	823.033	787.733	788.033	788.033
14	- Bilanzielle Abschreibungen	55.382	86.651	59.541	64.979	69.945	73.227	76.563
15	- Transferaufwendungen	449.829	462.462	476.705	477.205	479.705	479.705	479.705
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	500.877	469.782	508.174	482.348	481.872	483.585	484.246
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.162.250	4.237.095	4.827.352	4.767.974	4.762.065	4.786.978	4.809.755
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.010.087	2.233.631	2.608.428	2.601.604	2.599.759	2.651.883	2.674.739
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	431						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	431						
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.010.518	2.233.631	2.608.428	2.601.604	2.599.759	2.651.883	2.674.739
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.010.518	2.233.631	2.608.428	2.601.604	2.599.759	2.651.883	2.674.739

Haushaltsplan 2017/2018**1.04 Kultur und Wissenschaft**

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.055.679	1.031.694	1.200.172	1.321.717	996.730	1.018.260	1.025.103
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.066.197	3.265.326	3.808.601	3.923.321	3.596.489	3.670.143	3.699.842

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-681.142	-570.000	-621.000	-621.000		-621.000	-593.500	-593.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.216.560	-1.274.750	-1.412.000	-1.412.000		-1.412.000	-1.412.000	-1.412.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-53.560	-61.200	-50.635	-50.635		-50.635	-50.635	-50.635
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-144.254	-55.500	-99.125	-76.575		-72.500	-72.800	-73.100
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.474	-2.500	-32.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.098.990	-1.963.950	-2.214.760	-2.162.210		-2.158.135	-2.130.935	-2.131.235
10	- Personalauszahlungen	2.256.479	2.005.702	2.584.113	2.582.432		2.597.683	2.613.089	2.628.647
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	525.007	586.020	867.050	822.770		787.470	787.770	787.770
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	431							
14	- Transferauszahlungen	439.198	452.962	465.705	465.705		468.205	468.205	468.205
15	- sonstige Auszahlungen	358.412	374.730	400.130	371.410		370.310	371.410	371.410
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.579.527	3.419.414	4.316.998	4.242.317		4.223.668	4.240.474	4.256.032
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.480.537	1.455.464	2.102.238	2.080.107		2.065.533	2.109.539	2.124.797
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-5.693							
23	= investive Einzahlungen	-5.693							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	553.350		30.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	54.022	110.043	170.043	68.043		51.617	51.617	51.617
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	536							
30	= investive Auszahlungen	607.907	110.043	200.043	68.043		51.617	51.617	51.617
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	602.215	110.043	200.043	68.043		51.617	51.617	51.617

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen

1.04.01.01.01 Sonderausstellungen

1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.01.01

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

Beschreibung

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-140.300	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-458	-49.900	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-999						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.176						
10	= Ordentliche Erträge	-146.933	-114.900	-85.000	-85.000	-85.000	-85.000	-85.000
11	- Personalaufwendungen	183.738	168.633	185.636	184.467	186.574	188.494	190.360
12	- Versorgungsaufwendungen	11.694	8.511	13.186	13.582	13.823	13.983	14.115
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	222.444	256.397	267.397	267.397	267.397	269.397	269.397
15	- Transferaufwendungen	14.444	19.567	18.567	19.067	21.567	21.567	21.567
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	176.494	133.199	133.739	134.035	134.096	134.157	134.218
17	= Ordentliche Aufwendungen	608.813	586.307	618.526	618.547	623.457	627.597	629.656
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	461.880	471.407	533.526	533.547	538.457	542.597	544.656
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	461.880	471.407	533.526	533.547	538.457	542.597	544.656
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	461.880	471.407	533.526	533.547	538.457	542.597	544.656
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.050	16.750	19.960	20.145	20.392	20.893	20.969
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	477.930	488.156	553.485	553.693	558.849	563.490	565.625

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.04.01 Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung**Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)**

Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (KA 414700).

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Gebühreneinnahmen (KA 432100) für kulturelle Veranstaltungen. Die Ansätze 2017ff. sind an die Erfahrungswerte nach der Neueröffnung angepasst worden. RE 2015 zeigt noch nicht den tatsächlichen IST-Betrag.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (KA 529100) im Kreishausfoyer, im Museum Schloss Homburg und in Haus Dahl. Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (KA 524900). Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (KA 525300) an die Stadt Gummersbach beträgt für 2017 und 2018 je 180.000 €.

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (KA 531300 u. 531900): Wettbewerb „Jugend musiziert“, Sinfonieorchester, Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen.

Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern, Kulturförderpreis (KA 531900) des Oberbergischen Kreises (alle drei Jahre, nächste Termine 2016 und 2019). Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (KA 543700) für Veranstaltungen und Empfänge, Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (KA 543800)
Aufwendungen für Sonderausstellungen (KA 549900, 100.000 € p. a.).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft
1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-163.300	-65.000	-65.000	-65.000		-65.000	-65.000	-65.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-578	-49.900	-20.000	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-163.878	-114.900	-85.000	-85.000		-85.000	-85.000	-85.000
10	- Personalauszahlungen	164.858	128.760	165.348	164.078		165.719	167.377	169.051
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	52.243	87.250	267.250	267.250		267.250	269.250	269.250
14	- Transferauszahlungen	3.813	10.067	7.567	7.567		10.067	10.067	10.067
15	- sonstige Auszahlungen	145.517	105.100	105.100	105.100		105.100	105.100	105.100
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	366.430	331.177	545.265	543.995		548.136	551.794	553.468
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	202.553	216.277	460.265	458.995		463.136	466.794	468.468

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.02.01 Volkshochschule
- 1.04.02.01.01 Abendgymnasium

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.02.01

Volkshochschule

Beschreibung

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahen Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Weiterbildung und Studium

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-485.128	-527.505	-541.000	-541.000	-541.000	-513.500	-513.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.057.278	-975.000	-1.220.000	-1.220.000	-1.220.000	-1.220.000	-1.220.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.791	-200					
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-149.064	-55.682	-99.307	-76.757	-72.682	-72.982	-73.282
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-129.921	-500					
10	= Ordentliche Erträge	-1.819.599	-1.558.887	-1.860.307	-1.837.757	-1.833.682	-1.806.482	-1.806.782
11	- Personalaufwendungen	1.721.832	1.702.896	2.113.930	2.117.560	2.130.726	2.142.307	2.153.415
12	- Versorgungsaufwendungen	97.747	72.806	107.624	111.357	113.332	114.639	115.725
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	122.837	130.211	197.841	164.061	158.761	157.061	157.061
14	- Bilanzielle Abschreibungen	4.922	47.534	3.606	5.350	6.404	8.260	8.732
15	- Transferaufwendungen	435.385	442.895	458.138	458.138	458.138	458.138	458.138
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	178.425	186.425	192.839	195.798	195.000	196.406	196.754
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.561.148	2.582.767	3.073.978	3.052.265	3.062.361	3.076.811	3.089.825
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	741.549	1.023.880	1.213.671	1.214.508	1.228.679	1.270.329	1.283.043
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	431						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	431						
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	741.980	1.023.880	1.213.671	1.214.508	1.228.679	1.270.329	1.283.043
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	741.980	1.023.880	1.213.671	1.214.508	1.228.679	1.270.329	1.283.043

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	241.336	153.910	183.172	223.745	159.128	161.589	162.063
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	983.316	1.177.790	1.396.843	1.438.253	1.387.807	1.431.918	1.445.106

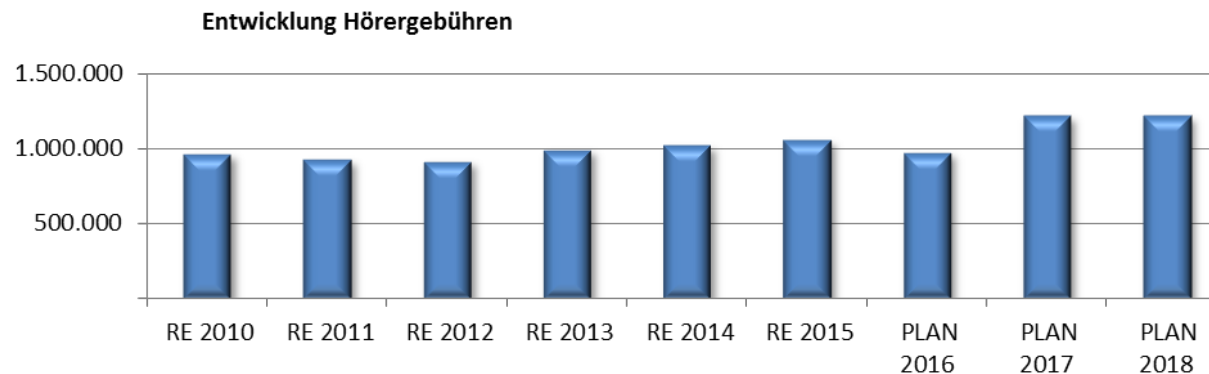
Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.04.02 Volkshochschule

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuweisungen (KA 414200). Im Ansatz 2016 sind zusätzlich Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i. H. v. rd. 38.000 € eingeplant.

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Hörergebühren (KA 432902). Mehrertrag durch erwartete Erhöhung Kostenerstattungssatz BAMF für Integrationskurse



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

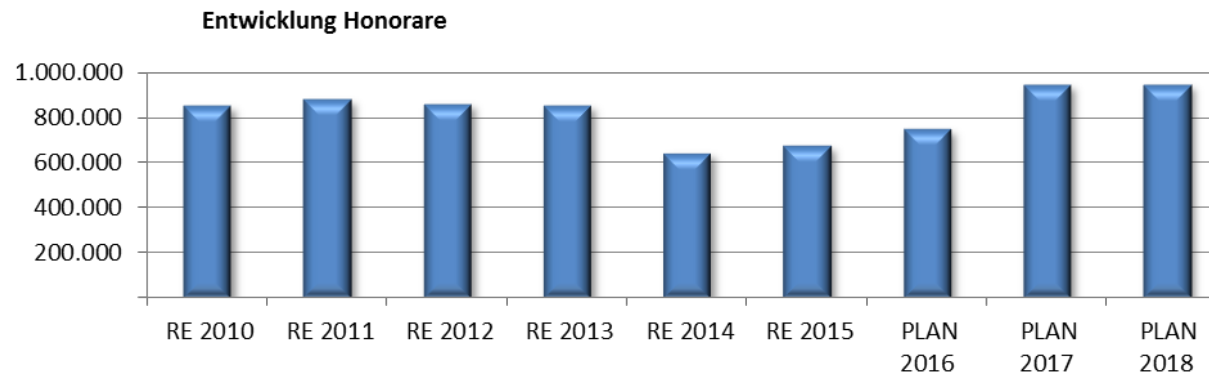
Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (KA 443900), Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc. (KA 443908) Erträge aus Anzeigenwerbung (KA 444902) im Programmheft. Erstattungen von Zweckverbänden für das Abendgymnasium (KA 442400, 43.000 €) vereinnahmt. Zuweisungen für LEADER-Projekte (KA 444905) einmalig in 2017 i. H. v. 27.625 € und 2018 i. H. v. 4.875 €

Zeile 11 (Personalaufwendungen)

Neben den regulären Personalaufwendungen sind hier auch die Honorare für Dozenten (KA 501950) und Abteilungsleitervergütungen (KA 501960) veranschlagt. Ab 2017: vorgeschriebene Erhöhung der Honorare im Bereich der Integrationskurse (Refinanzierung siehe Zeile 4), leichte Erhöhung der übrigen Honorare im Bereich der VHS (ca. 32.000 €)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.04.02.01	Volkshochschule	501950	Honorare	750.000	950.000	950.000
1.04.02.01	Volkshochschule	501960	Sonstige Vergütungen	42.000	45.000	45.000



Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.02 Weiterbildung und Studium****Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)**

Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (KA 524300), Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (KA 525300), ADV-Eingaben und ADV-Programmpflege (KA 529923 u. 529924), Druckkosten des VHS-Programms (KA 529930).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.04.02.01	Volkshochschule	524300	Lehr- und Unterrichtsmittel	6.500	8.500	8.500
1.04.02.01	Volkshochschule	525300	Erstattungen Gmd.	55.000	55.000	55.000
1.04.02.01	Volkshochschule Oberberg	525900	Fahrkostenerstattung Kursteilnehmer	0	15.000	15.000
1547	LEADER-Projekte VHS	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	42.500	7.500
1.04.02.01	Volkshochschule	529930	Kursprogramm KVHS - Druckkosten	54.320	62.000	62.000

Zeile 14 (Bilanzielle Abschreibungen)

Der hohe Ansatz 2016 beinhaltet fälschlicherweise an dieser Stelle die Abschreibungen für die Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) einschließlich Gebäude. In gleicher Höhe sind 2016 allerdings in Zeile 2 auch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten enthalten. In der Jahresrechnung ab 2014 und der HH-Planung 2017ff. wird die Ausgliederung der AGewiS korrekt berücksichtigt.

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschussbedarf für die Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren (AGewiS) (KA 531600) Die AGewiS ist seit dem 01.01.2014 eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, für die ein eigener Wirtschaftsplan aufgestellt wird. Die Aufwendungen und Erträge der Akademie sind daher ab dem Haushaltsjahr 2014 nicht mehr im Kreishaushalt enthalten.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Fortbildung der Dozenten (KA 541200), Reisekosten (KA 541300) Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, KA 542100), GEMA-Gebühren (KA 542300), Prüfungsgebühren (KA 542915), Mitgliedsbeitrag (KA 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen, Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (KA 543800).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.04 Kultur und Wissenschaft**1.04.02 Weiterbildung und Studium****Wesentliche Einzelposition(en)**

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.04.02.01	Volkshochschule	542100	Miete/Pacht unbewegliche Wirtschaftsg.	72.000	72.000	72.000
1.04.02.01	Volkshochschule	542915	Prüfungsgebühren	14.000	14.000	14.000
1.04.02.01	Volkshochschule	544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden usw.	8.000	8.000	8.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Weiterbildung und Studium

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-485.128	-490.000	-541.000	-541.000		-541.000	-513.500	-513.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.104.685	-975.000	-1.220.000	-1.220.000		-1.220.000	-1.220.000	-1.220.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.021	-200						
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-142.253	-55.500	-99.125	-76.575		-72.500	-72.800	-73.100
7	+ Sonstige Einzahlungen		-500						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.733.086	-1.521.200	-1.860.125	-1.837.575		-1.833.500	-1.806.300	-1.806.600
10	- Personalauszahlungen	1.676.128	1.481.312	1.975.630	1.977.492		1.987.106	1.996.817	2.006.625
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	123.107	130.050	197.680	163.900		158.600	156.900	156.900
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	431							
14	- Transferauszahlungen	435.385	442.895	458.138	458.138		458.138	458.138	458.138
15	- sonstige Auszahlungen	97.689	149.620	143.720	145.000		143.900	145.000	145.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.332.739	2.203.877	2.775.168	2.744.530		2.747.744	2.756.855	2.766.663
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	599.653	682.677	915.043	906.955		914.244	950.555	960.063
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			30.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	8.351	9.000	9.000	10.000		10.000	10.000	10.000
30	= investive Auszahlungen	8.351	9.000	39.000	10.000		10.000	10.000	10.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	8.351	9.000	39.000	10.000		10.000	10.000	10.000

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5230110 AGEWIS II											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			30.000							30.000
13	= Summe Auszahlungen			30.000							30.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			30.000							30.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.230110 AGewiS II

Aufgrund des steigenden Bedarfs nach Kursen der **Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren** reicht das Raumangebot des Gebäudes auf dem Steinmüllergelände nicht mehr aus. Daher ist ein Neu- bzw. Erweiterungsbau am Standort Steinmüllergelände geplant. Dieser soll gleichzeitig die bisher an anderer Stelle untergebrachte Krankenpflegeschule mit aufnehmen. Hierdurch werden Synergieeffekte geschaffen. Die Maßnahme soll aus Fördermitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes finanziert werden, die zur Zeit zentral im Produkt 1.16.01 veranschlagt sind. Ausführungszeitraum: 2017/2018, ggf. auch später

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.04.03.01 Museum und Forum Schloss Homburg

1.04.03.01.01 Schloss Homburg

1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.04.03.01

Museum und Forum Schloss Homburg

Beschreibung

Standorte:

- Museum und Forum Schloss Homburg in Nümbrecht (kunst-, kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“ (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates).

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. Museum: Präsentation kulturhistorischer Exponate für ca. 90.000 Besucher p.a.
Museumsshop: Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware

Zielgruppen

2. Museumspädagogik: Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher
Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-21.339	-16.715	-18.870	-18.866	-18.877	-18.866	-18.487
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-107.080	-248.850	-171.000	-171.000	-171.000	-171.000	-171.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-49.139	-61.000	-50.635	-50.635	-50.635	-50.635	-50.635
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.143	-112	-112	-112	-112	-112	-112
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-5.176	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
10	= Ordentliche Erträge	-183.877	-328.677	-242.617	-242.613	-242.624	-242.613	-242.234
11	- Personalaufwendungen	403.554	465.753	445.378	443.382	447.665	451.783	455.869
12	- Versorgungsaufwendungen	11.694	8.511	13.186	13.582	13.823	13.983	14.115
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	343.063	368.172	401.572	391.072	361.072	361.072	361.072
14	- Bilanzielle Abschreibungen	50.459	39.117	55.936	59.629	63.542	64.967	67.831
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	144.231	146.701	148.095	148.935	149.182	149.413	149.646
17	= Ordentliche Aufwendungen	953.001	1.028.254	1.064.167	1.056.601	1.035.283	1.041.217	1.048.532
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	769.125	699.577	821.550	813.988	792.659	798.605	806.298
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	769.125	699.577	821.550	813.988	792.659	798.605	806.298
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	769.125	699.577	821.550	813.988	792.659	798.605	806.298
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-10.221	-11.654	-14.868	-15.183	-15.513	-16.049	-16.145
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	807.197	871.141	1.010.495	1.091.352	831.251	850.319	856.693
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.566.101	1.559.065	1.817.177	1.890.156	1.608.398	1.632.875	1.646.847

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.04.03 Museum

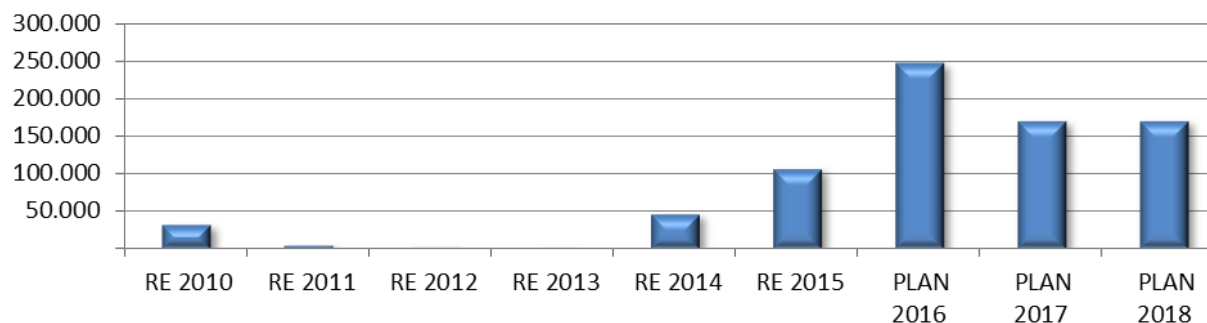
Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

u. a. allgemeine Finanzaufwendungen des Fördervereins Schloss Homburg (15.000 € p. a.)

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Benutzungsgebühren („Eintrittsgelder“ KA 432100) Museum Schloss Homburg und Haus Dahl (einschl. Gebühren für museumspädagogische Führungen und Vermietung der Räumlichkeiten des Museums). Die Planung 2017 ff. ist gegenüber der bisherigen Finanzplanung an die Rechnungsergebnisse der VJ angepasst worden.

Entwicklung Eintrittsgelder Museum Schloss Homburg



Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Verkäufe der Museumsshops (KA 441100), Mieten und Pachten (KA 442100)

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Spenden (KA 452800). Zum RE 2015 siehe auch „Allgemeine Erläuterungen“.

Zeile 11 (Personalaufwendungen)

Neben den regulären Personalaufwendungen Aufwendungen für sonstige Beschäftigte (KA 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker, rd. 41.000 €).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

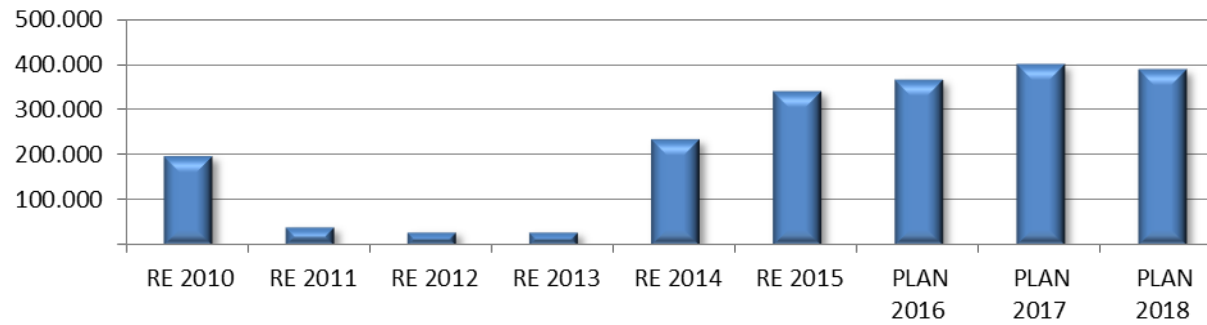
Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen, Museumsgut und Archivalien (KA 523600), Wareneinkauf für den Museumsshop (KA 526400), Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf, Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (KA 529912).

Bei der KA 524900 (Andere sonstige Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen) werden die Ansätze in 2017 und 2018 um je 30.000 € erhöht, da die Depotbestände als Fortsetzung der Baumaßnahme umgelagert werden müssen (u. a. Villa Kohlgrüber)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.04.03.01.01	Schloss Homburg	524900	Andere so. Verwaltungs- u. Betriebsaufw.	17.910	47.910	47.910
1.04.03.01.01	Schloss Homburg	526400	Waren	35.000	35.000	35.000
1.04.03.01.01	Schloss Homburg	529912	Fremduntern. Aufsichts-/Kassendienst	275.000	275.000	275.000
1.04.03.01.02	Haus Dahl	529912	Fremduntern. Aufsichts-/Kassendienst	9.600	7.000	7.000

Entwicklung Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen Museum Schloss Homburg



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing (KA 543800, rd. 99.000 € p. a.).

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-32.714	-15.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-109.691	-248.850	-171.000	-171.000		-171.000	-171.000	-171.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-52.540	-61.000	-50.635	-50.635		-50.635	-50.635	-50.635
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-2.001							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-3.474	-2.000	-2.000	-2.000		-2.000	-2.000	-2.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-200.419	-326.850	-238.635	-238.635		-238.635	-238.635	-238.635
10	- Personalauszahlungen	381.130	369.530	411.345	409.303		412.983	416.701	420.455
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	349.563	368.220	401.620	391.120		361.120	361.120	361.120
15	- sonstige Auszahlungen	115.011	118.510	119.810	119.810		119.810	119.810	119.810
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	845.703	856.260	932.775	920.233		893.913	897.631	901.385
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	645.285	529.410	694.140	681.598		655.278	658.996	662.750
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-5.693							
23	= investive Einzahlungen	-5.693							
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	553.350							
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	45.670	101.043	161.043	58.043		41.617	41.617	41.617
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	536							
30	= investive Auszahlungen	599.556	101.043	161.043	58.043		41.617	41.617	41.617
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	593.863	101.043	161.043	58.043		41.617	41.617	41.617

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum



OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5233211 Erweiterung Schloß Homburg											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen									-9.156.850	-9.156.850
6	= Summe Einzahlungen									-9.156.850	-9.156.850
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	513.402								14.429.702	14.429.702
13	= Summe Auszahlungen	513.402								14.429.702	14.429.702
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	513.402								5.272.852	5.272.852

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.2332100 Erweiterung Schloss Homburg

Die **Bauinvestitionen** auf dem Gelände von **Schloss Homburg** sind abgeschlossen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.03 Museum



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5233214 Schloss Homburg Gebäudeleittechnik											
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			80.000							80.000
13	= Summe Auszahlungen			80.000							80.000
14	= Saldo: (Einzahlungen / . Auszahlungen)			80.000							80.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.233214 Schloss Homburg Gebäudeleittechnik

Das Forum auf **Schloss Homburg** ist aufgrund der Nutzung als Multifunktionsgebäude mit hochwertiger und sehr komplexer Gebäudetechnik ausgestattet. Aufgrund von nicht erbrachten Leistungen des Ingenieurbüros für Haustechnik, das mittlerweile insolvent ist, müssen die einzelnen Komponenten der **Gebäudeleittechnik** noch aufeinander eingestellt und optimiert werden. Ausführungszeitraum 2017.

Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage

Ziele

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildarchiv

Dezernat III


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.608	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-24						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-123		-30.000				
10	= Ordentliche Erträge	-1.754	-1.000	-31.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
11	- Personalaufwendungen	36.822	35.275	35.902	35.671	36.044	36.408	36.771
12	- Versorgungsaufwendungen	642	533	776	808	823	832	840
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	97	502	502	502	502	502	502
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.726	3.457	33.501	3.580	3.594	3.609	3.628
17	= Ordentliche Aufwendungen	39.287	39.767	70.682	40.561	40.964	41.352	41.742
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	37.533	38.767	39.682	39.561	39.964	40.352	40.742
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	37.533	38.767	39.682	39.561	39.964	40.352	40.742
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	37.533	38.767	39.682	39.561	39.964	40.352	40.742
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.317	1.547	1.413	1.658	1.471	1.508	1.522
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	38.851	40.315	41.095	41.219	41.434	41.860	42.264

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.04.04 Heimatbildarchiv

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Erträge für Reproduktionen (KA 431100 u. 432100).

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Ansatz 2017: Erwartete Spendeneinnahmen (KA 452800) für den Erwerb eines Bildbestands von Privat, der eine Lücke im bisherigen Bestand schließt.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Aufwendungen für die Erstellung von Reproduktionen (KA 529100)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Die erhöhten Aufwendungen 2017 werden für den Erwerb eines Bildbestands verwendet (Finanzierung siehe Zeile 7)

Haushaltsplan 2017/2018

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildarchiv

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.608	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
7	+ Sonstige Einzahlungen			-30.000					
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.608	-1.000	-31.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
10	- Personalauszahlungen	34.363	26.100	31.790	31.559		31.875	32.194	32.516
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	96	500	500	500		500	500	500
15	- sonstige Auszahlungen	195	1.500	31.500	1.500		1.500	1.500	1.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34.654	28.100	63.790	33.559		33.875	34.194	34.516
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	33.046	27.100	32.790	32.559		32.875	33.194	33.516

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000					
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-926.349	-902.568	-872.570	-872.570	-872.570	-872.570	-872.570
3	+ Sonstige Transfererträge	-1.780.150	-1.446.500	-1.333.000	-1.333.000	-1.333.000	-1.333.000	-1.333.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-32.743	-42.150	-37.250	-37.250	-37.250	-37.250	-37.250
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-39.705.670	-33.011.027	-38.567.048	-39.796.612	-39.735.365	-39.798.746	-39.862.760
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-396.074	-1.000					
10	= Ordentliche Erträge	-44.355.897	-37.003.245	-40.809.868	-42.039.432	-41.978.185	-42.041.566	-42.105.580
11	- Personalaufwendungen	8.437.378	8.568.711	9.689.456	9.949.717	10.067.037	10.171.294	10.271.728
12	- Versorgungsaufwendungen	780.631	645.152	890.904	922.598	938.959	949.789	958.781
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.386.832	8.235.560	8.756.973	8.896.232	8.896.498	8.896.773	8.897.055
14	- Bilanzielle Abschreibungen		4.210	1.540	4.153	6.318	8.521	9.223
15	- Transferaufwendungen	40.312.484	37.568.232	45.358.484	45.603.484	45.849.484	46.095.484	46.341.484
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.948.902	33.974.920	33.811.380	33.825.710	33.828.540	33.830.452	33.832.639
17	= Ordentliche Aufwendungen	96.866.227	88.996.785	98.508.738	99.201.893	99.586.836	99.952.314	100.310.910
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	52.510.330	51.993.540	57.698.870	57.162.461	57.608.651	57.910.748	58.205.330
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	52.510.330	51.993.540	57.698.870	57.162.461	57.608.651	57.910.748	58.205.330
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	52.510.330	51.993.540	57.698.870	57.162.461	57.608.651	57.910.748	58.205.330
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-17.051	-18.720	-23.413	-19.029	-19.525	-19.925	-20.109
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	457.908	479.880	515.184	470.674	468.212	468.767	469.102
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	52.951.187	52.454.701	58.190.640	57.614.106	58.057.338	58.359.590	58.654.322

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-897.091	-902.568	-872.570	-872.570		-872.570	-872.570	-872.570
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-1.516.463	-1.446.500	-1.333.000	-1.333.000		-1.333.000	-1.333.000	-1.333.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.854	-42.150	-37.250	-37.250		-37.250	-37.250	-37.250
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-34.352.136	-33.010.733	-38.566.754	-39.796.318		-39.735.071	-39.798.452	-39.862.466
7	+ Sonstige Einzahlungen	-377	-1.000						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-38.314.831	-37.002.951	-40.809.574	-42.039.138		-41.977.891	-42.041.272	-42.105.286
10	- Personalauszahlungen	7.187.068	6.572.970	8.542.386	8.771.981		8.859.699	8.948.294	9.037.776
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.898.061	8.235.200	8.756.622	8.895.881		8.896.147	8.896.422	8.896.704
14	- Transferauszahlungen	40.723.311	37.568.232	45.358.484	45.603.484		45.849.484	46.095.484	46.341.484
15	- sonstige Auszahlungen	33.438.664	33.737.680	33.582.757	33.582.757		33.583.757	33.583.757	33.583.757
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.247.104	86.114.082	96.240.249	96.854.103		97.189.087	97.523.957	97.859.721
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	54.932.273	49.111.131	55.430.675	54.814.965		55.211.196	55.482.685	55.754.435

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.05.01.01 Seniorenarbeit
- 1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.01.01

Seniorenarbeit

Beschreibung

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis

1.05.01.02

Heimaufsicht

Beschreibung

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.01 Unterstützung von Senioren

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-32.498	-40.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.369						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-41.131						
10	= Ordentliche Erträge	-81.997	-40.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000	-35.000
11	- Personalaufwendungen	389.652	332.902	381.569	385.152	391.382	395.774	399.560
12	- Versorgungsaufwendungen	89.418	69.862	118.777	123.145	125.329	126.774	127.974
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	913.303	1.020.026	1.059.026	1.198.026	1.198.026	1.198.026	1.198.026
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.698	52.702	52.040	53.043	53.170	53.302	53.453
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.433.071	1.475.491	1.611.412	1.759.366	1.767.907	1.773.876	1.779.014
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.351.074	1.435.491	1.576.412	1.724.366	1.732.907	1.738.876	1.744.014
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.351.074	1.435.491	1.576.412	1.724.366	1.732.907	1.738.876	1.744.014
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.351.074	1.435.491	1.576.412	1.724.366	1.732.907	1.738.876	1.744.014
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	22.857	22.034	25.530	22.434	22.609	22.812	22.896
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.373.931	1.457.525	1.601.943	1.746.800	1.755.515	1.761.688	1.766.910

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.05.01 Unterstützung von Senioren

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Gebühren im Heimrecht (KA 431100).

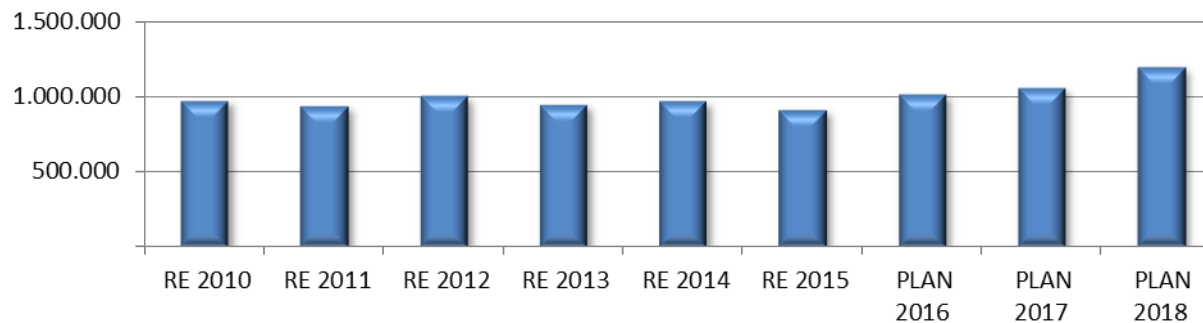
Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kostenerstattungen nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung (KA 525300). Aufwendungen der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ (KA 525900).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.01.01	Seniorenarbeit	525300	Erstattungen Gmd.	720.000	859.000	998.000
1.05.01.01	Seniorenarbeit	525900	Erstattungen übr.B	300.000	200.000	200.000

Entwicklung Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen Unterstützung von Senioren



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen der Heimaufsicht (KA 542700, Pflegegutachter rd. 31.000 p. a.), Fortbildungen der Senioren- und Pflegeberater (KA 541200)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen
1.05.01 Unterstützung von Senioren


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.609	-40.000	-35.000	-35.000		-35.000	-35.000	-35.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-802							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-34.411	-40.000	-35.000	-35.000		-35.000	-35.000	-35.000
10	- Personalauszahlungen	241.523	237.132	281.638	282.958		285.787	288.644	291.530
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	926.300	1.020.000	1.059.000	1.198.000		1.198.000	1.198.000	1.198.000
15	- sonstige Auszahlungen	28.857	36.500	35.500	35.500		35.500	35.500	35.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.196.680	1.293.632	1.376.138	1.516.458		1.519.287	1.522.144	1.525.030
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.162.269	1.253.632	1.341.138	1.481.458		1.484.287	1.487.144	1.490.030

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen
 - 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
 - 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
 - 1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen
- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
 - 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär
 - 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär
- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.02.01

Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

Beschreibung

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
- Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
- Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige

1.05.02.02

Hilfe zur Pflege

1.05.02.03

Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse

Beschreibung

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7. Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Gewährung von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen zu den Investitionsaufwendungen von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Pflegedienste und Heimträger und deren Mitarbeiter

1.05.02.04

Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Beschreibung

Unterstützung der Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Arbeit

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – , Kreistagsbeschlüsse

Ziele

Schaffung und Aufrechterhaltung bedarfsgerechter Angebote

Zielgruppen

Menschen in prekären Lebenssituationen

1.05.02.05

Leistungen für Schwerbehinderte

1.05.02.06

Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX

Beschreibung

- Unterstützung und Hilfen für schwerbehinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen -

Ziele

- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung“
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichabgabe

Zielgruppen

Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderung beschäftigen

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-926.349	-902.568	-872.570	-872.570	-872.570	-872.570	-872.570
3	+ Sonstige Transfererträge	-923.045	-992.500	-826.500	-826.500	-826.500	-826.500	-826.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35	-2.000	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-526.691	-578.794	-546.294	-548.294	-548.294	-548.294	-548.294
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-217.911	-1.000					
10	= Ordentliche Erträge	-2.594.031	-2.476.862	-2.247.464	-2.249.464	-2.249.464	-2.249.464	-2.249.464
11	- Personalaufwendungen	1.962.278	1.741.502	1.940.868	1.952.683	1.981.595	2.003.301	2.022.660
12	- Versorgungsaufwendungen	388.233	312.831	470.189	485.796	494.411	500.115	504.849
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	558.071	555.240	442.240	442.240	442.240	442.240	442.240
14	- Bilanzielle Abschreibungen		4.210	1.540	4.153	6.318	8.521	9.223
15	- Transferaufwendungen	23.065.207	21.074.232	26.305.234	26.550.234	26.796.234	27.042.234	27.288.234
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	175.816	159.910	153.360	162.538	163.694	164.902	166.283
17	= Ordentliche Aufwendungen	26.149.606	23.847.925	29.313.431	29.597.645	29.884.491	30.161.312	30.433.489
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	23.555.575	21.371.063	27.065.967	27.348.181	27.635.027	27.911.848	28.184.025
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	23.555.575	21.371.063	27.065.967	27.348.181	27.635.027	27.911.848	28.184.025
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	23.555.575	21.371.063	27.065.967	27.348.181	27.635.027	27.911.848	28.184.025
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-53.026	-58.228	-72.831	-59.194	-60.735	-61.979	-62.554
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	215.508	219.651	266.380	222.235	223.849	225.014	225.821
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	23.718.056	21.532.486	27.259.517	27.511.223	27.798.142	28.074.883	28.347.293

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen
Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisung des Landes zu Beweiserhebungskosten (KA 414200, 477.000 €), Zuweisung des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (KA 414300, 396.000 €).

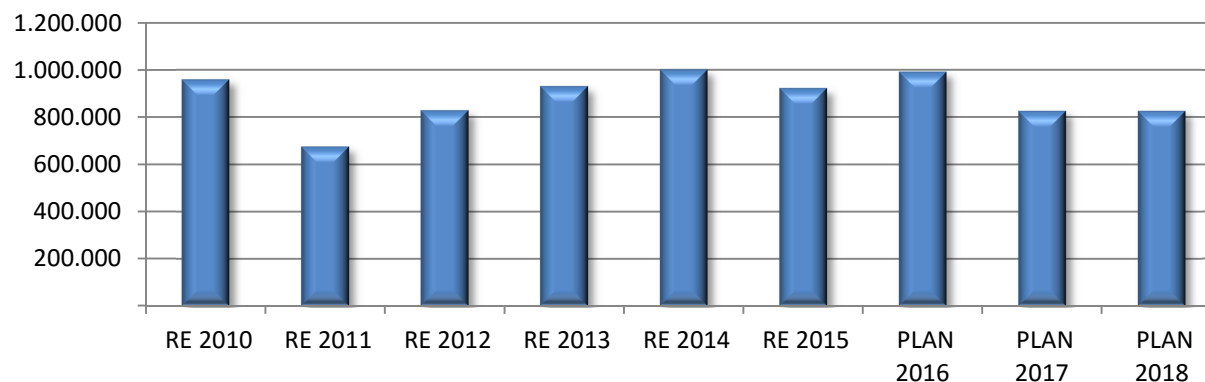
Zeile 3 (Sonstige Transfererträge)

Alle Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen: Kostenbeiträge (KA 421100 u. 422100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (KA 421200 u. 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (KA 421300, 421400, 422300 u. 422400), sonstige Ersatzleistungen (KA 421900 und 422900). Rückzahlungen von sozialen Leistungen (KA 421500 und 422500) In wie vielen Fällen Erträge zu erzielen sind und in welchem Umfang, ist stark einzelfallabhängig. Darin sind die Schwankungen bei den Ansätzen begründet.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit	442300	Eerstattung Gmd.	-90.000	-50.000	-50.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	421200	Übergeleitete Unterhaltsansprüche aE.	-6.000	-6.000	-6.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	421300	Leistungen Sozialleistungsträgern aE.	-3.000	-3.000	-3.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	421500	Rückzahlung gewährter Hilfe aE.	-29.000	-3.000	-3.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	-11.000	-13.000	-13.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	422200	Übergeleitete Unterhaltsansprüche iE.	-400.000	-520.000	-520.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	422300	Leistungen Sozialleistungsträger iE.	-50.000	-30.000	-30.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	422500	Rückzahlung gewährter Hilfe iE.	-430.000	-150.000	-150.000
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse	422500	Rückzahlung gewährter Hilfe iE.	0	-56.000	-56.000
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege	429100	Andere sonstige Transfererträge	-6.000	-12.000	-12.000
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG	421500	Rückzahlung gewährter Hilfe aE.	-50.000	-23.000	-23.000

Entwicklung der Transfererträge Produktgruppe 1.05.02



Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100).

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen von Land und von Gemeinden (KA 443906, 443907 u. 442300).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (KA 525300) – Die Kostenerstattungsverpflichtung besteht nicht mehr –. Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten (KA 529100).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	420.000	441.000	441.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Es handelt sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (KA 533100 u. 533200)
- Hilfen zur Gesundheit außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (KA 533100 u. 533200)
- Hilfe zur Pflege – ambulant, teil- und vollstationär (KA 533100 u. 533200)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (KA 533920)

Auf die Ausführungen im Vorbericht zum Sozialetat wird verwiesen.

Die Förderung der Fachberatungsstelle für Wohnungslose (1.05.02.01.03, KA 531900) wird ab dem HHJ 2017 im Sozialetat veranschlagt (bisher Gesundheitsamt → PG 1.07.03).

Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Zuschüsse an das Frauenhaus, für präventive Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz, Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste (KA 531900). Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben aus der Ausgleichsabgabe (KA 533900), Weiterleitung zurückgezahlter darlehensweiser Hilfen an den Landschaftsverband (KA 539330, siehe auch Erträge Zeile 3).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	1.400.000	2.980.000	3.280.000
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	10.000	120.000	120.000
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	380.000	350.000	320.000
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	440.000	410.000	380.000
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen	531900	Zuschüsse an übrige Bereiche	0	142.000	147.000
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	210.000	230.000	230.000
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	50.000	50.000	50.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	750.000	1.090.000	1.090.000
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	8.050.000	9.720.000	9.720.000
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	40.000	20.000	20.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

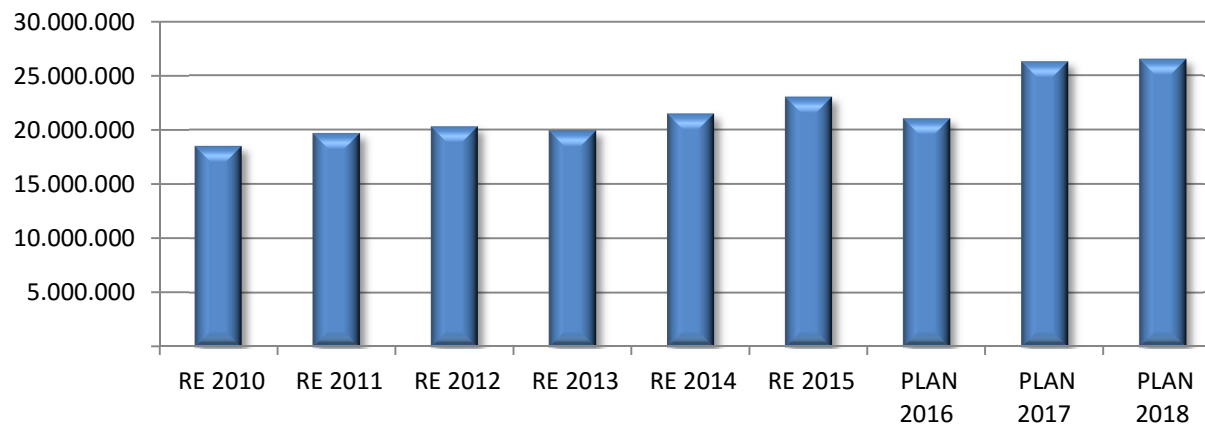
1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	1.099.000	1.275.000	1.275.000
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse	533920	Pflegewohngeld	7.950.000	9.100.000	9.100.000
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	249.664	249.664	249.664
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG	533900	Andere sonstige soziale Leistungen	395.568	395.570	395.570
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG	539330	Einnahmeablieferung Gmd.	50.000	23.000	23.000

Entwicklung der Transferaufwendungen Produktgruppe 1.05.02



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Sachverständigengutachten (KA 542700, 2.000 € p. a.)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-897.091	-902.568	-872.570	-872.570		-872.570	-872.570	-872.570
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-960.668	-992.500	-826.500	-826.500		-826.500	-826.500	-826.500
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-35	-2.000	-2.100	-2.100		-2.100	-2.100	-2.100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-500.991	-578.500	-546.000	-548.000		-548.000	-548.000	-548.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-378	-1.000						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.359.164	-2.476.568	-2.247.170	-2.249.170		-2.249.170	-2.249.170	-2.249.170
10	- Personalauszahlungen	1.332.921	1.257.422	1.518.316	1.522.387		1.537.609	1.552.985	1.568.515
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	680.920	555.100	442.100	442.100		442.100	442.100	442.100
14	- Transferauszahlungen	23.364.242	21.074.232	26.305.234	26.550.234		26.796.234	27.042.234	27.288.234
15	- sonstige Auszahlungen	26.244	20.130	24.230	24.230		24.230	24.230	24.230
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	25.404.327	22.906.884	28.289.880	28.538.951		28.800.173	29.061.549	29.323.079
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	23.045.163	20.430.316	26.042.710	26.289.781		26.551.003	26.812.379	27.073.909

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

1.05.03.04 Lastenausgleich

1.05.03.05 Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.05.03.01

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Beschreibung

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen

1.05.03.02

Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Beschreibung

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehrdienstleistenden/BFD

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende
Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe
Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Dezernat III

1.05.03.03

Leistungen nach BAföG

Beschreibung

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

1.05.03.05

Beschreibung

Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz

Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 25. Lebensjahr

Auftragsgrundlage

Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternteilgesetz und nach dem Bundeskindergeldgesetz

Ziele

Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000					
3	+ Sonstige Transfererträge	-857.105	-454.000	-506.500	-506.500	-506.500	-506.500	-506.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-39.162.802	-32.432.233	-38.020.754	-39.248.318	-39.187.071	-39.250.452	-39.314.466
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-96.595						
10	= Ordentliche Erträge	-41.631.413	-34.486.233	-38.527.254	-39.754.818	-39.693.571	-39.756.952	-39.820.966
11	- Personalaufwendungen	5.544.316	6.027.298	6.816.648	7.056.586	7.131.165	7.203.283	7.275.028
12	- Versorgungsaufwendungen	211.110	177.296	199.528	207.725	211.408	213.847	215.871
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.915.337	6.660.161	7.255.583	7.255.842	7.256.108	7.256.383	7.256.665
15	- Transferaufwendungen	17.247.277	16.494.000	19.053.250	19.053.250	19.053.250	19.053.250	19.053.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.685.636	33.705.509	33.548.416	33.550.737	33.551.040	33.551.357	33.551.722
17	= Ordentliche Aufwendungen	68.603.674	63.064.265	66.873.426	67.124.140	67.202.972	67.278.119	67.352.536
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	26.972.262	28.578.032	28.346.172	27.369.322	27.509.401	27.521.167	27.531.570
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	26.972.262	28.578.032	28.346.172	27.369.322	27.509.401	27.521.167	27.531.570
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	26.972.262	28.578.032	28.346.172	27.369.322	27.509.401	27.521.167	27.531.570
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	208.194	233.389	221.657	218.941	216.068	215.407	214.925
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	27.180.456	28.811.421	28.567.829	27.588.263	27.725.469	27.736.574	27.746.495

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.05.03 Hilfen bei Einkommensdefiziten

Zeile 1 (Steuern und ähnliche Abgaben)

Die Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (KA 405200) sind nach finanzstatistischen Vorschriften in der → Produktgruppe 1.16.01 zu veranschlagen

Zeile 3 (Sonstige Transfererträge)

Kostenersätze von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen: Kostenbeiträge (KA 421100), übergeleitete Unterhalts- und andere Ansprüche (KA 421200 u. 422200), Leistungen von vorrangigen Sozialleistungsträgern (KA 421300 u. 422300), Rückzahlungen von sozialen Leistungen (KA 421500 u. 422500), sonstige Ersatzleistungen (KA 421900). In wie vielen Fällen Erträge zu erzielen sind und in welchem Umfang, ist stark einzelfallabhängig. Darin sind die Schwankungen bei den Ansätzen begründet.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	-20.000	-29.000	-29.000
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	421200	Übergeleitete Unterhaltsansprüche aE.	-24.000	-20.000	-20.000
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	421300	Leistungen Sozialleistungsträgern aE.	-128.000	-90.000	-90.000
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	421500	Rückzahlung gewährter Hilfe aE.	-71.000	-79.000	-79.000
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.	421300	Leistungen Sozialleistungsträgern aE.	-113.000	-185.000	-185.000
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.	421500	Rückzahlung gewährter Hilfe aE.	-63.000	-93.000	-93.000

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten (KA 447100), Anteil der Bundesagentur (BA) an den Personalkosten für die kommunalen Mitarbeiter und Sachkosten für die 11 kommunalen Standorte des Jobcenters (KA 442500). Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (KA 442100), Erstattungen von anderen Grundsicherungs- und Sozialhilfeträgern (KA 442300).

Die Bundesbeteiligung an den Bildungs- und Teilhabeaufwendungen für Berechtigte nach dem Bundeskindergeldgesetz (KA 447100) wird ab 2017 bei Produkt 1.05.03.05 veranschlagt (bisher mit bei Produkt 1.05.03.01 enthalten).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

**Wesentliche Einzelposition(en)**

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	442300	Erstattungen Gmd.	-20.000	-30.000	-30.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	442500	Erstattungen s.ö.B	-4.900.000	-5.590.000	-5.590.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	447100	Leistungsbeteil. Unterkunft und Heizung	-10.953.000	-12.430.000	-13.422.000
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	442300	Erstattungen Gmd.	-47.000	-13.000	-13.000
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.	443902	Andere sonstige Kostenerstattungen	-11.285.000	-13.317.500	-13.317.500
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz	447100	Leistungsbeteil. Unterkunft und Heizung	0	-600.000	-600.000

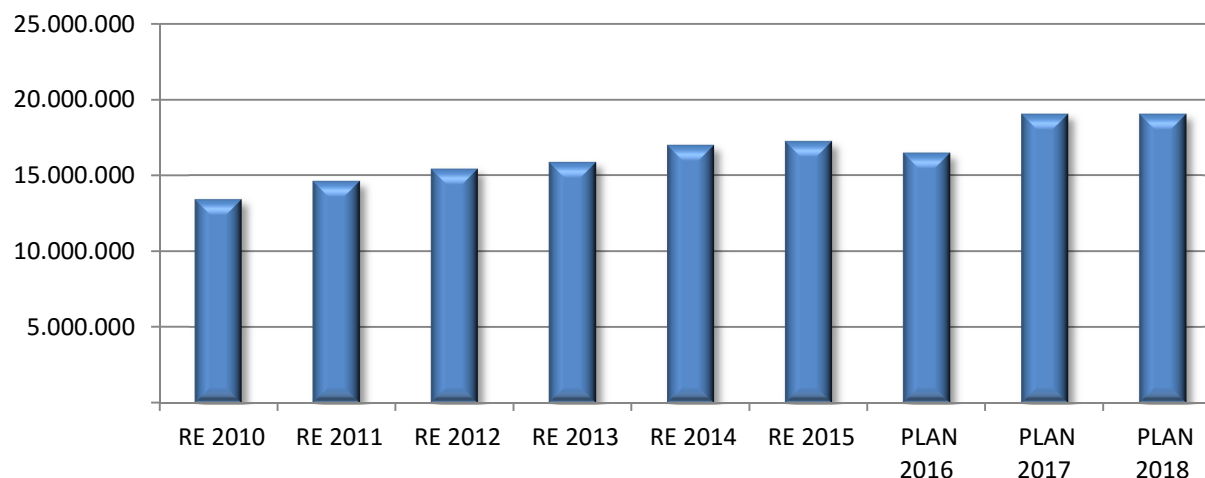
Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erstattungen an Gemeinden und Kreis für die Bereitstellung von personellen und sächlichen Ressourcen für das Jobcenter, Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (KA 525300), Kreisanteil an den Personalkosten für BA-Mitarbeiter und an den Sachkosten für BA-Standorte des Jobcenters (KA 525500), Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze, u. a. (KA 529100), Kurierdienst (KA 529909).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	525300	Erstattungen Gmd.	4.395.000	4.800.000	4.800.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	525500	Erstattungen s.ö.B	1.968.000	2.146.000	2.146.000
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz	525300	Erstattungen Gmd.	130.000	130.000	130.000

Entwicklung Transferaufwendungen PG 1.05.03



Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII (KA 533100 u. 533200), Kommunale Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16a SGB II (KA 533615, 533625, 531800), Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB XII und dem Bundeskindergeldgesetz (KA 533930)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	531800	Aufw. für Zuschüsse pri.U	30.000	26.000	26.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	533625	Schuldnerberatung	375.000	468.750	468.750
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	3.200.000	3.750.000	3.750.000
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	650.000	600.000	600.000
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.	533100	Sozialhilfe an natürliche Personen aE.	10.850.000	13.000.000	13.000.000
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind.	533200	Sozialhilfe an natürliche Personen iE.	635.000	600.000	600.000
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz	533930	Bildung und Teilhabe	740.000	600.000	600.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.

**Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)**

u. a. Leistungen für Unterkunft und Heizung (KA 546200), Wohnungsbeschaffungskosten/ Umzugskosten (KA 546210), Mietschulden und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (KA 546220), Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II (KA 546800), Fortbildungskosten (KA 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern.

Mieten/Mietnebenkosten für die ARGE Jobcenter (2017 ff.: rd. 785.000 € p. a.)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	546200	Leistungsbeteiligung Unterkunft, Heizung	31.320.000	31.000.000	31.000.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	546210	Wohnungsbeschaffungskosten, Umzugskosten	125.000	138.000	138.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	546220	Leistungsbeteiligung einmaligen Leist.	630.000	630.000	630.000
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)	546800	Leistungsbeteiligung Teilhabeleistungen	900.000	895.000	895.000
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz	542902	Lizenzgebühren ADV	20.000	17.000	17.000

Auf die Ausführungen im Vorbericht zum Sozialetat wird verwiesen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-1.514.910	-1.600.000						
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-555.795	-454.000	-506.500	-506.500		-506.500	-506.500	-506.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-33.850.342	-32.432.233	-38.020.754	-39.248.318		-39.187.071	-39.250.452	-39.314.466
7	+ Sonstige Einzahlungen	1							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-35.921.047	-34.486.233	-38.527.254	-39.754.818		-39.693.571	-39.756.952	-39.820.966
10	- Personalauszahlungen	5.220.209	4.741.629	6.292.166	6.513.374		6.578.508	6.644.292	6.710.734
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	10.290.842	6.660.100	7.255.522	7.255.781		7.256.047	7.256.322	7.256.604
14	- Transferauszahlungen	17.359.069	16.494.000	19.053.250	19.053.250		19.053.250	19.053.250	19.053.250
15	- sonstige Auszahlungen	33.368.293	33.666.500	33.508.477	33.508.477		33.508.477	33.508.477	33.508.477
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	66.238.413	61.562.229	66.109.415	66.330.882		66.396.282	66.462.341	66.529.065
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	30.317.367	27.075.996	27.582.161	26.576.064		26.702.711	26.705.389	26.708.099

Beschreibung

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu viele Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein. Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.

Auftragsgrundlage**Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

<p>Ziele</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen <p><u>Förderung des Ehrenamts</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde- Vermeidung von Betreuungsmissbrauch- Ausreichender Schutz der Betreuten- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)
<p>Zielgruppen</p>	<p><u>Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen</u> Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer</p> <p><u>Förderung des Ehrenamts</u> Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger</p> <p><u>Qualitätssicherung und Steuerung;</u> <u>Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen</u> Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung</p>

Haushaltsplan 2017/2018

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:

1.05.04 Betreuungsleistungen

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-210	-150	-150	-150	-150	-150	-150
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-7.808						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-40.438						
10	= Ordentliche Erträge	-48.456	-150	-150	-150	-150	-150	-150
11	- Personalaufwendungen	541.132	467.009	550.371	555.296	562.896	568.937	574.480
12	- Versorgungsaufwendungen	91.870	85.163	102.410	105.932	107.810	109.054	110.087
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	121	133	123	123	123	123	123
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.754	56.799	57.564	59.391	60.636	60.892	61.181
17	= Ordentliche Aufwendungen	679.876	609.104	710.468	720.742	731.466	739.006	745.870
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	631.419	608.954	710.318	720.592	731.316	738.856	745.720
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	631.419	608.954	710.318	720.592	731.316	738.856	745.720
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	631.419	608.954	710.318	720.592	731.316	738.856	745.720
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	47.325	44.314	51.034	47.228	46.896	47.590	47.904
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	678.744	653.269	761.352	767.820	778.212	786.446	793.625

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.05.04 Betreuungsleistungen

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) der Betreuungsstelle

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (KA 549900, 14.550 € p. a.).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-210	-150	-150	-150		-150	-150	-150
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-210	-150	-150	-150		-150	-150	-150
10	- Personalauszahlungen	392.414	336.787	450.266	453.262		457.795	462.373	466.997
15	- sonstige Auszahlungen	15.269	14.550	14.550	14.550		15.550	15.550	15.550
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	407.683	351.337	464.816	467.812		473.345	477.923	482.547
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	407.473	351.187	464.666	467.662		473.195	477.773	482.397

Haushaltsplan 2017/2018

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-18.861.417	-18.580.186	-21.582.019	-21.685.861	-22.401.631	-23.043.076	-23.701.234
3	+ Sonstige Transfererträge	-5.120.727	-4.630.000	-11.947.000	-10.884.412	-7.082.000	-7.082.000	-7.082.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.759.561	-2.601.000	-3.251.000	-3.751.000	-3.751.000	-3.751.000	-3.751.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.690	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-863.080	-862.815	-5.907.855	-5.912.155	-5.587.365	-5.587.735	-5.588.035
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.066.236	-2.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-28.680.710	-26.692.501	-42.709.374	-42.254.928	-38.843.496	-39.485.311	-40.143.769
11	- Personalaufwendungen	7.238.797	7.015.375	7.196.882	7.264.285	7.355.780	7.433.136	7.506.114
12	- Versorgungsaufwendungen	863.779	664.150	943.016	975.357	992.654	1.004.105	1.013.610
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.533.680	4.592.099	5.137.710	5.213.910	5.312.202	5.413.442	5.517.720
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.804	19.604	26.332	47.850	51.870	55.962	57.265
15	- Transferaufwendungen	62.601.936	64.625.811	82.118.933	83.240.573	80.155.968	81.618.606	83.122.885
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	576.961	589.248	565.829	582.269	584.475	586.723	589.322
17	= Ordentliche Aufwendungen	75.821.957	77.506.286	95.988.701	97.324.244	94.452.949	96.111.974	97.806.916
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	47.141.247	50.813.785	53.279.327	55.069.316	55.609.453	56.626.663	57.663.147
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.293						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	3.293						
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	47.144.540	50.813.785	53.279.327	55.069.316	55.609.453	56.626.663	57.663.147

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	47.144.540	50.813.785	53.279.327	55.069.316	55.609.453	56.626.663	57.663.147
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-35.677	-35.439	-41.833	-37.675	-37.567	-38.477	-38.904
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	554.343	511.918	557.889	513.605	506.266	509.430	511.540
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	47.663.206	51.290.264	53.795.384	55.545.246	56.078.153	57.097.616	58.135.783

Haushaltsplan 2017/2018

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

Dez. I, Dez. III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-20.007.569	-18.094.677	-21.094.013	-21.185.025		-21.900.795	-22.549.077	-23.216.807
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-5.149.560	-4.630.000	-11.947.000	-10.884.412		-7.082.000	-7.082.000	-7.082.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.768.310	-2.601.000	-3.251.000	-3.751.000		-3.751.000	-3.751.000	-3.751.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.760	-16.500	-16.500	-16.500		-16.500	-16.500	-16.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-785.215	-877.080	-5.922.120	-5.926.420		-5.601.630	-5.602.000	-5.602.300
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.920	-2.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-28.737.332	-26.221.257	-42.235.633	-41.768.357		-38.356.925	-39.005.577	-39.673.607
10	- Personalauszahlungen	5.832.579	5.263.148	6.143.729	6.192.153		6.254.082	6.316.625	6.379.791
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.235.083	4.621.600	5.167.200	5.243.400		5.341.692	5.442.932	5.547.210
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.293							
14	- Transferauszahlungen	59.189.373	63.624.324	81.234.893	82.386.044		79.362.739	80.851.103	82.376.618
15	- sonstige Auszahlungen	310.129	219.400	199.500	199.500		199.500	199.500	199.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	69.570.457	73.728.472	92.745.322	94.021.097		91.158.013	92.810.160	94.503.119
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	40.833.125	47.507.215	50.509.689	52.252.740		52.801.088	53.804.583	54.829.512
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-82.049		-880.000					
23	= investive Einzahlungen	-82.049		-880.000					
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.080						
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	163.069		1.000.000					

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
30	= investive Auszahlungen	163.069	1.080	1.000.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung)	81.020	1.080	120.000					

Beschreibung

In Tageseinrichtungen und offenen Ganztagsgrundschulen werden Kinder ganztags bzw. einen Teil des Tages gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für bis zu fünf Kinder geleistet. Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie OGS ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Für Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf Betreuung in Tagespflege oder in einer Tageseinrichtung. Für Kinder im schulpflichtigen Alter hat der Jugendhilfeträger ein Betreuungsangebot vorzuhalten. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Kinderbildungsgesetz (KiBiz); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen)
- Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung
- gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung
- Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen
- Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen
- Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis
- Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zielgruppen

Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte

Haushaltsplan 2017/2018

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-18.126.391	-17.838.509	-20.889.336	-21.422.466	-22.138.236	-22.779.681	-23.437.839
3	+ Sonstige Transfererträge	-213.378	-160.000	-210.000	-210.000	-210.000	-210.000	-210.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.759.508	-2.600.000	-3.250.000	-3.750.000	-3.750.000	-3.750.000	-3.750.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.700	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.875	-42.080	-44.430	-44.880	-45.330	-45.500	-45.800
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-59.811						
10	= Ordentliche Erträge	-21.177.664	-20.652.589	-24.405.766	-25.439.346	-26.155.566	-26.797.181	-27.455.639
11	- Personalaufwendungen	527.197	491.927	519.709	524.029	531.905	537.755	542.943
12	- Versorgungsaufwendungen	110.964	96.485	131.573	136.373	138.792	140.393	141.722
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.550.603	3.035.124	3.370.314	3.446.514	3.544.806	3.646.046	3.750.324
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.407	11.407	18.074	34.740	34.740	34.740	34.740
15	- Transferaufwendungen	37.404.399	38.795.487	43.494.682	44.786.029	46.027.024	47.339.662	48.693.941
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	177.390	209.229	184.938	186.633	186.860	187.047	187.315
17	= Ordentliche Aufwendungen	40.771.961	42.639.658	47.719.291	49.114.319	50.464.128	51.885.643	53.350.986
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	19.594.297	21.987.069	23.313.525	23.674.973	24.308.562	25.088.462	25.895.347
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.293						
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	3.293						
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	19.597.590	21.987.069	23.313.525	23.674.973	24.308.562	25.088.462	25.895.347

Haushaltsplan 2017/2018
1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	19.597.590	21.987.069	23.313.525	23.674.973	24.308.562	25.088.462	25.895.347
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.413	42.690	47.324	43.766	43.458	44.102	44.394
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	19.644.003	22.029.759	23.360.849	23.718.739	24.352.020	25.132.564	25.939.740

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.06.01 Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege
Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschüsse (KA 414200) gem. KiBiZ (Kindpauschalen, Konnexitätsausgleich, Tagespflege, Mieten, Erstattung Elternbeiträge, U3-Pauschalen, Familienzentren, Sprachförderung, Pluskita, Verfügungspauschale)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	414200	Zuweisungen Land	-17.306.000	-20.381.496	-20.893.630
1.06.01.01.01	Familienzentrum und Sprachförderung	414200	Zuweisungen Land	-47.000	-19.834	-28.000
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3	414210	Zuweisungen Land-Auflösung RAP	-485.509	-473.339	-471.503

Zeile 3 (Sonstige Transfererträge)

Kostenbeiträge (KA 421100): Elternbeiträge für die Tagespflege

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Elternbeiträgen im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder (KA 432901). Ab 2017 Anpassung der Elternbeiträge an die gestiegenen Betriebskosten.

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Teilnehmerbeiträge (KA 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (KA 443908)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erstattung (KA 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Gesetzesänderung zum Kita-Jahr 2016/17 mit einer Erhöhung der Pauschalen und einem Landeszuschuss

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Betriebskostenzuschuss (KA 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen. Anstieg der aufwendungen ab 2017 aufgrund Gesetzesänderung zum Kita-Jahr 2016/17 mit einer Erhöhung der Pauschalen und einem Landeszuschuss, 11 neue OGS Gruppen. Ab 2019 Erhöhung des Ansatzes um 3 %

Kosten der Unterbringung in Tagespflege (KA 533400), Übernahme OGS Beitrag (KA 533530). Ab HHJ 2017: Erhöhte Fallzahlen und gestiegene OGS-Beiträge in den Kommunen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

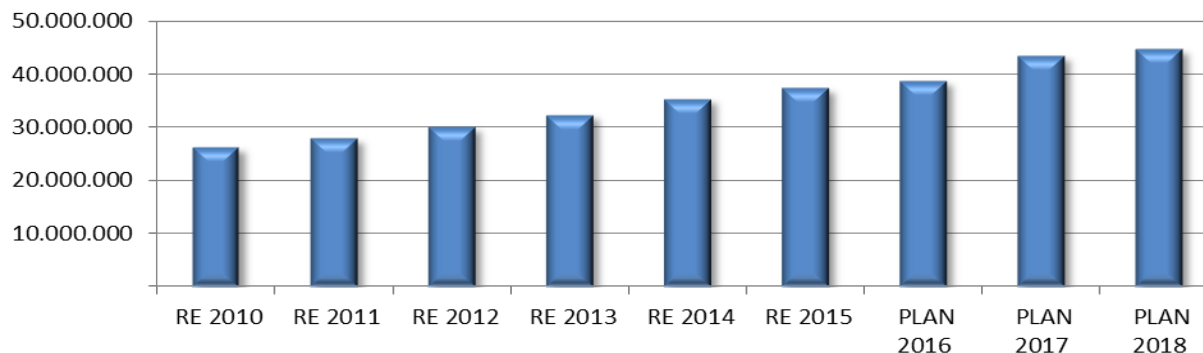
Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



Entwicklung der Transferaufwendungen Produktgruppe 1.06.01



Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	1.128.000	1.277.000	1.277.000
200511	Betriebskostenzuschüsse an TE für Kinder	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	34.329.000	38.863.808	40.076.500
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	533400	Jugendhilfe an natürliche Personen aE.	2.200.000	2.300.000	2.400.000
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	533530	Jugendhilfe an juristische Personen iE.	90.000	150.000	150.000
1.06.01.01.01	Familienzentrum und Sprachförderung	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	47.000	19.834	28.000
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3	531910	Aufw. für Zuschüsse übr.B-Auflösung RAP	1.001.487	884.040	854.529

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Qualifizierungsmaßnahmen (KA 541200) für Mitarbeiter in Tageseinrichtungen, Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (KA 542911).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	541200	Aus- und Fortbildung, Umschulung	25.000	25.000	25.000
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege	542911	Kostenbeitrag Tagesmütternetzwerk	145.000	120.000	120.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-19.276.222	-17.353.000	-20.401.330	-20.921.630		-21.637.400	-22.285.682	-22.953.412
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-211.310	-160.000	-210.000	-210.000		-210.000	-210.000	-210.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.768.241	-2.600.000	-3.250.000	-3.750.000		-3.750.000	-3.750.000	-3.750.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.770	-12.000	-12.000	-12.000		-12.000	-12.000	-12.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-42.080	-44.430	-44.880		-45.330	-45.500	-45.800
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.264.543	-20.167.080	-23.917.760	-24.938.510		-25.654.730	-26.303.182	-26.971.212
10	- Personalauszahlungen	344.531	352.578	402.941	404.753		408.801	412.889	417.018
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.344.312	3.035.000	3.370.200	3.446.400		3.544.692	3.645.932	3.750.210
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	3.293							
14	- Transferauszahlungen	33.958.691	37.794.000	42.610.642	43.931.500		45.233.795	46.572.159	47.947.674
15	- sonstige Auszahlungen	139.511	170.000	145.000	145.000		145.000	145.000	145.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	36.790.338	41.351.578	46.528.783	47.927.653		49.332.288	50.775.980	52.259.902
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	14.525.795	21.184.498	22.611.023	22.989.143		23.677.558	24.472.798	25.288.690
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-82.049		-880.000					
23	= investive Einzahlungen	-82.049		-880.000					
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	163.069		1.000.000					
30	= investive Auszahlungen	163.069		1.000.000					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	81.020		120.000					

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5510030 Investitionsförderung KiTa											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-82.049		-880.000						-8.414.299	-9.294.299
6	= Summe Einzahlungen	-82.049		-880.000						-8.414.299	-9.294.299
11	- Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen	163.069		1.000.000						14.766.594	15.766.594
13	= Summe Auszahlungen	163.069		1.000.000						14.766.594	15.766.594
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	81.020		120.000						6.352.296	6.472.296

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.510030 Investitionsförderung KiTa

Bei dem o. g. Ansatz handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der Förderung von **Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt bis zu 100% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO.

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

1.06.02.02 Jugendsozialarbeit

1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.02.01

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)

Ziele	<ul style="list-style-type: none">- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele- Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen- sinnvolle Freizeitgestaltung- Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit- Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming)- Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen- Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation- Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken- Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums- Unterstützung des Ehrenamtes- AG gem. § 78 SGB VIII- kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen- im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet
Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none">- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen- Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr- Träger der Jugendhilfe- Jugendverbände und Jugendgruppen

1.06.02.02

Jugendsozialarbeit

Beschreibung

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote
- Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung
- zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten
- Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming)
- Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen
- Verselbständigung junger Menschen
- Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten
- Partizipation von jungen Menschen
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle
- Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II
- Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher

Zielgruppen

junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

1.06.02.03

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

Beschreibung

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen

1.06.02.04

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-628.438	-559.677	-595.683	-166.395	-166.395	-166.395	-166.395
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-990	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.186		-16.640	-16.640			
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-42.394						
10	= Ordentliche Erträge	-680.008	-564.177	-616.823	-187.535	-170.895	-170.895	-170.895
11	- Personalaufwendungen	796.245	744.164	742.019	749.113	758.458	766.415	773.945
12	- Versorgungsaufwendungen	93.555	70.571	92.950	95.932	97.634	98.760	99.695
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	783	155	143	143	143	143	143
15	- Transferaufwendungen	2.137.991	2.503.324	2.722.138	2.602.431	2.576.831	2.576.831	2.576.831
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	54.937	49.139	50.029	52.154	52.439	52.736	53.072
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.083.511	3.367.354	3.607.279	3.499.774	3.485.505	3.494.885	3.503.686
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.403.503	2.803.177	2.990.456	3.312.239	3.314.610	3.323.990	3.332.791
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.403.503	2.803.177	2.990.456	3.312.239	3.314.610	3.323.990	3.332.791
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.403.503	2.803.177	2.990.456	3.312.239	3.314.610	3.323.990	3.332.791
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.706	58.101	62.331	57.896	57.459	58.246	58.599
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.464.209	2.861.278	3.052.787	3.370.135	3.372.069	3.382.236	3.391.390

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschuss (KA 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Im Produkt 1.06.02.03 „Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie“ sind u. a. die Mittel des Landes für die Schulsozialarbeit veranschlagt, diese entfallen ab 2018.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder-und Jugendarb.	414200	Zuweisungen Land	-161.042	-109.042	-109.042
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie	414200	Zuweisungen Land	-398.635	-486.641	-57.353

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Teilnehmerbeiträge zu Veranstaltungen des Jugendamtes (KA 441901)

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

HHJ 2017 und 2018: Zuschüsse zu LEADER-Projekten des Jugendamtes (Kst. 1546, KA 444905)

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Im Wesentlichen sind folgende Aufwendungen (KA 531900) veranschlagt:

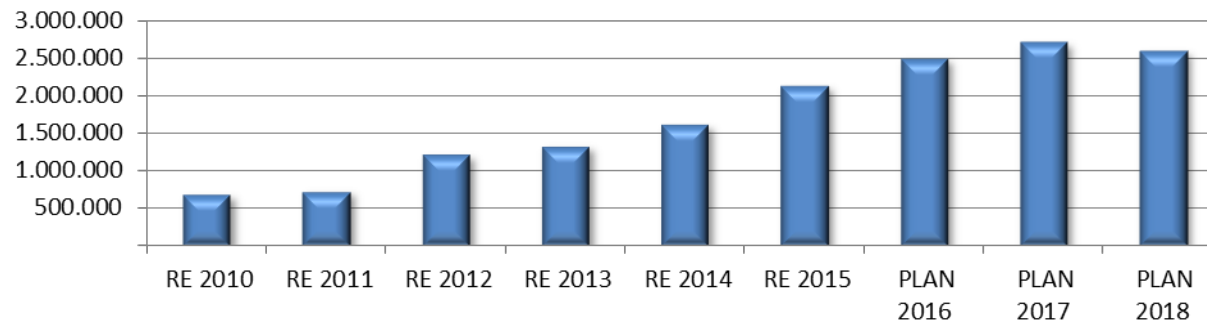
- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz

- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Aufwendungen für Projekte inkl. Schulsozialarbeit (1.06.02.03, KA 533410), Veranstaltungen des Kreisjugendamtes (1.06.02.01, KA 533490), Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, KA 533490).

Neu veranschlagt sind die Aufwendungen für LEADER-Projekte des Jugendamtes in den HHJ 2017 und 2018 (Kst. 1546, KA 531900). Die Weiterleitung von Landesmitteln für die Schulsozialarbeit (PSP 1.06.02.03, KA 531300) entfällt ab 2018, vgl. Zeile 2.

Entwicklung der Transferaufwendungen Produktgruppe 1.06.02



Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung****Wesentliche Einzelposition(en)**

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder-und Jugendarb.	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	1.392.771	1.632.313	1.713.213
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder-und Jugendarb.	533490	Sonstige Jugendhilfe aE.	27.500	27.500	28.000
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie	531300	Aufw. für Zuweisungen Gmd.	160.107	160.107	0
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	101.000	104.068	104.068
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie	533410	Jugendhilfe an freie Träger aE.	509.854	553.500	512.500
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie	533490	Sonstige Jugendhilfe aE.	171.000	201.500	201.500
1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	533490	Sonstige Jugendhilfe aE.	24.000	15.000	15.000
1546	LEADER-Projekte Jugendamt	531900	Aufw. für Zuschüsse übr. B.	0	25.600	25.600

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-624.759	-559.677	-595.683	-166.395		-166.395	-166.395	-166.395
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-990	-4.500	-4.500	-4.500		-4.500	-4.500	-4.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen		-15.000	-31.640	-31.640		-15.000	-15.000	-15.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-625.749	-579.177	-631.823	-202.535		-185.895	-185.895	-185.895
10	- Personalauszahlungen	642.894	557.595	635.886	641.202		647.614	654.089	660.629
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	7.029	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
14	- Transferauszahlungen	1.890.994	2.503.324	2.722.138	2.602.431		2.576.831	2.576.831	2.576.831
15	- sonstige Auszahlungen	19.824							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.560.741	3.090.919	3.388.024	3.273.633		3.254.445	3.260.920	3.267.460
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.934.992	2.511.742	2.756.201	3.071.098		3.068.550	3.075.025	3.081.565

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.06.03.01

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben.
<p>Zielgruppen</p>	<ul style="list-style-type: none">- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben.

1.06.03.01.01

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziele der Erziehungsberatung sind

- Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen.
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen
- Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Erziehungsberatung ist ein Angebot

- für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht.
- Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)
- MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten

1.06.03.01.02**Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen. Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

1.06.03.01.03

Erziehungsbeistandschaft

Beschreibung

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

1.06.03.01.04

Sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar. Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern. Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile. Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert. Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

1.06.03.01.05

Erziehung in einer Tagesgruppe

Beschreibung

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten- Sicherung des Kindeswohls
<p>Zielgruppen</p>	<p>Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.</p>

1.06.03.01.06**Vollzeitpflege****Beschreibung**

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen. Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.

Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann. AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

1.06.03.01.07

Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen

Beschreibung

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage

<p>Ziele</p>	<ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Schutz und Versorgung- Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen- Sicherung des Kindeswohls
<p>Zielgruppen</p>	<p>Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen.</p> <p>Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.</p>

1.06.03.01.08

Intensive sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage

Ziele

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

1.06.03.01.09

Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder

Beschreibung

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage

Ziele

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Zielgruppen

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.

1.06.03.01.10

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Beschreibung

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfgewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

1.06.03.01.11**Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)

1.06.03.02

Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründen aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII

Ziele

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
- Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
- Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
- Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
- Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
- verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
- Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
- Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
- (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
- Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist

Zielgruppen

1.06.03.03

Beratungsangebote

Beschreibung

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage

Ziele

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind

1.06.03.04

Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren

Beschreibung

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggf. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte

1.06.03.05

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB

Ziele

- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt.
 - Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen.
 - Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt.
 - Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen
 - Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden.
 - Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung)
 - interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter
 - Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind
 - Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
 - Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
- Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Zielgruppen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-106.588	-182.000	-97.000	-97.000	-97.000	-97.000	-97.000
3	+ Sonstige Transfererträge	-4.907.348	-4.470.000	-11.737.000	-10.674.412	-6.872.000	-6.872.000	-6.872.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-53	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-697.671	-688.735	-5.623.785	-5.624.235	-5.314.235	-5.314.235	-5.314.235
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-938.908	-2.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000
10	= Ordentliche Erträge	-6.650.568	-5.343.735	-17.463.785	-16.401.647	-12.289.235	-12.289.235	-12.289.235
11	- Personalaufwendungen	5.693.253	5.586.638	5.741.773	5.795.304	5.866.307	5.927.601	5.985.940
12	- Versorgungsaufwendungen	604.393	452.453	653.030	675.069	687.040	694.966	701.545
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.982.294	1.556.820	1.767.252	1.767.252	1.767.252	1.767.252	1.767.252
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.397	8.197	8.258	13.110	17.130	21.222	22.525
15	- Transferaufwendungen	23.059.546	23.327.000	35.902.113	35.852.113	31.552.113	31.702.113	31.852.113
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	342.144	326.380	326.362	338.982	340.676	342.440	344.435
17	= Ordentliche Aufwendungen	31.687.027	31.257.487	44.398.788	44.441.830	40.230.518	40.455.594	40.673.810
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	25.036.459	25.913.752	26.935.003	28.040.183	27.941.283	28.166.359	28.384.575
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	25.036.459	25.913.752	26.935.003	28.040.183	27.941.283	28.166.359	28.384.575
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	25.036.459	25.913.752	26.935.003	28.040.183	27.941.283	28.166.359	28.384.575
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-100.692	-100.209	-118.291	-106.534	-106.229	-108.802	-110.010
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	482.630	443.148	490.208	447.054	439.955	443.034	444.989
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	25.418.397	26.256.691	27.306.920	28.380.704	28.275.010	28.500.591	28.719.554

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.06.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen bzw. Familien
Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale, TP 1.06.03.01.01, KA 414300)

Zeile 3 (Sonstige Transfererträge)

Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (KA 421100 u. 422100), Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (KA 421200), um die Rückzahlung zu viel gezahlter UVG Leistungen (KA 421500). Die bisher in Summe auf das Produkt 1.06.03.01 veranschlagten Erträge werden nunmehr sachgerecht den Teilprodukten zugeordnet.

Für die HHJ 2017 und 2018 sind Erstattungen des Landes bei den Teilprodukten 1.06.03.01.06 und .07 für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF)“ vorgesehen. Bei 1.06.03.05 sind die Änderungen des UVG ab 2017 berücksichtigt.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	2.500.000	0	0
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	1.500.000	0	0
1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	0	-35.000	-35.000
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	0	-65.000	-65.000
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	0	-280.000	-280.000
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	0	-4.270.000	-4.000.000
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	0	-4.940.000	-4.148.410
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	0	-35.000	-35.000
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	0	-70.000	-70.000
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	0	-200.000	-200.000
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.	421100	Kostenbeiträge, Kostenersatz aE.	-40.000	-40.000	-40.000
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.	422100	Kostenbeiträge, Kostenersatz iE.	-40.000	-40.000	-40.000
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegerschaft	421200	Übergeleitete Unterhaltsansprüche aE.	-350.000	-1.700.000	-1.700.000
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegerschaft	421500	Rückzahlung gewährter Hilfe aE.	-40.000	-40.000	-40.000

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe (KA 442300). Erstattungen vom Land (KA 442200). Für 2017 und 2018 sind hier eine Verwaltungskostenpauschale für „umF“ veranschlagt. Bei 1.06.03.05 sind die Änderungen des UVG ab 2017 berücksichtigt.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen	442200	Erstattungen vom Land	0	-310.000	-310.000
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	442300	Erstattungen Gmd.	-38.000	-43.050	-43.500
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft	442200	Erstattungen Land	-650.000	-5.270.000	-5.270.000

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Geldbußen nach dem Jugendgerichtsgesetz (KA 452110). Bzgl. RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe (KA 525300), steigende Tagessätze führen zum Anstieg im HHJ 2017.

Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle), Gerichts- und Anwaltskosten im UVG-Bereich (KA 528903)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege	525300	Erstattungen Gmd.	1.000.000	1.000.000	1.000.000
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen	525300	Erstattungen Gmd.	550.000	750.000	750.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Folgende Aufwendungen sind hier veranschlagt:

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen (TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; KA 533410, 533430, 533510, 533530)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, KA 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, KA 533910)
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, KA 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, KA 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, KA 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, KA 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, KA 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, KA 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, KA 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, KA 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, KA 531900)

Bei 1.06.03.05 sind die Änderungen des UVG ab 2017 berücksichtigt.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

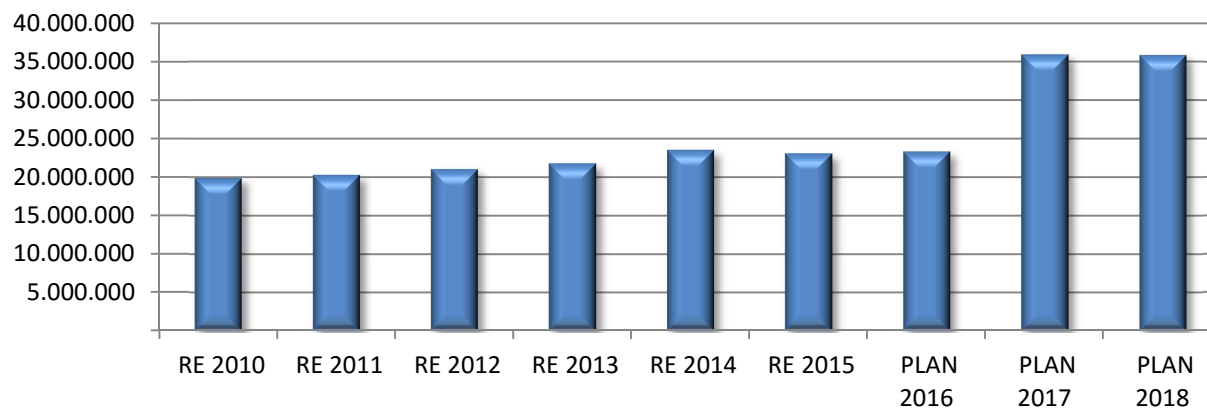
1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	300.000	300.000	300.000
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe	533430	Jugendhilfe an juristische Personen aE.	1.200.000	1.200.000	1.200.000
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe	533410	Jugendhilfe an freie Träger aE.	290.000	290.000	290.000
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	1.300.000	1.300.000	1.300.000
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	9.900.000	13.200.000	13.000.000
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung	533900	Andere sonstige soziale Leistungen	460.000	460.000	460.000
1.06.03.01.09	Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	660.000	660.000	660.000
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder	533430	Jugendhilfe an juristische Personen aE.	900.000	1.200.000	1.250.000
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	1.450.000	1.600.000	1.700.000
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe	533530	Jugendhilfe an juristische Personen iE.	600.000	600.000	600.000
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.	533490	Sonstige Jugendhilfe aE.	175.000	200.000	200.000
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.	533510	Jugendhilfe an freie Träger iE.	200.000	250.000	250.000
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendl.	533900	Andere sonstige soziale Leistungen	0	50.000	50.000
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	533490	Sonstige Jugendhilfe aE.	10.000	35.000	35.000
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft	533910	Leistungen nach dem UVG	1.450.000	6.800.000	6.800.000
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft	539320	Einnahmeablieferung Land	160.000	780.000	780.000

Entwicklung der Transferaufwendungen Produktgruppe 1.06.03



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-106.588	-182.000	-97.000	-97.000		-97.000	-97.000	-97.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	-4.938.249	-4.470.000	-11.737.000	-10.674.412		-6.872.000	-6.872.000	-6.872.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-69	-1.000	-1.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-642.719	-688.000	-5.623.050	-5.623.500		-5.313.500	-5.313.500	-5.313.500
7	+ Sonstige Einzahlungen	-16.920	-2.000	-5.000	-5.000		-5.000	-5.000	-5.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.704.544	-5.343.000	-17.463.050	-16.400.912		-12.288.500	-12.288.500	-12.288.500
10	- Personalauszahlungen	4.711.617	4.217.104	4.965.519	5.005.706		5.055.770	5.106.331	5.157.394
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.883.742	1.556.600	1.767.000	1.767.000		1.767.000	1.767.000	1.767.000
14	- Transferauszahlungen	23.339.688	23.327.000	35.902.113	35.852.113		31.552.113	31.702.113	31.852.113
15	- sonstige Auszahlungen	148.567	44.900	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.083.614	29.145.604	42.684.632	42.674.819		38.424.883	38.625.444	38.826.507
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	24.379.070	23.802.604	25.221.582	26.273.907		26.136.383	26.336.944	26.538.007
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		1.080						
30	= investive Auszahlungen		1.080						
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		1.080						

Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-147.347	-132.000	-223.000	-226.400	-227.800	-228.000	-228.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-25.123						
10	= Ordentliche Erträge	-172.470	-132.000	-223.000	-226.400	-227.800	-228.000	-228.000
11	- Personalaufwendungen	222.103	192.646	193.381	195.838	199.110	201.366	203.286
12	- Versorgungsaufwendungen	54.866	44.641	65.463	67.983	69.188	69.987	70.649
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.490	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
17	= Ordentliche Aufwendungen	279.458	241.786	263.343	268.321	272.799	275.853	278.435
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	106.988	109.786	40.343	41.921	44.999	47.853	50.435
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	106.988	109.786	40.343	41.921	44.999	47.853	50.435
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	106.988	109.786	40.343	41.921	44.999	47.853	50.435
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	29.609	32.749	34.485	33.747	34.055	34.372	34.664
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	136.597	142.536	74.828	75.668	79.054	82.225	85.099

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (KA 443906 u. 443907)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-142.496	-132.000	-223.000	-226.400		-227.800	-228.000	-228.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-142.496	-132.000	-223.000	-226.400		-227.800	-228.000	-228.000
10	- Personalauszahlungen	133.537	135.871	139.383	140.492		141.897	143.316	144.750
15	- sonstige Auszahlungen	2.227	4.500	4.500	4.500		4.500	4.500	4.500
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	135.764	140.371	143.883	144.992		146.397	147.816	149.250
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-6.733	8.371	-79.117	-81.408		-81.403	-80.184	-78.750

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.908	-80.000	-85.000	-86.400	-87.700	-89.000	-90.400
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-251.874	-246.000	-246.000	-246.000	-246.000	-246.000	-246.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.135	-300	-300	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-185.109	-166.144	-182.444	-193.744	-192.194	-177.644	-180.344
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-105.071	-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-624.097	-493.044	-514.344	-527.044	-526.794	-513.544	-517.644
11	- Personalaufwendungen	2.600.088	2.614.020	2.453.932	2.449.070	2.478.697	2.504.517	2.529.193
12	- Versorgungsaufwendungen	250.079	198.431	256.970	265.652	270.364	273.482	276.071
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	617.021	655.057	860.757	887.957	894.657	881.157	894.957
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.434	7.770	2.903	5.967	8.545	11.164	12.130
15	- Transferaufwendungen	1.533.427	1.573.910	1.475.510	1.515.710	1.550.210	1.586.210	1.621.210
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	138.926	178.383	182.603	187.072	188.067	189.015	190.365
17	= Ordentliche Aufwendungen	5.142.976	5.227.572	5.232.675	5.311.427	5.390.540	5.445.546	5.523.927
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	4.518.879	4.734.529	4.718.332	4.784.383	4.863.747	4.932.002	5.006.283
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	4.518.879	4.734.529	4.718.332	4.784.383	4.863.747	4.932.002	5.006.283
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	4.518.879	4.734.529	4.718.332	4.784.383	4.863.747	4.932.002	5.006.283
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	329.636	634.340	399.563	355.566	343.484	345.535	347.091
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	4.848.515	5.368.869	5.117.894	5.139.949	5.207.231	5.277.538	5.353.374

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-80.908	-80.000	-85.000	-86.400		-87.700	-89.000	-90.400
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-259.633	-246.000	-246.000	-246.000		-246.000	-246.000	-246.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.135	-300	-300	-300		-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-147.246	-166.000	-182.300	-193.600		-192.050	-177.500	-180.200
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.000	-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-489.922	-492.900	-514.200	-526.900		-526.650	-513.400	-517.500
10	- Personalauszahlungen	2.207.652	1.974.558	2.134.846	2.126.371		2.147.638	2.169.114	2.190.804
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	597.274	654.930	860.630	887.830		894.530	881.030	894.830
14	- Transferauszahlungen	1.521.231	1.573.910	1.475.510	1.515.710		1.550.210	1.586.210	1.621.210
15	- sonstige Auszahlungen	34.755	16.430	18.730	18.930		19.130	19.280	19.430
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.360.912	4.219.828	4.489.716	4.548.841		4.611.508	4.655.634	4.726.274
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.870.990	3.726.928	3.975.516	4.021.941		4.084.858	4.142.234	4.208.774
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700
30	= investive Auszahlungen		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.01.01

Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

Beschreibung

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.

1.07.01.02

**Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche**

Beschreibung

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), SGB VIII, SGB IX und SGB XII, Kinderbildungsgesetz NRW, Schulgesetz NRW, Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung, § 21 SGB V und Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-145.017	-166.144	-182.444	-193.744	-192.194	-177.644	-180.344
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-32.503						
10	= Ordentliche Erträge	-177.520	-166.144	-182.444	-193.744	-192.194	-177.644	-180.344
11	- Personalaufwendungen	999.454	980.771	977.098	974.486	986.002	996.218	1.006.052
12	- Versorgungsaufwendungen	82.376	69.153	88.366	91.598	93.222	94.298	95.190
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.107	135.595	177.695	192.895	187.095	160.595	161.895
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.434	7.770	2.903	5.967	8.545	11.164	12.130
15	- Transferaufwendungen	852.296	861.100	890.800	915.000	935.500	956.500	977.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	54.205	64.998	66.402	68.023	68.384	68.728	69.218
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.050.870	2.119.387	2.203.263	2.247.968	2.278.748	2.287.503	2.321.985
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.873.350	1.953.244	2.020.820	2.054.224	2.086.555	2.109.859	2.141.641
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.873.350	1.953.244	2.020.820	2.054.224	2.086.555	2.109.859	2.141.641
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.873.350	1.953.244	2.020.820	2.054.224	2.086.555	2.109.859	2.141.641
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-156.649	-357.307	-212.440	-187.060	-181.476	-184.527	-186.153
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	278.126	585.582	358.008	314.874	303.437	305.762	307.478
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.994.828	2.181.518	2.166.388	2.182.038	2.208.516	2.231.094	2.262.966

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.07.01 Gesundheitsförderung

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Kostenerstattung durch Krankenkassen (KA 442500) für Gruppenprophylaxe. In den HH-Jahren 2017 bis 2019 kommen Landeszuweisungen für das LEADER-Projekt "Stärkung der wohnortnahen Kompetenz in der Assistenz" hinzu (KA 444905, 13.000 €, 22.100 €, 17.550 €).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung (KA 523600) und Neuanschaffung von zahnärztlichen Instrumenten (KA 523800), Sachkosten und Prophylaxematerial (KA 524901), Gesundheitsförderung/Prävention (KA 524900, Aidshilfe, Sachkosten Ernährungsberatung etc.)

Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe (KA 529100). Dieser Ansatz steigt 2017, da für die Durchführung der zahnärztlichen Reihenuntersuchungen der Abschluss eines Honorarvertrages mit einem/einer Zahnärztin vorgesehen ist, die auch eine Zahnarzhelferin stellen kann. Der Mehraufwand wird durch Einsparung einer halben Stelle in der Jugendzahnpflege kompensiert.

Durch das LEADER-Projekt (Kst. 1548, KA 529100) steigt der Ansatz 2017 – 2019 (siehe auch Zeile 6)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung	524900	Andere so. Verwaltungs- u. Betriebsaufw.	9.200	11.200	11.200
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung	524901	Sachkosten und Prophylaxematerial	25.700	26.000	26.200
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	56.000	75.000	75.000
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung	529900	Andere so. Sach- und Dienstleistungen	42.000	42.800	43.800
1548	LEADER-Projekte Gesundheitsamt	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	20.000	34.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (KA 531900)
Die Kostensteigerungen 2017 begründen sich durch prognostizierte geringere Krankenkassenerstattungen an das Haus früher Hilfen. Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (KA 533900, TP 1.07.01.02.01). Steigerung des Ansatzes aufgrund tariflicher Erhöhungen.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	794.300	822.000	844.500
1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge	533900	Andere sonstige soziale Leistungen	66.800	68.800	70.500

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-147.246	-166.000	-182.300	-193.600		-192.050	-177.500	-180.200
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-147.246	-166.000	-182.300	-193.600		-192.050	-177.500	-180.200
10	- Personalauszahlungen	873.884	742.550	858.813	854.859		863.409	872.043	880.762
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	57.383	135.740	177.840	193.040		187.240	160.740	162.040
14	- Transferauszahlungen	840.739	861.100	890.800	915.000		935.500	956.500	977.500
15	- sonstige Auszahlungen	24.208	15.950	18.250	18.450		18.650	18.800	18.950
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.796.215	1.755.340	1.945.703	1.981.349		2.004.799	2.008.083	2.039.252
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.648.969	1.589.340	1.763.403	1.787.749		1.812.749	1.830.583	1.859.052
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700
30	= investive Auszahlungen		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)		2.700	8.700	2.700		2.700	2.700	2.700

Beschreibung

Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern.

- Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften
- Gutachten nach dem TVöD
- Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe)
- Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung
- Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern
- Begutachtungen für Gerichte
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamten-gesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.

Ziele

- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen
- Hohe Fach- und Beratungskompetenz

Zielgruppen

Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Dezernat III


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-115.462	-180.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000	-118.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.135	-300	-300	-300	-300	-300	-300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-2.262						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-11.717						
10	= Ordentliche Erträge	-130.576	-180.300	-118.300	-118.300	-118.300	-118.300	-118.300
11	- Personalaufwendungen	445.900	453.372	386.775	385.139	389.612	393.633	397.526
12	- Versorgungsaufwendungen	27.866	23.128	30.951	32.106	32.676	33.052	33.365
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.128	13.364	37.164	38.464	38.964	39.464	39.964
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.457	30.775	31.597	32.374	32.546	32.711	32.946
17	= Ordentliche Aufwendungen	524.351	520.639	486.487	488.083	493.799	498.861	503.802
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	393.775	340.339	368.187	369.783	375.499	380.561	385.502
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	393.775	340.339	368.187	369.783	375.499	380.561	385.502
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	393.775	340.339	368.187	369.783	375.499	380.561	385.502
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	57.454	111.146	68.441	61.268	59.574	60.334	60.734
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	451.228	451.485	436.628	431.051	435.073	440.895	446.236

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Die Gebühren für Belehrungen gemäß Infektionsschutzgesetz werden ab 2015 in der → PG 1.07.04 Gesundheitsschutz veranschlagt.

Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Einnahmen aus Nebentätigkeiten (KA 441903)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung (KA 523600) von ärztlichen Instrumenten, Wäsche- und Laborkosten (KA 529100).

Erstattung an das Kreiskrankenhaus Gummersbach (KA 529901) für die Personalgestellung einer Fachärztin für Psychiatrie ab 2015. Die Aufwendungen werden anteilig hier und in der → PG 1.07.03 Gesundheitsschutz veranschlagt.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste
1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-117.531	-180.000	-118.000	-118.000		-118.000	-118.000	-118.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.135	-300	-300	-300		-300	-300	-300
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-118.666	-180.300	-118.300	-118.300		-118.300	-118.300	-118.300
10	- Personalauszahlungen	401.809	346.093	342.471	340.394		343.799	347.237	350.710
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.126	13.290	37.090	38.390		38.890	39.390	39.890
15	- sonstige Auszahlungen	1.878							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	426.812	359.383	379.561	378.784		382.689	386.627	390.600
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	308.146	179.083	261.261	260.484		264.389	268.327	272.300

Beschreibung

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-71.758	-69.000	-74.000	-75.400	-76.700	-78.000	-79.400
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-5.394						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-27.935						
10	= Ordentliche Erträge	-105.087	-69.000	-74.000	-75.400	-76.700	-78.000	-79.400
11	- Personalaufwendungen	354.294	407.702	296.308	295.522	299.465	302.658	305.614
12	- Versorgungsaufwendungen	63.128	44.203	49.602	51.110	52.017	52.616	53.115
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	484.915	454.967	594.767	605.467	617.467	629.967	641.967
15	- Transferaufwendungen	681.131	712.810	584.710	600.710	614.710	629.710	643.710
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.405	28.242	28.849	29.551	29.707	29.856	30.068
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.603.873	1.647.924	1.554.237	1.582.360	1.613.366	1.644.808	1.674.474
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.498.786	1.578.924	1.480.237	1.506.960	1.536.666	1.566.808	1.595.074
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.498.786	1.578.924	1.480.237	1.506.960	1.536.666	1.566.808	1.595.074
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.498.786	1.578.924	1.480.237	1.506.960	1.536.666	1.566.808	1.595.074
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	49.816	100.070	62.205	55.764	54.261	54.959	55.327
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.548.602	1.678.994	1.542.442	1.562.725	1.590.927	1.621.766	1.650.402

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.07.03 Gesundheitshilfe

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschuss (KA 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Gesundheitsförderung/Prävention (KA 524900), Erstattungen Personal- und Sachkosten des Gemeindepsychiatrischen Verbunds und für Aufgaben des Kommunalen Sozialen Dienstes (KA 525900). 2017: Anpassung der Kalkulation der Personalkosten.

Erstattung an das Kreiskrankenhaus Gummersbach (KA 529901) für die Personalgestellung einer Fachärztin für Psychiatrie ab 2015. Die Aufwendungen werden anteilig hier und in der → PG 1.07.02 „Gutachten und Stellungnahmen“ veranschlagt.

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, sozialpsychiatrische Kontaktstellen, an das DRK, Betreuung von Menschen in sozialer Not und für Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) (KA 531900). Reduzierung des Ansatzes ab 2017, da der Zuschuss für die Betreuung von Menschen in sozialer Not (ambulante Hilfen für Wohnungslose) künftig aus dem Sozialhilfeetat bezahlt werden soll (→ PG 1.05.02).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.07.03.01	Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H.	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	190.500	49.500	51.000
1.07.03.01.01	Sucht	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	399.600	412.500	427.000
1.07.03.01.02	Psychiatrie	531900	Aufw. für Zuschüsse übr.B	122.710	122.710	122.710

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.03 Gesundheitshilfe



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-71.758	-69.000	-74.000	-75.400		-76.700	-78.000	-79.400
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-71.758	-69.000	-74.000	-75.400		-76.700	-78.000	-79.400
10	- Personalauszahlungen	251.844	303.707	245.967	244.582		247.028	249.498	251.993
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	470.430	454.900	594.700	605.400		617.400	629.900	641.900
14	- Transferauszahlungen	680.491	712.810	584.710	600.710		614.710	629.710	643.710
15	- sonstige Auszahlungen	2.836	480	480	480		480	480	480
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.405.601	1.471.897	1.425.857	1.451.172		1.479.618	1.509.588	1.538.083
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.333.843	1.402.897	1.351.857	1.375.772		1.402.918	1.431.588	1.458.683

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.07.04.01

Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.

1.07.04.02

Medizinalaufsicht

Beschreibung

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2017/2018

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.150	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-136.412	-66.000	-128.000	-128.000	-128.000	-128.000	-128.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-32.436						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-32.916	-600	-600	-600	-600	-600	-600
10	= Ordentliche Erträge	-210.913	-77.600	-139.600	-139.600	-139.600	-139.600	-139.600
11	- Personalaufwendungen	800.440	772.174	793.751	793.923	803.618	812.008	820.001
12	- Versorgungsaufwendungen	76.710	61.948	88.051	90.838	92.449	93.516	94.401
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	44.872	51.131	51.131	51.131	51.131	51.131	51.131
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.859	54.369	55.755	57.124	57.429	57.719	58.133
17	= Ordentliche Aufwendungen	963.881	939.622	988.687	993.016	1.004.627	1.014.374	1.023.666
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	752.968	862.022	849.087	853.416	865.027	874.774	884.066
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	752.968	862.022	849.087	853.416	865.027	874.774	884.066
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	752.968	862.022	849.087	853.416	865.027	874.774	884.066
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	100.889	194.849	123.349	110.720	107.688	109.009	109.704
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	853.856	1.056.871	972.436	964.136	972.715	983.783	993.770

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.07.04 Gesundheitsschutz

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschuss (KA 414200) zu den Personal- und Sachkosten Prüfungen im Gesundheitswesen.

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für das Infektionsschutz und Umwelthygiene, Medizinalaufsicht, Apotheken- und Arzneimittelüberwachung

Die Gebühren für Belehrungen gemäß Infektionsschutzgesetz wurden bis 2014 (d. h. auch noch in der HH-Planung 2016) in der → PG 1.07.02 „Gutachten und Stellungnahmen“ veranschlagt.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.07.04.01	Infektions-/umweltbez. Gesundheitsschutz	431100	Verwaltungsgebühren	-48.000	-110.000	-110.000
1.07.04.02	Medizinalaufsicht	431100	Verwaltungsgebühren	-18.000	-18.000	-18.000

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Verwarnungs- und Zwangsgelder (KA 452130 u. 452120). Zum RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (KA 526600, 15.000 € p. a.), Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen, Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz, für das MRE-Netzwerk und zentrale Heilpraktikerüberprüfung (KA 529100, rd. 36.000 € p. a.).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.04 Gesundheitsschutz



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-9.150	-11.000	-11.000	-11.000		-11.000	-11.000	-11.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-142.102	-66.000	-128.000	-128.000		-128.000	-128.000	-128.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-1.000	-600	-600	-600		-600	-600	-600
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-152.252	-77.600	-139.600	-139.600		-139.600	-139.600	-139.600
10	- Personalauszahlungen	680.114	582.208	687.595	686.536		693.402	700.336	707.339
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	46.336	51.000	51.000	51.000		51.000	51.000	51.000
15	- sonstige Auszahlungen	5.833							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	732.283	633.208	738.595	737.536		744.402	751.336	758.339
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	580.032	555.608	598.995	597.936		604.802	611.736	618.739

Haushaltsplan 2017/2018

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.900					
10	= Ordentliche Erträge		-1.900					
11	- Personalaufwendungen	2.444	2.370	2.404	2.384	2.409	2.434	2.458
12	- Versorgungsaufwendungen	26						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16	19	18	18	18	18	18
15	- Transferaufwendungen	209.855	284.516	284.516	282.516	284.516	282.516	284.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.286	6.071	6.182	6.444	6.480	6.517	6.558
17	= Ordentliche Aufwendungen	216.628	292.976	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.845	53.429	54.531	52.035	52.055	52.260	52.323
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	259.473	344.505	347.650	343.398	345.478	343.744	345.872

Haushaltsplan 2017/2018

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

Dezernat III



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.900						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-1.900						
10	- Personalauszahlungen	2.395	1.848	2.253	2.235		2.258	2.281	2.304
14	- Transferauszahlungen	211.615	284.516	284.516	282.516		284.516	282.516	284.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	214.010	286.364	286.769	284.751		286.774	284.797	286.820
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	214.010	284.464	286.769	284.751		286.774	284.797	286.820

Beschreibung

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.
Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.
Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2017/2018

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.900					
10	= Ordentliche Erträge		-1.900					
11	- Personalaufwendungen	2.444	2.370	2.404	2.384	2.409	2.434	2.458
12	- Versorgungsaufwendungen	26						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16	19	18	18	18	18	18
15	- Transferaufwendungen	209.855	284.516	284.516	282.516	284.516	282.516	284.516
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.286	6.071	6.182	6.444	6.480	6.517	6.558
17	= Ordentliche Aufwendungen	216.628	292.976	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	216.628	291.076	293.119	291.362	293.423	291.484	293.550
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	42.845	53.429	54.531	52.035	52.055	52.260	52.323
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	259.473	344.505	347.650	343.398	345.478	343.744	345.872

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.08.01 Sportförderung

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen (KA 432100).

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen, Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage, pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund (KA 531900).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-1.900						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit		-1.900						
10	- Personalauszahlungen	2.395	1.848	2.253	2.235		2.258	2.281	2.304
14	- Transferauszahlungen	211.615	284.516	284.516	282.516		284.516	282.516	284.516
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	214.010	286.364	286.769	284.751		286.774	284.797	286.820
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	214.010	284.464	286.769	284.751		286.774	284.797	286.820

Haushaltsplan 2017/2018

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-36.000	-36.000	-18.000		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-658.256	-709.400	-635.400	-635.400	-614.900	-614.900	-614.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30.000						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-205.211	-130.107	-348.484	-284.584	-176.797	-123.766	-119.366
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-213.304						
10	= Ordentliche Erträge	-1.106.771	-839.507	-1.019.884	-955.984	-809.697	-738.666	-734.266
11	- Personalaufwendungen	5.050.706	4.740.837	4.894.742	4.869.636	4.928.805	4.980.205	5.029.254
12	- Versorgungsaufwendungen	489.548	389.257	521.317	541.970	551.582	557.946	563.227
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	669.465	756.650	955.099	994.154	892.813	812.885	728.838
14	- Bilanzielle Abschreibungen	36.137	40.848	52.375	46.902	47.607	45.797	49.651
15	- Transferaufwendungen	130.900	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	363.181	488.743	454.009	483.749	487.772	491.899	496.611
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.739.938	6.547.334	7.008.541	7.067.411	7.039.579	7.019.731	6.998.582
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	5.633.167	5.707.827	5.988.657	6.111.427	6.229.882	6.281.065	6.264.316
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	5.633.167	5.707.827	5.988.657	6.111.427	6.229.882	6.281.065	6.264.316
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.633.167	5.707.827	5.988.657	6.111.427	6.229.882	6.281.065	6.264.316
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-13.700	-14.633	-16.547	-14.746	-15.674	-16.587	-17.130
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	385.837	385.575	392.665	343.551	345.580	347.520	348.708
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.005.304	6.078.769	6.364.774	6.440.233	6.559.789	6.611.998	6.595.894

Haushaltsplan 2017/2018

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-36.000	-36.000		-18.000		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-635.807	-709.400	-635.400	-635.400		-614.900	-614.900	-614.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-192.921	-126.000	-408.041	-349.363		-242.266	-189.933	-186.238
7	+ Sonstige Einzahlungen	-14.058							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-842.785	-835.400	-1.079.441	-1.020.763		-875.166	-804.833	-801.138
10	- Personalauszahlungen	4.298.564	3.591.263	4.273.991	4.240.460		4.282.865	4.325.696	4.368.952
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	693.302	826.100	1.026.146	1.066.801		967.060	888.732	806.185
14	- Transferauszahlungen	141.808	131.000	131.000	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Auszahlungen	50.897	92.140	54.140	54.240		54.240	54.340	54.340
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.184.572	4.640.503	5.485.277	5.492.501		5.435.165	5.399.768	5.360.477
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	4.341.787	3.805.103	4.405.836	4.471.738		4.559.999	4.594.935	4.559.339
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	84.480	25.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	15.649	5.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	100.128	30.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	100.128	30.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien

<p>Ziele</p>	<p>Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen.</p> <p>Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises.</p> <p>Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.</p>
<p>Zielgruppen</p>	<p>Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft</p>

1.09.01.02

Betreuung von Verfahren externer Planungsträger

Beschreibung

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-36.000	-36.000	-18.000		
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-128.648	-95.887	-312.264	-268.364	-155.577	-102.546	-103.146
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-59.283						
10	= Ordentliche Erträge	-187.930	-95.887	-348.264	-304.364	-173.577	-102.546	-103.146
11	- Personalaufwendungen	828.931	662.580	846.171	819.857	830.723	839.569	847.773
12	- Versorgungsaufwendungen	143.919	114.278	130.733	138.032	140.480	142.101	143.446
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	421.838	469.294	657.690	674.795	577.454	495.626	411.579
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.880	688	1.854	2.820	3.804	4.117
15	- Transferaufwendungen	130.900	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000	131.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.452	45.428	47.126	48.142	48.293	48.451	48.715
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.560.041	1.424.458	1.813.408	1.813.680	1.730.770	1.660.550	1.586.630
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.372.110	1.328.572	1.465.144	1.509.317	1.557.193	1.558.005	1.483.485
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.372.110	1.328.572	1.465.144	1.509.317	1.557.193	1.558.005	1.483.485
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.372.110	1.328.572	1.465.144	1.509.317	1.557.193	1.558.005	1.483.485
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-5.308	-2.930	-1.818	-2.672	-3.434	-4.136	-4.408
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	73.420	59.907	30.005	29.501	29.836	30.231	30.420
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.440.222	1.385.549	1.493.331	1.536.145	1.583.595	1.584.100	1.509.498

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.09.01 Räumliche Planung

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuweisung (KA 414200) zur Durchführung von Projekten (ohne LEADER, Aufwand siehe Zeile 13, PSP 1.09.01.01, KA 529914)

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Zuschüssen für verschiedene Projekte (KA 444905) siehe auch die korrespondierenden Aufwandspositionen in Zeile 13, u. a. Kst. 201430 LEADER-Projekte). Gegenposition für den Zuschuss Breitbandkoordinator/in (Kst. 1538, KA 444905) sind Personalaufwendungen (Zeile 11)

Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) (KA 444903)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1504	Projekt Rad Region (Infrastruktur)	444905	Zuschüsse	0	-58.221	-58.821
1530	Energie / Klimaschutz	444905	Zuschüsse	-92.000	-62.500	-45.000
201430	Projekte Ländliche Entwicklung	444905	Zuschüsse	0	-131.500	-104.500
1538	Breitbandkonzept Oberberg	444905	Zuschüsse	0	-50.000	-50.000

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Regionale Entwicklung (KA 529914), neu ab HHJ 2017/2018: Agglomerationskonzept (12.000 €/22.000 €), Wohnbaukonzept (5.000 €/14.000 €), Integriertes Handlungskonzept Dorf (30.000 €/50.000 €)

Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ (KA 529915, Drei-Jahres-Rhythmus, nächster Termin 2017)

Kst. 201430 „Projekte Ländliche Entwicklung“ (KA 529100): ab 2017 Einrichtung des Regionalmanagements für LEADER und eigene LEADER-Projekte (Amt 68). Weitere LEADER-Projekte siehe → 1.04.02 Volkshochschule → 1.06.02 Jugendarbeit und → 1.07.01 Gesundheitsförderung

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.09.01.01	Kreisentw.planung, Raum- u. Umweltinfo.	529914	Regionale Entwicklung	7.600	47.000	86.000
1501	Kulturlandschaft Homburger Ländchen	529925	Projekt Lebensader Bröl	20.000	20.000	20.000
1504	Projekt Rad Region (Infrastruktur)	529928	Projekt Rad Region	15.000	58.000	58.000
1524	Beitrag zur Kreisentwicklung	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	25.000	25.000	25.000
1526	Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"	529915	Wettbewerb Unser Dorf hat Zukunft	500	12.000	500
1530	Energie / Klimaschutz	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	194.000	97.000	83.000
1531	Gewerbeflächenentwicklungskonzept	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	48.000	48.000	48.000
1537	Demografie	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	15.000	15.000	15.000
201430	Projekte Ländliche Entwicklung	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	140.000	333.496	337.101

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Schwalbe-Arena Zuschuss/Nutzungsentgelt (Kst. 1527, KA 531300)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, Aufbau und Unterhaltung von Bestandsverzeichnissen, Beschaffung von Planungsunterlagen (KA 543900).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen			-36.000	-36.000		-18.000		
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-147.288	-92.000	-372.041	-333.363		-221.266	-168.933	-170.238
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-147.288	-92.000	-408.041	-369.363		-239.266	-168.933	-170.238
10	- Personalauszahlungen	604.457	478.092	708.467	679.980		686.780	693.649	700.586
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	426.003	533.300	723.196	741.801		645.960	565.632	483.085
14	- Transferauszahlungen	141.808	131.000	131.000	131.000		131.000	131.000	131.000
15	- sonstige Auszahlungen	13.742	21.040	23.640	23.740		23.740	23.740	23.740
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.186.010	1.163.432	1.586.303	1.576.521		1.487.480	1.414.021	1.338.411
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.038.722	1.071.432	1.178.262	1.207.158		1.248.214	1.245.088	1.168.173

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 (entfallen)

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.03.03 Durchsetzung von Vermessungspflichten

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.02.02

Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

Beschreibung

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

1.09.02.03**Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude****Beschreibung**

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht und setzt diese im Einzelfall durch.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Kreisgebührensatzung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen

1.09.02.04

Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

Beschreibung

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da bis 2019 neben der Laufendhaltung zusätzlich die Nutzung und Topografie von der Deutschen Grundkarte 1:5.000 in das Amtliche Liegenschaftskataster Informationssystem (ALKIS) überführt und dort als Amtliche Basiskarte neu herausgegeben werden muss, kann der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig nur gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters

1.09.02.05

Führung der Personen- und Bestandsdaten

Beschreibung

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte als Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde die Eigentumsveränderungen überwiegend in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden.

Ergänzend werden weitere Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m.)

1.09.02.06

Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Beschreibung

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene Maßnahmen¹⁾ von Amts wegen zu erneuern, die sich in 3 Kategorien aufgliedern:

- E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung
- E2: Geometrische Verbesserung der Liegenschaftskarte durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters
- E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umlagungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen.

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umlagungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Erträge anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien stellt gleichzeitig eine Priorisierung dar. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

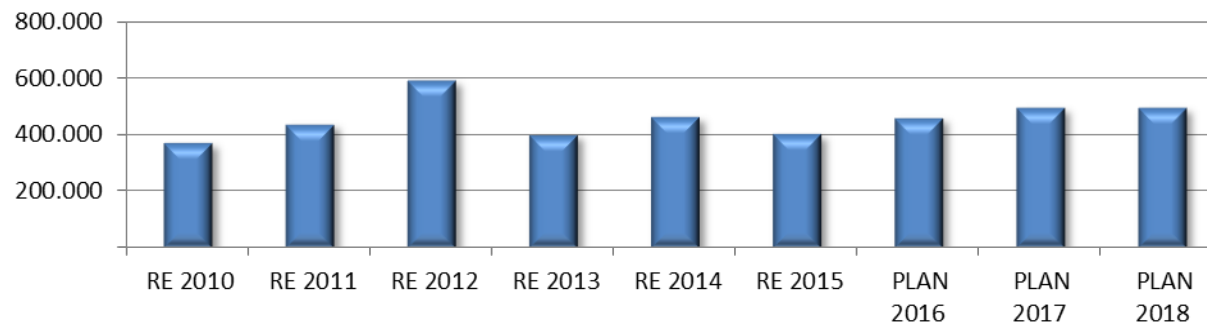
Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-402.517	-460.800	-496.200	-496.200	-476.200	-476.200	-476.200
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30.000						
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-39.103	-13.220	-20.220	-15.220	-20.220	-20.220	-15.220
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-125.951						
10	= Ordentliche Erträge	-597.571	-474.020	-516.420	-511.420	-496.420	-496.420	-491.420
11	- Personalaufwendungen	2.807.809	2.613.201	2.751.156	2.753.715	2.787.217	2.816.291	2.844.025
12	- Versorgungsaufwendungen	265.220	211.819	298.984	308.659	314.133	317.756	320.764
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	172.804	204.021	210.491	229.842	231.241	232.541	232.541
14	- Bilanzielle Abschreibungen	36.137	38.968	51.687	45.048	44.787	41.993	45.534
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	227.578	303.103	269.562	289.215	291.831	294.581	297.625
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.509.548	3.371.112	3.581.880	3.626.479	3.669.209	3.703.163	3.740.489
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.911.977	2.897.092	3.065.460	3.115.058	3.172.789	3.206.743	3.249.069
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.911.977	2.897.092	3.065.460	3.115.058	3.172.789	3.206.743	3.249.069
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.911.977	2.897.092	3.065.460	3.115.058	3.172.789	3.206.743	3.249.069
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-58.740	-81.918	-103.102	-84.519	-85.679	-87.161	-89.056
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	266.815	281.259	327.563	279.681	281.949	283.736	284.878
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	3.120.052	3.096.433	3.289.921	3.310.220	3.369.059	3.403.318	3.444.891

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.09.02 Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften. Die Anpassung der Gebührenhöhe aufgrund Fortschreibung der Landesgebührenordnung führt bei der Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften zu Mehrerträgen ab 2017 i. H. v. 40.000 €.

Entwicklung Verwaltungsgebühren Vermessung etc.



Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

RE 2015: Erträge aus Verkauf von Altgeräten.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Kostenbeteiligungen der Kommunen an den Aufwendungen für Bildflüge. Mehrertrag durch Beteiligung des Aggerverbandes.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters, Aufwendungen für Bildflüge (KA 529100).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-391.973	-460.800	-496.200	-496.200		-476.200	-476.200	-476.200
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-14.500	-13.000	-20.000	-15.000		-20.000	-20.000	-15.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-6.260							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-412.733	-473.800	-516.200	-511.200		-496.200	-496.200	-491.200
10	- Personalauszahlungen	2.528.063	2.119.745	2.539.216	2.536.485		2.561.850	2.587.469	2.613.343
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	222.547	243.300	250.450	270.500		272.600	274.600	274.600
15	- sonstige Auszahlungen	29.291	57.900	17.500	17.500		17.500	17.600	17.600
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.779.901	2.420.945	2.807.166	2.824.485		2.851.950	2.879.669	2.905.543
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.367.168	1.947.145	2.290.966	2.313.285		2.355.750	2.383.469	2.414.343
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	84.480	25.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
29	- sonstige Investitionsauszahlungen	15.649	5.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	100.128	30.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	100.128	30.000	35.000	35.000		35.000	35.000	35.000

Planerläuterung zum Teilfinanzplan 1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten**Zeile 26 (Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)**

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Katasterverwaltung**. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet.

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.03 Zugriff auf Abrufverfahren

- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen kommunalen Geodaten
 - 1.09.03.02.05 Interne Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.06 Ausdrücke und digitale Vervielfältigungen
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)
 - 1.09.03.02.10 Vermessungsunterlagen

- 1.09.03.03 (entfallen)

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.09.03.01**Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten****Beschreibung**

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierter Geodienste bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Auftragsgrundlage

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar. Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.

Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.

Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

1.09.03.02

Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens und kommunale Geodaten können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit alle kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührendeckende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragssteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.

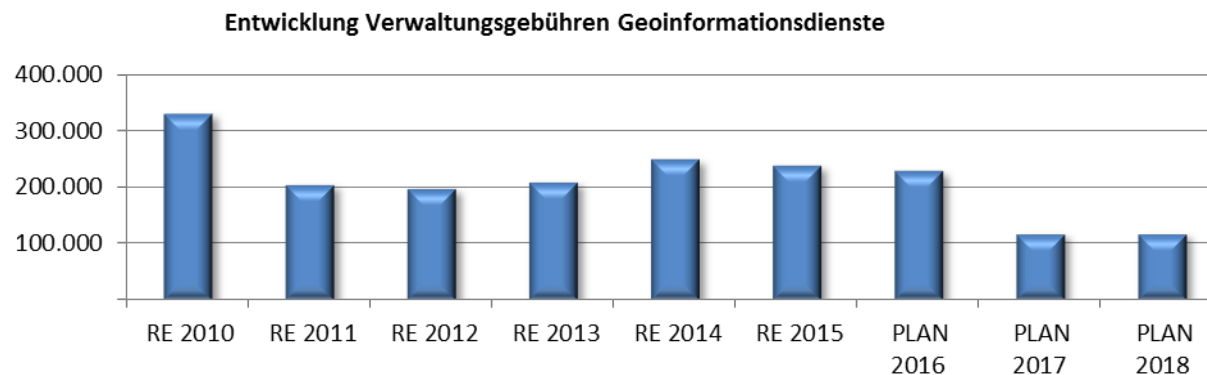
OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-239.305	-229.200	-117.200	-117.200	-116.700	-116.700	-116.700
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-24.057	-21.000	-16.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-18.909						
10	= Ordentliche Erträge	-282.272	-250.200	-133.200	-118.200	-117.700	-117.700	-117.700
11	- Personalaufwendungen	864.188	937.391	785.234	789.565	798.675	806.906	814.887
12	- Versorgungsaufwendungen	52.350	41.587	60.590	62.891	64.006	64.744	65.357
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	63.255	72.057	75.445	77.845	72.245	72.645	72.645
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	55.664	84.659	82.881	88.928	89.782	90.579	91.515
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.035.457	1.135.694	1.004.150	1.019.228	1.024.709	1.034.874	1.044.405
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	753.185	885.494	870.950	901.028	907.009	917.174	926.705
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	753.185	885.494	870.950	901.028	907.009	917.174	926.705
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	753.185	885.494	870.950	901.028	907.009	917.174	926.705
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	61.534	75.210	80.174	69.249	69.562	70.261	71.256
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	814.719	960.704	951.123	970.277	976.571	987.435	997.961

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.09.03 Geoinformationsdienste

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen. Aufgrund der Änderung der GebO zum 01.01.2017 (Umsetzung der Open Data Prinzipien für Geobasisdaten in NRW) sinken die Gebühreneinnahmen deutlich.



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Verkauf von Geobasisdaten (KA 442900).

Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land (KA 442200). Diese Erstattungen entfallen ebenfalls sukzessive ab 2017 durch die Umsetzung der Open Data Prinzipien für Geobasisdaten in NRW (siehe auch Zeile 4).

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

u. a. Anteilige Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-234.240	-229.200	-117.200	-117.200		-116.700	-116.700	-116.700
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-20.406	-21.000	-16.000	-1.000		-1.000	-1.000	-1.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-7.207							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-261.853	-250.200	-133.200	-118.200		-117.700	-117.700	-117.700
10	- Personalauszahlungen	709.258	631.795	609.708	613.169		619.300	625.493	631.747
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	44.752	49.500	52.500	54.500		48.500	48.500	48.500
15	- sonstige Auszahlungen	870							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	754.880	681.295	662.208	667.669		667.800	673.993	680.247
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	493.027	431.095	529.008	549.469		550.100	556.293	562.547

Beschreibung

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- *[kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:]*
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- *[gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:]*
Gutachten, Wertauskünfte, Stellungnahmen über Grundstückswerte, Auswertungen aus der Kaufpreissammlung, Datenvertrieb
- *[kostenfrei auf Antrag zu erbringen:]*
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW,
Vermessungs- und Wertermittlungsgebührenordnung, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist.
Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-16.433	-19.400	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-13.403						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.162						
10	= Ordentliche Erträge	-38.997	-19.400	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000	-22.000
11	- Personalaufwendungen	549.778	527.665	512.181	506.499	512.190	517.439	522.569
12	- Versorgungsaufwendungen	28.059	21.573	31.010	32.389	32.962	33.344	33.660
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.567	11.278	11.473	11.672	11.873	12.073	12.073
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	45.488	55.553	54.440	57.464	57.866	58.288	58.756
17	= Ordentliche Aufwendungen	634.892	616.070	609.103	608.024	614.891	621.144	627.057
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	595.895	596.670	587.103	586.024	592.891	599.144	605.057
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	595.895	596.670	587.103	586.024	592.891	599.144	605.057
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	595.895	596.670	587.103	586.024	592.891	599.144	605.057
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.417	39.415	43.296	37.566	37.673	38.001	38.487
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	630.312	636.085	630.399	623.590	630.564	637.145	643.545

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.09.04 Grundstückswertermittlung

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen vom Land (KA 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten. Die Grundlagendaten werden ab 2015 gebührenfrei bereitgestellt.

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhaltung der DV-Einrichtungen (KA 523610)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses (KA 542800)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.593	-19.400	-22.000	-22.000		-22.000	-22.000	-22.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-10.726							
7	+ Sonstige Einzahlungen	-591							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-20.910	-19.400	-22.000	-22.000		-22.000	-22.000	-22.000
10	- Personalauszahlungen	456.786	361.631	416.600	410.826		414.935	419.085	423.276
15	- sonstige Auszahlungen	6.994	13.200	13.000	13.000		13.000	13.000	13.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	463.780	374.831	429.600	423.826		427.935	432.085	436.276
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	442.869	355.431	407.600	401.826		405.935	410.085	414.276

Haushaltsplan 2017/2018

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.076.839	-775.000	-1.025.000	-1.125.000	-1.125.000	-1.125.000	-1.125.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-37.586	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203	-13.203
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-113.968	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.228.394	-795.203	-1.045.203	-1.145.203	-1.145.203	-1.145.203	-1.145.203
11	- Personalaufwendungen	2.511.582	2.424.707	2.386.527	2.388.105	2.417.715	2.443.046	2.467.068
12	- Versorgungsaufwendungen	231.602	195.904	286.968	296.400	301.657	305.137	308.026
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.765	71.199	156.199	156.199	156.199	156.199	156.199
14	- Bilanzielle Abschreibungen	232	3.014	1.157	2.884	4.313	5.769	6.094
15	- Transferaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	138.514	160.315	175.386	179.572	180.242	180.930	181.978
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.885.696	2.856.138	3.007.236	3.024.159	3.061.127	3.092.081	3.120.364
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.657.302	2.060.935	1.962.033	1.878.956	1.915.923	1.946.878	1.975.161
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.657.302	2.060.935	1.962.033	1.878.956	1.915.923	1.946.878	1.975.161
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.657.302	2.060.935	1.962.033	1.878.956	1.915.923	1.946.878	1.975.161
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	240.404	254.614	287.271	250.234	251.983	253.523	254.563
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.897.705	2.315.549	2.249.305	2.129.190	2.167.907	2.200.401	2.229.724

Haushaltsplan 2017/2018

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.119.655	-775.000	-1.025.000	-1.125.000		-1.125.000	-1.125.000	-1.125.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-9.383	-13.000	-13.000	-13.000		-13.000	-13.000	-13.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-226	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.129.263	-795.000	-1.045.000	-1.145.000		-1.145.000	-1.145.000	-1.145.000
10	- Personalauszahlungen	2.119.498	1.827.749	2.052.736	2.049.929		2.070.430	2.091.135	2.112.048
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.488	70.980	155.980	155.980		155.980	155.980	155.980
14	- Transferauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	40.518	33.620	45.420	45.420		45.420	45.420	45.420
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.163.504	1.933.349	2.255.136	2.252.329		2.272.830	2.293.535	2.314.448
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.034.241	1.138.349	1.210.136	1.107.329		1.127.830	1.148.535	1.169.448

Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen

1.10.01.02

Bauordnungsbehördliche Verfahren

Beschreibung

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW)
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2017/2018

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Dezernat IV

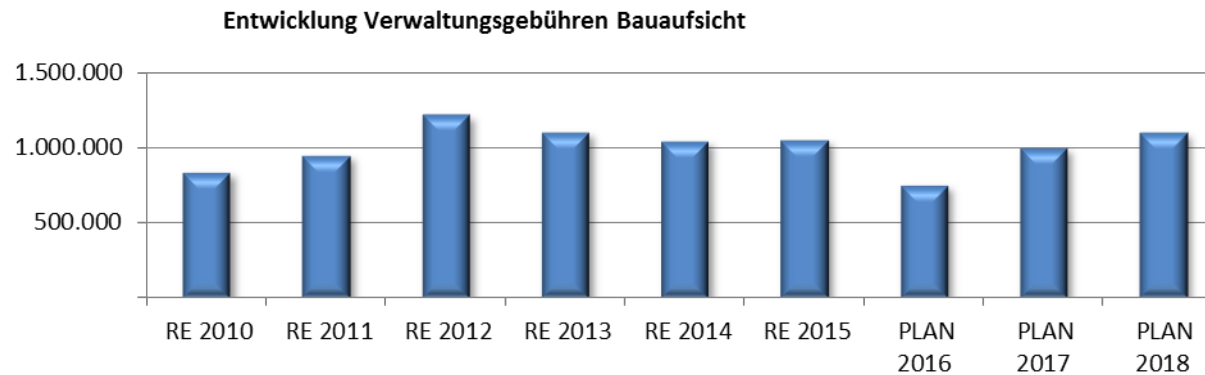


Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.053.209	-751.000	-1.001.000	-1.101.000	-1.101.000	-1.101.000	-1.101.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-24.662	-6.203	-6.203	-6.203	-6.203	-6.203	-6.203
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-87.221	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
10	= Ordentliche Erträge	-1.165.092	-764.203	-1.014.203	-1.114.203	-1.114.203	-1.114.203	-1.114.203
11	- Personalaufwendungen	2.008.403	1.922.404	2.026.778	2.028.388	2.053.275	2.074.735	2.095.152
12	- Versorgungsaufwendungen	174.914	145.490	230.440	238.154	242.377	245.173	247.494
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.710	71.142	156.142	156.142	156.142	156.142	156.142
14	- Bilanzielle Abschreibungen	232	3.014	1.157	2.884	4.313	5.769	6.094
15	- Transferaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	112.335	129.751	144.128	146.688	147.146	147.613	148.395
17	= Ordentliche Aufwendungen	2.299.594	2.272.802	2.559.645	2.573.256	2.604.254	2.630.432	2.654.277
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.134.502	1.508.599	1.545.441	1.459.053	1.490.051	1.516.229	1.540.074
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.134.502	1.508.599	1.545.441	1.459.053	1.490.051	1.516.229	1.540.074
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.134.502	1.508.599	1.545.441	1.459.053	1.490.051	1.516.229	1.540.074
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-6.382	-7.121	-8.828	-7.289	-7.457	-7.591	-7.647
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	183.262	191.515	222.957	190.624	191.528	192.273	192.808
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.311.382	1.692.993	1.759.570	1.642.388	1.674.122	1.700.912	1.725.235

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren, Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen (KA 431100). 2017ff. Anpassung der Ansätze an die RE.



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 442900).

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Zwangsgelder (KA 452120). Zum RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 524902) Aufwendungen für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial und Hinzuziehung von Sachverständigen (KA 529100). Insbesondere ist hierin die Digitalisierung von Akten enthalten. Der Ansatz steigt von 65.000 € auf 150.000 € ab dem HH-Jahr 2017.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Erstellung v. Gutachten, Gefährdungsabschätzung (KA 542700)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen
1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.103.952	-751.000	-1.001.000	-1.101.000		-1.101.000	-1.101.000	-1.101.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-1.622	-6.000	-6.000	-6.000		-6.000	-6.000	-6.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-216	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.105.790	-764.000	-1.014.000	-1.114.000		-1.114.000	-1.114.000	-1.114.000
10	- Personalauszahlungen	1.711.382	1.452.272	1.751.778	1.749.747		1.767.245	1.784.918	1.802.768
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.488	70.980	155.980	155.980		155.980	155.980	155.980
14	- Transferauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	40.098	33.620	45.420	45.420		45.420	45.420	45.420
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.754.967	1.557.872	1.954.178	1.952.147		1.969.645	1.987.318	2.005.168
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	649.178	793.872	940.178	838.147		855.645	873.318	891.168

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
- Erteilung von Grabungserlaubnissen

Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen

Auftragsgrundlage

DSchG NRW, VwVfG, GO

Ziele

- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW,
- Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden
Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche
- Effiziente Fachaufsicht:
Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen
mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr

Zielgruppen

Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2017/2018

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-957						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.958						
10	= Ordentliche Erträge	-5.915						
11	- Personalaufwendungen	57.246	47.583	36.948	37.137	37.762	38.191	38.555
12	- Versorgungsaufwendungen	10.061	6.564	12.745	13.132	13.365	13.519	13.647
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5	6	6	6	6	6	6
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.087	2.370	2.396	2.446	2.455	2.464	2.480
17	= Ordentliche Aufwendungen	69.398	56.524	52.095	52.721	53.588	54.181	54.688
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	63.483	56.524	52.095	52.721	53.588	54.181	54.688
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	63.483	56.524	52.095	52.721	53.588	54.181	54.688
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	63.483	56.524	52.095	52.721	53.588	54.181	54.688
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.988	3.957	4.120	3.547	3.592	3.634	3.650
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	67.471	60.481	56.214	56.268	57.180	57.815	58.338

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	40.008	34.994	26.479	26.489		26.754	27.022	27.292
15	- sonstige Auszahlungen	81							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40.089	34.994	26.479	26.489		26.754	27.022	27.292
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	40.089	34.994	26.479	26.489		26.754	27.022	27.292

Beschreibung

Gefördert wird durch zinsgünstige Darlehen der NRW.BANK.

Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Energetische Sanierung
- Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren und energetische Sanierung im Bestand
- Förderzusagen, Abstimmung mit der NRW.BANK
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG NRW), RL BestandsInvest

i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm WoFP des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum, insbesondere für Haushalte mit Kindern und für Menschen mit Behinderungen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse durch energetische Sanierung und barrierefreien Umbau

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.201	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.789						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-9.267						
10	= Ordentliche Erträge	-24.257	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000	-15.000
11	- Personalaufwendungen	231.333	218.066	107.837	108.151	109.467	110.609	111.699
12	- Versorgungsaufwendungen	21.076	16.009	11.814	12.174	12.390	12.533	12.652
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	731						
17	= Ordentliche Aufwendungen	253.140	234.075	119.651	120.325	121.858	123.142	124.351
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	228.883	219.075	104.651	105.325	106.858	108.142	109.351
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	228.883	219.075	104.651	105.325	106.858	108.142	109.351
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	228.883	219.075	104.651	105.325	106.858	108.142	109.351
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.809	36.045	34.282	34.111	34.569	35.009	35.357
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	260.692	255.120	138.933	139.436	141.427	143.151	144.708

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.10.03 Wohnungsbauförderung

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen
1.10.03 Wohnungsbauförderung

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.673	-15.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-5.673	-15.000	-15.000	-15.000		-15.000	-15.000	-15.000
10	- Personalauszahlungen	197.273	164.896	93.456	93.589		94.525	95.470	96.425
15	- sonstige Auszahlungen	191							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	197.464	164.896	93.456	93.589		94.525	95.470	96.425
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	191.791	149.896	78.456	78.589		79.525	80.470	81.425

<u>Beschreibung</u>	Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen - Erteilung von Nutzungsgenehmigungen - Mietangelegenheiten
<u>Auftragsgrundlage</u>	Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG)
<u>Ziele</u>	
<u>Zielgruppen</u>	Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende

Haushaltsplan 2017/2018

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung

Dezernat III

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.430	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-8.189	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-2.228						
10	= Ordentliche Erträge	-20.847	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000	-16.000
11	- Personalaufwendungen	108.559	149.138	138.270	137.340	138.824	140.234	141.630
12	- Versorgungsaufwendungen	4.015	13.034	5.513	5.680	5.781	5.848	5.903
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29	39	39	39	39	39	39
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.440	24.002	24.626	26.111	26.298	26.494	26.717
17	= Ordentliche Aufwendungen	133.044	186.212	168.448	169.170	170.942	172.615	174.289
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	112.197	170.212	152.448	153.170	154.942	156.615	158.289
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	112.197	170.212	152.448	153.170	154.942	156.615	158.289
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	112.197	170.212	152.448	153.170	154.942	156.615	158.289
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.732	23.156	27.169	22.687	23.122	23.496	23.666
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	132.928	193.368	179.618	175.858	178.064	180.112	181.955

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.10.04 Wohnraumsicherung und –versorgung

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Gebühren (KA 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Verwaltungskostenbeiträge (KA 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen
1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.030	-9.000	-9.000	-9.000		-9.000	-9.000	-9.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-7.761	-7.000	-7.000	-7.000		-7.000	-7.000	-7.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-10							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.801	-16.000	-16.000	-16.000		-16.000	-16.000	-16.000
10	- Personalauszahlungen	101.082	112.104	126.059	125.117		126.369	127.633	128.910
15	- sonstige Auszahlungen	22							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	101.104	112.104	126.059	125.117		126.369	127.633	128.910
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	83.303	96.104	110.059	109.117		110.369	111.633	112.910

Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen

Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten

Auftragsgrundlage

BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO

Ziele

- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht:
- Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche
- Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre
- effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche
- Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche

Zielgruppen

Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-1.988						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-10.295						
10	= Ordentliche Erträge	-12.282						
11	- Personalaufwendungen	106.041	87.516	76.695	77.089	78.387	79.277	80.032
12	- Versorgungsaufwendungen	21.536	14.807	26.456	27.260	27.743	28.063	28.329
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21	11	11	11	11	11	11
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.922	4.192	4.237	4.326	4.342	4.359	4.386
17	= Ordentliche Aufwendungen	130.520	106.526	107.398	108.687	110.484	111.710	112.759
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	118.237	106.526	107.398	108.687	110.484	111.710	112.759
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	118.237	106.526	107.398	108.687	110.484	111.710	112.759
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	118.237	106.526	107.398	108.687	110.484	111.710	112.759
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.995	7.062	7.572	6.553	6.629	6.701	6.729
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	125.232	113.587	114.970	115.240	117.113	118.411	119.488

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
10	- Personalauszahlungen	69.753	63.483	54.964	54.987		55.537	56.092	56.653
15	- sonstige Auszahlungen	127							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	69.880	63.483	54.964	54.987		55.537	56.092	56.653
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	69.880	63.483	54.964	54.987		55.537	56.092	56.653

Haushaltsplan 2017/2018

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.097.590	-4.111.507	-4.071.657	-4.097.966	-4.118.112	-4.156.488	-4.221.700
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-55.737	-2.515	-132.515	-134.515	-146.515	-148.515	-148.515
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-17.834						
10	= Ordentliche Erträge	-4.171.191	-4.114.122	-4.204.272	-4.232.581	-4.264.727	-4.305.103	-4.370.315
11	- Personalaufwendungen	759.155	807.821	770.666	774.750	783.573	791.627	799.466
12	- Versorgungsaufwendungen	39.449	30.555	52.444	55.682	56.670	57.323	57.866
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.129.686	2.055.530	2.650.530	3.122.530	3.519.530	3.541.530	3.556.530
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.954.952	4.015.325	3.804.686	3.869.956	3.841.622	3.950.966	4.119.682
15	- Transferaufwendungen	3.735.443	6.028.852	6.128.852	6.228.852	6.328.852	6.428.852	6.528.852
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	69.236	78.659	81.228	82.660	84.001	84.342	85.953
17	= Ordentliche Aufwendungen	10.687.921	13.016.741	13.488.405	14.134.430	14.614.248	14.854.640	15.148.347
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	6.516.730	8.902.619	9.284.133	9.901.849	10.349.521	10.549.537	10.778.033
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	6.516.730	8.903.619	9.285.133	9.902.849	10.350.521	10.550.537	10.779.033
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	6.516.730	8.903.619	9.285.133	9.902.849	10.350.521	10.550.537	10.779.033
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	67.742	78.246	81.000	70.192	70.597	70.965	50.802
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	6.584.472	8.981.865	9.366.133	9.973.041	10.421.118	10.621.502	10.829.835

Haushaltsplan 2017/2018

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

Dezernat IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852		-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-66.360	-2.500	-132.500	-134.500		-146.500	-148.500	-148.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.150.242	-3.086.452	-3.216.452	-3.218.452		-3.230.452	-3.232.452	-3.232.452
10	- Personalauszahlungen	737.000	619.765	688.342	690.409		697.313	704.287	711.330
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.108.542	2.055.500	2.650.500	3.122.500		3.519.500	3.541.500	3.556.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
14	- Transferauszahlungen	5.058.216	6.028.852	6.128.852	6.228.852		6.328.852	6.428.852	6.528.852
15	- sonstige Auszahlungen	20.095	33.400	35.500	35.600		36.700	36.800	38.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.923.853	8.738.517	9.504.194	10.078.361		10.583.365	10.712.439	10.835.682
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	4.773.611	5.652.065	6.287.742	6.859.909		7.352.913	7.479.987	7.603.230
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-499.800	-630.000	-470.000	-995.000		-1.600.000	-3.080.000	-2.750.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-9.009	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-508.809	-632.500	-472.500	-997.500		-1.602.500	-3.082.500	-2.752.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	12.248	141.000	130.000	148.000		207.000	90.000	295.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.453.343	2.420.000	3.062.500	3.422.500		3.897.500	6.472.500	6.402.500
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	511.292							
30	= investive Auszahlungen	1.976.882	2.561.000	3.192.500	3.570.500		4.104.500	6.562.500	6.697.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	1.468.074	1.928.500	2.720.000	2.573.000		2.502.000	3.480.000	3.945.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen

1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.12.01.01**Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen****Beschreibung**

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 208,8 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2014) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen

1.12.01.02

Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Beschreibung

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 208,8 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2014) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-1.013.738	-1.027.655	-987.805	-1.014.114	-1.034.260	-1.072.636	-1.137.848
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100	-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.832	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515	-2.515
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-4.851						
10	= Ordentliche Erträge	-1.028.451	-1.030.270	-990.420	-1.016.729	-1.036.875	-1.075.251	-1.140.463
11	- Personalaufwendungen	594.387	589.265	589.044	591.126	597.233	603.247	609.265
12	- Versorgungsaufwendungen	10.971	8.233	8.906	10.170	10.351	10.470	10.569
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.018.894	1.955.513	2.320.513	2.335.513	2.400.513	2.415.513	2.430.513
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.954.952	4.015.325	3.804.686	3.869.956	3.841.622	3.950.966	4.119.682
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.359	72.174	74.492	75.742	77.056	77.369	78.932
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.643.564	6.640.510	6.797.641	6.882.506	6.926.775	7.057.564	7.248.961
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	5.615.113	5.610.241	5.807.222	5.865.778	5.889.900	5.982.314	6.108.498
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)		1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	5.615.113	5.611.241	5.808.222	5.866.778	5.890.900	5.983.314	6.109.498
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	5.615.113	5.611.241	5.808.222	5.866.778	5.890.900	5.983.314	6.109.498
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.241	65.342	75.888	64.954	65.275	65.527	45.326
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	5.670.353	5.676.583	5.884.110	5.931.732	5.956.175	6.048.841	6.154.824

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen von Gemeinden (KA 442300)

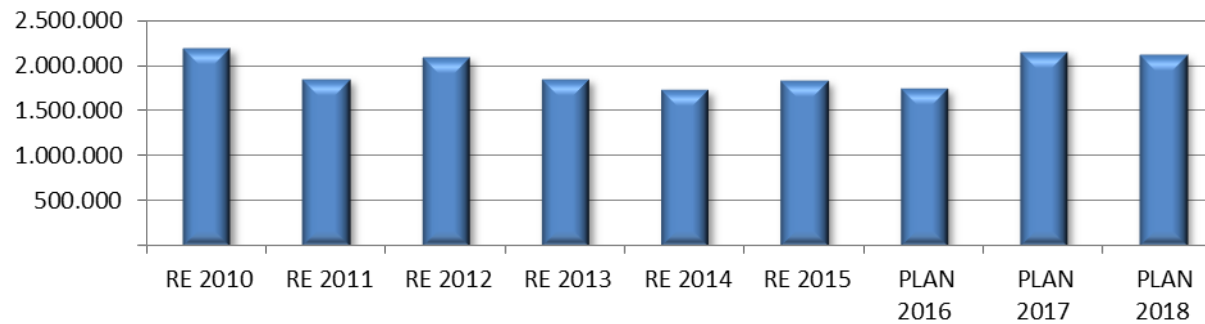
Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (KA 523240, Erhöhung 2017ff.: bedarfsgerechter Abbau der vorhandenen Instandsetzungsdefizite erfordert höheren Mitteleinsatz), Grundstücksbewirtschaftung (KA 524908), Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (KA 529100), Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen (KA 523200, ab 2017: Mehraufwand für vom Unterhaltungsvertrag nicht abgedeckte Überwachung von Versorgeraufbrüchen)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen	523200	Unterhaltung Infrastrukturvermögen	1.170.000	1.210.000	1.220.000
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen	523240	Sanierung Infrastrukturvermögen	580.000	900.000	900.000
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen	524908	Kosten Grundstücksbewirtsch.(Kreisstr.)	205.000	210.000	215.000

Unterhaltung und Sanierung Infrastrukturvermögen



Zeile 14 (Bilanzielle Abschreibungen)

Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (KA 542919), Gewässerunterhaltungsbeiträge an Wasserverbände (KA 544900).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-30	-100	-100	-100		-100	-100	-100
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-22.963	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-22.993	-2.600	-2.600	-2.600		-2.600	-2.600	-2.600
10	- Personalauszahlungen	618.364	456.846	546.024	547.198		552.670	558.198	563.780
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.014.258	1.955.500	2.320.500	2.335.500		2.400.500	2.415.500	2.430.500
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen		1.000	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000
15	- sonstige Auszahlungen	20.056	33.400	35.500	35.600		36.700	36.800	38.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.652.678	2.446.746	2.903.024	2.919.298		2.990.870	3.011.498	3.033.280
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.629.686	2.444.146	2.900.424	2.916.698		2.988.270	3.008.898	3.030.680
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-499.800	-630.000	-470.000	-995.000		-1.600.000	-3.080.000	-2.750.000
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-9.009	-2.500	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500
23	= investive Einzahlungen	-508.809	-632.500	-472.500	-997.500		-1.602.500	-3.082.500	-2.752.500
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	12.248	141.000	130.000	148.000		207.000	90.000	295.000
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.453.343	2.420.000	3.062.500	3.422.500		3.897.500	6.472.500	6.402.500
30	= investive Auszahlungen	1.465.590	2.561.000	3.192.500	3.570.500		4.104.500	6.562.500	6.697.500
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	956.782	1.928.500	2.720.000	2.573.000		2.502.000	3.480.000	3.945.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-180.000		-180.000	-180.000	-180.000		-720.000
6	= Summe Einzahlungen				-180.000		-180.000	-180.000	-180.000		-720.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		10.000	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000	10.000	60.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.352	10.000	290.000	290.000		290.000	290.000	290.000	12.352	1.462.352
13	= Summe Auszahlungen	2.352	20.000	300.000	300.000		300.000	300.000	300.000	22.352	1.522.352
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	2.352	20.000	300.000	120.000		120.000	120.000	120.000	22.352	802.352

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstraßen

Nach dem aktuellen Personenbeförderungsgesetz ist es Zielsetzung, alle vorhandenen Bushaltestellen bis 2022 barrierefrei zu gestalten. An den Kreisstraßen gibt es etwa 160 Haltestellen, die diese Anforderung überwiegend noch nicht erfüllen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5660006 Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		20.000	20.000	20.000		20.000	20.000	20.000	20.000	120.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	3.000	500.000	500.000	500.000		500.000	500.000	500.000	503.000	3.003.000
13	= Summe Auszahlungen	3.000	520.000	520.000	520.000		520.000	520.000	520.000	523.000	3.123.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	3.000	520.000	520.000	520.000		520.000	520.000	520.000	523.000	3.123.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660006 Kläreinrichtungen für Straßenabwasser

Verpflichtender Verbesserungsbedarf aus der Überprüfung aller direkten und indirekten Gewässereinleitungen nach Wasserrahmenrichtlinie. Im Kreisstraßennetz sind etwa 80 bis 100 von gut 300 Wasserableitungen mit geschätzt 5 Mio. € Sanierungsaufwand betroffen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5660007 Neuaufstellung Schutzplanken											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			70.000	70.000		80.000	80.000			300.000
13	= Summe Auszahlungen			70.000	70.000		80.000	80.000			300.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			70.000	70.000		80.000	80.000			300.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660007 Neuaufstellung Schutzplanken

Im Rahmen einer Situationserfassung festgestellte Sicherheitsdefizite an verschiedenen Straßen müssen sukzessive durch zusätzliche Absicherungen abgebaut werden.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5660101 Umbau Knoten K1/K3 in Hückeswagen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-75.000							-75.000
6	= Summe Einzahlungen			-75.000							-75.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		10.000							10.000	10.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	23.479	30.000							53.479	53.479
13	= Summe Auszahlungen	23.479	40.000							63.479	63.479
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	23.479	40.000	-75.000						63.479	-11.521

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660101 Umbau Knoten K1/K3 in Hückeswagen

Schlechter Fahrbahnzustand und veraltete Ampelanlage erforderten eine Sanierung. 2017 werden noch Restzuwendungen erzielt.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5660501 Umbau K5 Bevertalsperre											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-290.000	-80.000			-370.000
6	= Summe Einzahlungen						-290.000	-80.000			-370.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				3.000		7.000				10.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		20.000	175.000			600.000			24.046	799.046
13	= Summe Auszahlungen		20.000	175.000	3.000		607.000			24.046	809.046
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)		20.000	175.000	3.000		317.000	-80.000		24.046	439.046

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660501 Umbau K5 Bevertalsperre

Bedarfsgerechte Straßenumgestaltung auf 900 m Länge mit Rücksicht auf Fußgänger und ausreichenden Parkraum im Naherholungsschwerpunkt Bevertalsperre. Förderbewilligung ist frühestens 2019 erreichbar.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5660701 Erneuerung K7 Wönkhausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen								-560.000		-560.000
6	= Summe Einzahlungen								-560.000		-560.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden						20.000		40.000		60.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				30.000		60.000	10.000	1.100.000		1.200.000
13	= Summe Auszahlungen				30.000		80.000	10.000	1.140.000		1.260.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)				30.000		80.000	10.000	580.000		700.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.660701 Erneuerung K7 Wönkhausen

Für 2021 neu vorgesehene Straßensanierung auf 3 km Länge, die wegen des Umfangs nur mittels Zuwendungen realisiert werden kann und deshalb ab 2018 geplant werden muss.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661201 Erneuerung K12 Großberghausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-330.000	-90.000		-420.000
6	= Summe Einzahlungen							-330.000	-90.000		-420.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			5.000	10.000			25.000			40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			10.000	30.000		10.000	650.000			700.000
13	= Summe Auszahlungen			15.000	40.000		10.000	675.000			740.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			15.000	40.000		10.000	345.000	-90.000		320.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.661201 Erneuerung K12 Großberghausen

Abbau von Defiziten im Bereich der Bevertalsperre. Die K12 muss auf 1,8 km saniert und verbreitert werden.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661301 Erneuerung K13 Neyetalsperre											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-290.000								-290.000	-290.000
6	= Summe Einzahlungen	-290.000								-290.000	-290.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	490	6.000							6.962	6.962
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	182.529								186.428	186.428
13	= Summe Auszahlungen	183.019	6.000							193.390	193.390
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-106.981	6.000							-96.610	-96.610

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.661301 Erneuerung K13 Neyetalsperre

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661601 Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		20.000	10.000	370.000					20.000	400.000
13	= Summe Auszahlungen		20.000	10.000	370.000					20.000	400.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		20.000	10.000	370.000					20.000	400.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.661601 Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle

Umfassende Erneuerung / Ersatzneubau einer tonnagebeschränkten Bachbrücke wegen altersbedingter Schadenentwicklung.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661702 Umbau K17 Nümbrecht-Oberbreidenbach											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-40.000							-40.000	-40.000
6	= Summe Einzahlungen		-40.000							-40.000	-40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen									10.978	10.978
13	= Summe Auszahlungen									10.978	10.978
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		-40.000							-29.022	-29.022

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.661702 Umbau K17 Nümbrecht-Oberbreidenbach

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661802 Erneuerung K18 Nagelsgau-Kempershöhe											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	265.536								265.536	265.536
13	= Summe Auszahlungen	265.536								265.536	265.536
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	265.536								265.536	265.536

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5661901 Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		270.000	340.000						270.000	610.000
13	= Summe Auszahlungen		270.000	340.000						270.000	610.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		270.000	340.000						270.000	610.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.661901 Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach

Deckenerneuerung mit Einbau einer zusätzlichen Tragschicht über drei Spuren auf 1.100 m Länge auf Grund sehr hohen LKW-Verkehrs.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5662302 Knoten K23/Bahnstr.											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-28.000								-242.957	-242.957
6	= Summe Einzahlungen	-28.000								-242.957	-242.957
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden									20.899	20.899
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	16.026								377.341	377.341
13	= Summe Auszahlungen	16.026								398.240	398.240
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	-11.974								155.283	155.283

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5662304 Bauwerkserneuer. K23 Othetal											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				60.000		500.000	440.000			1.000.000
13	= Summe Auszahlungen				60.000		500.000	440.000			1.000.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				60.000		500.000	440.000			1.000.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662304 Bauwerkserneuerung K23 Othetal

Es müssen sechs schadhafte Brücken und Stützmauern in den nächsten Jahren saniert oder ausgetauscht werden. Die Planung dazu ist ab 2018 vorgesehen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5662402 Verlegung K24 Lindlar-West											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen							-540.000	-140.000		-680.000
6	= Summe Einzahlungen							-540.000	-140.000		-680.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				20.000		20.000	20.000			60.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			25.000	50.000		25.000	1.000.000			1.100.000
13	= Summe Auszahlungen			25.000	70.000		45.000	1.020.000			1.160.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)			25.000	70.000		45.000	480.000	-140.000		480.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662402 Verlegung K24 Lindlar-West

Neu geplante Entzerrung des inner-örtlichen Verkehrs durch Verlagerung der K24 auf 500 m auf eine bisherige Gemeindestraße am Ortsrand und Verknüpfung mit der L299.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5662601 Erneuerung K26 Thierseifen- Dickhausen											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			20.000							20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			430.000							430.000
13	= Summe Auszahlungen			450.000							450.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			450.000							450.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662601 Erneuerung K26 Thierseifen-Dickhausen

Neu veranschlagtes eigenfinanziertes Projekt auf 1,6 km, das wegen zu schmaler und stark schadhafter Fahrbahn dringlich ist.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5662801 Verlängerung K28											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-700.000	-1.900.000	-1.400.000		-4.000.000
6	= Summe Einzahlungen						-700.000	-1.900.000	-1.400.000		-4.000.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		50.000	50.000	50.000		100.000		200.000	50.000	450.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	8.800	50.000	50.000	50.000		900.000	3.500.000	3.750.000	86.600	8.336.600
13	= Summe Auszahlungen	8.800	100.000	100.000	100.000		1.000.000	3.500.000	3.950.000	136.600	8.786.600
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	8.800	100.000	100.000	100.000		300.000	1.600.000	2.550.000	136.600	4.786.600

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662801 Verlängerung K28

Straßenneubau in Fortführung der K 28 nach Südwesten bis zur B 478 als Stadtkernumgehung von Waldbröl. Mit dreijähriger Bauzeit veranschlagtes Projekt wird wegen aufwändigem Planungs- und Entscheidungsprozess nach aktuellem Stand nicht vor 2019 beginnen können.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5662901 Umbau K29/Unterommer											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-110.000	-340.000	-90.000					-110.000	-540.000
6	= Summe Einzahlungen		-110.000	-340.000	-90.000					-110.000	-540.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	785	20.000							20.785	20.785
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	14.500	590.000	660.000						630.158	1.290.158
13	= Summe Auszahlungen	15.284	610.000	660.000						650.943	1.310.943
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	15.284	500.000	320.000	-90.000					540.943	770.943

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662901 Umbau K29 / Unterommer

Bezuschusster Umbau und Erneuerung der stark schadhaften Straße mit Fußgängersicherung in den benachbarten Ortslagen Unterommer und Unterkotten sowie Verbreiterung im zwischenliegenden Streckenteil über insgesamt 800 m. Zuwendungsbewilligung war 2016 nicht erreichbar; Ansatz wurde deshalb zur Deckung vorgezogener Projekte eingesetzt und muss 2017 neu veranschlagt werden.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5662902 Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach											
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen			220.000							220.000
13	= Summe Auszahlungen			220.000							220.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			220.000							220.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.662902 Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach

2017 vorgesehene Fahrbahnerneuerung mit Kurvenaufweitungen auf 1.200 m.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5663001 Umbau K 30 Kreuzberg											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-15.000		-350.000		-85.000			-15.000	-450.000
6	= Summe Einzahlungen		-15.000		-350.000		-85.000			-15.000	-450.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		5.000		10.000		15.000			5.000	30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.081	20.000	20.000	720.000					27.081	767.081
13	= Summe Auszahlungen	7.081	25.000	20.000	730.000		15.000			32.081	797.081
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	7.081	10.000	20.000	380.000		-70.000			17.081	347.081

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.663001 Umbau K30 Kreuzberg

Sanierung und Verbreiterung eines schmalen und stark schadhafte Streckenteils über 2,6 km Länge. Um die Bezuschussungsmöglichkeit zu wahren, muss das Projekt unter Preisanpassung auf 2018 verschoben werden.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / -auszahlungen
5663801 Erneuerung K38 Loxsteeg- Fahn											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-290.000							-290.000	-290.000
6	= Summe Einzahlungen		-290.000							-290.000	-290.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		15.000	10.000						15.000	25.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	5.748	570.000	200.000						575.748	775.748
13	= Summe Auszahlungen	5.748	585.000	210.000						590.748	800.748
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	5.748	295.000	210.000						300.748	510.748

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.663801 Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn

1,8 km lange bezuschusste Fahrbahnerneuerung mit Verbreiterung des zu schmalen und mangelhaften Straßenabschnitts im Gemeindegebiet Lindlar.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5663901 Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden				15.000		5.000				20.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		15.000	20.000	5.000		460.000			15.000	500.000
13	= Summe Auszahlungen		15.000	20.000	20.000		465.000			15.000	520.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		15.000	20.000	20.000		465.000			15.000	520.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.663901 Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde

Ab 2019 beabsichtigte Erneuerung eines Bachdurchlasses und der teils zu schmalen Fahrbahn auf 1.300 m Länge.



Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5664101 Umbau K41 Vollmerhausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen								-380.000		-380.000
6	= Summe Einzahlungen								-380.000		-380.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden							15.000	25.000		40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				15.000		25.000		760.000		800.000
13	= Summe Auszahlungen				15.000		25.000	15.000	785.000		840.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)				15.000		25.000	15.000	405.000		460.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.664101 Umbau K41 Vollmerhausen

Umgestaltungs- und Sanierungsbedarf auf 1,6 km wegen innerörtlich zu schmalen Straßenraum und zunehmend schadhafter Fahrbahn. Zuendungen werden nicht vor 2021 erzielbar sein.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5664201 Ausbau K42 Wasserfuhr											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-16.800								-314.100	-314.100
6	= Summe Einzahlungen	-16.800								-314.100	-314.100
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	21								7.755	7.755
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen									495.786	495.786
13	= Summe Auszahlungen	21								503.541	503.541
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-16.779								189.441	189.441

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 6.554201 Ausbau K42 Wasserfuhr

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5664701 Erneuerung K47 Bellingroth-Ründeroth											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	10.952								10.952	10.952
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	199.448								199.448	199.448
13	= Summe Auszahlungen	210.400								210.400	210.400
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	210.400								210.400	210.400

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.664701 Erneuerung K47 Bellingroth-Ründeroth

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5664801 Erneuerung K48 Mühlhausen											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			5.000							5.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen				470.000						470.000
13	= Summe Auszahlungen			5.000	470.000						475.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			5.000	470.000						475.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.664801 Erneuerung K48 Mühlhausen

Behebung der verbreiteten Fahrbahn- und Bankettschäden auf 1,5 km Länge durch Verstärkung des Aufbaus und Randbefestigung.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5664802 Stützmauersanierung K48 Wülfringhausen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen		-40.000							-40.000	-40.000
6	= Summe Einzahlungen		-40.000							-40.000	-40.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	18.611								18.611	18.611
13	= Summe Auszahlungen	18.611								18.611	18.611
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	18.611	-40.000							-21.389	-21.389

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.664802 Stützmauersanierung K48 Wülfringhausen

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen						-250.000	-50.000			-300.000
6	= Summe Einzahlungen						-250.000	-50.000			-300.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden			10.000	10.000		10.000				30.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		10.000	30.000			430.000			10.000	470.000
13	= Summe Auszahlungen		10.000	40.000	10.000		440.000			10.000	500.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		10.000	40.000	10.000		190.000	-50.000		10.000	200.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl

700 m lange Umgestaltung des Straßenraumes mit Fahrbahnerneuerung und Mehrzweckstreifen zur Fußgängersicherung. Verschiebung auf 2019 wegen vorgehender anderer Zuschussprojekte.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5665203 Umbau K52 Weiershagen											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-165.000	-135.000	-55.000						-480.000	-535.000
6	= Summe Einzahlungen	-165.000	-135.000	-55.000						-480.000	-535.000
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden									10.090	10.090
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	634.196								933.246	933.246
13	= Summe Auszahlungen	634.196								943.336	943.336
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	469.196	-135.000	-55.000						463.336	408.336

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.665203 Umbau K52 Weiershagen

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5665301 Umbau K53 Wildberg											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen				-375.000		-95.000				-470.000
6	= Summe Einzahlungen				-375.000		-95.000				-470.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		40.000	10.000	760.000		15.000			54.812	839.812
13	= Summe Auszahlungen		40.000	10.000	760.000		15.000			54.812	839.812
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		40.000	10.000	385.000		-80.000			54.812	369.812

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.665301 Umbau K53 Wildberg

Umgestaltung der 900 m langen Ortsdurchfahrt mit erneuerter Fahrbahn und begehbarem Seitenstreifen. Bezuschussung ist nicht vor 2018 erzielbar. Die Planungstätigkeit wurde bereits aufgenommen.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5665302 Erneuerung K53 Hardt-Komp											
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden		5.000							5.000	5.000
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen		275.000							275.000	275.000
13	= Summe Auszahlungen		280.000							280.000	280.000
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)		280.000							280.000	280.000

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.665302 Erneuerung K53 Hardt-Komp

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Beschreibung

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis:
Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung:
Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen:
Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS:
Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2017/2018

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:

1.12.02 ÖPNV

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-45.905		-130.000	-132.000	-144.000	-146.000	-146.000
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-12.983						
10	= Ordentliche Erträge	-3.142.740	-3.083.852	-3.213.852	-3.215.852	-3.227.852	-3.229.852	-3.229.852
11	- Personalaufwendungen	164.768	218.556	181.621	183.624	186.340	188.380	190.201
12	- Versorgungsaufwendungen	28.478	22.322	43.538	45.512	46.319	46.853	47.297
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	110.792	100.017	330.017	787.017	1.119.017	1.126.017	1.126.017
15	- Transferaufwendungen	3.735.443	6.028.852	6.128.852	6.228.852	6.328.852	6.428.852	6.528.852
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.876	6.484	6.735	6.918	6.945	6.973	7.021
17	= Ordentliche Aufwendungen	4.044.357	6.376.231	6.690.763	7.251.923	7.687.473	7.797.075	7.899.387
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	901.617	3.292.379	3.476.911	4.036.071	4.459.621	4.567.223	4.669.535
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	901.617	3.292.379	3.476.911	4.036.071	4.459.621	4.567.223	4.669.535
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	901.617	3.292.379	3.476.911	4.036.071	4.459.621	4.567.223	4.669.535
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	12.502	12.903	5.112	5.239	5.322	5.438	5.476
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	914.119	3.305.282	3.482.023	4.041.310	4.464.943	4.572.662	4.675.011

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.12.01 ÖPNV

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisungen des Landes (KA 414200): Aufgabenträgerpauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW (rd. 962.000 € p.a.), Ausbildungsverkehrspuschale des Landes gem. § 11a. ÖPNVG NRW (rd. 2,12 Mio. €) Weiterleitung der Mittel siehe Zeile 15

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Ausgleich vom Rheinisch-Bergischen Kreis und Rhein-Sieg-Kreis für grenzüberschreitende Linien (KA 529916)

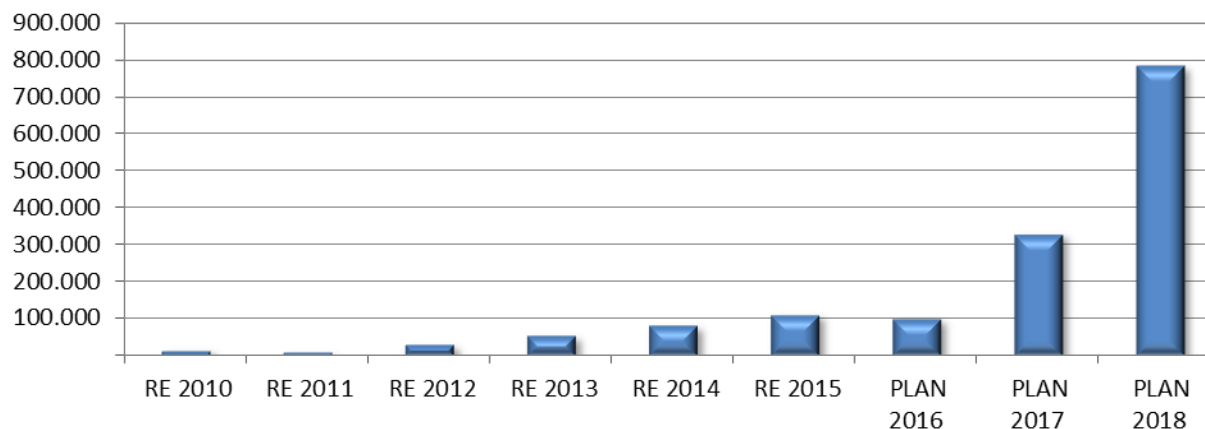
Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Aufwendungen für den Nahverkehrsplan (KA 529916), Mobilitätskonzept (KA 529100). Umsetzung des Nahverkehrsplans und der Mobilitätskonzepte voraussichtlich Mitte 2017. Die sukzessive Einführung neuer Linien führt ab 2018 zu steigendem Aufwand.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.12.02.01	ÖPNV	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	150.000	300.000
1418	Verwendung ÖPNV Pauschale	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	15.000	10.000	10.000
1419	Verwendung Ausbildungsverkehrspuschale	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	30.000	10.000	10.000
1.12.02.01	ÖPNV	529916	Kosten Nahverkehrsplan	55.000	160.000	467.000

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ÖPNV



Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse an verbundene Unternehmen (KA 531600): Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen, Weiterleitung der Ausbildungsverkehrspauschale. Neu ab 2017 sind Zuschüsse an die Bürgerbusvereine (KA 531800)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.12.02.01.01	Förderung Verkehrsuntern.	531600	Aufw. für Zuschüsse ver.U	907.359	962.359	962.359
1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen	531600	Aufw. für Zuschüsse ver.U	3.000.000	3.000.000	3.100.000
1.12.02.01.04	Ausbildungsverkehrspauschale	531600	Aufw. für Zuschüsse ver.U	2.121.493	2.121.493	2.121.493
1.12.02.01	ÖPNV	531800	Zuschüsse an private Unternehmen	0	45.000	45.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852		-3.083.852	-3.083.852	-3.083.852
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-43.398		-130.000	-132.000		-144.000	-146.000	-146.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.127.249	-3.083.852	-3.213.852	-3.215.852		-3.227.852	-3.229.852	-3.229.852
10	- Personalauszahlungen	118.635	162.919	142.318	143.211		144.643	146.089	147.550
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	94.284	100.000	330.000	787.000		1.119.000	1.126.000	1.126.000
14	- Transferauszahlungen	5.058.216	6.028.852	6.128.852	6.228.852		6.328.852	6.428.852	6.528.852
15	- sonstige Auszahlungen	39							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.271.175	6.291.771	6.601.170	7.159.063		7.592.495	7.700.941	7.802.402
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.143.925	3.207.919	3.387.318	3.943.211		4.364.643	4.471.089	4.572.550
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	511.292							
30	= investive Auszahlungen	511.292							
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	511.292							

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs- ermächti- gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt- einzahlungen / - auszahlungen
5610020 Kauf Anteile RVK (Regionalverkehr Köln)											
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	511.292								511.292	511.292
13	= Summe Auszahlungen	511.292								511.292	511.292
14	= Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	511.292								511.292	511.292

Haushaltsplan 2017/2018

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-41.494	-73.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.735	-13.750	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-620.984	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-11.232	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-61.015	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-753.460	-705.700	-686.950	-686.950	-686.950	-686.950	-686.950
11	- Personalaufwendungen	772.287	796.124	753.695	760.892	771.385	779.681	787.271
12	- Versorgungsaufwendungen	121.152	105.688	143.671	149.195	151.841	153.593	155.047
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	344.262	489.674	478.337	485.337	487.337	489.337	489.337
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.803	9.727	10.331	10.029	9.879	8.377	80
15	- Transferaufwendungen	27.219	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	190.202	214.203	223.867	227.243	228.481	230.697	230.981
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.467.924	1.637.917	1.632.402	1.655.196	1.671.423	1.684.185	1.685.216
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	714.465	932.217	945.452	968.246	984.473	997.235	998.266
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	714.465	932.217	945.452	968.246	984.473	997.235	998.266
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	714.465	932.217	945.452	968.246	984.473	997.235	998.266
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.506	58.119	40.536	37.726	38.370	39.089	42.031
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	774.971	990.336	985.987	1.005.972	1.022.844	1.036.324	1.040.297

Haushaltsplan 2017/2018

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

Dez. I, Dez. II, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-41.896	-73.000	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.905	-13.750	-18.000	-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-619.953	-593.000	-593.000	-593.000		-593.000	-593.000	-593.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-843	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-138.726	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-820.324	-705.700	-686.950	-686.950		-686.950	-686.950	-686.950
10	- Personalauszahlungen	576.260	585.525	614.502	618.659		624.846	631.096	637.407
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	355.447	489.547	478.210	485.210		487.210	489.210	489.210
14	- Transferauszahlungen	12.500	22.500	22.500	22.500		22.500	22.500	22.500
15	- sonstige Auszahlungen	100.537	175.215	183.120	185.120		186.120	188.120	188.120
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.044.745	1.272.787	1.298.332	1.311.489		1.320.676	1.330.926	1.337.237
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	224.421	567.087	611.382	624.539		633.726	643.976	650.287
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-17.707							
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-8.600							
23	= investive Einzahlungen	-26.307							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	26.908	80.000	80.000	80.000		80.000	80.000	80.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		5.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	26.908	85.000	85.000	85.000		85.000	85.000	85.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	602	85.000	85.000	85.000		85.000	85.000	85.000

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.13.01.01

Landschaftsschutz, Landschaftspflege

Beschreibung

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele

Zielgruppen

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden

1.13.01.02

Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzzuweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotope

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2017/2018

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-41.494	-73.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
3	+ Sonstige Transfererträge		-250	-250	-250	-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.735	-13.750	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000	-18.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-10.989	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-59.760	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000	-23.000
10	= Ordentliche Erträge	-130.978	-112.700	-93.950	-93.950	-93.950	-93.950	-93.950
11	- Personalaufwendungen	666.601	637.810	648.243	655.925	665.304	672.526	679.049
12	- Versorgungsaufwendungen	118.471	103.717	140.470	145.895	148.483	150.196	151.618
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	167.791	305.656	294.319	301.319	303.319	305.319	305.319
15	- Transferaufwendungen	27.219	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	165.495	189.095	198.082	200.865	201.984	204.109	204.288
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.145.577	1.258.778	1.303.614	1.326.505	1.341.590	1.354.650	1.362.774
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.014.600	1.146.078	1.209.664	1.232.555	1.247.640	1.260.700	1.268.824
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.014.600	1.146.078	1.209.664	1.232.555	1.247.640	1.260.700	1.268.824
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.014.600	1.146.078	1.209.664	1.232.555	1.247.640	1.260.700	1.268.824
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.748	47.827	31.487	29.348	29.835	30.374	32.729
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.065.348	1.193.905	1.241.151	1.261.903	1.277.475	1.291.074	1.301.553

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.13.01 Natur und Landschaftsschutz

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisungen vom Land (KA 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen, Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen

Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden und Genehmigungen nach dem Landschaftsgesetz

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen von übrigen Bereichen (KA 442900, u. a. Sachkosten Reiterplaketten)

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Ordnungsrechtlichen Erträge (KA 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder, Ersatzgeldzahlungen (KA 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Andere Sach- und Dienstleistungen (KA 529900) z. B. Aufwendungen im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters, Sachkosten Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht.

Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 524902), Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes, Verkehrssicherheitsmaßnahmen (KA 524906) an Naturdenkmälern.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft

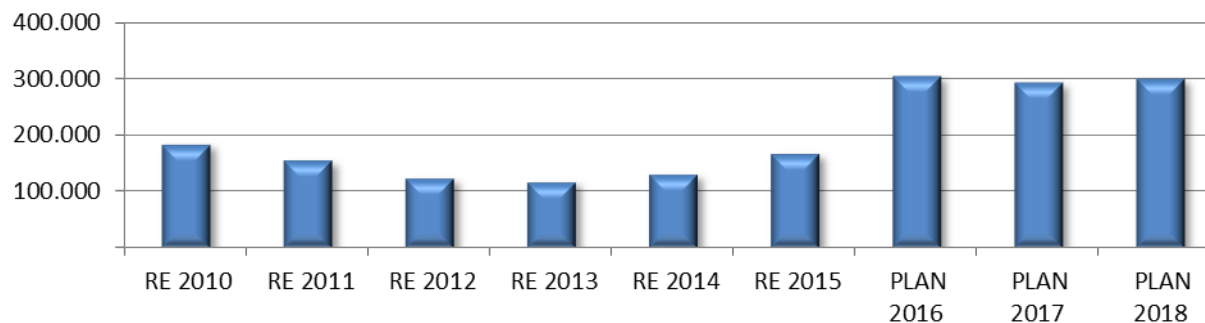


Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien, Kreiskulturlandschaftsprogramm (KA 529917), Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Beschaffung von Planungsunterlagen, Landschaftspflegemaßnahmen (KA 529918), Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (KA 529919) Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (KA 529920).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege	524900	Andere so. Verwaltungs- u. Betriebsaufw.	18.500	18.500	18.500
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege	524906	Verkehrssicherheitsmaßn. Naturdenkmale	13.290	13.290	13.290
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	87.897	90.000	92.000
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	529917	Kreiskulturlandschaftsprogramm	50.000	55.000	60.000
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	529918	Landschaftspflegemaßnahmen	97.000	77.000	77.000
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	529919	Verwendung von Ersatzgeldzahlungen	20.000	20.000	20.000

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Natur und Landschaft



Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschüsse an übrige Bereiche (KA 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Dienst- u. Schutzkleidung (KA 541600), Erstellung von Gutachten, Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (KA 542912), Werkverträge (KA 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (KA 543200). Die Kosten der Landschaftsplanung (KA 543908) i. H. v. 10.000 € p. a. entfallen.

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	542912	Eigenanteil Biologische Station (BSO)	57.500	66.000	66.000
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung	542913	Werkverträge	84.500	94.000	96.000

Haushaltsplan 2017/2018

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-41.896	-73.000	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen		-250	-250	-250		-250	-250	-250
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.905	-13.750	-18.000	-18.000		-18.000	-18.000	-18.000
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-843	-2.700	-2.700	-2.700		-2.700	-2.700	-2.700
7	+ Sonstige Einzahlungen	-136.635	-23.000	-23.000	-23.000		-23.000	-23.000	-23.000
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-198.279	-112.700	-93.950	-93.950		-93.950	-93.950	-93.950
10	- Personalauszahlungen	475.089	462.710	517.801	522.456		527.681	532.959	538.289
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	154.344	305.547	294.210	301.210		303.210	305.210	305.210
14	- Transferauszahlungen	12.500	22.500	22.500	22.500		22.500	22.500	22.500
15	- sonstige Auszahlungen	84.274	160.200	168.200	170.200		171.200	173.200	173.200
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	726.208	950.957	1.002.711	1.016.366		1.024.591	1.033.869	1.039.199
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	527.928	838.257	908.761	922.416		930.641	939.919	945.249
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-17.707							
23	= investive Einzahlungen	-17.707							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	25.295	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
30	= investive Auszahlungen	25.295	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	7.589	55.000	55.000	55.000		55.000	55.000	55.000

Planerläuterungen Teilfinanzplan 1.13.01 Natur und Landschaft

Zeile 24 (Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden)

Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Reihe von Investitionen aus dem Bereich des Umweltschutz (Natur und Landschaft). Es sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die Investitionen werden über folgende Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:

5.610000.700 Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP

5.610010.700 Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)

Beschreibung

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-620.984	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-242						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-1.256						
10	= Ordentliche Erträge	-622.482	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000	-593.000
11	- Personalaufwendungen	105.685	158.314	105.452	104.967	106.081	107.155	108.222
12	- Versorgungsaufwendungen	2.681	1.971	3.202	3.299	3.358	3.397	3.429
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	176.471	184.018	184.018	184.018	184.018	184.018	184.018
14	- Bilanzielle Abschreibungen	12.803	9.727	10.331	10.029	9.879	8.377	80
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.707	25.108	25.785	26.377	26.497	26.588	26.693
17	= Ordentliche Aufwendungen	322.347	379.139	328.788	328.691	329.833	329.535	322.442
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-300.135	-213.861	-264.213	-264.309	-263.167	-263.465	-270.558
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-300.135	-213.861	-264.213	-264.309	-263.167	-263.465	-270.558
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-300.135	-213.861	-264.213	-264.309	-263.167	-263.465	-270.558
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.758	10.292	9.049	8.378	8.535	8.715	9.302
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-290.377	-203.569	-255.164	-255.931	-254.631	-254.750	-261.256

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft

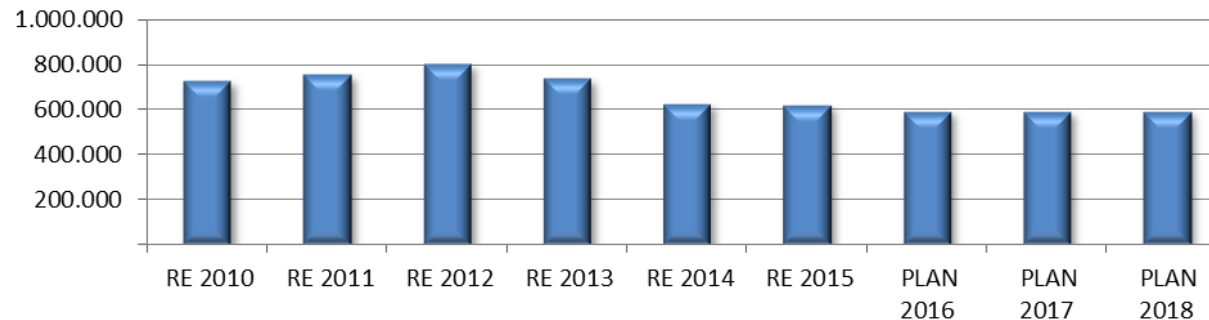
Zeile 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte)

Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, Verkauf von Öko-Punkten, Mehrerlöse aus dem Verkauf von Grundvermögen (KA 441100), Pachten und Nutzungsentschädigungen (KA 441200).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft	441100	Erträge aus Verkauf	-575.000	-575.000	-575.000
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft	441200	Mieten und Pachten	-18.000	-18.000	-18.000

Privatrechtl. Leistungsentgelte Wald, Forst- u. Landwirtschaft



Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kosten für Unternehmereinsatz, Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (KA 523100), Unterhaltung der Holzabfuhrwege (KA 523200), Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (KA 523600), Neuanpflanzungen (KA 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans, Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (KA 529100)

Wesentliche Einzelposition(en)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

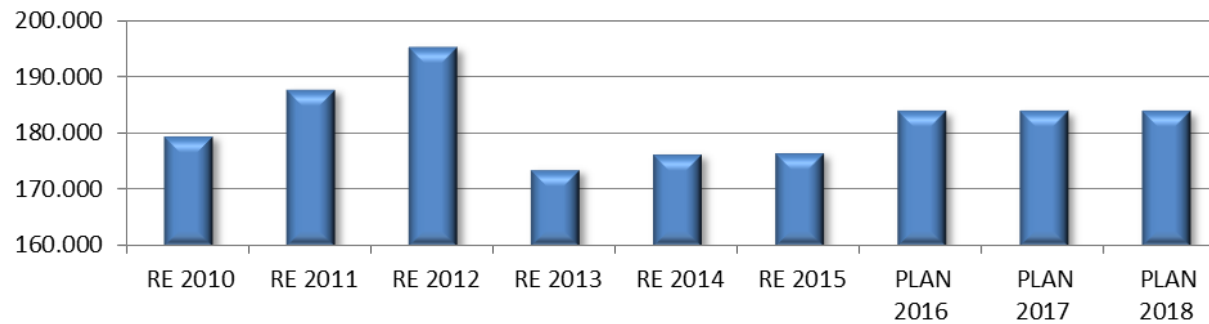
1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft	523100	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	145.000	140.000	140.000

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Wald, Forst- u. Landwirtschaft



Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, KA 544120), Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (KA 544300), Grundsteuer für Forstgrundstücke (KA 547100)

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	-619.953	-593.000	-593.000	-593.000		-593.000	-593.000	-593.000
7	+ Sonstige Einzahlungen	-2.091							
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-622.045	-593.000	-593.000	-593.000		-593.000	-593.000	-593.000
10	- Personalauszahlungen	101.171	122.815	96.701	96.203		97.165	98.137	99.118
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	201.103	184.000	184.000	184.000		184.000	184.000	184.000
15	- sonstige Auszahlungen	16.262	15.015	14.920	14.920		14.920	14.920	14.920
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	318.537	321.830	295.621	295.123		296.085	297.057	298.038
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-303.508	-271.170	-297.379	-297.877		-296.915	-295.943	-294.962
19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-8.600							
23	= investive Einzahlungen	-8.600							
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.613	25.000	25.000	25.000		25.000	25.000	25.000
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen		5.000	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000
30	= investive Auszahlungen	1.613	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung)	-6.987	30.000	30.000	30.000		30.000	30.000	30.000

Haushaltsplan 2017/2018

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-241.035	-165.500	-166.500	-166.500	-166.500	-166.500	-166.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-278.189	-331.876	-334.616	-334.616	-334.616	-334.616	-334.616
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-203.395	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-722.620	-598.626	-602.366	-602.366	-602.366	-602.366	-602.366
11	- Personalaufwendungen	2.365.106	2.028.935	2.030.512	2.025.959	2.054.411	2.076.598	2.096.775
12	- Versorgungsaufwendungen	402.318	304.236	411.054	424.392	431.917	436.898	441.036
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.329	117.680	115.750	115.750	115.750	115.750	115.750
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.213	3.846	2.176	3.339	4.151	5.326	5.764
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	388.113	389.343	391.545	393.775	394.129	394.499	394.872
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.163.078	2.844.041	2.951.037	2.963.215	3.000.359	3.029.071	3.054.196
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-10.411	-10.940	-13.551	-11.074	-11.377	-11.608	-13.868
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	171.971	163.178	184.319	157.811	158.551	159.209	180.046
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.602.018	2.397.653	2.519.440	2.507.587	2.545.166	2.574.306	2.618.009

Haushaltsplan 2017/2018

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

Dezernat II


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-238.422	-165.500	-166.500	-166.500		-166.500	-166.500	-166.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-227.533	-327.980	-330.564	-330.564		-330.564	-330.564	-330.564
7	+ Sonstige Einzahlungen	-8.000	-21.250	-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-473.955	-594.730	-598.314	-598.314		-598.314	-598.314	-598.314
10	- Personalauszahlungen	1.685.295	1.481.281	1.639.974	1.629.882		1.646.174	1.662.628	1.679.253
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.306	117.660	115.730	115.730		115.730	115.730	115.730
15	- sonstige Auszahlungen	233.014	313.858	315.163	315.163		315.163	315.163	315.163
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.924.616	1.912.799	2.070.867	2.060.775		2.077.067	2.093.521	2.110.146
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.450.660	1.318.069	1.472.553	1.462.461		1.478.753	1.495.207	1.511.832

Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

1.14.01.01

Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren

1.14.01.02

Abfall

Beschreibung

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele

Zielgruppen

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden

1.14.01.03

Immissionsschutz

Beschreibung

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen /Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmisions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele

Zielgruppen

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger

1.14.01.04**Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen****Beschreibung**

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BlmSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnis-anträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2017/2018

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Dezernat II



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-241.035	-165.500	-166.500	-166.500	-166.500	-166.500	-166.500
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-278.189	-331.876	-334.616	-334.616	-334.616	-334.616	-334.616
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-203.395	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250	-21.250
10	= Ordentliche Erträge	-722.620	-598.626	-602.366	-602.366	-602.366	-602.366	-602.366
11	- Personalaufwendungen	2.365.106	2.028.935	2.030.512	2.025.959	2.054.411	2.076.598	2.096.775
12	- Versorgungsaufwendungen	402.318	304.236	411.054	424.392	431.917	436.898	441.036
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.329	117.680	115.750	115.750	115.750	115.750	115.750
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.213	3.846	2.176	3.339	4.151	5.326	5.764
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	388.113	389.343	391.545	393.775	394.129	394.499	394.872
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.163.078	2.844.041	2.951.037	2.963.215	3.000.359	3.029.071	3.054.196
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	2.440.459	2.245.415	2.348.671	2.360.849	2.397.993	2.426.705	2.451.831
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-10.411	-10.940	-13.551	-11.074	-11.377	-11.608	-13.868
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	171.971	163.178	184.319	157.811	158.551	159.209	180.046
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	2.602.018	2.397.653	2.519.440	2.507.587	2.545.166	2.574.306	2.618.009

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Landeszuschuss (KA 414200) für Maßnahmen im Bereich Altlasten und Bodenschutz

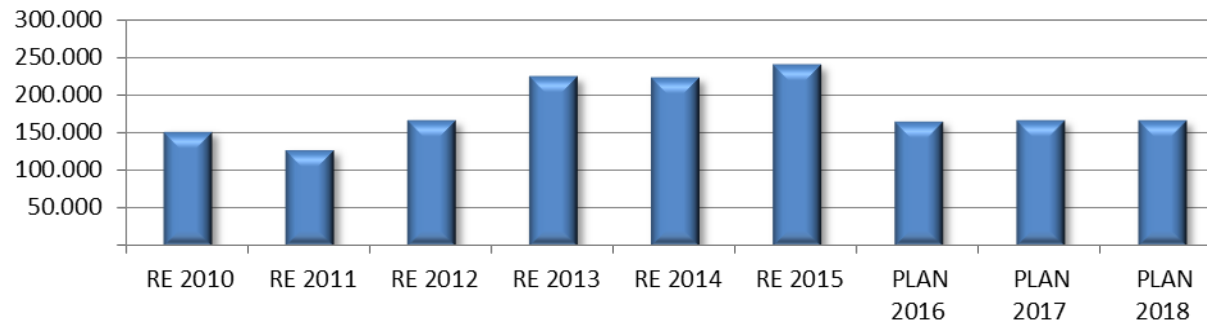
Zeile 4 (Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte)

Verwaltungsgebühren (KA 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen), weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.14.01.03	Immissionsschutz	431100	Verwaltungsgebühren	-40.000	-60.000	-60.000
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen	431100	Verwaltungsgebühren	-119.000	-100.000	-100.000

Entwicklung Verwaltungsgebühren Umweltschutzmaßnahmen



Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, KA 442400), andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr).

Andere sonstige Kostenerstattungen (Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Produkt Abfall), Personalkosten- und Sachkostenerstattung vom Land (KA 443906 u. 443907 im Produkt Immissionsschutz). Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (KA 442900, Produkt Immissionsschutz).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten	442400	Erstattungen ZV	-20.000	-20.000	-20.000
1.14.01.03	Immissionsschutz	442900	Erstattungen übr.B	-10.000	-10.000	-10.000
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen	443900	Andere sonstige Kostenerstattungen	-80.000	-80.000	-80.000
1.14.01.03	Immissionsschutz	443906	Personalkostenerstattung Land	-175.638	-177.833	-177.833
1.14.01.03	Immissionsschutz	443907	Sachkostenerstattung Land	-31.092	-31.481	-31.481

Zeile 7 (Sonstige ordentliche Erträge)

Zwangsgelder (KA 452120), Ersatzgelder n. § 113 LWG (KA 452100) Zum RE 2015 siehe „Allgemeine Erläuterungen“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung (KA 523600), andere sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (KA 524900, Beschaffung von Katastermaterial und Geräten oder Materialien, Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters).

Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (KA 524902, korrespondiert mit Ertrag in Zeile 6). Das – im Vergleich zur Veranschlagung - niedrige RE 2015 beinhaltet keine Maßnahmen zur Beseitigung von Störungen, entsprechen sind in diesem Jahr auch keine Erträge vorhanden.

Verwendung Ersatzgeldzahlungen (KA 529919, siehe auch Zeile 7)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen	524902	Beseit.v.Stör.d.öffentl.Sicherh. u.Ordn.	80.000	80.000	80.000
1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG	529919	Verwendung von Ersatzgeldzahlungen	10.000	10.000	10.000

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Maßnahmen des Bodenschutzes (KA 543903, 2017ff: 30.000 p. a.), Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, KA 543904, 2017ff: 70.000 € p. a.), Wasser und Abwasserproben (KA 542914)

Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, KA 544300, 2017ff.: 20.000 € p. a.), Ausgleichsabgabe an den Aggerverband gem. § 88 LWG (KA 544300, 2017ff.: rd 164.000 € p. a.)

Prüfung, Beratung, Rechtsschutz für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich sowie Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) (KA 542700).

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz
1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen


Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen		-80.000	-80.000	-80.000		-80.000	-80.000	-80.000
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-238.422	-165.500	-166.500	-166.500		-166.500	-166.500	-166.500
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-227.533	-327.980	-330.564	-330.564		-330.564	-330.564	-330.564
7	+ Sonstige Einzahlungen	-8.000	-21.250	-21.250	-21.250		-21.250	-21.250	-21.250
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-473.955	-594.730	-598.314	-598.314		-598.314	-598.314	-598.314
10	- Personalauszahlungen	1.685.295	1.481.281	1.639.974	1.629.882		1.646.174	1.662.628	1.679.253
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	6.306	117.660	115.730	115.730		115.730	115.730	115.730
15	- sonstige Auszahlungen	233.014	313.858	315.163	315.163		315.163	315.163	315.163
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.924.616	1.912.799	2.070.867	2.060.775		2.077.067	2.093.521	2.110.146
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	1.450.660	1.318.069	1.472.553	1.462.461		1.478.753	1.495.207	1.511.832

Haushaltsplan 2017/2018

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Landrat



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-17.310	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-96.614	-87.910	-118.830	-124.652	-125.942	-127.240	-128.545
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-55.763						
10	= Ordentliche Erträge	-169.687	-92.810	-123.730	-129.552	-130.842	-132.140	-133.445
11	- Personalaufwendungen	805.210	738.398	727.002	733.123	743.272	751.273	758.583
12	- Versorgungsaufwendungen	125.875	78.389	140.917	145.881	148.467	150.180	151.602
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.916	199.097	367.930	369.430	360.930	254.097	255.597
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.053	385	1.038	1.579	2.130	2.306
15	- Transferaufwendungen	267.890	243.858	312.099	287.250	287.250	287.250	287.250
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	202.097	265.036	327.414	331.506	330.377	332.259	331.400
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.478.988	1.525.830	1.875.748	1.868.228	1.871.876	1.777.189	1.786.738
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	1.309.300	1.433.020	1.752.018	1.738.676	1.741.034	1.645.049	1.653.294
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.309.300	1.433.020	1.752.018	1.738.676	1.741.034	1.645.049	1.653.294
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.309.300	1.433.020	1.752.018	1.738.676	1.741.034	1.645.049	1.653.294
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-24.423	-29.519	-31.378	-31.254	-31.760	-32.220	-32.580
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	75.699	73.315	31.637	30.466	30.650	30.897	31.022
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.360.576	1.476.816	1.752.278	1.737.888	1.739.924	1.643.727	1.651.735

Haushaltsplan 2017/2018

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

Landrat



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.437	-4.900	-4.900	-4.900		-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-37.432	-32.800	-3.100	-3.100		-3.100	-3.100	-3.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-44.869	-37.700	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
10	- Personalauszahlungen	541.989	493.146	529.854	533.149		538.480	543.865	549.304
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	64.454	110.500	277.833	277.833		267.833	159.500	159.500
14	- Transferauszahlungen	264.040	243.858	312.099	287.250		287.250	287.250	287.250
15	- sonstige Auszahlungen	147.466	207.370	269.770	271.270		269.770	271.270	269.770
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.017.949	1.054.874	1.389.556	1.369.502		1.363.333	1.261.885	1.265.824
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	973.080	1.017.174	1.381.556	1.361.502		1.355.333	1.253.885	1.257.824

Beschreibung

Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.

Auftragsgrundlage

Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung

Ziele

- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc.
- Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit
- Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen
- Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation
- Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien

Zielgruppen

Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2017/2018

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.01 Wirtschaftsförderung

Dezernat IV



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-17.310	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-65.299	-57.210	-55.010	-55.610	-56.210	-56.810	-57.410
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-52.460						
10	= Ordentliche Erträge	-135.069	-62.110	-59.910	-60.510	-61.110	-61.710	-62.310
11	- Personalaufwendungen	582.919	521.023	508.105	510.966	518.723	524.443	529.498
12	- Versorgungsaufwendungen	118.362	72.776	132.408	136.996	139.425	141.033	142.369
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.556	150.097	209.097	209.097	199.097	199.097	199.097
14	- Bilanzielle Abschreibungen		1.053	385	1.038	1.579	2.130	2.306
15	- Transferaufwendungen	27.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	159.884	215.836	247.414	251.506	250.377	252.259	251.400
17	= Ordentliche Aufwendungen	966.221	963.284	1.099.910	1.112.103	1.111.701	1.121.462	1.127.170
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	831.152	901.174	1.040.001	1.051.593	1.050.591	1.059.753	1.064.860
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	831.152	901.174	1.040.001	1.051.593	1.050.591	1.059.753	1.064.860
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	831.152	901.174	1.040.001	1.051.593	1.050.591	1.059.753	1.064.860
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-44.553	-54.194	-56.379	-57.454	-58.406	-59.286	-59.970
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	64.264	62.654	25.652	24.499	24.783	25.073	25.222
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	850.863	909.633	1.009.273	1.018.638	1.016.968	1.025.540	1.030.111

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.15.01 Wirtschaftsförderung

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Allgemeine Zuweisungen Bund „Bildungsprämie“ (KA 413100)

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Erstattungen vom Land (KA 442200) für den Bildungsscheck. Personalkostenerstattung durch die Regionalagentur (Kst. 1023, KA 444909, rd. 52.000 €), Sponsoren Berufsorientierungsmesse (Kst. 1543, KA 444905, Aufwand siehe Zeile 13)

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kst. 1023, KA 528904), Projektkosten (KA 519200) für die Projekte: Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, Berufsorientierungsmesse für die Sek II (neu ab 2017) und Quartiersmanagement (neu ab 2017)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.	525900	Erstattungen übr.B	60.000	60.000	60.000
1023	Reginalagentur Köln	528904	Kostenerstattung a. d. Regionalagentur	39.500	39.500	39.500
1529	Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im OBK	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	50.000	35.000	35.000
1543	Berufsorientierungsmesse für die Sek II	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	4.000	4.000
1544	Quartiersmanagement	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	70.000	70.000

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Zuschuss (KA 531900) Gründungsnetzwerk Oberberg GO MIT. RE 2015 enthält zusätzlich Zuschuss Aufbau regionale EFRE Struktur

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Beitrag zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ (KA 544300) Mitgliedsbeitrag zur Gütegemeinschaft „Gütezeichen Mittelstandorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (KA 544300, 3.500 € p. a.; Geschäftsaufwendungen KA 543901, alle zwei Jahre 1.500 €) sowie den, die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (KA 545300, 6.000 p. a.). Neu ab 2017: Mitgliedsbeitrag zum Initiative „Metropolregion Rheinland“ (KA 544300)

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.15.01.01	Bestandspflege u.-entw.,Ansiedl.,Gründg.	543900	Andere sonstige Geschäftsaufwendungen	40.000	40.000	40.000
1.15.01.01	Bestandspflege u.-entw.,Ansiedl.,Gründg.	544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden usw.	7.500	7.500	7.500
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.	544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden usw.	92.800	92.800	92.800
1545	Metropolregion Rheinland	544300	Beiträge zu Wirtschaftsverbänden usw.	0	30.000	30.000

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-7.437	-4.900	-4.900	-4.900		-4.900	-4.900	-4.900
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-6.755	-2.100	-3.100	-3.100		-3.100	-3.100	-3.100
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-14.192	-7.000	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000
10	- Personalauszahlungen	331.835	325.447	330.235	330.680		333.987	337.327	340.701
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	64.454	110.500	169.500	169.500		159.500	159.500	159.500
14	- Transferauszahlungen	27.500	2.500	2.500	2.500		2.500	2.500	2.500
15	- sonstige Auszahlungen	115.939	168.170	199.770	201.270		199.770	201.270	199.770
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	539.729	606.617	702.005	703.950		695.757	700.597	702.471
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	525.536	599.617	694.005	695.950		687.757	692.597	694.471

Beschreibung

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar. Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2017/2018

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Dezernat IV


 OBERBERGISCHER KREIS
 DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-31.315	-30.700	-63.820	-69.042	-69.732	-70.430	-71.135
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-3.303						
10	= Ordentliche Erträge	-34.618	-30.700	-63.820	-69.042	-69.732	-70.430	-71.135
11	- Personalaufwendungen	222.291	217.375	218.897	222.157	224.550	226.830	229.086
12	- Versorgungsaufwendungen	7.513	5.613	8.508	8.885	9.042	9.147	9.233
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	360	49.000	158.833	160.333	161.833	55.000	56.500
15	- Transferaufwendungen	240.390	241.358	309.599	284.750	284.750	284.750	284.750
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.213	49.200	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	512.766	562.546	775.837	756.125	760.175	655.727	659.569
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	478.148	531.846	712.017	687.083	690.443	585.297	588.434
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	478.148	531.846	712.017	687.083	690.443	585.297	588.434
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	478.148	531.846	712.017	687.083	690.443	585.297	588.434
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	31.565	35.336	30.987	32.166	32.512	32.890	33.190
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	509.713	567.183	743.004	719.250	722.955	618.187	621.624

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.15.02 Tourismus

Zeile 6 (Kostenerstattungen und Kostenumlagen)

Kostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (KA 444905) für Wegemanagement „Bergisches Wanderland“

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Projekte "Bergisches Wanderland" und „Alle inklusive“ (Projektlaufzeit 3 Jahre) (KA 529100).

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1536	Projekt Bergisches Wanderland	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	49.000	50.500	52.000
1542	Projekt Alle Inklusive	529100	Sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	108.333	108.333

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Betriebskostenzuschuss (KA 531600) zur „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Ab dem HH-Jahr steigt der Zuschuss, da eine Personalabordnung vom OBK an die Naturarena endet.

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

u. a. Verbandsumlage an den Zweckverband Naturpark Bergisches Land (KA 544300). Nach der Umstrukturierung erhöht sich der Beitrag von 13.200 € ab dem HH-Jahr 2017 auf 70.000 €

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat IV

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus



Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	-30.677	-30.700						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-30.677	-30.700						
10	- Personalauszahlungen	210.153	167.699	199.619	202.469		204.493	206.538	208.603
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen			108.333	108.333		108.333		
14	- Transferauszahlungen	236.540	241.358	309.599	284.750		284.750	284.750	284.750
15	- sonstige Auszahlungen	31.527	39.200	70.000	70.000		70.000	70.000	70.000
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	478.220	448.257	687.551	665.552		667.576	561.288	563.353
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	447.543	417.557	687.551	665.552		667.576	561.288	563.353

Haushaltsplan 2017/2018

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I



Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-223.599.930	-227.737.429	-239.879.136	-249.761.865	-254.640.496	-259.180.930	-263.306.965
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-113.729						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-417.777	-6.475	-7.700	-7.850	-8.000	-8.150	-8.300
10	= Ordentliche Erträge	-224.131.436	-227.743.904	-241.261.836	-251.144.715	-256.023.496	-260.564.080	-264.690.265
12	- Versorgungsaufwendungen	34.119						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.250.000					
14	- Bilanzielle Abschreibungen			41.712	100.108	100.108	100.108	100.108
15	- Transferaufwendungen	60.217.506	61.254.033	64.119.355	67.080.933	69.533.606	71.648.025	73.748.820
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.085.012	476.770	391.790	357.420	354.740	346.180	338.773
17	= Ordentliche Aufwendungen	61.336.637	62.980.803	64.552.857	67.538.461	69.988.454	72.094.313	74.187.701
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-162.794.799	-164.763.101	-176.708.979	-183.606.254	-186.035.042	-188.469.767	-190.502.564
19	+ Finanzerträge	-703.408	-617.000	-434.372	-434.759	-390.154	-390.557	-390.968
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.567.816	3.181.168	2.451.800	2.516.450	2.559.950	2.493.800	2.455.950
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.864.407	2.564.168	2.017.428	2.081.691	2.169.796	2.103.243	2.064.982
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-160.930.392	-162.198.933	-174.691.551	-181.524.563	-183.865.246	-186.366.524	-188.437.582
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-160.930.392	-162.198.933	-174.691.551	-181.524.563	-183.865.246	-186.366.524	-188.437.582
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-160.930.392	-162.198.933	-174.691.551	-181.524.563	-183.865.246	-186.366.524	-188.437.582

Haushaltsplan 2017/2018

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:

Dezernat I

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungsermächtigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-27		-1.375.000	-1.375.000		-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-223.119.967	-227.385.988	-239.593.020	-249.420.633		-254.261.763	-258.762.620	-262.861.750
7	+ Sonstige Einzahlungen	998.403	-6.475	-7.700	-7.850		-8.000	-8.150	-8.300
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-420.941	-617.000	-434.372	-434.759		-390.154	-390.557	-390.968
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-222.542.532	-228.009.463	-241.410.092	-251.238.242		-256.034.917	-260.536.327	-264.636.018
10	- Personalauszahlungen	66.646							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.806	1.250.000						
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.361.217	3.181.168	2.451.800	2.516.450		2.559.950	2.493.800	2.455.950
14	- Transferauszahlungen	60.217.506	61.254.033	64.119.355	67.080.933		69.533.606	71.648.025	73.748.820
15	- sonstige Auszahlungen	1.061.810							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	63.709.985	65.685.201	66.571.155	69.597.383		72.093.556	74.141.825	76.204.770
17	= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-158.832.547	-162.324.262	-174.838.937	-181.640.859		-183.941.361	-186.394.502	-188.431.248
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-978.809	-1.014.273	-6.229.495	-1.804.949		-2.188.979	-2.213.236	-1.277.731
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-3.700.000							
23	= investive Einzahlungen	-4.678.809	-1.014.273	-6.229.495	-1.804.949		-2.188.979	-2.213.236	-1.277.731
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			5.035.401					
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	12.390.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580
30	= investive Auszahlungen	12.390.238	4.969.214	11.500.472	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	7.711.429	3.954.941	5.270.977	4.850.381		4.753.673	4.843.442	5.833.849

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG),
jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen


 OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben			-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-223.192.446	-227.385.988	-239.630.561	-249.510.730	-254.351.860	-258.852.717	-262.951.847
10	= Ordentliche Erträge	-223.192.446	-227.385.988	-241.005.561	-250.885.730	-255.726.860	-260.227.717	-264.326.847
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		1.250.000					
14	- Bilanzielle Abschreibungen			41.712	100.108	100.108	100.108	100.108
15	- Transferaufwendungen	60.217.506	61.254.033	64.119.355	67.080.933	69.533.606	71.648.025	73.748.820
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	492.343						
17	= Ordentliche Aufwendungen	60.709.849	62.504.033	64.161.067	67.181.041	69.633.714	71.748.133	73.848.928
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-162.482.597	-164.881.955	-176.844.494	-183.704.689	-186.093.146	-188.479.584	-190.477.919
19	+ Finanzerträge	-118.786	-247.000					
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	-118.786	-247.000					
22	Ergebnis der laufenden = Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	-162.601.383	-165.128.955	-176.844.494	-183.704.689	-186.093.146	-188.479.584	-190.477.919
26	Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	-162.601.383	-165.128.955	-176.844.494	-183.704.689	-186.093.146	-188.479.584	-190.477.919
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	-162.601.383	-165.128.955	-176.844.494	-183.704.689	-186.093.146	-188.479.584	-190.477.919

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

Zeile 1 (Steuern und ähnliche Abgaben)

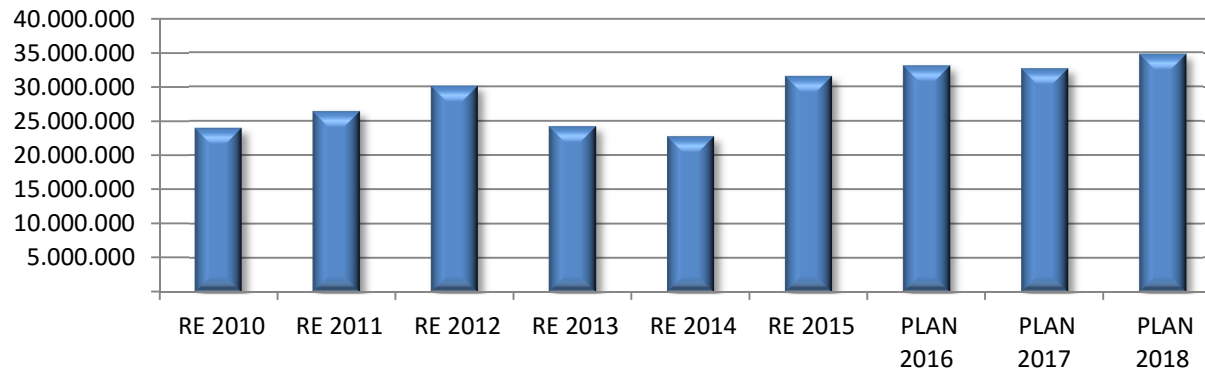
Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben sind hier die Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (KA 405200) zu veranschlagen (bisher → PG 1.05.03). Die letzte Steuereinnahme des Kreises (Jagdsteuer) ist 2013 entfallen.

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Neue zusätzliche Erträge ab 2017 betreffen die Landeszuweisungen aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ (KA 414200; 2017: 1.116.500 €, 2018: 1.064.000 €, 2019 u. 2020: je 700.000 €). Vgl hierzu die Erläuterungen zur Investitionsmaßnahme 5.200060 in der PG 1.16.01.

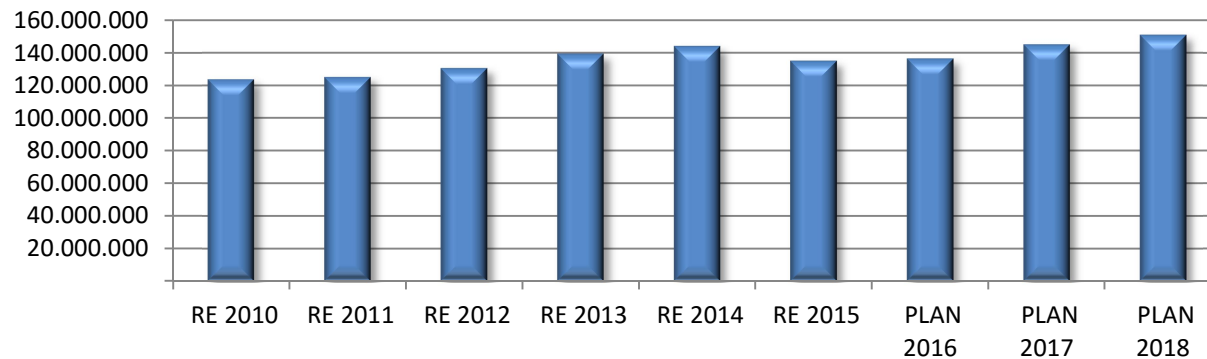
Schlüsselzuweisungen vom Land (KA 411100). Entsprechend dem Orientierungsdatenerlass des Landes geht die Kreisverwaltung bei den Schlüsselzuweisungen von folgenden Steigerungen aus: 2018: + 6,4%, 2019: +5,2 %, 2020: +4,3%, 2012: +3,0%

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen

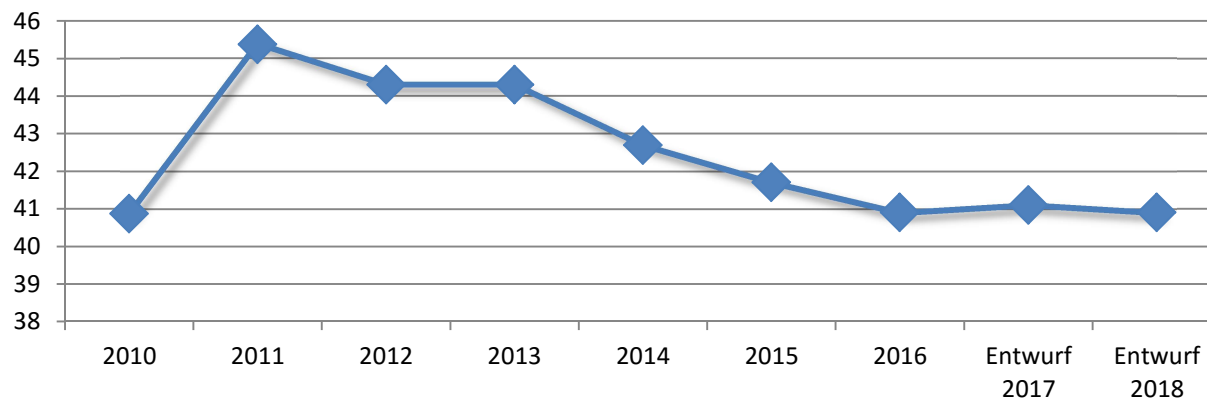


Kreisumlage (KA 417210). Berücksichtigt sind angenommene Steigerungsraten bei den Umlagegrundlagen um 4,55 % in 2018, 3,61 % in 2019 (Orientierungsdaten), 3,0% in 2020f.

Entwicklung Allgemeine Kreisumlage (Umlageaufkommen)

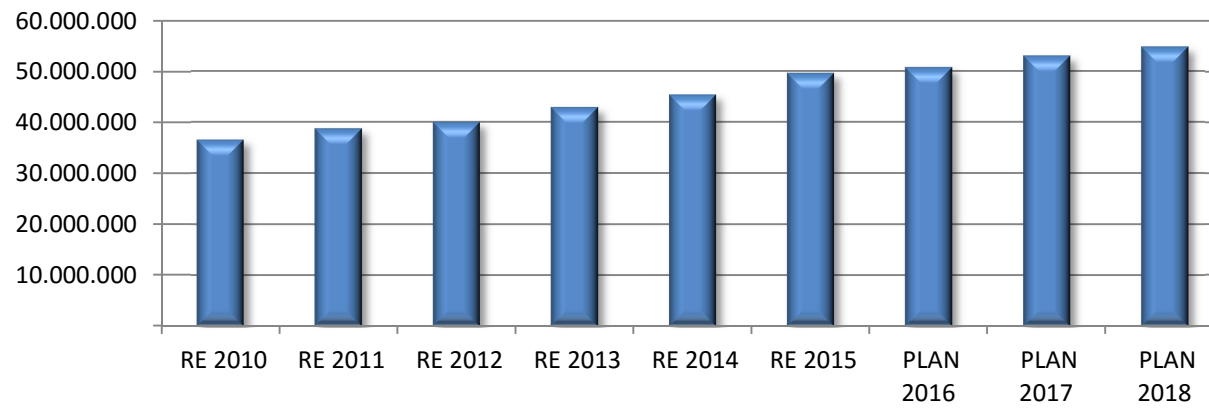


Entwicklung Allgemeine Kreisumlage (Hebesatz in %)



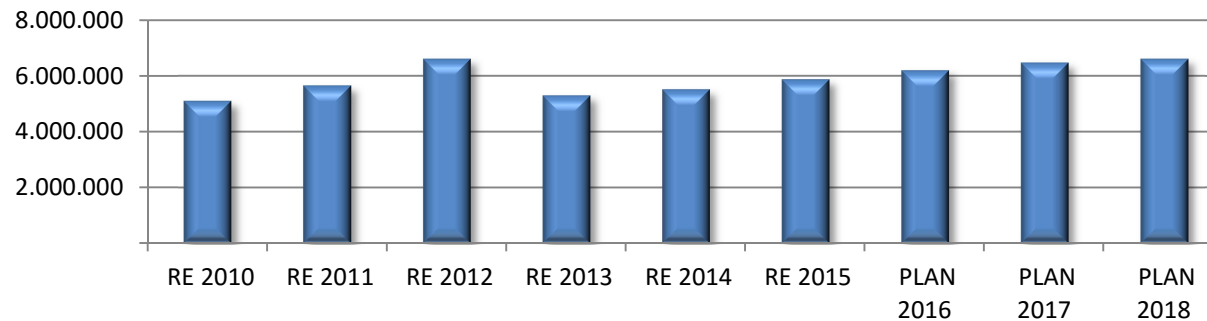
Umlagen aus den Mehrbelastungen: Umlage Jugendamt (KA 417220). Auf die Erläuterungen in den Produktgruppen → 1.06.01 bis 1.06.03 wird verwiesen.

Entwicklung Jugensamtsumlage (Umlageaufkommen)



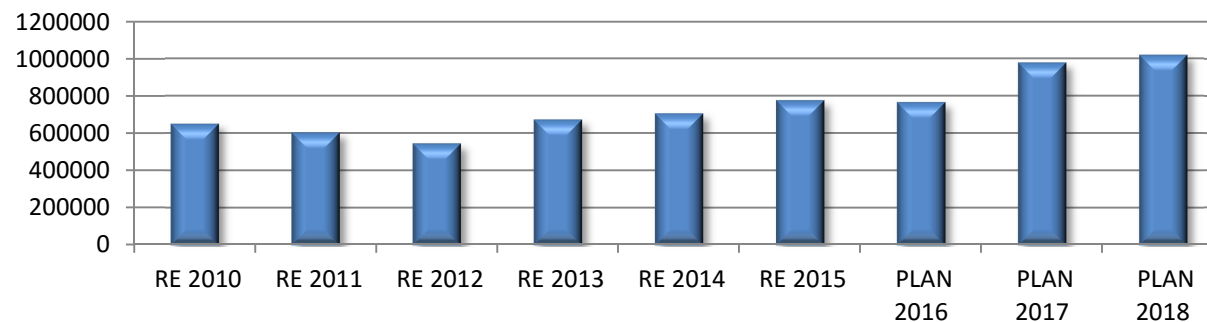
Umlage Berufsschulwesen (KA 417240). Ab 2017 steigt die Berufsschulumlage durch die Fusion des Berufskollegs Wipperfürth mit dem Berufskolleg Wermelskirchen zum neuen „Bergischen Berufskolleg Wipperfürth und Wermelskirchen“ ab dem 01.02.2017. Siehe auch → PG 1.03.02

Entwicklung Umlage Berufsschulwesen (Umlageaufkommen)



Umlage Volkshochschule Oberberg (KA 417250). Die Umlagehöhe entspricht dem Zuschussbedarf im Produkt 1.04.02.01 (ohne Abendgymnasium). Bzgl. der Erläuterungen zu den Steigerungen ab 2017 siehe → PG 1.04.02

Entwicklung Umlage VHS Oberberg (Umlageaufkommen)



Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen**

Allgemeine Zuweisungen des Landes (KA 413200) für Inklusion (ab 2015), die Verwendung der Mittel ist bei → PG 1.03.04 und → PG 1.06.03 veranschlagt

Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	411100	Schlüsselzuweisungen Land	-33.119.786	-32.688.701	-34.780.778
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	413200	Allgemeine Zuweisungen Land	0	-137.000	-137.000
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	417210	Kreisumlage Allgemein	-136.534.806	-145.172.673	-151.039.450
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	417220	Mehrbelastung Jugendamt	-50.769.702	-53.028.618	-54.767.761
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	417240	Umlage Berufsschulwesen	-6.194.946	-6.470.491	-6.611.191
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	417250	Umlage VHS	-766.748	-979.037	-1.020.453

Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

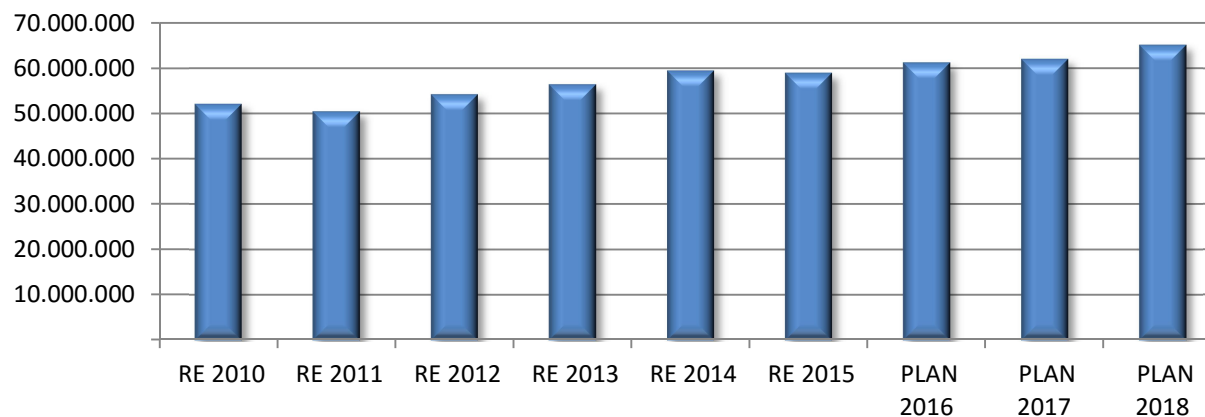
Ansatz 2016: Kosten des Fonds Deutsche Einheit nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW. Aus finanzstatistischen Gründen wird der Ansatz jetzt in Zeile 15 veranschlagt.

Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Kosten des Fonds Deutsche Einheit (KA 534200, Rückforderungen des Landes nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW)

Landschaftsumlage (KA 537240) Für 2017 wird von einem Hebesatz von 16,15% ausgegangen (2018:16,20%)

Entwicklung der Landschaftsumlage



Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	534200	Fonds Deutsche Einheit	1.250.000	1.935.000	1.935.000
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	537240	Landschaftsumlage	61.254.033	62.011.459	65.145.933

Zeile 19 (Finanzerträge)

Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben sind die Zinserträge Kapitalstock Pensionen (KA 461800) in der → PG 1.16.02 zu veranschlagen, so dass hier ab 2017 keine Beträge mehr erscheinen.

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
1	Steuern und ähnliche Abgaben	-27		-1.375.000	-1.375.000		-1.375.000	-1.375.000	-1.375.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-223.119.967	-227.385.988	-239.593.020	-249.420.633		-254.261.763	-258.762.620	-262.861.750
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen		-247.000						
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-223.119.994	-227.632.988	-240.968.020	-250.795.633		-255.636.763	-260.137.620	-264.236.750
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen		1.250.000						
14	- Transferauszahlungen	60.217.506	61.254.033	64.119.355	67.080.933		69.533.606	71.648.025	73.748.820
15	- sonstige Auszahlungen	941.630							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	61.159.136	62.504.033	64.119.355	67.080.933		69.533.606	71.648.025	73.748.820
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	-161.960.858	-165.128.955	-176.848.665	-183.714.700		-186.103.157	-188.489.595	-190.487.930
18	+ Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	-978.809	-1.014.273	-6.229.495	-1.804.949		-2.188.979	-2.213.236	-1.277.731
23	= investive Einzahlungen	-978.809	-1.014.273	-6.229.495	-1.804.949		-2.188.979	-2.213.236	-1.277.731
26	- Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			5.035.401					
30	= investive Auszahlungen			5.035.401					
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	-978.809	-1.014.273	-1.194.094	-1.804.949		-2.188.979	-2.213.236	-1.277.731

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
520000 Investitionspauschale											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	-978.809	-1.014.273	-1.165.774	-1.189.089		-1.212.871	-1.237.128	-1.261.871	-3.717.774	-9.784.507
6	= Summe Einzahlungen	-978.809	-1.014.273	-1.165.774	-1.189.089		-1.212.871	-1.237.128	-1.261.871	-3.717.774	-9.784.507
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-978.809	-1.014.273	-1.165.774	-1.189.089		-1.212.871	-1.237.128	-1.261.871	-3.717.774	-9.784.507

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.200000 Investitionspauschale

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die sog. **Investitionspauschale** nach dem **GFG**. Die erhaltene Zuwendung wird zunächst zentral vereinnahmt. Im Rahmen des Jahresabschlusses wird die erhaltene Zuwendung einem quasi bezuschussten Vermögensgegenstand zugeordnet. Die Zuwendung erscheint später in der Bilanz als **Sonderposten** auf der Passivseite zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5200050 Fördermittel nach KInvFG											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-4.504.861							-4.504.861
6	= Summe Einzahlungen			-4.504.861							-4.504.861
9	- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen			5.035.401							5.035.401
13	= Summe Auszahlungen			5.035.401							5.035.401
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			530.540							530.540

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.200050 Fördermittel nach KInvFG

Der Bund hat zur Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen ein Förderprogramm in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden € aufgelegt (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – KInvFöG). Da es sich hierbei um Bundesmittel handelt, dürfen die Finanzhilfen nur für Investitionen bestimmter Bereiche, in denen der Bund eine Gesetzgebungskompetenz hat, verwendet werden. Der Förderzeitraum beläuft sich bis 2018, der Bund hat allerdings einen Gesetzentwurf für eine Verlängerung des Förderzeitraums bis Ende 2020 vorgelegt. Die Förderquote beträgt 90%, d.h., dass die Kommunen einen mindestens 10%-igen Eigenanteil erbringen müssen.

Mit Bescheid vom 08.10.2015 wurden dem Oberbergischen Kreis Investitionsfördermittel in Höhe von rd. 4,5 Mio. € bewilligt. Ausgehend von der Förderquote von 90% beträgt der Eigenanteil des Oberbergischen Kreises rd. 0,5 Mio. €. Über die Mittelverwendung entscheidet der Kreistag. Die Investitionsfördermittel und Eigenanteile wurden für das Haushaltsjahr 2017 zentral als „Sammelveranschlagung“ im Finanzplan veranschlagt. Nach Entscheidung des Kreistages über die konkrete Mittelverwendung erfolgt eine Umbuchung auf einzelne PSP-I-Elemente, um eine ordnungsgemäße Abrechnung der Fördermittel sicherstellen zu können. Sofern sich die Umsetzung auf Folgejahre verschiebt, sind die Mittel entsprechend zu übertragen.

Eine Weiterleitung der Investitionsfördermittel an Dritte (z.B. Krankenhäuser) ist zulässig. Da in diesem Fall kein eigenes Anlagevermögen des Kreises geschaffen wird, müsste der erforderliche Eigenanteil des Kreises als Aufwand verbucht werden (verlorener Zuschuss) und außerplanmäßig im Ergebnisplan bereitgestellt werden.

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / -auszahlungen
5200060 Förderprogramm Gute Schule											
1	- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen			-543.000	-600.000		-960.248	-960.248			-3.063.496
6	= Summe Einzahlungen			-543.000	-600.000		-960.248	-960.248			-3.063.496
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)			-543.000	-600.000		-960.248	-960.248			-3.063.496

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.200060 Förderprogramm „Gute Schule 2020“

Aus dem Förderprogramm des Landes „Gute Schule 2020“ erhält der Oberbergische Kreis in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich eine Zuwendung von rd. 1,6 Mio. € für Maßnahmen in den kreiseigenen Schulen.

Der Kreis ist verpflichtet, für die Verwendung ein Konzept aufzustellen und durch den Kreistag beschließen zu lassen. Da das Projekt erst nach Einbringung des Haushaltsentwurfs bekannt wurde, liegt das Konzept noch nicht vor. Lediglich für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 wurden die Mittel vom Amt für Immobilienwirtschaft und dem Amt für Schule und Bildung konkreten Maßnahmen zugeordnet. Diese sind als Aufwand (konsumtiv) bzw. Auszahlung (Investitionen) in den Produktgruppen Berufskollegs und Förderschulen im endgültigen Haushalt 2017/2018 veranschlagt. Für 2019ff. ist zunächst nur eine pauschale Aufteilung vorgenommen worden, die bis zur Haushaltsplanung 2019 durch das og. Konzept noch zu konkretisieren ist.

Je nach Verwendung (konsumtiv/investiv) in dem jeweiligen Haushaltsjahr werden die Erträge bzw. Einzahlungen in der Produktgruppe 1.16.01 zentral vereinnahmt. Vgl. hierzu Zeile 2 des Ergebnisplans.

Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Zinserträge
- Zinsaufwendungen

Im Finanzplan:

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan

Zielgruppen

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilergebnisplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-407.484	-351.441	-248.575	-251.135	-288.636	-328.213	-355.118
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-113.729						
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	-417.777	-6.475	-7.700	-7.850	-8.000	-8.150	-8.300
10	= Ordentliche Erträge	-938.990	-357.916	-256.275	-258.985	-296.636	-336.363	-363.418
12	- Versorgungsaufwendungen	34.119						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	592.669	476.770	391.790	357.420	354.740	346.180	338.773
17	= Ordentliche Aufwendungen	626.788	476.770	391.790	357.420	354.740	346.180	338.773
18	= Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-312.202	118.854	135.515	98.435	58.104	9.817	-24.645
19	+ Finanzerträge	-584.623	-370.000	-434.372	-434.759	-390.154	-390.557	-390.968
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.567.816	3.181.168	2.451.800	2.516.450	2.559.950	2.493.800	2.455.950
21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20)	1.983.193	2.811.168	2.017.428	2.081.691	2.169.796	2.103.243	2.064.982
22	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	1.670.991	2.930.022	2.152.943	2.180.126	2.227.900	2.113.060	2.040.337
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungs- beziehungen - (= Zeilen 22 und 25)	1.670.991	2.930.022	2.152.943	2.180.126	2.227.900	2.113.060	2.040.337
29	= Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28)	1.670.991	2.930.022	2.152.943	2.180.126	2.227.900	2.113.060	2.040.337

Planerläuterungen zum Teilergebnisplan 1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Zeile 2 (Zuwendungen und allgemeine Umlagen)

Zuweisungen Land, Auflösung von P-RAP für den ÖPNV (bis 2017) und Kitaausbau (bis 2029)

Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Aufwand aus Auflösung A-RAP ÖPNV und Kita

Zeile 19 (Finanzerträge)

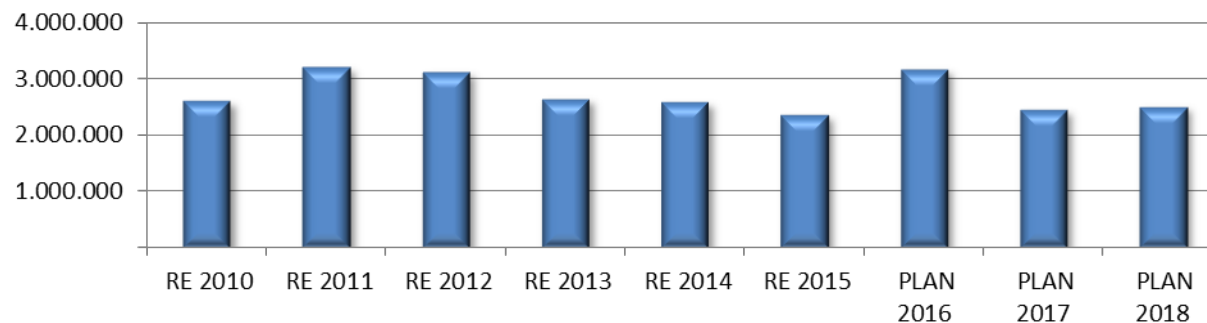
Zinserträge Kapitalstock Pensionen (KA 461800, 415.000 €), Zinserträge von Kreditinstituten (KA 461800) für Tagesgeld/Festgeld

Zeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen)

Zinsen aus Kreditverbindlichkeiten (KA 551800), Zinsen für Kassenkredite (KA 552800).

Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Entwicklung Zinszahlungen Allgemeine Finanzwirtschaft



Wesentliche Einzelposition(en)

PSP/Kst.	Bezeichnung	KA	KA-Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	552800	Zinsen Liquiditätskredite Kred.	434.485	230.000	250.000
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	551800	Zinsen Kred.	2.746.683	2.221.800	2.266.450

Haushaltsplan 2017/2018

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

OBERBERGISCHER KREIS
DER LANDRAT

Teilfinanzplan		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflicht- ungsermäch- tigungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021
7	+ Sonstige Einzahlungen	998.403	-6.475	-7.700	-7.850		-8.000	-8.150	-8.300
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	-420.941	-370.000	-434.372	-434.759		-390.154	-390.557	-390.968
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	577.462	-376.475	-442.072	-442.609		-398.154	-398.707	-399.268
10	- Personalauszahlungen	66.646							
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.806							
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	2.361.217	3.181.168	2.451.800	2.516.450		2.559.950	2.493.800	2.455.950
15	- sonstige Auszahlungen	120.180							
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.550.849	3.181.168	2.451.800	2.516.450		2.559.950	2.493.800	2.455.950
17	= Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	3.128.311	2.804.693	2.009.728	2.073.841		2.161.796	2.095.093	2.056.682
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-3.700.000							
23	= investive Einzahlungen	-3.700.000							
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	12.390.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580
30	= investive Auszahlungen	12.390.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580
31	= Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung)	8.690.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580

Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen		Ergebnis 2015	Ansatz 2016	Ansatz 2017	Ansatz 2018	Verpflichtungs-ermächti-gungen	Planung 2019	Planung 2020	Planung 2021	bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2)	Gesamt-einzahlungen / - auszahlungen
5206398 Kapitalstock Pensionsrückstellung											
3	- Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-3.700.000								-12.052.800	-12.052.800
6	= Summe Einzahlungen	-3.700.000								-12.052.800	-12.052.800
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	12.390.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580	53.106.009	87.337.320
13	= Summe Auszahlungen	12.390.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580	53.106.009	87.337.320
14	= Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	8.690.238	4.969.214	6.465.071	6.655.330		6.942.652	7.056.678	7.111.580	41.053.209	75.284.520

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme 5.206398 Kapitalstock Pensionsrückstellung

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Investitionsmaßnahme, hier: Erwerb von Finanzanlagen zum Aufbau einer Pensionsrücklage. Der Investitionsbetrag entspricht der Höhe der zu bildenden Pensionsrückstellung.

IV. Anhang/Anlagen zum Haushaltsplan 2017/2018

Stellenplan 2017

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahn- gruppen	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen 2017	Zahl der Stellen 2016	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Laufbahngruppe 2	B 2	2	4	2	
	A 16	2	1	1	
	A 15	10	13	13	
	A 14	20	17	16	
	A 13	25,5	23,5	20,5	
	A 12	48,5	45,5	42,5	
	A 11	79,25	83,25	82,25	
	A 10	38,5	40	36,5	
Laufbahngruppe 1	A 9	30	23	19	
	A 9	38	38	37,5	
	A 8	26,25	33	33	
	A 7	4	3	3	
	A 6	4	3	3	
G e s a m t :		330	329,25	311,25	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2017	Zahl der Stellen 2016	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	6,5	6	
	14 TVöD	8,5	8,5	8	
	13 TVöD	9	9,5	8,5	
	12 TVöD	23,5	19,5	19,5	
	11 TVöD	66	53,5	52	
	10 TVöD	32,75	31	30	
	9 TVöD	156	130,5	122	
	8 TVöD	80	82,25	78,75	
	7 TVöD	3	1	0	
	6 TVöD	241,25	124	119,5	
	5 TVöD	36,25	158,75	154,75	
	4 TVöD	20,5	2,5	0,5	
	3 TVöD	0,5	23	21,5	
	2 TVöD	6	7	6	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	72,25	67,25	64,25	
Gesamt:		762	724,75	691,25	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahgruppe 2									Laufbahngruppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
01.01	Politische Gremien										0,5						0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	2	1		2		1			1					9
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung								1								1
01.05	Rechnungsprüfung							3	1		1,5						5,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5			0,5	0,5			0,5	1		1		4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit																
01.08	Personalmanagement						1		2	3		4	2,5			1	13,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen						1		3		1	3	3	6,5			17,5
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung				0,5			0,5	3	2	1						7
01.11	Recht					1	3,5										4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5		1			1,5		1		1		5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1										1,5
01.14	Kommunalaufsicht					1			2	1,5							4,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1		1	1		2		1,5				6,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5			1	2				1			4,5
02.02	Verbraucherschutz					0,5	1			1,25							2,75
02.03	Tiergesundheit					0,5		2		1							3,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5	1	0,5	1		1,5	2	4,75			11,25

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahnguppe 2									Laufbahnguppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse													0,5			0,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5							1			1,5
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5		1	1	4,75	1,5	5		3,5		1	18,25
02.09	Wahlen										0,5						0,5
02.10	Bevölkerungsschutz							1	1,5	3			9	1,5	1		17
02.11	Rettungsdienst								0,5	1		1	9	2,5	1		15
03.01	Förderschulen						0,5				0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5		1		0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben							1	2	2,5	1,5		1,5				8,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung								0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3			2			0,5				5,5
04.03	Museum								0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								1,5	3,5							5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen							1	2,5	7,25	5,25	1	3	2,5			22,5
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5		1,5	2	2,5	1	1			1	9,5
05.04	Betreuungsleistungen									4							4
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	2	2	1	0,5				6
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5		0,5		1							2
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5	0,5	1,5	9,5	9,25	7,5	0,5	1			31,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahnguppe 2									Laufbahnguppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz										0,5	1		1		1	3,5
07.01	Gesundheitsförderung						2,5	0,5	0,5								3,5
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5										0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5	0,5	1							2,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	0,5	0,5	1				3
09.01	Räumliche Planung					1		3,5	2	0,5							7
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		2	4,5	3,5	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement							1	0,5	0,5							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5				1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht							1	2,5	5		1					9,5
10.03	Wohnungsbauförderung									1							1
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung																
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht								0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV										1						1
13.01	Natur und Landschaft									4	1,5						5,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		2	4	6,5	2	1	1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung							0,5	3	0,5							4

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder- tarif	Gesamt
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
01.01	Politische Gremien										0,5							0,5
01.02	Verwaltungsführung				1	6		2	4			1						14
01.04	Beschäftigtenvertretung					2			1									3
01.05	Rechnungsprüfung				1							1						2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,75	1	6	5,5						16,75
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					2												2
01.08	Personalmanagement							0,5	0,5			1,5						2,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							2	6,5		0,5							9
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	2		5,5			0,5							11,5
01.11	Recht											1						1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								2		10				6			18
01.13	Technisches Immobilienmanagement					7					0,5							7,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1		1,5	2		1	0,5						6
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten										0,5	0,5						1
02.02	Verbraucherschutz							4	1		0,5							5,5
02.03	Tiergesundheit		2		1			1	2									6
02.04	Verkehrsangelegenheiten							0,5	4,5	1	4,5	2						12,5
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1,5	4		1							7,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1	1		11	0,5	5,5	1,5						20,5
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen						1	1	4		0,5	1,75						8,25

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder- tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
02.10	Bevölkerungsschutz						1	4,5			2	1,5						9
02.11	Rettungsdienst	1			2			16,5	3		157	1	20				12	212,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		0,5				4	12
03.02	Berufskollegs								2		11	3					1	17
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1		1	2,5			0,5		3	1,5						9,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1				0,5						2
04.02	Volkshochschule		1	2,5		1		1	2,5		1,5							9,5
04.03	Museum	0,5				1,5	1					1,5						4,5
04.04	Heimatbildstelle							0,5										0,5
05.01	Unterstützung von Senioren				0,5	0,5												1
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	0,5			0,5	1,5	1	2	2,5		1			0,5			0,5	10
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		5	3	12	85	1,5									108
05.04	Betreuungsleistungen					2					0,5							2,5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5									0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5					0,5						1,5	2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1	2	2	2,5			4	2,5					53,25	70,75
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz																	
07.01	Gesundheitsförderung	1,5	2						2,5		4,5	1,5						12
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1	1								3,25	0,75						6
07.03	Gesundheitshilfe	0,5					1,25		0,5			0,5						2,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder- tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
07.04	Gesundheitsschutz		1			1		2	4,75		0,5	0,25						9,5
09.01	Räumliche Planung				1,5	1												2,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				1,5	3,5	4	10,5	5		5,5	1						31
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1,5	4		2		1	0,5						10
09.04	Grundstückswertermittlung			1		2	1		2									6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht					10		5	2		1,5	2						20,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1											2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1,5			1						2,5
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1	0,5								8,5
12.02	ÖPNV				0,5													0,5
13.01	Natur und Landschaft					1	0,5				2							3,5
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					0,5							1,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	1,5	2,5	1	3,5			4							13,5
15.01	Wirtschaftsförderung			1								1						2
15.02	Tourismus					1												1

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2017	Zahl 2016	Zahl am 01.10.2016	Vermerke, Erläuterungen
Kreisinspektoranwärter/in	Anwärterbezüge	17	17	18	
Kreissekretäranwärter/in	Anwärterbezüge	7	4	5	
Kauffrau/mann für Bürokommunikation/-management	Ausbildungsvergütung	2	3	2	
Fachinformatiker/in (Fachrichtung Systemintegration)	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	4	3	4	
Hygienekontrolleur/in	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Lebensmittelkontrolleur/in	Ausbildungsvergütung	1	1	1	
Notfallsanitäter/in	Ausbildungsvergütung	34	23	12	
Volontär/in	Ausbildungsvergütung	2	2	1	
Praktikanten	Pauschale	3	3	3	
G e s a m t :		72	58	48	

Stellenplan 2018

Stellenplan - Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen 2018	Zahl der Stellen 2017	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Vermerke, Erläuterungen
Wahlbeamte	B 7	1	1	1	
	B 4	1	1	1	
Laufbahngruppe 2	B 2	2	2	2	
	A 16	2	2	1	
	A 15	10	10	13	
	A 14	20	20	16	
	A 13	25,5	25,5	20,5	
	A 12	48,5	48,5	42,5	
	A 11	79,25	79,25	82,25	
	A 10	38,5	38,5	36,5	
	A 9	30	30	19	
Laufbahngruppe 1	A 9	38	38	37,5	
	A 8	26,25	26,25	33	
	A 7	4	4	3	
	A 6	4	4	3	
G e s a m t :		330	330	311,25	

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

Entgeltgruppe / Sondertarif		Zahl der Stellen 2018	Zahl der Stellen 2017	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2016	Vermerke, Erläuterungen
Entgeltgruppe	15 TVöD	6,5	6,5	6	
	14 TVöD	8,5	8,5	8	
	13 TVöD	9	9	8,5	
	12 TVöD	23,5	23,5	19,5	
	11 TVöD	66	66	52	
	10 TVöD	32,75	32,75	30	
	9 TVöD	156	156	122	
	8 TVöD	80	80	78,75	
	7 TVöD	3	3	0	
	6 TVöD	241,25	241,25	119,5	
	5 TVöD	36,25	36,25	154,75	
	4 TVöD	20,5	20,5	0,5	
	3 TVöD	0,5	0,5	21,5	
	2 TVöD	6	6	6	
	1 TVöD	0	0	0	
	Sondertarif	72,25	72,25	64,25	
Gesamt :		762	762	691,25	

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahgruppe 2									Laufbahngruppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
01.01	Politische Gremien										0,5						0,5
01.02	Verwaltungsführung	1	1	2	1		2		1			1					9
01.03	Gleichstellung von Frau und Mann							0,5									0,5
01.04	Beschäftigtenvertretung								1								1
01.05	Rechnungsprüfung							3	1		1,5						5,5
01.06	Zentrale Dienste				0,5			0,5	0,5			0,5	1		1		4
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit																
01.08	Personalmanagement						1		2	3		4	2,5			1	13,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen						1		3		1	3	3	6,5			17,5
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				0,5			0,5	3	2	1						7
01.11	Recht					1	3,5										4,5
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement					0,5		1				1,5	1		1		5
01.13	Technisches Immobilienmanagement					0,5	1										1,5
01.14	Kommunalaufsicht					1			2	1,5							4,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1		1	1		2		1,5				6,5
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten					0,5			1	2				1			4,5
02.02	Verbraucherschutz					0,5	1			1,25							2,75
02.03	Tiergesundheit					0,5		2		1							3,5
02.04	Verkehrsangelegenheiten						0,5	1	0,5	1		1,5	2	4,75			11,25

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahnguppe 2									Laufbahnguppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse													0,5			0,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten						0,5							1			1,5
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen					0,5		1	1	4,75	1,5	5		3,5		1	18,25
02.09	Wahlen										0,5						0,5
02.10	Bevölkerungsschutz							1	1,5	3			9	1,5	1		17
02.11	Rettungsdienst								0,5	1		1	9	2,5	1		15
03.01	Förderschulen						0,5				0,5						1
03.02	Berufskollegs						0,5		1		0,5			0,5			2,5
03.04	Sonstige schulische Aufgaben							1	2	2,5	1,5		1,5				8,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung								0,5								0,5
04.02	Volkshochschule						3			2			0,5				5,5
04.03	Museum								0,5								0,5
05.01	Unterstützung von Senioren								1,5	3,5							5
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen							1	2,5	7,25	5,25	1	3	2,5			22,5
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen						0,5		1,5	2	2,5	1	1			1	9,5
05.04	Betreuungsleistungen									4							4
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5	2	2	1	0,5				6
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5		0,5		1							2
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien					0,5	1,5	0,5	1,5	9,5	9,25	7,5	0,5	1			31,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Wahlbeamte		Laufbahnguppe 2									Laufbahnguppe 1				Gesamt
		B 7	B 4	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6	
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz										0,5	1		1		1	3,5
07.01	Gesundheitsförderung						2,5	0,5	0,5								3,5
07.02	Gutachten und Stellungnahmen						0,5										0,5
07.03	Gesundheitshilfe						0,5	0,5	0,5	1							2,5
07.04	Gesundheitsschutz									1	0,5	0,5	1				3
09.01	Räumliche Planung					1		3,5	2	0,5							7
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten					0,5		2	4,5	3,5	2						12,5
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement							1	0,5	0,5							2
09.04	Grundstückswertermittlung					0,5				1							1,5
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht							1	2,5	5		1					9,5
10.03	Wohnungsbauförderung									1							1
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung																
10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht								0,5	0,5							1
12.02	ÖPNV										1						1
13.01	Natur und Landschaft									4	1,5						5,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser					1		2	4	6,5	2	1	1				17,5
15.01	Wirtschaftsförderung							0,5	3	0,5							4

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD															Sonder-tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1			
01.01	Politische Gremien										0,5								0,5
01.02	Verwaltungsführung				1	6		2	4			1							14
01.04	Beschäftigtenvertretung					2			1										3
01.05	Rechnungsprüfung				1							1							2
01.06	Zentrale Dienste					1		0,5	2,75	1	6	5,5							16,75
01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					2													2
01.08	Personalmanagement							0,5	0,5			1,5							2,5
01.09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen							2	6,5		0,5								9
01.10	Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung				3,5	2		5,5			0,5								11,5
01.11	Recht											1							1
01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement								2		10				6				18
01.13	Technisches Immobilienmanagement					7					0,5								7,5
01.15	Kreispolizeibehörde					1		1,5	2		1	0,5							6
02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten										0,5	0,5							1
02.02	Verbraucherschutz							4	1		0,5								5,5
02.03	Tiergesundheit		2		1			1	2										6
02.04	Verkehrsangelegenheiten							0,5	4,5	1	4,5	2							12,5
02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse					1		1,5	4		1								7,5
02.06	Kfz-Angelegenheiten					1	1		11	0,5	5,5	1,5							20,5
02.07	Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen						1	1	4		0,5	1,75							8,25

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produktgruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder- tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
02.10	Bevölkerungsschutz						1	4,5			2	1,5						9
02.11	Rettungsdienst	1			2			16,5	3		157	1	20				12	212,5
03.01	Förderschulen								1		6,5		0,5				4	12
03.02	Berufskollegs								2		11	3					1	17
03.04	Sonstige schulische Aufgaben		1		1	2,5			0,5		3	1,5						9,5
04.01	Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung	0,5						1				0,5						2
04.02	Volkshochschule		1	2,5		1		1	2,5		1,5							9,5
04.03	Museum	0,5				1,5	1					1,5						4,5
04.04	Heimatbildstelle							0,5										0,5
05.01	Unterstützung von Senioren				0,5	0,5												1
05.02	Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen	0,5			0,5	1,5	1	2	2,5		1			0,5			0,5	10
05.03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen / ARGE	1	0,5		5	3	12	85	1,5									108
05.04	Betreuungsleistungen					2					0,5							2,5
06.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege								0,5									0,5
06.02	Jugendarbeit und Familienförderung					0,5					0,5						1,5	2,5
06.03	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien			3,5	1	2	2	2,5			4	2,5					53,25	70,75
06.04	Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz																	
07.01	Gesundheitsförderung	1,5	2						2,5		4,5	1,5						12
07.02	Gutachten und Stellungnahmen	1	1								3,25	0,75						6
07.03	Gesundheitshilfe	0,5					1,25		0,5			0,5						2,75

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Entgeltgruppen - TVöD														Sonder- tarif	Gesamt	
		15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2			1
07.04	Gesundheitsschutz		1			1		2	4,75		0,5	0,25						9,5
09.01	Räumliche Planung				1,5	1												2,5
09.02	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten				1,5	3,5	4	10,5	5		5,5	1						31
09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement				1	1,5	4		2		1	0,5						10
09.04	Grundstückswertermittlung			1		2	1		2									6
10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht					10		5	2		1,5	2						20,5
10.03	Wohnungsbauförderung					1	1											2
10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung								1,5			1						2,5
12.01	Öffentliche Verkehrsflächen				1	3	1	2	1	0,5								8,5
12.02	ÖPNV				0,5													0,5
13.01	Natur und Landschaft					1	0,5				2							3,5
13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft					1					0,5							1,5
14.01	Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser			1	1,5	2,5	1	3,5			4							13,5
15.01	Wirtschaftsförderung			1								1						2
15.02	Tourismus					1												1

Übersichten

(Bürgschaften, Sonderabgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Kreditverbindlichkeiten)

Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
<i>Elterninitiative "Kleine Freunde"e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i>	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellenbach</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004, Laufzeit längstens 25 Jahre, jährlicher Mietzins 73.440 €)		
<i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i>	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005, Laufzeit längstens 20 Jahre, jährlicher Mietzins 50.676,24 €).		
<i>Übernahme von Ausfallbürgschaften Kreis- krankenhaus Waldbröl</i>	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberberg</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % (= 3.349.500 €) eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreisspar-kasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008). Die Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft für den von der Kreisspar-kasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen zur Sicherung des Gesamt-sanierungsbedarfs des Bettenhauses in Höhe von 17.274.600 € hat der Kreistag am 13.10.2011 beschlossen.		
<i>Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar</i>	Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 € für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel (Projekt Wege durch die Zeit).		
<i>Land NRW für EFRE-Projekt „Alle Inclusive“</i>	Der Kreistag hat mit Beschluss vom 30.06.2016 der Durchführung des EFRE-Projekts „Alle inclusive, barrierefrei & seniorengerecht“ der Projektgesellschaft „Das Bergische gGmbH“, als Gemeinschaftsprojekt mit dem Rheinisch Bergischen Kreis, zugestimmt. Mit Beschluss vom 21.09.2016 hat der Kreistag eine Bürgschaft zur Besicherung der Landesfördermittel an dem Projekt gewährt. Der Eigenanteil der Kreise beträgt je 325.000 €, bei einem Gesamtvolumen von rd. 2,6 Mio. €. Der OBK haftet zu 50 % an dem Landesanteil. Der Bürgschaftsanteil des OBK beträgt im Innenverhältnis der beiden Kreise daher rd. 1,0 Mio. € (die genaue Summe ergibt sich aus dem Bewilligungsbescheid der Fördermittel).		

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt (Stand: Jan. 2016):

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft	Anfangsbestand 2015	Einnahmen 2015	Ausgaben 2015	Endbestand 2015 (=Anfangsbestand 2016)
Pflegemaßnahmen und Investitionen	53.766,21 €	136.634,97 €	-7.213,44 €	183.187,74 €

**Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen**

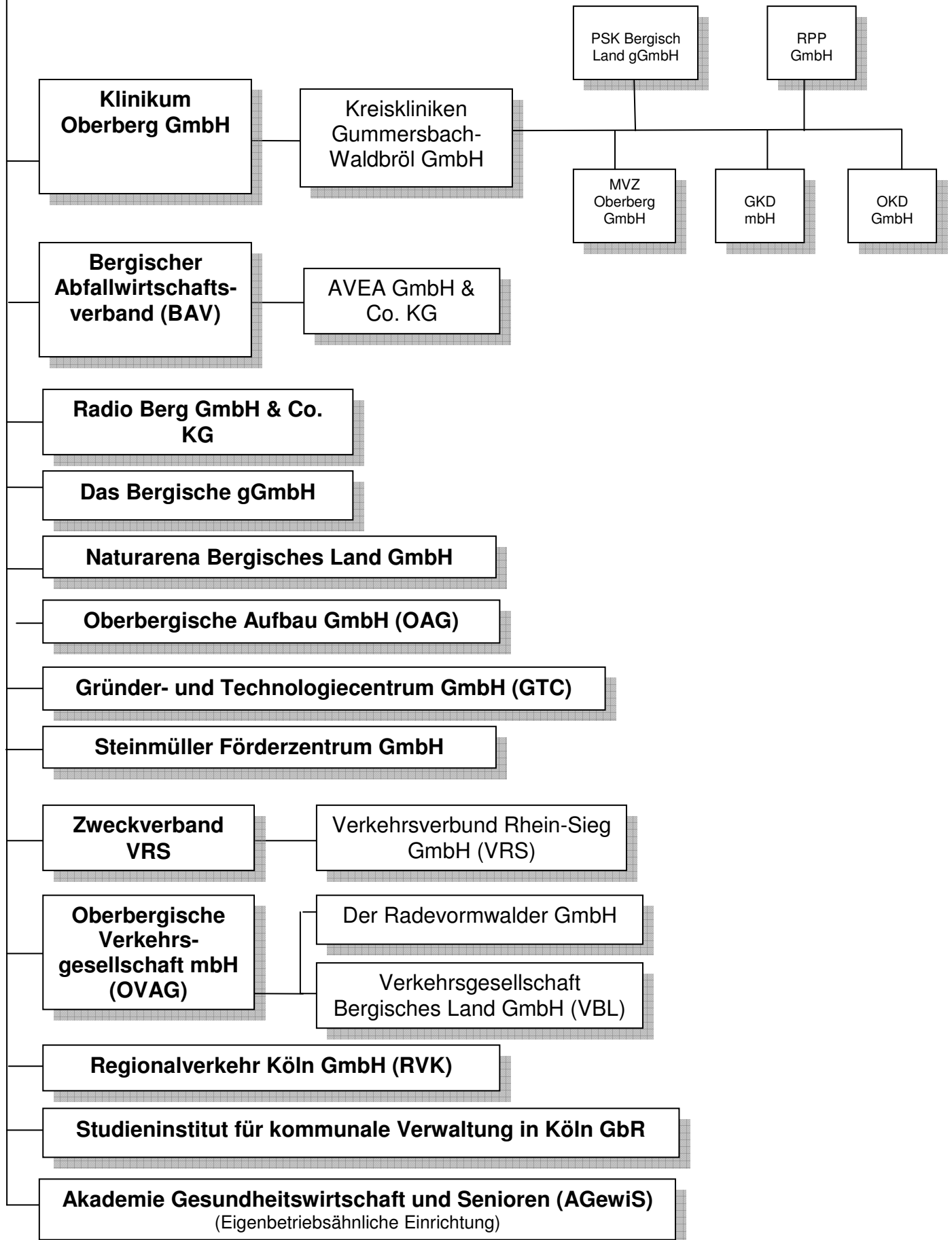
Finanzpositionen	Summe	Voraussichtlich fällige Auszahlung in		
		2019	2020	2021
5103030 eGovernment	217.000	146.000	61.000	10.000
5230020 Zentralisierung von Verwaltungseinheiten	10.000.000	5.000.000	5.000.000	
5230050 Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	3.850.000	2.250.000	1.600.000	
5230090 Kernsanierung/Neubau SVA	3.000.000	3.000.000		
5660005 Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	900.000	300.000	300.000	300.000
5660006 Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	1.560.000	520.000	520.000	520.000
5660007 Neuaufstellung Schutzplanken	160.000	80.000	80.000	
5660501 Umbau K5 Bevertalsperre	607.000	607.000		
5660701 Erneuerung K7 Wönkhausen	1.230.000	80.000	10.000	1.140.000
5661201 Erneuerung K12 Großberghausen	685.000	10.000	675.000	
5662304 Bauwerkserneuer. K23 Othetal	940.000	500.000	440.000	
5662402 Verlegung K24 Lindlar-West	1.065.000	45.000	1.020.000	
5662801 Verlängerung K28	8.450.000	1.000.000	3.500.000	3.950.000
5663001 Umbau K30 Kreuzberg	15.000	15.000		
5663901 Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde	465.000	465.000		
5664101 Umbau K41 Vollmerhausen	825.000	25.000	15.000	785.000
5664803 Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl	440.000	440.000		
5665301 Umbau K53 Wildberg	15.000	15.000		
Summe		14.498.000	13.221.000	6.705.000
Nachrichtlich: In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen für Investitionen		20.291.350	18.234.119	13.457.026
Summe der Verpflichtungsermächtigungen im Zeitraum 2019 bis 2021:	34.424.000			

Übersicht über den Stand der Kreditverbindlichkeiten

Art der Verbindlichkeit	Stand am 31.12.2015	Voraussichtlicher Stand am 01.01.2017	Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2017	Voraussichtlicher Stand zum 31.12.2018
1. Anleihen				
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	62.280 T€	57.999 T€	77.933 T€	97.207 T€
2.1 von verbundenen Unternehmen				
2.2 von Beteiligungen				
2.3 von Sondervermögen				
2.4 vom öffentlichen Bereich	10.064 T€	9.608 T€	9.153 T€	8.698 T€
2.4.1 vom Bund				
2.4.2 vom Land	10.064 T€	9.608 T€	9.153 T€	8.698 T€
2.4.3 von Gemeinden (GV)				
2.4.4 von Zweckverbänden				
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich				
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen				
2.5 vom privaten Kreditmarkt	52.216 T€	48.391 T€	68.780 T€	88.509 T€
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten				
2.5.2 von übrigen Kreditgebern				
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung*	25.479 T€	Prognose nicht möglich		
3.1 vom öffentlichen Bereich				
3.2 vom privaten Kreditmarkt	25.479 T€	Prognose nicht möglich		
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen				
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen				
7. Sonstige Verbindlichkeiten				
8. Summe aller Verbindlichkeiten*	87.759 T€	57.999 T€	77.933 T€	97.207 T€
*ab 2017 ohne Liquiditätskredite, da zuverlässige Prognose nicht möglich				
Nachrichtlich anzugeben: Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u.a.	Siehe Anlage			

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Übersicht über die Wirtschaftslage von Sondervermögen

gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO



**Bericht über die Wirtschaftslage des Eigenbetriebes
„Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren“ AGewiS**

gemäß § 1 Abs. 2 Ziff. 8 GemHVO

Rechtliche Rahmenbedingungen

Gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO ist dem Haushaltsplan ein Bericht über die Lage der Sondervermögen der Gemeinde beizufügen.

Die Verwaltung verweist zu diesem Zweck auf die Ausführungen des kürzlich von Wirtschaftsprüfern im Auftrag der GPA geprüften und vom Kreistag festgestellten Jahresabschlusses der AGewiS für das Jahr 2015, wo es heißt:

Die Betriebsleitung macht im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und in dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 die folgenden, wesentlichen Aussagen zur wirtschaftlichen Lage der Einrichtung und zum Verlauf des Wirtschaftsjahres:

Im Jahr 2015 hat die AGewiS ihre Geschäftszweige um eine Rettungsfachschule erweitert. Die staatliche Anerkennung als Rettungsfachschule wurde am 1. Oktober 2015 durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Dadurch kann die AGewiS nun die schulische Ausbildung zum Notfallsanitäter anbieten. In Kooperation mit dem Oberbergischen und dem Märkischen Kreis startete zum 1. November 2015 ein erster Ausbildungskurs. Die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Liquiditätslage der Einrichtung ist positiv zu beurteilen. Das Anlagevermögen ist zu 97,8 % mit öffentlichen Fördermitteln und ansonsten mit Eigenmitteln finanziert. Die Ausstattung mit Eigenkapital (24,2 % der Bilanzsumme) und grundsätzlich nicht rückzahlbaren Zuwendungen (65,5 % der Bilanzsumme) kann als solide beurteilt werden. Die Liquidität ist zum Stichtag auf 1.056.654,04 € bzw. 30,1 % der Bilanzsumme angestiegen.

Die Ergebnisrechnung schließt wie im Vorjahr mit einem Jahresüberschuss ab. Das positive Jahresergebnis in Höhe von 99.863,53 € beinhaltet einen Zuschuss des Oberbergischen Kreises in Höhe von 437.385,00 €, der auf Basis der Ergebnisplanung zur Vermeidung eines Fehlbetrages in der geplanten Höhe gezahlt wurde. Das bereinigte, betriebsbedingte Geschäftsergebnis vor Trägerzuschuss beträgt -337.521,47 €.

Die Ergebnisverbesserung im Vergleich zum ausgeglichenen Ergebnisplan hat folgende wesentliche Ursachen:

- Gegenüber dem Planansatz ergibt sich bei den ordentlichen Erträgen eine Verbesserung von rd. 15 T€. Der Hauptanteil entfällt auf die zweckgebundene Zuweisung des Landes. Durch insgesamt mehr Teilnehmer und eine sehr geringe Anzahl an Kursabbrechern ist die Zuwendung höher als geplant ausgefallen.*
- Die Verbesserung der Personalaufwendungen zum Planansatz um rd. 63 T€ ist im Wesentlichen auf geringere Honoraraufwendungen zurückzuführen, da eine Langzeit-Weiterbildung abgesagt wurde, sowie auf nicht im vollen Umfang kompensierte Langzeiterkrankungen von hauptamtlichen Mitarbeitern.*
- Der Planansatz für Versorgungsaufwendungen (27 T€) wurde aufgrund der bestehenden Vereinbarung zur Pensionslastenübernahme durch den Oberbergischen Kreis nicht in Anspruch genommen. Es werden von der AGewiS nur aktive Beamte vergütet.*
- Um rd. 5 T€ höhere Abschreibungen und andere Aufwendungen wirkten den vorgenannten Einsparungen nur geringfügig entgegen.*

Das Geschäftsergebnis und der Verlauf des Geschäftsjahres, wie sie sich in der Ertragslage widerspiegeln, wird im Vergleich zum Plan, insgesamt positiv beurteilt.

Zu der künftigen Entwicklung der Einrichtung und den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung enthält der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 die folgenden, wesentlichen Aussagen:

Die AGewiS ist mit einer Zuwendungsquote von 81,5 % in hohem Maß von den Zuwendungen Dritter abhängig. Im Ausbildungsbereich hängt die finanzielle Sicherheit von der Haushaltsplanung des Landes NRW und den daraus resultierenden Zuschüssen zur Personal- und Sachkostenfinanzierung der Fachseminare ab. Die gesetzlich nunmehr verbindlich zugesagte finanzielle Beteiligung des Landes NRW an den Schulkosten für die Ausbildung von Altenpflegern und Altenpflegerinnen ist insofern grundsätzlich zu begrüßen (vgl. Gesetz vom 18.12.2014). Die Förderung von Aus- und Weiterbildungsplätzen durch die Agentur für Arbeit/ Jobcenter hängt maßgeblich von der aktuellen regionalen Bildungszielplanung ab. Hier zeichnet sich ab, dass bedingt durch die Reduktion einer Maßnahmenförderung auf Bundesdurchschnittskostensatz keine tragfähige Finanzierung planbar ist. Nach sinkenden Teilnehmerzahlen aus diesem Förderbereich, sind wieder mehr Förderungen durch die Bundesagentur für Arbeit in der Bildungszielplanung für das Jahr 2016 vorgesehen. Ob diese realisiert werden können, bleibt abzuwarten. Zudem hat die Bundesagentur für Arbeit in Aussicht gestellt, die 3jährige Förderung nach FbW (Förderung berufliche Weiterbildung) in der Altenpflege fortzusetzen. Auch perspektivisch lässt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Bereich der Altenpflege nicht nach, so dass aufgrund des verschärften Fachkräftemangels auch mittel- und langfristig ein hohes Niveau an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stehen muss. Um Risiken von zurückgehenden Ausbildungsplätzen vorzubeugen, wurden bisher Arbeitsverhältnisse lediglich befristet abgeschlossen und Mietlösungen für Räumlichkeiten angestrebt, anstatt bauliche Investitionen zu tätigen.

Im Zuge der Errichtung der Rettungsfachschule mit derzeit lediglich einem Ausbildungskurs und einem umfangreichen Fort- und Weiterbildungsbereich wurde bereits die Anmietung von externen Räumlichkeiten erforderlich. Bereits kurzfristig zeichnet sich ab, dass auch diese Räumlichkeiten zur Abdeckung der Bedarfe nicht ausreichen, so dass die AGewiS andere Lösungsansätze verfolgen muss.

Grundsätzliche Risiken resultieren zudem aus Überlegungen auf Bundesebene zur Vereinheitlichung dreier unterschiedlicher Berufe. Diskutiert wird eine gemeinsame Pflegeausbildung. Bisher handelt es sich um drei verschiedene Berufe (Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege) mit völlig getrennten Ausbildungen. Diese Generalisierung der Pflegeberufe befindet sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren. Die Finanzierung der Pflegeausbildung ist derzeit noch nicht hinreichend konkret absehbar. Aufgrund bestehender Übergangsfristen zur Umsetzung der voraussichtlich eintretenden Ausbildungsveränderung, besteht mittelfristig kein Finanzierungsrisiko für die AGewiS.

Es ist festzustellen, dass die künftige Entwicklung der Einrichtung und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung von der Betriebsleitung insgesamt plausibel und folgerichtig abgeleitet und im Jahresabschluss und im Lagebericht zutreffend dargestellt werden. Im Rahmen der Prüfung sind wir – soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben – zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Betriebsleitung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestandes und künftigen Entwicklung der Einrichtung, realistisch erscheint.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen

Über folgende Tatsachen, die geeignet sind, die Entwicklung der Einrichtung zu beeinträchtigen, ist entsprechend § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB zu berichten:

In der mittelfristigen Ergebnisplanung für die AGewiS geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Einrichtung im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben plangemäß nachhaltig Verluste erwirtschaften wird. Der Wirtschaftsplan 2016 der AGewiS beziffert die vom Kreistag für 2016 beschlossene, den Verlust abdeckende Zuwendung des Oberbergischen Kreises mit 442.895 €. Ab 2017 soll der jährliche Zuschuss an die AGewiS 458.138 € betragen.

Die Entwicklung der Einrichtung hängt damit im Wesentlichen davon ab, ob der Oberbergische Kreis als Träger der Einrichtung weiterhin in der Lage und bereit ist, die jährlich anfallenden Kostenunterdeckungen auch in Zukunft auszugleichen. Ohne diese Zuschüsse ist die AGewiS mittelfristig nicht überlebensfähig.“

Die o.g. Hinweise haben nach Auffassung der Kreisverwaltung in ihrem Kern nach wie vor Gültigkeit.

Ergänzend ist unter dem Aspekt der Ziele des Eigenbetriebes für die kommenden Jahre anzuführen, dass aufgrund einer nachhaltig hohen Nachfrage an Ausbildungsplätzen im Bereich der Altenpflege und durch den Start eines 2. und 3. Ausbildungskurses für den Beruf des Notfallsanitäters eine maximale Auslastung der Einrichtung erreicht werden wird. Dies hat Auswirkungen sowohl auf die finanziellen als auch personellen Ressourcen, wobei der Zuschussbedarf für die AGewiS nach dem Verwaltungsvorschlag (lediglich) auf das in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Maß angehoben werden soll und ab 2018 sogar auf dem Stand des Vorjahres verharren soll.

Chancen ergeben sich insbes. aus zusätzlichen Kooperationen mit kommunalen Feuerwehren aus dem Märkischen Kreis. Denn durch die damit einhergehenden zusätzlichen Einnahmen können entstehende zusätzliche Fixkosten kompensiert werden.

Chancen und Risiken ergeben sich – wie oben bereits ausgeführt – darüber hinaus aus einer angedachten Generalistik im Bereich der Ausbildungsberufe in den Bereichen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege. Weitergehende Kooperationen mit dem Kreiskrankenhaus Gummersbach Waldbröl erscheinen vor diesem Hintergrund mehr als sinnvoll – zumal beide Einrichtungen vor großen Herausforderungen im Hinblick auf eine räumliche Unterbringung ihrer Auszubildenden stehen.

Grootens
Kreiskämmerer

Die Planungsunterlagen für das Geschäftsjahr 2017 der
Gesellschaften *Klinikum Oberberg* und *OVAG* liegen noch nicht vor.

Weitere Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform
können dem Beteiligungsbericht entnommen werden,
welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Der Beteiligungsbericht ist im Internet unter

http://www.obk.de/cms200/kreis/kreistag_ausschuesse/berichte/index.shtml

abrufbar.

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gemäß § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Haushaltsansatz		Ansatz 2016 EUR	Ergebnis der Jahresrechnung 2015 EUR	Erläuterungen
		2018 EUR	2017 EUR			
1	2	3	4	5	6	7
1	CDU - Kreistagsfraktion	37.290	37.290	37.290	38.183,10*	<p>Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung:</p> <p>1. Grundbetrag je Fraktion 9.040 € jährl. 2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.130 € jährl.</p> <p>Nach der Kreistagswahl vom 25.05.2014 haben sich Änderungen in der Fraktionsstruktur ergeben. Die Fraktionszuwendungen der Wahlperiode 2009-2014 können dem Haushaltsplan 2013/2014 entnommen werden.</p> <p>Für 2015 und 2016 ergibt sich jeweils ein Gesamt-Zuwendungsbetrag von 129.565 €. Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.</p> <p>Ein Kreistagsmitglied des Oberbergischen Kreises ist keiner Fraktion angeschlossen. Fraktionslose Kreistagsmitglieder erhalten nach o.g. Regelung eine Zuwendung in Höhe von 1.875 € je Jahr.</p> <p>*Fraktionsaustritt eines KTM Mitte Oktober, dadurch kurzzeitig ein weiteres Einzelkreistagsmitglied. **Mitte Juni Anschluss eines Einzelkreistagsmitglieds an Kreistagsfraktion DIE LINKE.</p>
2	SPD - Kreistagsfraktion	27.120	27.120	26.649,15	25.990	
3	Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14.690	14.690	14.690	14.690	
4	FDP/FWO/DU - Kreistags- fraktion	13.560	13.560	7.910	./.	
5	Kreistagsfraktion DIE LINKE	12.430	12.430	11.918,36**	11.300	
6	UWG - Kreistagsfraktion	11.300	11.300	6.591,69	./.	
7	AfD - Kreistagsfraktion	11.300	11.300	6.591,69	./.	
8	Einzelkreistagsmitglied	1.875	1.875	1.942,71**	1.955,65*	

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktionen: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion DIE LINKE, UWG-Kreistagsfraktion und AfD-Kreistagsfraktion				
Zweckbestimmung	Geldwert			Erläuterungen
	2017	2018	mehr (+) weniger (-)	
	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0		
1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0		
3. Bereitstellung von Räumen	0	0		
3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0		
4.1 Büromöbel und -maschinen				
4.2 sonstiges Büromaterial				
5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für	0	0		
5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2 Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage				
6. Sonstiges	0	0		

Investitionselemente / Finanzstellen

Auch im doppischen Haushaltsrecht kann auf eine Planung der Einzahlungen und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen, nicht verzichtet werden. Der Oberbergische Kreis erlässt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung. Sofern ein „Doppelhaushalt“ für zwei Jahre aufgestellt wird, erfolgt die Veranschlagung getrennt nach Jahren. Diese nennt neben Summen der Aufwendungen und Erträge auch die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen. Die Ein- und Auszahlungen, bei denen auch künftig zwischen „laufenden“ Ausgaben und Investitionsausgaben unterschieden wird sowie der erforderliche Kreditbedarf, werden im Finanzplan und in der Finanzrechnung ausgewiesen. Zudem werden die Investitionsmaßnahmen im Einzelnen separat im Haushaltsplan neben dem Ergebnis- und Finanzplan ausgewiesen, dabei wird nochmals zwischen Investitionsmaßnahmen oberhalb bzw. unterhalb der Wertgrenze unterschieden, vgl. § 7 der Haushaltssatzung. Baumaßnahmen im Bereich Hoch- oder Tiefbau sowie einzelne Investitionen (oberhalb der Wertgrenze von 50.000 €) werden einzeln ausgewiesen. Typische Ersatzbeschaffungen (Mobilier, ADV-Ausstattung, Laborgeräte, etc.) werden dagegen häufig zusammengefasst. Die Planansätze (Einzahlungen/Auszahlungen) für die Investitionsmaßnahmen werden auf sog. *PSP-Investitionselementen* (alternative Bezeichnung: Finanzstellen) geführt, die Investitionselemente besitzen damit eine strukturierende Funktion und bilden gewissermaßen das Investitionsprogramm für das aktuelle Haushaltsjahr. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme vermögenswirksam sind. Wird dagegen kein neues Sachvermögen geschaffen, sind die erbrachten Leistungen vielmehr als „Erhaltungsaufwand bzw. als Unterhaltungsaufwand“ zu qualifizieren. Die Auszahlungen dafür dürfen dann nicht mit Krediten für Investitionen finanziert werden, sondern stellen Aufwendungen dar, die im Ergebnisplan zu veranschlagen sind (vgl. auch Ausführungen im Vorbericht zum Thema Kreisstraßen). Auf den folgenden Seiten werden die Planungselemente nachrichtlich aufgelistet. Der Ressourcenverbrauch, der durch die Abnutzung von beweglichen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens entsteht, wird über die planmäßigen Abschreibungen erfasst (vgl. § 35 GemHVO NRW). Diese planmäßigen Abschreibungen (= Aufwand, keine Auszahlung) sind unter den entsprechenden Haushaltsposition im Ergebnisplan (Zeile 14) zu veranschlagen. Die Abschreibungssimulation für den Haushaltsplan berücksichtigt aber nicht nur die geplanten Anlagen, sondern auch die Auswirkungen der Alt-Anlagen aus der Eröffnungsbilanz (Gebäude, Straßen, etc.) bzw. der Investitionen der vergangenen Jahre.

Finanzstelle	PSP-Element	Bezeichnung	Amt
5.101002	5.101002.710	Einrichtung Telearbeitsplätze	10
5.101020	5.101020.710	Verwaltungsvermögen (über 410 EUR)	10
5.101020	5.101020.620	Vermögensveräußerung Verw.vermögen	10
5.101030	5.101030.710	Erwerb KFZ Fuhrpark	10
5.101030	5.101030.620	Veräußerungen KFZ	10
5.101040	5.101040.710	Arbeitsschutz	10
5.103020	5.103020.710	BuG Hard-/Software (über 410 EUR)	10
5.103030	5.103030.710	eGovernment	20
5.200000	5.200000.605	Investitionspauschale	20
5.200020	5.200020.730	Eigenkapitalausstattung AGEWIS	20
5.200030	5.200030.730	Ausleihung Geldbetrag an Beteiligungen	20
5.200040	5.200040.605	Investitionspauschale für Inklusion BKs	20
5.200050	5.200050.605	Fördermittel nach KInvFG	20
5.200050	5.200050.700	Verwendung Fördermittel nach KInvFG	20
5.206398	5.206398.730	Kapitalstock Pensionsrückstellung	20
5.208550	5.208550.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)	20
5.208550	5.208550.620	Erlöse Verkauf Geräte Forsten	20
5.208570	5.208570.700	Erwerb Grundstücke/Forsten	20
5.230002	5.230002.700	Notstromaggregat Kreishaus	23
5.230003	5.230003.700	Optimierung Wärmeverteilung	23
5.230010	5.230010.700	Parkplatz Lochwiese	23
5.230020	5.230020.700	Zentralisierung von Verwaltungseinheiten	23
5.230030	5.230030.700	Kernsanierung Altbau II-IV	23
5.230040	5.230040.700	Kernsanierung Am Wiedenhof 5	23
5.230050	5.230050.700	Kernsanierung Am Wiedenhof 1-3	23
5.230060	5.230060.700	Kernsanierung Moltkestr. 34	23
5.230070	5.230070.700	Baumaßnahme Gerdestraße Waldbröl	23
5.230080	5.230080.700	Hohenzollernbad	23
5.230090	5.230090.700	Kernsanierung/Neubau SVA	23
5.230100	5.230100.710	Aufrufanlage SVA	23
5.230110	5.230110.700	AGewiS II	23
5.230110	5.230110.605	AGewiS II (Zuschuss)	23
5.230350	5.230350.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM)	23
5.231300	5.231300.700	Baumaßnahmen Brandschutzzentrum	23
5.231300	5.231300.710	Ausstattung BGA Brandschutzzentrum	23
5.232400	5.232400.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK)	23
5.232410	5.232410.700	Fassadensanierung BK-Dieringhausen	23
5.232414	5.232414.700	Erweiterung BK-Wipperfürth	23
5.232420	5.232420.700	Heizungsanlage BK Hepel	23
5.233211	5.233211.700	Erweiterung Schloss Homburg	23
5.233212	5.233212.700	Richtfunkanbindung Schloss Homburg	23
5.233213	5.233213.700	Schloss Homburg Fluchttreppe	23
5.233214	5.233214.700	Schloss Homburg Gebäudeleittechnik	23
5.238550	5.238550.620	Vermögensveräuß. lw.Nutzfl., Grundstücke	23
5.238550	5.238550.700	Erwerb lw. Nutzfläche, Grundstück	23
5.300010	5.300010.710	Digitaltechnik	30
5.300020	5.300020.710	Erwerb KFZ Geschwindigkeitsüberwachung	30
5.300040	5.300040.710	Erwerb Software Bildbearbeitung	30
5.323001	5.323001.605	LZ zur Förderung des Feuerschutzes	38
5.323001	5.323001.710	Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ)	38
5.323001	5.323001.620	Verkaufserlöse BSZ	38
5.323004	5.323004.710	Ausstattung Kreisleitstelle	38
5.323006	5.323006.710	Ausstattung Großschadensereign.	38
5.323006	5.323006.605	LZ Hilfe bei Großschadensereign.	38
5.323006	5.323006.620	Veräußerungserlöse Katastrophenschutz	38
5.323008	5.323008.710	Ausstattung der Rettungswachen	38
5.323008	5.323008.620	Veräußerungserlöse	38

5.323009	5.323009.710	Einrichtung Feuerwehrrübungs-gelände	38
5.323009	5.323009.700	Errichtung Feuerwehrrübungs-gelände	23
5.323020	5.323020.710	Digitalfunk BOS	38
5.323022	5.323022.710	Gerätewagen Messtechnik	38
5.323030	5.323030.700	Baumaßnahmen Rettungswachen	38 u. 23
5.323035	5.323035.710	Beschaffung Kfz f.d. RD	38
5.323040	5.323040.710	Medizinische Geräte RD	38
5.323045	5.323045.710	Dekontaminationsschleuse	38
5.323050	5.323050.700	Investition RW Wipperfürth	38 u. 23
5.323060	5.323060.700	Investition RW Reichshof-Sinspert	38 u. 23
5.323070	5.323070.700	Investition RW Nümbrecht	38 u. 23
5.323080	5.323080.700	Investition RW Wiehl	38 u. 23
5.323090	5.323090.700	Investition RW Lindlar	38 u. 23
5.323100	5.323100.700	Investition RW Engelskirchen	38 u. 23
5.323110	5.323110.700	Investition RW Waldbröl	38 u. 23
5.323120	5.323120.700	Investition Zentrale KTW-Wache	38 u. 23
5.323130	5.323130.700	Neubau Waschhalle Notfallzentrum	38 u. 23
5.360001	5.360001.710	Verkehrssicherung, Geräte etc.	36
5.360010	5.360010.710	Kassensystem SVA	36
5.380010	5.380010.710	Digitalfunk KFZ Rettungsdienst	38
5.380020	5.380020.710	IT-Ausstattung Rettungsdienst	38
5.380030	5.380030.710	IT-Technik Fahrzeuge	38
5.390001	5.390001.710	BGA / Mediz.Geräte/Laborgeräte (Amt 39)	39
5.390003	5.390003.710	Erwerb Tierseuchenanlagen	39
5.400010	5.400010.710	BuG - BK Dieringhausen (über 410 EUR)	40
5.400011	5.400011.710	Erstausrüstung Schülerlabor	40
5.400011	5.400011.605	Landeszuschuss Schülerlabor	40
5.400011	5.400011.610	Privatrechtl. Zuschuss Schülerlabor	40
5.400030	5.400030.710	BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR)	40
5.400050	5.400050.710	BuG - BK Wipperfuerth (über 410 EUR)	40
5.400070	5.400070.710	Inklusion an den Berufskollegs Oberberg	40
5.400110	5.400110.710	BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)	40
5.400130	5.400130.710	BuG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)	40
5.400150	5.400150.710	BuG - FS Sprache (Oberwiehl)	40
5.400170	5.400170.710	BuG - Schule f. Kranke (Windhagen)	40
5.400190	5.400190.710	BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)	40
5.402931	5.402931.710	BGA - Schulpsychologischer Dienst	40
5.402933	5.402933.710	BGA - Bildungsnetzwerk	40
5.402935	5.402935.710	BGA - Heimatbildstelle	40
5.402950	5.402950.715	Immat. VG, Lizenzen (Medienzentrum)	40
5.410000	5.410000.710	Museumsgut u. Exponate	41
5.410010	5.410010.710	BuG - Inventar über 410 (Museum)	41
5.410030	5.410030.710	BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst.	41
5.410050	5.410050.710	Erwerb KFZ Schloss Homburg	41
5.430001	5.430001.710	BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS	43
5.510030	5.510030.700	Investitionsförderung KiTa	51
5.510030	5.510030.605	Investitionsförderung (LZ)	51
5.515701	5.515701.710	BGA / Therap./Psych.Testverfahren (PBS)	51
5.530000	5.530000.710	Geräte f. schul-/ärztl. Bereich	53
5.610000	5.610000.700	Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP	61
5.610000	5.610000.605	LZ/SoPo Maßnahmen innerh./außerh. LP	61
5.610010	5.610010.700	Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.)	61
5.610010	5.610010.605	Ersatzgeldzahlungen / Einnahme / SoPo	61
5.610020	5.610020.730	Kauf Anteile RVK	61
5.620001	5.620001.710	BGA / Techn.Geräte (Katasteramt)	62
5.620003	5.620003.710	Kfz vermessungstechnischer AD	62
5.660001	5.660001.620	Grundstücksveräußerungen	61
5.660002	5.660002.700	Planung der Kreisstraßenprojekte	61

5.660003	5.660003.700	Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen (Ausg.)	61
5.660003	5.660003.605	Eigenfi.Straßenbaum. (Einn./Erstattung)	61
5.660004	5.660004.700	Straßenbegleit. Radwege (Baumaßnahme)	61
5.660004	5.660004.605	Straßenbegleit. Radwege (Zuschuss)	61
5.660004	5.660004.600	Straßenbegleit. Radwege (Erstatt.)	61
5.660005	5.660005.700	Umbau Bushaltestellen Kreisstrassen	61
5.660006	5.660006.700	Kläreinr./Rückhalt. für Straßenabwasser	61
5.660006	5.660006.605	Kläreinr. für Straßenabwasser(Zuwendung)	61
5.660007	5.660007.700	Neuaufstellung Schutzplanken u. Geländer	61
5.660007	5.660007.605	Neuaufst. Schutzpl.,Geländer (Zuwendung)	61
5.660101	5.660101.700	Umbau Knoten K1/K3 in Hückeswagen	61
5.660101	5.660101.605	Umbau Knoten K1/K3 (Zuwendung)	61
5.660501	5.660501.700	Umbau K5 Bevertalsperre	61
5.660501	5.660501.605	Umbau K5 Bevertalsperre (Zuwendung)	61
5.660701	5.660701.700	Erneuerung K7 Wönkhausen	61
5.660701	5.660701.605	Erneuerung K7 Wönkhausen (Zuwendung)	61
5.661201	5.661201.700	Erneuerung K12 Großberghausen	61
5.661201	5.661201.605	Erneuerung K12 Großbergh. (Zuwendung)	61
5.661301	5.661301.700	Erneuerung K13 Neyetalsperre	61
5.661301	5.661301.605	Zuwendung	61
5.661601	5.661601.700	Erneuerung Wiehlbrücke K16 Brüchermühle	61
5.661601	5.661601.605	Erneuerung Wiehlbrücke K16 (Zuwendung)	61
5.661701	5.661701.700	Verk.sich. K17 Rölefeld	61
5.661702	5.661702.700	Umbau K17 Nümbrecht-Oberbreidenbach	61
5.661702	5.661702.605	Umbau K17 Nümbrecht-Oberbr. (Zuwendung)	61
5.661703	5.661703.700	Erneuerung K17 Gaderoth Oberbreidenbach	61
5.661801	5.661801.700	Ausbau K18/39 Dohrgaul	61
5.661801	5.661801.605	Ausbau K18/39 Dohrgaul (Zuschuss)	61
5.661802	5.661802.700	Erneuerung K18 Nagelsgaul-Kempershöhe	61
5.661901	5.661901.700	Erneuerung K19 Leppedeponie-Bickenbach	61
5.662301	5.662301.700	Verk.sich. K23 Belmicke	61
5.662302	5.662302.700	Knoten K23/Bahnstr.	61
5.662302	5.662302.605	Knoten K23/Bahnstr. (Zuschuss)	61
5.662303	5.662303.700	Knoten K23/B55 (Kreisanteil)	61
5.662303	5.662303.605	Knoten K23/B55 (Zuschuss)	61
5.662304	5.662304.700	Bauwerkserneuer. K23 Othetal	61
5.662304	5.662304.605	Bauwerkserneuer. K23 Othetal (Zuschuss)	61
5.662401	5.662401.700	Umbau K24 Schmitzhöhe	61
5.662402	5.662402.700	Verlegung K24 Lindlar-West	61
5.662402	5.662402.605	Verlegung K24 Lindlar-West (Zuwendung)	61
5.662601	5.662601.700	Erneuerung K26 Thierseifen-Dickhausen	61
5.662801	5.662801.605	Verlängerung K28 (Zuschuss)	61
5.662801	5.662801.700	Verlängerung K28 (Baumaßnahme)	61
5.662901	5.662901.700	Umbau K29/Unterommer (Baumaßnahme)	61
5.662901	5.662901.605	Umbau K29/Unterommer (Zuschuss)	61
5.662902	5.662902.700	Erneuerung K29 Kreisgrenze-Reudenbach	61
5.663001	5.663001.700	Erneuerung K30 Kreuzberg-Vossebrechen	61
5.663001	5.663001.605	Erneuerung K30 Kreuzberg-Vossebrechen	61
5.663801	5.663801.700	Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn	61
5.663801	5.663801.605	Erneuerung K38 Loxsteeg-Fahn (Zuwendung)	61
5.663901	5.663901.700	Erneuerung K39 Dohrgaul-Hollmünde	61
5.663901	5.663901.605	Erneuerung K39 Dohrgaul (Zuwendung)	61
5.664101	5.664101.700	Umbau K41 Vollmerhausen	61
5.664101	5.664101.605	Umbau K41 Vollmerhausen (Zuwendung)	61
5.664201	5.664201.700	Ausbau K42 Wasserfuhr	61
5.664201	5.664201.605	Ausbau K42 Wasserfuhr (Zuschuss)	61
5.664202	5.664202.700	Sanierung Stützwand K42 Wasserfuhr	61
5.664501	5.664501.700	Ausbau K45/L306 (Ausbau)	61

5.664501	5.664501.605	Ausbau K45/L306 (Zuschuss)	61
5.664701	5.664701.700	Erneuerung K47 Bellingroth-Ründeroth	61
5.664801	5.664801.700	Erneuerung K48 Mühlhausen	61
5.664801	5.664801.605	Erneuerung K48 Mühlhausen (Zuwendung)	61
5.664802	5.664802.700	Stützmauersanierung K48 Wülfringhausen	61
5.664802	5.664802.605	Stützmauersanierung K48 (Erstattungen)	61
5.664803	5.664803.700	Umbau Knoten K48 Hauptstr. Wiehl	61
5.664803	5.664803.605	Umbau Knoten K48 Wiehl (Zuwendung)	61
5.665203	5.665203.700	Umbau K52 Weiershagen	61
5.665203	5.665.203.605	Umbau K52 Weiershagen (Zuwendung)	61
5.665301	5.665301.700	Umbau K53 Wildberg	61
5.665301	5.665301.605	Umbau K53 Wildberg (Zuwendung)	61
5.665302	5.665302.700	Erneuerung K53 Hardt-Komp	61

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.01	Innere Verwaltung		
1.01.01	Politische Gremien	LR	
1.01.01.01	Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun.		LS
1.01.02	Verwaltungsführung	LR	
1.01.02.01	Entwicklung v. Konzepten u. Rahmenregel.		LS
1.01.03	Gleichstellung von Frau und Mann		
1.01.03.01	Gleichstellung von Frau und Mann		Amt 19
1.01.04	Beschäftigtenvertretung	PR	
1.01.04.01	Personalrat		PR
1.01.05	Rechnungsprüfung	LR	
1.01.05.01	Rechnungsprüfung und Beratung		LS
1.01.05.02	Prüfungen für Dritte		LS
1.01.06	Zentrale Dienste	LR, Dez. I, Dez. II	
1.01.06.01	Druckerei		Amt 10
1.01.06.02	Poststelle		Amt 10
1.01.06.03	Bürgerservice		Amt 10
1.01.06.04	Fuhrpark		Amt 10
1.01.06.05	Sonstige zentrale Dienste		Amt 10
1.01.06.06	Zentrale Bußgeldstelle		Amt 30
1.01.06.06.01	Bußgelder Abfallwirtschaft		Amt 30
1.01.06.06.02	Bußgelder Bauordnung		Amt 30
1.01.06.06.03	Bußgelder Gewässerschutz		Amt 30
1.01.06.06.04	Bußgelder Ordnungsamt		Amt 30
1.01.06.06.05	Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten		Amt 30
1.01.06.06.06	Bußgelder Veterinäraufsicht		Amt 30
1.01.06.06.07	Bußgelder Verkehrsrechtl. Genehmigungen		Amt 30
1.01.06.07	Submission, Datenschutz, AGG, sonst.		LS
1.01.07	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	LR	
1.01.07.01	Medien		LS
1.01.08	Personalmanagement	Dez. I	
1.01.08.01	Personalsteuerung und -entwicklung		Amt 11
1.01.08.02	Personalausbildung und -qualifizierung		Amt 11
1.01.08.03	Personalbetreuung		Amt 11
1.01.08.04	Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz		Amt 11
1.01.09	Finanzmanagement und Rechnungswesen	Dez. I	
1.01.09.01	Haushaltssteuerung		Amt 20
1.01.09.01.01	Beteiligungen (allg.)		Amt 20
1.01.09.01.02	KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.)		Amt 20
1.01.09.01.03	Radio Berg GmbH & Co.KG		Amt 20
1.01.09.01.04	Rhein. Studieninstitut Köln		Amt 20
1.01.09.01.05	BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband		Amt 20
1.01.09.02	Kasse und Vollstreckung		Amt 20
1.01.09.02.01	Zahlungsabwicklung		Amt 20
1.01.09.02.02	Vollstreckung		Amt 20
1.01.10	Organisationsangelegenheiten und TuI	Dez. I, Dez. III, Dez. IV	
1.01.10.01	Informationstechnische Infrastruktur		Amt 10
1.01.10.01.01	Amt 10		Amt 10
1.01.10.01.02	Amt 40		Amt 40
1.01.10.01.03	Amt 62		Amt 62
1.01.10.02	Organisationsangelegenheiten		Amt 10
1.01.11	Recht	Dez. II	
1.01.11.01	Rechtsangelegenheiten		Amt 30

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.01.12	Grundstücks- und Gebäudemanagement	Dez. I	
1.01.12.01	Grundstücks- und Gebäudemanagement		Amt 23
1.01.13	Technisches Immobilienmanagement	Dez. I	
1.01.13.01	Unterhaltungen und Baumaßnahmen		Amt 23
1.01.14	Kommunalaufsicht	LR	
1.01.14.01	Kommunalaufsicht		LS
1.01.15	Kreispolizeibehörde	LR	
1.01.15.01	Kreispolizeibehörde		Amt 31
1.01.15.01.01	Polizeiliche Erlaubnisse		Amt 31
1.01.15.01.02	Polizeil. Begleitung v.Schwertransporten		Amt 31
1.01.15.01.03	Falschalarme		Amt 31
1.01.15.01.04	Sonstige Verwaltungsgebühren		Amt 31
1.02	Sicherheit und Ordnung		
1.02.01	Ordnungsbedürftige Tätigkeiten	Dez. I	
1.02.01.01	Allgemeine Gefahrenabwehr		Amt 32
1.02.01.01.01	Jagd und Fischerei		Amt 32
1.02.01.02	Gewerbe und Handwerk		Amt 32
1.02.01.02.01	Schornsteinfegeraufsicht		Amt 32
1.02.02	Verbraucherschutz	Dez. II	
1.02.02.01	Verbraucherschutz		Amt 39
1.02.02.01.01	Lebensmittelüberwachung		Amt 39
1.02.02.01.02	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung		Amt 39
1.02.03	Tiergesundheit	Dez. II	
1.02.03.01	Tiergesundheit		Amt 39
1.02.04	Verkehrsangelegenheiten	Dez. II	
1.02.04.01	Verkehrsregelung und -lenkung		Amt 36
1.02.04.02	Überwachung des fließenden Verkehrs		Amt 30
1.02.04.02.01	Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen		Amt 30
1.02.04.02.02	Geschwindigkeitsüberwachung		Amt 30
1.02.04.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen		Amt 36
1.02.04.04	Verkehrserziehung und -aufklärung		Amt 36
1.02.04.04.01	Verkehrsinformationsbus		Amt 36
1.02.05	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	Dez. II	
1.02.05.01	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse		Amt 36
1.02.06	Kfz-Angelegenheiten	Dez. II	
1.02.06.01	Zulassung		Amt 36
1.02.06.02	Überwachung der Halterhaftung		Amt 36
1.02.07	Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen	Dez. I	
1.02.07.01	Einwohnerangelegenheiten		Amt 32
1.02.07.01.01	Einbürgerungen		Amt 32
1.02.07.02	Regelung des Aufenthalts von Ausländern		Amt 32
1.02.07.02.01	Humanitäre Aufenthalte		Amt 32
1.02.08	Statistik	Dez. IV	
1.02.08.01	Statistik		Amt 61
1.02.09	Wahlen	LR	
1.02.09.01	Wahlen und Abstimmungen		LS
1.02.10	Bevölkerungsschutz	Dez. II	
1.02.10.01	Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.01	Werkstatt für Feuerwehrausrüstung		Amt 38
1.02.10.01.02	Vorbeugender Brandschutz		Amt 38
1.02.10.01.03	Brandschau Kommunen		Amt 38
1.02.10.01.04	Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren		Amt 38
1.02.10.02	Katastrophenschutz		Amt 38
1.02.10.02.01	Sachausstattung Einsatzkräfte		Amt 38
1.02.10.02.02	Zuschüsse Einsatzorganisationen		Amt 38

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.02.11	Rettungsdienst	Dez. II	
1.02.11.01	Rettungsdienst		Amt 38
1.02.11.01.01	Kosten des Luftrettungsdienstes		Amt 38
1.03	Schulträgeraufgaben		
1.03.01	Förderschulen	Dez. III, Dez. I	
1.03.01.01	Helen-Keller-Schule		Amt 40
1.03.01.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.02	Anne-Frank-Schule		Amt 40
1.03.01.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.03	Förderschule Sprache (Wiehl)		Amt 40
1.03.01.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.04	Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)		Amt 40
1.03.01.04.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.01.05	Förderschule emotionale u. soziale Entw.		Amt 40
1.03.01.05.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02	Berufskollegs	Dez. III, Dez. I	
1.03.02.01	Berufskolleg Gummersbach und Waldbröl		Amt 40
1.03.02.01.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.02	Berufskolleg Gummersbach-Dieringhausen		Amt 40
1.03.02.02.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.02.03	Berufskolleg Wipperfürth		Amt 40
1.03.02.03.01	Schulpauschale (anteilig)		Amt 20
1.03.03	Schülerbeförderung	Dez. III	
1.03.03.01	Schülerbeförderung Förderschulen		Amt 40
1.03.03.02	Schülerbeförderung Berufskollegs		Amt 40
1.03.04	Sonstige schulische Aufgaben	Dez. III, Dez. IV	
1.03.04.01	Schulpsychologie		Amt 40
1.03.04.02	Medienzentrum		Amt 40
1.03.04.03	Schulaufsicht		Amt 40
1.03.04.04	Bildungsnetzwerk Oberberg		Amt 40
1.03.04.05	Übergangsmangement Schule - Beruf		Amt 68
1.04	Kultur und Wissenschaft		
1.04.01	Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung	Dez. I	
1.04.01.01	Veranstal./Kulturförd./Sonst.Kultureinr.		Amt 41
1.04.01.01.01	Sonderausstellungen		Amt 41
1.04.01.01.02	Kreis- und Stadtbücherei		Amt 41
1.04.01.01.03	Kunstsammlung Oberberg		Amt 41
1.04.01.01.04	Musikpflege		Amt 20
1.04.02	Weiterbildung und Studium	Dez. I, Dez. III	
1.04.02.01	Volkshochschule		Amt 40
1.04.02.01.01	Abendgymnasium		Amt 40
1.04.02.02	Akademie für Gesundheitswesen (AGewiS)		Amt 20
1.04.02.99	Volkshochschule (KST)		Amt 40
1.04.03	Museum	Dez. I	
1.04.03.01	Museum Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.01	Schloss Homburg		Amt 41
1.04.03.01.02	Haus Dahl		Amt 41
1.04.04	Heimatbildstelle	Dez. III	
1.04.04.01	Heimatbildstelle		Amt 40

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.05	Soziale Leistungen		
1.05.01	Unterstützung von Senioren	Dez. III	
1.05.01.01	Seniorenarbeit		Amt 50
1.05.01.02	Heimaufsicht		Amt 50
1.05.02	Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.	Dez. III	
1.05.02.01	Hilfen Gesundh.,Behind. u. anderen Lagen		Amt 50
1.05.02.01.01	Eingliederungsh. f. behinderte Menschen		Amt 50
1.05.02.01.02	Hilfen zur Gesundheit		Amt 50
1.05.02.01.03	Hilfe in anderen Lebenslagen		Amt 50
1.05.02.02	Hilfe zur Pflege		Amt 50
1.05.02.02.01	Hilfe z. Pfl. ambulant u. vollstationär		Amt 50
1.05.02.02.02	Hilfe zur Pflege teilstationär		Amt 50
1.05.02.03	Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse		Amt 50
1.05.02.04	Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege		Amt 50
1.05.02.05	Leistungen für Schwerbehinderte		Amt 50
1.05.02.06	Ausgleichsabgabe n. SchwerbehindertenG		Amt 50
1.05.03	Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.	Dez. III	
1.05.03.01	Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II)		Amt 50
1.05.03.01.01	Schulsozialarbeit Bildung und Teilhabe		Amt 50
1.05.03.02	H.z.Lebensunt.,Grunds.i.A.;EM (SGB XII)		Amt 50
1.05.03.02.01	Hilfe zum Lebensunterhalt		Amt 50
1.05.03.02.02	Grundsicherung i. Alter,bei Erwerbsmind.		Amt 50
1.05.03.03	Leistungen nach BAföG		Amt 50
1.05.03.04	Lastenausgleich		Amt 50
1.05.03.99	Kst. 1.05.03 Budgetvernüpfung (KST)		Amt 23
1.05.03.05	Leistungen nach Bundeskindergeldgesetz		Amt 50
1.05.04	Betreuungsleistungen	Dez. III	
1.05.04.01	Rechtl. Vertr. Volljähriger - Betreuung		Amt 51
1.06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
1.06.01	Kinder in Tageseinricht./Tagespflege	Dez. III	
1.06.01.01	Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege		Amt 51
1.06.01.01.01	LZ Sprachförderung, Familienzentren		Amt 51
1.06.01.01.02	LZ Ausbau U3		Amt 51
1.06.01.99	Kst. 1.06.01 Budgetverknüpfung (KST)		Amt 51
1.06.02	Jugendarbeit und Familienförderung	Dez. III	
1.06.02.01	Förd. v. Angeboten Kinder-und Jugendarb.		Amt 51
1.06.02.01.01	LZ Förd. offene Kinder- u. Jugendarbeit		Amt 51
1.06.02.02	Jugendsozialarbeit		Amt 51
1.06.02.03	Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie		Amt 51
1.06.02.04	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz		Amt 51
1.06.03	Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	Dez. III	
1.06.03.01	Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen		Amt 51
1.06.03.01.01	Institutionelle Erziehungsberatung		Amt 51
1.06.03.01.02	Soziale Gruppenarbeit		Amt 51
1.06.03.01.03	Erziehungsbeistandschaft		Amt 51
1.06.03.01.04	Sozialpädagogische Familienhilfe		Amt 51
1.06.03.01.05	Erziehung in einer Tagesgruppe		Amt 51
1.06.03.01.06	Vollzeitpflege		Amt 51
1.06.03.01.07	Unterbringung in Heimen		Amt 51
1.06.03.01.08	Int. sozialpädagogische Einzelbetreuung		Amt 51
1.06.03.01.09	Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder		Amt 51
1.06.03.01.10	Eingliederungshilfe f. seel. beh. Kinder		Amt 51
1.06.03.01.11	Flexible erzieherische Hilfe		Amt 51
1.06.03.02	Maßn. z. Schutz v. Kindern u. Jugendlichen		Amt 51

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.06.03.03	Beratungsangebote		Amt 51
1.06.03.04	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren		Amt 51
1.06.03.05	Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft		Amt 51
1.06.04	Leistungen nach dem BundeselterngeldG	Dez. I	
1.06.04.01	Elterngeld		Amt 11
1.07	Gesundheitsdienste		
1.07.01	Gesundheitsförderung	Dez. III	
1.07.01.01	Koordination, Planung, Berichterstattung		Amt 53
1.07.01.02	Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung		Amt 53
1.07.01.02.01	Ambulante Sprachheilfürsorge		Amt 50
1.07.02	Gutachten und Stellungnahmen	Dez. III	
1.07.02.01	Ärztliche Gutachten		Amt 53
1.07.03	Gesundheitshilfe	Dez. III	
1.07.03.01	Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H.		Amt 53
1.07.03.01.01	Sucht		Amt 53
1.07.03.01.02	Psychiatrie		Amt 53
1.07.04	Gesundheitsschutz	Dez. III	
1.07.04.01	Infektions-/umweltbez. Gesundheitsschutz		Amt 53
1.07.04.02	Medizinalaufsicht		Amt 53
1.08	Sportförderung		
1.08.01	Sportförderung	Dez. III	
1.08.01.01	Sportförderung		Amt 51
1.09	Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation		
1.09.01	Räumliche Planung	Dez. IV	
1.09.01.01	Kreisentw.planung, Raum- u. Umweltnfo.		Amt 61/68
1.09.01.02	Betreuung v. Verf. ext. Planungsträger		Amt 61
1.09.02	Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten	Dez. IV	
1.09.02.01	Geodätischer Raumbezug		Amt 62
1.09.02.02	Liegenschafts- und Ingenieurvermessung		Amt 62
1.09.02.02.01	Vermessungstätigkeit für Dritte		Amt 62
1.09.02.02.02	Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit		Amt 62
1.09.02.03	Führ. d. Liegenschaft.,Flurstck.,Gebäude		Amt 62
1.09.02.03.01	Übern.beigebrachter Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.02	Übernahme eigener Vermessungsschriften		Amt 62
1.09.02.03.03	Durchsetzung v. Vermessungspflichten		Amt 62
1.09.02.04	Erh./Führ. d. Nutzung,Topogr.,Bodensch.		Amt 62
1.09.02.05	Führung der Personen- und Bestandsdaten		Amt 62
1.09.02.06	Erneuerung des Liegenschaftskatasters		Amt 62
1.09.03	Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.	Dez. IV	
1.09.03.01	Bereitst.v.Geodaten/kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.01.01	Nutzung von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.01.02	Betrieb von Abrufverfahren		Amt 62
1.09.03.02	Abgabe v. Geodaten,kartograf. Produkten		Amt 62
1.09.03.02.01	Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.02	Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.)		Amt 62
1.09.03.02.03	Abgabe v.Geobasisdaten digital (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.04	Abgabe v. Geobasisdaten analog (Entgelt)		Amt 62
1.09.03.02.05	Kartentechn. Auftragsarbeiten intern		Amt 62
1.09.03.02.06	Kartentechn. Auftragsarbeiten für Dritte		Amt 62
1.09.03.02.07	Bescheinigungen		Amt 62
1.09.03.02.08	Unschädlichkeitszeugnisse		Amt 62
1.09.03.02.09	Einnahmen für Dritte (Entgelte für Land)		Amt 62
1.09.03.03	Abg.v.Geodaten d.Vermessungszahlenwerks		Amt 62
1.09.03.03.01	Vermessungsunterlagen auf Antrag		Amt 62

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.09.03.03.02	Vermessungsunterlagen intern, + MwSt.		Amt 62
1.09.04	Grundstückswertermittlung	Dez. IV	
1.09.04.01	Gutachterausschuss für Grundstückswerte		Amt 62
1.09.04.01.01	Gutachten		Amt 62
1.09.04.01.02	Auskünfte, Auswertungen		Amt 62
1.09.04.01.03	Wertermittlungen für kommunale Zwecke		Amt 62
1.09.04.01.04	Marktberichte		Amt 62
1.09.04.01.05	Bodenrichtwerte		Amt 62
1.10	Bauen und Wohnen		
1.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	Dez. IV	
1.10.01.01	Untere Bauaufsicht		Amt 65
1.10.01.02	Bauordnungsbehördliche Verfahren		Amt 65
1.10.02	Denkmalschutz u. Denkmalpflege	Dez. IV	
1.10.02.01	Denkmalschutz/-pflege (Fachaufsicht)		Amt 65
1.10.03	Wohnungsbauförderung	Dez. IV	
1.10.03.01	Wohnungsbauförderung		Amt 65
1.10.04	Wohnraumsicherung und -versorgung	Dez. III	
1.10.04.01	Bestandsverwaltung geförderten Wohnraums		Amt 50
1.10.05	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht	Dez. IV	
1.10.05.01	Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht		Amt 65
1.11	Ver- und Entsorgung		
1.12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV		
1.12.01	Öffentliche Verkehrsflächen	Dez. IV	
1.12.01.01	Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen		Amt 61
1.12.01.02	Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen		Amt 61
1.12.02	ÖPNV	Dez. IV	
1.12.02.01	ÖPNV		Amt 61
1.12.02.01.01	Förderung Verkehrsuntern.		Amt 61
1.12.02.01.02	OVAG Verkehrsunternehmen		Amt 61
1.12.02.01.03	VRS Zweckverband/GmbH		Amt 61
1.12.02.01.04	Ausbildungsverkehrspauschale		Amt 61
1.13	Natur- und Landschaftspflege		
1.13.01	Natur und Landschaft	Dez. II, Dez. IV	
1.13.01.01	Landschaftsschutz, Landschaftspflege		Amt 67
1.13.01.02	Landschaftsplanung, -entwicklung		Amt 61
1.13.01.02.01	Landschaftspflegemaßnahmen		Amt 61
1.13.01.02.02	Landschaftsplanung		Amt 61
1.13.02	Wald, Forst- und Landwirtschaft	Dez. I	
1.13.02.01	Wald und Forstwirtschaft		Amt 20
1.14	Umweltschutz		
1.14.01	Umweltschutzmaßnahmen	Dez. II	
1.14.01.01	Bodenschutz und Altlasten		Amt 67
1.14.01.02	Abfall		Amt 67
1.14.01.03	Immissionsschutz		Amt 67
1.14.01.04	Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen		Amt 67
1.14.01.04.01	Ersatzgelder n. § 113 LWG		Amt 67
1.15	Wirtschaft und Tourismus		
1.15.01	Wirtschaftsförderung	Dez. IV	
1.15.01.01	Bestandspflege u.-entw., Ansiedl., Gründg.		Amt 68
1.15.01.01.01	RAL-Gütezeichen		Amt 68
1.15.01.01.02	REGIONALE 2010		Amt 68
1.15.01.01.03	Umsetzung/Qualif. Projekte Region. 2010		Amt 68
1.15.01.01.04	Maßn. z. Berufsorientierung u. Vorber.		Amt 68
1.15.01.01.05	Aufbau regionale EFRE Struktur		Amt 68

PSP-Element	Bezeichnung	Produktgruppenverantwortlich	Produktverantwortlich
1.15.01.01.06	Beteiligung Kosten GO Mit		Amt 68
1.15.01.01.07	Verein Köln/Bonn e.V.		Amt 68
1.15.01.01.08	GTC Gummersbach		Amt 68
1.15.02	Tourismus	Dez. IV	
1.15.02.01	Tourismus		Amt 68
1.15.02.01.01	Zweckverband Naturpark		Amt 68
1.15.02.01.02	Naturarena Berg. Land GmbH		Amt 68
1.15.02.01.03	Projekte		Amt 68
1.16	Allgemeine Finanzwirtschaft		
1.16.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen	Dez. I	
1.16.01.01	Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen		Amt 20
1.16.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Dez. I	
1.16.02.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		Amt 20

